

FEHLSTART
Hoppla, jetzt
kommt Merz

CRASH-ANGST
Ruiniert Trump die
US-Wirtschaft?

ERNÄHRUNG
Die größten
Fastenirrtümer

DER ERBFLUCH

FAMILIENZANK UND KLASSENKAMPF:
WIE DIE DEUTSCHEN UM DEN NACHLASS STREITEN



65
JAHRE



www.bauhaus.info

Wenn's gut werden muss.

WIE GUT IST DAS DENN!



Set, 5-teilig

365,-

Loungeset

Metallgestell in grau, inkl. farblich passender Sitz- und Rückenkissen in hellgrau, 2-Sitzer Sofa L x B x H: 122 x 69 x 75 cm, 2 x Sessel L x B x H: 62 x 69 x 75 cm, Beistelltische mit grauer Glasplatte 1 x D x H: 54 x 43 cm und 1 x D x H: 74 x 35 cm

32019276

Angebot nur gültig bis 22.03.2025, solange Vorrat reicht.

Gemeinschaftswerbung der **BAUHAUS** Gesellschaften (vgl. www.bauhaus.info/gesellschaften oder unter Tel. 06 21/39 05 10 00) BAUHAUS Gesellschaft für Bau- und Hausbedarf mbH & Co. KG Rhein-Main-Neckar, Bohnenbergerstr. 17, 68219 Mannheim

Folgen Sie uns auf:



HAUSMITTEILUNG

Titel

| Seiten 8, 12, 16

Wer denkt schon gern an den eigenen Tod? Die Deutschen vererben so viel Vermögen wie nie zuvor, doch viele Familien sprechen das Thema nicht an, Millionen Menschen haben kein Testament. Die Folge sind oft zermürbende Rechtsstreitigkeiten. Ein Team um den Redakteur Michael Brächer erforschte mit Betroffenen, Anwälten und Richtern den Streit ums Erbe. »Oft geht es nicht wirklich ums Geld, sondern um Zuneigung«, sagt Brächer, der den Rat einer Anwältin zum »Probesterben« befolgt hat: »Man sollte einmal gedanklich durchspielen, wer das eigene Erbe erhält.« Die Erbschaftswelle wirft auch eine Gerechtigkeitsfrage auf, analysiert Redakteur David Böcking. Während Normalbürger mit einem plötzlichen Erbfall schnell überfordert sind, geben Unternehmer ihr Vermögen dank großzügiger Ausnahmeregelungen oft mit minimaler Steuerbelastung weiter. »Lobbyisten behaupten, dass eine Erhöhung der Erbschaftsteuer quasi den wirtschaftlichen Ruin des Landes bedeuten würde«, so Böcking, »doch das ist stark übertrieben.«

USA

| Seite 50

Die Grenzstadt Laredo im US-Bundesstaat Texas feiert jedes Jahr eine mehrwöchige Party zum Geburtstag von George Washington. Dann gibt es Paraden, ein Musikfestival mit Jalapeño-Wettessen und einen Debütantinnenball wie im 18. Jahrhundert. Redakteurin **Julia Kopatzki** verbrachte eine Woche in Laredo, um zu verstehen, warum eine Stadt, in der fast nur Latinos leben, ausgerechnet George Washington feiert. »Washington steht in Laredo für den Grundgedanken der USA«, sagt Kopatzki. »Für Gleichheit und Freiheit.« Deswegen wundere sich in Laredo auch keiner, wenn sich Töchter mexikanischer Einwanderer als Kolonialherrinnen verkleiden. Dabei ist, wer mitmacht. Doch auch hier verändert Trump das gesellschaftliche Klima. »Obwohl alle hier aus Einwandererfamilien stammen«, sagt Kopatzki, »ist Immigration das, was die anderen machen.«



Meridith Kohut / DER SPIEGEL

IOC-Präsidentschaft

| Seite 86

Sportfunktionäre haben oft einen schlechten Ruf, sie gelten als dröge und medienscheu. Am Donnerstag wird nach zwölf Jahren ein neuer IOC-Präsident gewählt. Eine Kandidatin und sechs Kandidaten haben sich beworben, der schillerndste unter ihnen ist **Sebastian Coe** (r.). Er gewann zweimal olympisches Gold über die 1500 Meter, saß im britischen Unterhaus und wurde in den Adelsstand erhoben. Die Redakteure



Iluy Nikolkina / DER SPIEGEL

Benjamin Knaack (l.) und **Jonas Kraus** begleiteten Coe bei der Leichtathletik-EM in den Niederlanden, wo er seinen Tag auf dem Laufband begann und dann zahlreichen Athleten die Hand schüttelte. Wenn er nicht im Gespräch war, hing Coe oft am Handy, etwa weil der britische Ex-Premier Rishi Sunak ihm Glück wünschte. »Coe ging als Außenseiter ins Rennen, hat aber aufgeholt, weil er das Spiel mit den Medien am besten beherrscht«, sagt Kraus.

Coronapandemie

| Seite 80

Fünf Jahre nach der Coronapandemie sitzt der Schmerz in der norditalienischen Stadt Bergamo noch immer tief. Nirgendwo in Europa wütete das Virus zu Beginn der Seuche so schlimm wie hier. Die Reporter **Katrin Kuntz** und **Francesco Collini** besuchten den Zentralfriedhof von Bergamo, auf dem damals Hunderte Tote ankamen. Angehörige suchen auch nach fünf Jahren noch einen Umgang mit ihren Verlusten. So auch Leyla Ciagà, deren verstorbene Mutter auf einem der berühmten Militärlastwagen zur Einäscherung in einen anderen Landesteil gebracht wurde. Zu einem Treffen brachte sie eine Lokalzeitung aus dem März 2020 mit – darin elf Seiten mit klein gedruckten Todesanzeigen. Für wenige der Verstorbenen gab es eine ordentliche Beerdigung. »Einige der Opferfamilien verklagen den Staat, andere begeben sich in Therapie«, sagt Kuntz. »Kaum jemand konnte damals friedlich Abschied nehmen.«



Elisabetta Zavoli / DER SPIEGEL

Exklusiv für alle Käuferinnen und Käufer dieser SPIEGEL-Ausgabe

4 Wochen lesen für nur € 0,-

Sichern Sie sich den Zugang zu allen SPIEGEL+-Inhalten auf SPIEGEL.de

- ✓ Aktuelle Meldungen
- ✓ Analysen und Hintergründe
- ✓ Videos und Podcasts

Danach € 5,99 pro Woche, vierwöchentlich abgerechnet und kündbar.

Einfach
jetzt bestellen:
abo.spiegel.de/plus4





Lukas Jülicher / DER SPIEGEL

Wenn Erben zu Feinden werden

TITEL Die Deutschen vererben so viel Vermögen wie nie zuvor. Oft sorgt das für böses Blut, manchmal zerbrechen ganze Firmenimperien daran. Dabei ist es gar nicht so schwierig, den eigenen Nachlass richtig zu regeln, wenn man einige Tipps beherzigt. | **8, 12, 16**



Stefan Boness / IPON

Monika Schnitzer

Die Chefin der Wirtschaftsweisen über Rekordschulden und Reformstillstand | **26**



Media Ferrari / Insidelfoto / IMAGO

Lewis Hamilton

Vom Rennfahrer zum politischen Aktivisten: wie der Formel-1-Pilot den Sport verändert | **90**



Sebastian Weiss / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

Annett Gröschner

Die Schriftstellerin erzählt vom Alltag der Arbeiterinnen in der DDR. | **108**

TITEL

8 | Vermögen Streit ums Erbe kann Familien und Unternehmen zerstören

12 | Steuerpolitik Die Erbschaftsteuer schont die Reichen

16 | Service Wie sich der Nachlass optimal regeln lässt

DEUTSCHLAND

6 | Leitartikel Deutschland sollte sich an einer Friedenstruppe für die Ukraine beteiligen

18 | Mehr Drohnen spionieren in Deutschland / EU-Länder rutschen ins Autoritäre / Der gesunde Menschenverstand

22 | Union Die seltsame Verhandlungsstrategie von Friedrich Merz

26 | Standort Ökonomin Monika Schnitzer über Wege aus der Wirtschaftskrise

28 | Macht Wie Koalitionsverhandlungen gelingen

30 | Parlament Erstarkte AfD stellt den Bundestag vor Probleme

32 | Parteien In der NRW-AfD bröckelt die gemäßigte Fassade

33 | Ehrungen Späte Würdigung für die Helden von Kabul

34 | Migration Experte Daniel Thym fordert im SPIEGEL-Gespräch einen härteren Kurs in der Asylpolitik

38 | Straffjustiz Was der Umsturz in Syrien für den Prozess gegen einen mutmaßlichen »Folterarzt« in Deutschland bedeutet

40 | Katastrophen Wie plausibel sind neue Theorien zum Absturz der Germanwings-Maschine vor zehn Jahren?

42 | Skandale Junge Forscher sollen an Max-Planck-Instituten drangsaliert worden sein

45 | Ortstermin In einer Berliner Schule zeigt die Polizei Teenagern, wie sie auf Messerangriffe reagieren sollen

DEBATTE

46 | Weltpolitik Juraprofessor Claus Kreß erklärt, wie das Völkerrecht zu retten ist

REPORTER

48 | Familienalbum / Warum suchen Sie dünnes Eis?

49 | Eine Meldung und ihre Geschichte Eine Forscherin fürchtet um den Mond

50 | Werte Im texanischen Laredo feiert man die amerikanisch-mexikanische Freundschaft – noch

55 | Kolumne Leitkultur

WIRTSCHAFT

56 | Unternehmen gegen Homeoffice / Bund zahlt bei Zinsen drauf

58 | Finanzmärkte Führt Trump die US-Wirtschaft vor die Wand?

62 | Volkswagen Warum das günstige Elektroauto zu spät kommt

65 | Energie Verbrauchern droht der nächste Kostenschok

MEDIEN

66 | Karrieren Der neue ARD-Chef Florian Hager redet lieber über KI als über Fernsehen

AUSLAND

70 | Jugendführung in Pakistan / Justizschikanen in der Türkei

72 | Europa So könnte eine Nato ohne die USA aussehen

75 | Analyse Droht Syrien ein neuer Bürgerkrieg?

76 | Streitkräfte Nordkoreas geheimnisvolle Soldaten im Kampf gegen die Ukraine

80 | Italien In Bergamo sind die Coronafolgen noch zu spüren

84 | Nahost Ein Café bringt das Süße zurück ins zerstörte Gaza

SPORT

85 | Personalkosten im Profifußball / Hall of Fame: Maya Gabeira, Extremsurferin

86 | Sportpolitik Warum Sebastian Coe IOC-Chef werden will

90 | Formel 1 Biograf Michael Sawyer erklärt den Starkult um Lewis Hamilton

WISSEN

92 | Wie das Römische Reich bis heute in Deutschland nachwirkt / Analyse: Was will Donald Trump mit Grönland?

94 | Physik US-Unternehmen sind führend bei Quantencomputern. Jetzt blasen deutsche Forschende zur Aufholjagd

97 | Corona Kam das Virus doch aus dem Labor?

98 | Gesundheit SPIEGEL-Gespräch mit Professorin Karin Michels über die größten Ernährungsirrtümer

101 | Ökologie Ein Forscher analysiert Blesshuhn-Nester in Amsterdam – und findet erstaunliches Baumaterial

KULTUR

102 | Roman »Für Polina« von Takis Würger / Film »The Last Showgirl« von Gia Coppola

104 | Kulturkampf Trumps großem Gesellschaftsumbau ging eine kulturelle Revolution voraus

108 | Ostdeutschland In ihrem neuen Roman erzählt Annett Gröschner eine Alternativgeschichte der DDR

112 | Disruption SPIEGEL-Gespräch mit dem Philosophen Stefan Klein über die menschliche Angst vor Veränderung

115 | Literaturkritik Der aberwitzige neue Roman von Christian Kracht

SPIEGEL-TV-Programm | **25** Bestseller | **111** Impressum, Leserservice | **116** Nachrufe | **117** Personalien | **118** Briefe | **120** Letzte Seite | **122**



dt's Nachrichtenagentur / IMAGO

Politik mit dem Holzhammer

Beim Kampf um Mehrheiten für sein gewaltiges Schuldenpaket ist CDU-Chef Friedrich Merz auf Verbündete angewiesen. Doch die verschreckt er mit seinem Führungsverhalten. | **22**



Samuel Corum / Polaris / laif

Konjunkturkiller im Weißen Haus

Mit dem radikalen Staatsumbau und imperialistischer Wirtschaftspolitik schickt Präsident Donald Trump die US-Börsen auf Talfahrt – und riskiert Amerikas Status als ökonomische Supermacht. | **58**



Ingram Publishing / Alamy / mauritius images

Die Lange-Leben-Diät

Die Epidemiologin Karin Michels entlarvt falsche Fastenversprechen und andere Ernährungsmythen. Sie sagt, was man essen sollte, um länger gesund zu bleiben. | **98**

Ohne deutsche Soldaten geht es nicht

LEITARTIKEL Die neue Bundesregierung sollte Bodentruppen für den Fall eines Waffenstillstands in der Ukraine anbieten. Sonst wird Europa zum Spielball von Trump und Putin.



Bühlmayerfotografie / IMAGO

Entslossen sollte es klingen, tatkräftig. »Die EU ist bereit, gemeinsam mit ihren Partnern ihren vollen Beitrag zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen zu leisten«, erklärten die Spitzenvertreter der Europäischen Union, nachdem die USA und die Ukraine sich auf einen Vorschlag für einen Waffenstillstand verständigt hatten. In Wahrheit war es ein klägliches Hilferuf: Hallo, uns Europäer gibt's auch noch!

US-Präsident Donald Trump treibt die Verhandlungen für ein Ende des russischen Angriffskriegs in der Ukraine brachial voran, er will einen raschen »Friedensdeal«. Ob sich Russlands Machthaber Wladimir Putin auf einen Waffenstillstand, gar auf Friedensverhandlungen einlässt, wird man sehen. Obwohl es um den größten Krieg auf europäischem Boden seit 80 Jahren geht, spielen die Europäer so gut wie keine Rolle. Der Kontinent droht zum Spielball der Großmächte zu werden. Das liegt auch an Deutschland.

Will Europa über seine Zukunft mitreden und als Verhandlungspartner ernst genommen werden, muss es militärische Macht als Mittel der Diplomatie einsetzen. Die Franzosen können das, die Briten auch. Die zwei Atomkräfte treiben die Idee voran, einen dauerhaften Waffenstillstand in der Ukraine auch mit europäischen Truppen abzusichern. Nur die Deutschen drücken sich noch um eine klare Antwort.

Der Vorschlag aus Paris und London ist noch vage. Aber fürs Erste sind Details nicht so wichtig. Solange nicht einmal die Umrisse einer Friedensordnung in der Ukraine erkennbar sind, kommt es nicht auf die Truppenstärke oder Stationierungsorte an. Was zählt, ist Europas Bereitschaft, seine Werte und Interessen zu verteidigen. Wenn es sein muss, mit Waffengewalt.

Nur wenn sie Stärke ausstrahlen, nimmt Trump die Europäer ernst. Ohne das Versprechen, mit eigenen Truppen einen Frieden in der Ukraine abzusichern, dürften sie keine Chancen auf einen Platz am Verhandlungstisch haben. Damit Europa glaubwürdig ist, muss aber auch das größte und wirtschaftlich stärkste Land der EU mitziehen. Es kommt jetzt auf Friedrich Merz, den designierten Bundeskanzler, an.

Union und SPD wollten im Bundestagswahlkampf am liebsten nicht über das Thema Ukraine reden. Merz und Olaf Scholz antworteten auf die Frage nach deutschen Bodentruppen fast wortgleich: Diese Frage stelle sich jetzt nicht, man dürfe nicht den letzten vor dem ersten Schritt tun. Beide wissen, dass die Entsendung der Bundeswehr in die Ukraine die Kriegsangst in der Bevölkerung vergrößern würde. Also redeten sie nicht davon, schon gar nicht im Wahlkampf.

Jetzt aber, da Union und SPD eine Regierung bilden wollen und der Krieg in der Ukraine in eine entscheidende Phase tritt, darf Merz nicht herumdrücken. Die europäischen Partner setzen große Hoffnungen in ihn. Und die Deutschen sollten nicht länger in der falschen Annahme gehalten werden, dass die Ukrainer nach einem Waffenstillstand schon selbst für sich sorgen könnten. Russland wird eine Bedrohung bleiben. Merz muss den Bürgerinnen und Bürgern offen sagen, dass Deutschland der Ukraine noch sehr lange militärisch helfen wird – mit Material und wahrscheinlich mit deutschen Soldaten vor Ort. In der Bundeswehr gibt es bereits Überlegungen dazu.

Die künftige Regierung wird viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Sie muss die Sorgen der Menschen aufnehmen und sich den populistischen Anwürfen von links und rechts widersetzen. Schwarz-Rot wird oft erklären müssen, dass die Sicherheit der Ukraine, des Baltikums und Osteuropas gegenüber Russland eine Voraussetzung für den Frieden hierzulande ist.

Mehr Ehrlichkeit ist die Politik auch den Männern und Frauen der Bundeswehr schuldig. Bodentruppen, das klingt abstrakt, nach Figuren in einem Strategiespiel. In Wirklichkeit geht es um Soldatinnen und Soldaten, um Väter, Töchter, Nachbarn. Sie haben ein Recht, erklärt zu bekommen, warum sich die Bundesrepublik nicht aus der Verantwortung stehlen kann, wenn es um den Frieden in der Ukraine geht.

Sicher, das deutsche Schutzversprechen für Kyjiw wäre glaubhafter, wäre die Bundeswehr nicht in so einem beklagenswerten Zustand. Ihre Material- und Personalprobleme dürften sich verschärfen, sollte sich Deutschland an einer Friedensmission beteiligen. Umso wichtiger ist es, die Modernisierung der Armee voranzutreiben, mit mehr Tempo und mehr Geld.

Schwarz-Rot hat die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas zur Priorität erklärt. Daran wird sich die Regierung messen lassen müssen.

Marina Korbaki

Will Europa über seine Zukunft mitreden, muss es militärische Macht als Mittel der Diplomatie einsetzen.

Mitglieder gewinnen mehrfach:

Komm ins Gewinner-Team!

Bis zu
10 %
Cashback



Mitwissen:

Als Mitglied bist du auch Miteigentümer deiner Bank – und hast damit das Recht auf Information und Transparenz.



Mitbestimmen:

Du sagst, wo es langgeht – jedes Mitglied hat eine Stimme, zum Beispiel auf der jährlichen Mitgliederversammlung deiner Bank.

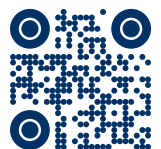


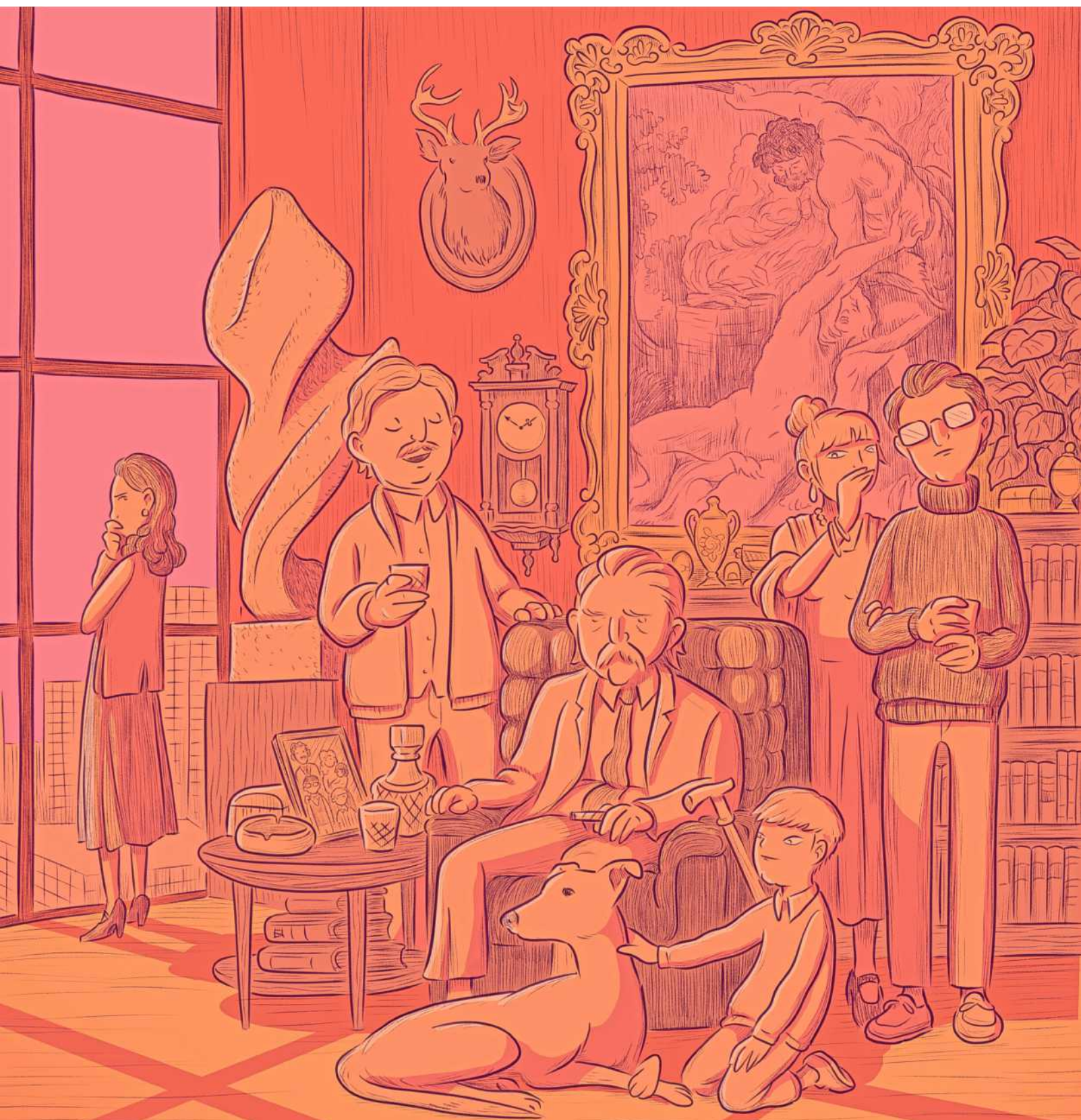
Mitverdienen:

Jährlich mögliche Dividende bei deiner Bank und Chance auf Cashback* auf die Beiträge vieler Mitglieder-Versicherungen der R+V.

*in teilnehmenden
Volksbanken Raiffeisenbanken

Jetzt informieren unter:
vr.de/mitgliedervorteile





VOM ERBEN UND VERDERBEN

VERMÖGEN Bis zu 400 Milliarden Euro jährlich werden die Deutschen in den kommenden Jahren vererben, so viel wie nie zuvor. Doch der Streit um den Nachlass zerstört oft Familien und Unternehmen.



rüher waren sie eine Familie, jetzt schauen sie einander kaum an.

Im Saal 114 des Oberlandesgerichts Hamburg streiten sich vier Söhne und Töchter mit ihrer Stiefmutter um den letzten Willen ihres Vaters, eines Unternehmers aus den Hamburger Elbvororten. Über Geld spricht man hier selten, über das Erben offenbar auch. Der verstorbene Patriarch hatte mit seinem Steuerberater ein Testament verfasst, seine Kinder sagen, er habe mit ihnen nie darüber gesprochen. Der Alte wollte, dass seine Frau jeden Monat 3000 Euro bekommt, die anderen Erben haben die Zahlung nach ein paar Jahren eingestellt. Sie sagen, sonst gehe die Firma bald pleite.

Eine Schwester verlässt weinend den Saal. *»Mein Mann sagte, es ist genug Geld für mich da«, so die Stiefmutter.*

»Ich habe mich damit überhaupt nicht beschäftigt«, sagt einer der Brüder.

»Diese Zahlungen bringen die Firma in Gefahr«, sagt der Onkel.

Jetzt soll die Richterin entscheiden, ob die Frau ihr Geld trotzdem bekommt. Was war dem Patriarchen wichtiger: die Zukunft seiner Frau oder die seiner Firma?

Der Ausgang des Verfahrens ist offen, doch der Graben in der Familie kaum noch zu überbrücken. *»Als wir meinen Vater gepflegt haben, waren wir ein gutes Team«, sagt die eine Tochter über die Stiefmutter, »jetzt haben wir gar kein Verhältnis mehr.«*

Ob in Hamburg oder Berlin, Saarbrücken oder Ulm, der Streit ums Erbe ist Alltag vor Gericht. Und es geht um so viel Geld wie nie zuvor. Die Deutschen dürften in den kommenden Jahren jährlich bis zu 400 Milliarden Euro vererben, ergaben Berechnungen im Auftrag der Böckler-Stiftung. Genug, um sämtliche maroden Brücken, Schulen und Eisenbahnstrecken in Deutschland zu sanieren. Oder um jedem der rund 83,5 Millionen Menschen in Deutschland eine Luxusreise nach Hawaii zu bezahlen – wären die Vermögen nicht so ungleich verteilt.

»Das ist kein Geldregen, der gleichmäßig über das Land prasselt«, sagt Jens Beckert, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Der Reichtum sei extrem ungleich verteilt. Zehn Prozent der Deutschen hielten zwei Drittel des Vermögens, sagt Beckert, entsprechend groß sei ihr Anteil bei Erbschaften und Schenkungen. »Die Ungleichheit der Vermögen wird dadurch von Generation zu Generation weitergetragen.«

Erbschaften können ein Segen sein, doch oft sind sie ein Fluch: Brüder und Schwestern überziehen sich mit Klagen, einst geliebte Tanten oder Onkel sprechen kein Wort mehr mit der Familie. Auf den ersten Blick geht es meist um Formalien, doch die wahren Konflikte reichen oft bis in die Kindheit zurück: Wer kam zu kurz, wer wurde gepöppelt? Vor allem: Wen haben Mama oder Papa wirklich geliebt?

Schon im Alten Testament zieht Jakob seinen älteren Bruder Esau über den Tisch, um

ihm das Erstgeburtsrecht und damit das spätere Erbe abzuluchsen. Shakespeares König Lear setzt auf eine Liebesprobe unter seinen Töchtern, um das Reich unter seinen Nachkommen zu verteilen – und besiegelt damit den Niedergang seiner Sippe. In der TV-Erfolgsserie »Succession« erlebt die Geschichte mit dem fiktiven Medienmogul Logan Roy eine Neuauflage. Er lässt seine Kinder um die Nachfolge buhlen, während sich der Neid wie Salzsäure durch die Seelen der dysfunktionalen Familie frisst – offensichtlich diente die Familie um Medienzar Rupert Murdoch als Vorbild.

Es mangelt nicht an abschreckenden prominenten Beispielen in Erbschaftsfragen. Familie um Familie tappt in dieselbe Falle: Die erste Generation baut etwas auf. Die zweite verwaltet es. Und die dritte? Macht es kaputt.

Schuld sind Geiz, Gier, Gutgläubigkeit – und der Unwille, sich mit der eigenen Sterblichkeit auseinanderzusetzen. Nur etwa jeder dritte Deutsche hat ein Testament verfasst. Selbst wer seinen Willen festhält, ist nicht davor gefeit, dass sich die Nachfahren im Streit um jede Formulierung zerreiben. Erben und Verderben liegen oft nah beieinander.

FRAU BECK BEKOMMT EINE RECHNUNG

Dass ihr Vater gestorben war, erfuhr Andrea Beck durch einen Anruf um halb vier in der Früh. Am nächsten Morgen habe sie sich auf den Weg zum Krankenhaus gemacht, um sich von ihm zu verabschieden, so erzählt es die 60-Jährige, die eigentlich anders heißt. Aber es war zu spät: Die Lebensgefährtin des Vaters hatte bereits die Überführung des Leichnams beauftragt. »Das war der erste Schock«, sagt Beck. Der zweite Schock sollte später mit der Post kommen.

Beck stammt aus einer mittelgroßen Stadt in Norddeutschland. Zum Vater, einem Kaufmann, hatten Beck und ihre Geschwister lange ein schwieriges Verhältnis. Die Eltern ließen sich in den Achtzigerjahren scheiden, die Beziehung zu den Kindern litt darunter. »Manchmal hat er sich rührend um mich gekümmert und war richtig süß, dann hat er uns schlimme Sachen an den Kopf geschmissen«, erinnert sich Beck. Am Ende habe die Lebensgefährtin den Kontakt der Kinder zum Vater komplett unterbunden.

Der Vater hatte knapp 770.000 Euro an Vermögen angehäuft. Trotz allem rechneten die Kinder nach dem Tod ihres Vaters mit dem Teil des Erbes, der ihnen gesetzlich zusteht – dem sogenannten Pflichtteil. »Dass wir dann praktisch leer ausgehen sollten, das hätten wir nie gedacht«, sagt Andrea Beck.

Doch ihr Vater hatte in seinem Testament nicht nur die Lebensgefährtin als Erbin eingesetzt. Er hatte zudem Verträge mit ihr geschlossen, damit sie ihn in »allen persönlichen und vermögensrechtlichen Angelegenheiten« unterstützt. Und so trudelte mit der Post die Rechnung für die Erben ein: Die Lebensge-

fährtin verlangte von den Geschwistern insgesamt mehr als eine halbe Million Euro – für die Pflege des Vaters, zudem beispielsweise auch für die tägliche »Börsenkursüberwachung«. Das war der zweite Schock. Der Pflichtteil für die Kinder? Verbraucht.

Es folgte ein jahrelanger Streit vor Gericht: Waren die Rechnungen der Lebensgefährtin rechtens? Wie groß war das Vermögen des Kaufmanns wirklich? Gutachter bewerteten das Haus, die Teppiche, die Schränke, die Wanduhr. Und die beiden Autos des ehemaligen Hausherrn. Mehr als um die materiellen Güter sei es Beck aber um die Erinnerungsstücke gegangen. Darunter Briefe, die ihr jüdischer Urgroßvater aus dem Konzentrationslager an seine Familie geschickt hatte.

Auf Klagen folgten Gegenklagen, Gutachten und ein Berufungsverfahren. Vor dem zuständigen Oberlandesgericht bekamen Beck und ihre Geschwister größtenteils Recht. Sie bekamen den Pflichtteil, einen Teil der Rechnung der Lebensgefährtin erkannte das Gericht jedoch an. »Das alles hätte man viel einfacher haben können«, sagt Andrea Beck. Warum ihr Vater sich auf den Vertrag eingelassen hatte? Sie weiß es nicht und kann ihn nicht mehr fragen.

Die Lebensgefährtin ihres Vaters habe sie seit dessen Tod nie wiedergesehen, sagt sie. Und die Briefe des Urgroßvaters? »Die sind wahrscheinlich im Müll gelandet.«

Für Katja Habermann ist der Streit ums Erbe Alltag. »Das Testament ist der einzige Auftrag im Leben, bei dem man nur eine Chance bekommt«, sagt die Erbrechtsanwältin aus Hamburg. »Wer hier einen Fehler macht, lässt die Erben die Folgen ausbaden.« Oft reiche eine einzige ungenaue Formulierung, um jahrelange Rechtsstreitigkeiten loszutreten.

Für Normalsterbliche bedeuten Vererben und Vermachen dasselbe, für Juristen sind es völlig unterschiedliche Begriffe. Benutzt man den falschen, ist das fast so, als würde man Bremse und Gaspedal verwechseln – und das Auto landet im Graben. Und das ist nicht der einzige Fallstrick: »Die meisten Menschen gehen beim Aufsetzen ihres Testaments davon aus, dass die Alten zuerst abtreten«, sagt Habermann. »Wenn der Sohn vor dem Vater stirbt, gerät mitunter alles durcheinander.« Um solche Szenarien zu vermeiden, hat die Juristin eine pragmatische Empfehlung: »Ich rate zum Probesterben. Am besten überlegt man sich zu Hause bei einem Glas Wein, was passieren würde, wenn nicht die älteren vor den jüngeren und die Männer vor den Frauen gehen.«

Angehende Juristen lernen einen Satz schon früh: Das Gut folgt dem Blut. Söhnen oder Töchtern steht die Hälfte des gesetzlichen Erbes als Pflichtteil zu, egal ob der Erblasser das möchte oder nicht. Der Anspruch kann nur aus gravierenden Gründen verwehrt werden, etwa wenn der Sohn versucht hat, die eigene Mutter umzubringen.

Schon bei den alten Germanen standen die Blutsverwandten an erster Stelle. Diese Tradi-



tion prägt das Erbrecht bis heute. Sie spiegelt sich auch in den Freibeträgen bei der Erbschaftsteuer wider, obwohl sich die Lebensrealität der Deutschen längst verändert hat. Selbst Urenkel stehen hierzulande 100.000 Euro steuerfrei zu. Wer dagegen ohne Trauschein zusammenlebt, der ist schon ab 20.000 Euro steuerpflichtig. Wer zum zweiten oder dritten Mal heiratet, pflegt zu den Kindern aus der ersten Ehe mitunter kaum noch Kontakt – der Anspruch aufs Erbe jedoch bleibt, was oft zu Streit führt.

Also wird vor Deutschlands Gerichten gestritten. Um die Größe der Erbschaft, um die Bewertung von Immobilien, Münzsammlungen, ja sogar Angelutensilien. »Der materielle Wert spielt dabei oft nicht die entscheidende Rolle«, sagt Habermann. »Die Leute sagen: Es geht ums Prinzip. Das ist ein schlimmer Satz, aber wir verdienen damit unser Geld.« Der Satz bedeute, dass es eigentlich um Emotionen geht, sagt die Anwältin. »Haben meine Eltern mich gesehen? Haben Sie mich geliebt?«

Zwar kennt auch Habermann einzelne Fälle, in denen Erblasser mit ihrem letzten Willen ein letztes Mal nachtreten – nach dem Motto: »Bloß nichts für meine Schwester Ingrid!« Das sei aber selten. »Die meisten Menschen wollen, dass es keinen Streit um ihr Erbe gibt.«

Das Problem: Was gerecht oder ungerecht ist, liegt oft im Auge des Betrachters. »Viele Eltern finden es fair, wenn jedes Kind den gleichen Anteil des Erbes erhält. Aber vielleicht hatte es ein Kind schon immer schwerer, während das andere das Geld gar nicht mehr benötigt«, sagt Habermann. »Wenn man solche Konflikte nicht zu Lebzeiten anspricht,

müssen die Kinder sie nach dem Tod unter sich ausfechten.« Dann könne man sie mit den Eltern nicht mehr klären.

Einen Satz hört Habermann dabei so gut wie nie: »Einfach mal zu sagen: Jetzt lass es gut sein! Das bekommen die Leute nicht hin.«

HERR SCHOSSIER SCHAUT ZUM HIMMEL

Und dann stranden sie irgendwann bei Paul Schossier.

Schossiers Arbeitsplatz ist Deutschlands größtes Oberlandesgericht in Hamm, Westfalen. Ein karger hoher Bau, grau vor grauem Himmel. Schossier ist Vorsitzender Richter des 10. Zivilsenats und damit zuständig für Erbsachen. Der Teppich auf seiner Etage ist blau, auf seinem Schreibtisch steht eine Lampe von Schälke 04. Bei ihm landet ein Erbstreit, wenn die Familien mit der Entscheidung des Amts- und Landgerichts nicht einverstanden sind.

Die Kunst bei Erbstreitigkeiten sei es, das Testament richtig auszulegen, es richtig zu lesen, sagt Schossier. »Vieles kann man schon aus der Sprache und aus dem Aufbau erkennen.« Wenn Menschen vor einem Krankenhausbesuch ihr Testament aufsetzen, fingen sie häufig mit diesem Satz an: *Für den Fall, dass ich die OP nicht überlebe*. »Wenn man es sprachlich genau nimmt, gilt das Testament erst mal nur für diese Situation«, erklärt Schossier, »aber vielleicht soll der Wille auch später noch für den Fall gelten, dass man die Operation eben doch überlebt hat.«

Der Richter baut dabei auf die Erzählungen der Beteiligten im Prozess, um den Verstorbenen kennenzulernen. »Ich lasse die Leute

dann auch mal schimpfen. Wer emotional wird, ist ehrlich.«

Manchmal hilft auch das nicht. Es gibt Momente, in denen er gern mit dem Verstorbenen selbst reden würde, sagt Schossier und schaut hoch zur Decke: »Können Sie uns nicht mal ein Signal schicken?« Geantwortet hat noch keiner.

DIE BERLUSCONI-METHODE

Es braucht nicht viel Geld, um sich ums Erbe zu streiten. Doch je mehr man davon hat, desto größer wird der Anreiz für Erblasser, mit ausgefuchsten Stiftungskonstruktionen dem Fiskus oder der eigenen Sippe ein Schnippchen zu schlagen. Je größer das Erbe, desto mehr Anwälte, Gutachter und Spindoktoren kann man sich leisten – was der Grund dafür sein könnte, dass erfolgreiche deutsche Unternehmer in Erbsachen gern zum großen Kaliber greifen.

Da wäre – zum Beispiel – Drogeriemarktkönig Erwin Müller, der sich mit drei erwachsenen Jagdfreunden stritt. Der Milliardär hatte sie im hohen Alter adoptiert. Die Adoptivkinder pochten auf die Auszahlung ihres Pflichtteils, auf den sie mit einem Vertrag verzichtet hatten. Ihr Vorwurf: Der Drogeriekönig habe sie lediglich adoptiert, um den Pflichtteil für seinen leiblichen Sohn zu schmälern. Müller wiederum warf dem Trio »Geldgier« vor. Der Streit endete vor Gericht – Müller bekam Recht, die Adoptivkinder gingen leer aus.

Sogar die sonst so verschwiegene Familie Albrecht leistete sich eine schmutzige Erbschaftsschlacht: Nach dem Tod von Aldi-Nord-Gründer Theo Albrecht zofften sich dessen Nachfahren nicht nur um Geld und Macht im Konzern, sondern sogar um die Frage, wo die Urne von Sohn Berthold abgeblieben war. Im Jahr 2023 einigten sich die Familienstämme auf die »Beilegung der zwischen ihnen bestehenden langjährigen Meinungsverschiedenheiten und Rechtsstreitigkeiten«.

Der Gipfelstürmer Reinhold Messner schaffte es zwar, alle 14 Achtausender der Welt zu besteigen – am Vererben scheiterte er aber. Den Großteil seines Erbes hatte er vorzeitig an seine Frau und seine Kinder abgegeben, was er inzwischen in der »Apotheken-Umschau« als einen seiner »größten Fehler« bezeichnet hat: »In dem Moment, als ich mein materielles Erbe an die Kinder und Ehefrau verteilt hatte, zerbrach die Familie.«

Wie man es besser macht, zeigt ausgerechnet Silvio Berlusconi: Der italienische Medienzar und Politiker war zu Lebzeiten für Macho-Gehabe und diverse Sexskandale (»Bunga Bunga«) berüchtigt. Sein Erbe, das vom Wirtschaftsmagazin »Forbes« zuletzt auf rund 6,8 Milliarden Dollar geschätzt wurde, regelte der »Cavaliere« dagegen mit meisterhafter Effizienz, handschriftlich.

Zwei Testamente mit insgesamt nur 26 Zeilen bestimmten die Verteilung des Vermö-

gens. Das zweite soll er noch auf der Fahrt in das Mailänder Krankenhaus San Raffaele geschrieben haben. Neben Firmenanteilen sah Berlusconi für jedes Kind eine eigene Villa vor. Dazu gab es eine umfangreiche Kunstsammlung mit Werken, die er auch bei nächtlichen Versteigerungen auf TV-Shoppingkanälen erstanden hatte. Sein Testament unterschrieb er mit den Worten: »Vielen Dank und viel Liebe für euch alle, euer Vater.«

Gemessen am skandalträchtigen Leben Berlusconis verlief der Erbprozess bislang erstaunlich geräuschlos – was auch daran liegen dürfte, dass die Kinder ihre Firmenanteile vor einem Verkauf wohl fünf Jahre lang halten müssen. Wie die italienische Version von »Succession« ausgeht? Fortsetzung folgt.

Warum gelingt es manchen Unternehmern, ihren Nachlass geräuschlos zu regeln – während andere scheitern? Die Soziologin Franziska Wiest bekam einen seltenen Einblick in die Welt der superreichen Familien in Deutschland. Sie sprach mit über einem Dutzend reicher Erben, um herauszufinden, wie Vermögen weitergegeben wird. Sie alle redeten unter einer Bedingung: Die Namen der Familien darf Wiest nicht nennen.

Wiests erste Erkenntnis: Geld sieht man nicht immer auf den ersten Blick. Ein Erbe empfing sie auf seinem Schloss. Doch die meisten Interviews führte sie am Esstisch oder in unscheinbaren Büroräumen, ein Erbe wohnte in einem links-alternativen Hausprojekt.

Die zweite Erkenntnis: »Superreiche Familien sehen Familienstreit als die größte Bedrohung für ihre Unternehmen.« Doch trotz der guten Vorsätze seien viele Dynastien von jahrelangen Konflikten gezeichnet, die oft über mehrere Generationen hinweg immer wieder aufflammen.

Was also tun? In manchen Familien herrsche die Überzeugung, dass ein starker Mann oder eine starke Frau das Unternehmen führen muss, um handlungsfähig zu bleiben. Ein Erbe bekommt die Mehrheit der Anteile, die anderen Familienmitglieder müssen zurückstecken. Was auf den ersten Blick rational wirkt, ist häufig die Grundlage für einen verheerenden Streit: »Oft wächst zwar das Unternehmen weiter, doch die familiären Beziehungen zerbrechen an der Ungleichheit«, sagt Wiest.

Es geht auch anders. In manchen Firmen erhielten Söhne und Töchter etwa gleich große Anteile am Unternehmen, egal ob sie Führungsverantwortung übernahmen oder nicht. Die Folge: »In diesen Familien wurde das Erbe zu einem sozialen Kleber, der die Familie zusammenhält.« So erschienen selbst entfernte Verwandte zu Workshops, um die weitere Vermögensstrategie zu besprechen – aus eigenem Interesse. Was Wiest als eine Art »Familien-AG« beschreibt, liefert möglicherweise nicht nur höhere Renditen für die Erben, sondern führt auch zu stärkeren Bindungen.

Vorausgesetzt, es gibt jemanden, der erbt.

HERR KÜHNE MACHT KLAR TISCH

Klaus-Michael Kühne, 87, zählt zu den reichsten Deutschen, sein Vermögen wird auf rund 35 Milliarden Euro geschätzt. Doch der Logistikunternehmer (Kühne+Nagel) muss nicht befürchten, dass seine Kinder sich über sein Erbe zerstreiten könnten. Er hat keine.

Als er und seine Frau Christine sich kennenlernten, waren beide bereits über 50 Jahre alt. Zuvor sei er »nur durch die Welt gereist, ich habe meine Kraft auf mein Unternehmen konzentriert«. Familie sei »kein vorrangiges Thema« gewesen, sagt er am Telefon.

Manchmal habe er es bedauert, keine Söhne oder Töchter zu haben, denen er sein Unternehmen vermachen könnte wie einst sein Vater ihm. »Es gibt allerdings auch Fälle, wo Kinder eine Firma übernehmen und sie zugrunde richten.« Mittlerweile sieht er seine Kinderlosigkeit – zumindest was die Erbfrage angeht – sogar als Vorteil. »Wenn ich Erben hätte, wäre vieles komplexer. Ich verfolge die Erbstreitigkeiten bei anderen Familien. Die sind bemerkenswert. Ich muss mich mit solchen Problemen nicht auseinandersetzen.«

Kühne hat früh festgelegt, was einmal mit seinem Geld passieren wird. 1976 gründeten er und seine Eltern die gemeinnützige Kühne-Stiftung. Junggeselle Kühne war damals 39 Jahre alt. Er sagt, er erinnere sich nicht mehr, von wem der Anstoß für die Stiftung ausging. »Meist war in solchen Angelegenheiten mein Vater dominierend.«

Kühnes Frau soll aus dem Nachlass des Unternehmers ein großes Vermächtnis erhalten. »Sie wird nach meinem Ableben sehr gut

versorgt sein«, sagt Kühne. Der Großteil von Kühnes Vermögen soll aber in den Besitz der Stiftung übergehen. Darunter auch seine Anteile der Kühne Holding, die wiederum mit 54,1 Prozent die Mehrheit der Anteile der gleichnamigen Logistikgruppe hält. 4,7 Prozent am Konzern gehören der Stiftung bereits.

In den ersten Jahren habe die Stiftung nur auf dem Papier bestanden, sagt Kühne. Dann begann sie, Projekte in Logistik, Medizin und Kultur zu unterstützen, im vergangenen Jahr mit 40 Millionen Euro. Die Stiftung unterhält einen Medizincampus in Davos und eine Logistik-Hochschule in Hamburg, Kühnes Geburtsstadt. Weil Kühne das dortige Opernhaus nicht mag, will er über die Stiftung ein neues mitfinanzieren, mindestens 330 Millionen Euro sollen für den Bau in den kommenden Jahren nach Hamburg fließen. Dass er die Eröffnung womöglich nicht mehr miterlebt, ist ihm bewusst.

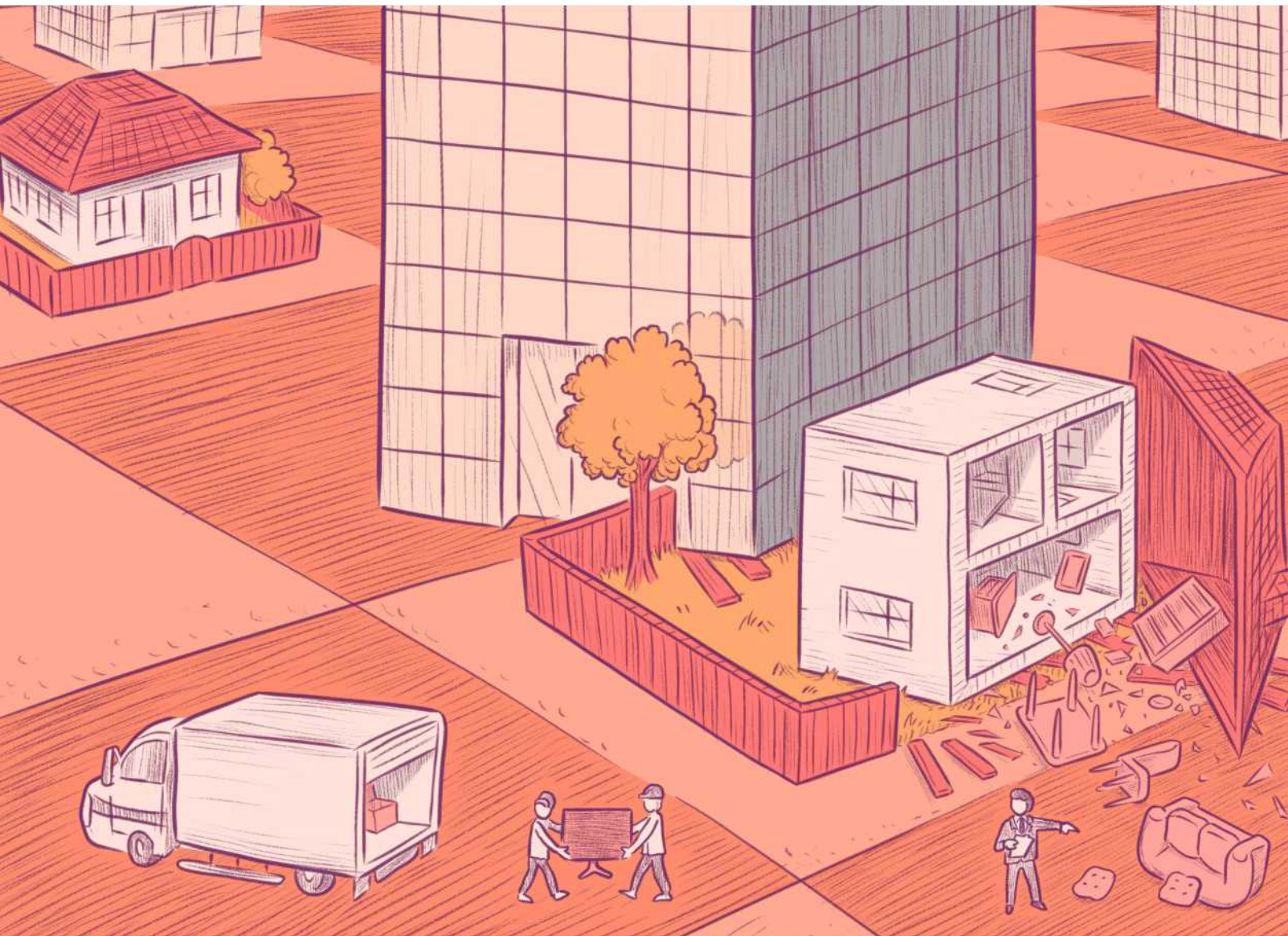
Kühne ist ein rationaler Mensch, selbst über das Alter und sein Ende spricht er sachlich, »das entspricht meinem Charakter«. Seit einem Jahr macht ihm eine Nervenkrankheit zu schaffen. Trotzdem geht er weiterhin täglich ins Büro. Es sei »alles geregelt, dass im Falle meines Weggehens die Dinge weiterlaufen«.

Würde er eines Tages gern zurückkommen, 20 oder 50 Jahre nach seinem Tod, um zu sehen, was aus seinem Imperium geworden ist? Kühne lacht. Erst wehrt er ab. Das sei »als Gedanke in Ordnung, aber unrealistisch«, sagt er. Und nach kurzem Nachdenken: »Ich wäre schon neugierig zu wissen, was aus meinem Erbe geworden ist. Und ob Kühne+Nagel dann noch existiert.«

Michael Brächer, Ella Knigge, Alexander Kühn ■



Lukas Jünger / DER SPIEGEL



OMAS HÄUSCHEN, OPAS KONZERN

STEUERPOLITIK Viele Deutsche fürchten die Erbschaftsteuer, vor allem wenn es um die Weitergabe ihrer Eigenheime geht. Die wahre Ungerechtigkeit liegt woanders: Superreiche werden geschont.

In Deutschland gibt es sagenumwobene Orte. Den Brocken, die Loreley, den Schwarzwald. Und: Omas Häuschen.

Glaubt man Debatten über die Erbschaftsteuer, so ist die Weitergabe dieser bescheidenen Immobilie regelmäßig durch gierige Finanzbeamte bedroht. Kein Wunder, dass laut einer Umfrage der Privatbank Quirin nahezu zwei Drittel der Deutschen die bloße Existenz der Steuer als ungerecht empfinden.

An der Erbschaftsteuer gibt es einiges auszusetzen, aber nicht den vermeintlichen staatlichen Raub hart erarbeiteter Eigenheime. Immobilien können steuerfrei weitergegeben

werden, sofern die erbenden Ehepartner oder Kinder anschließend selbst drin wohnen.

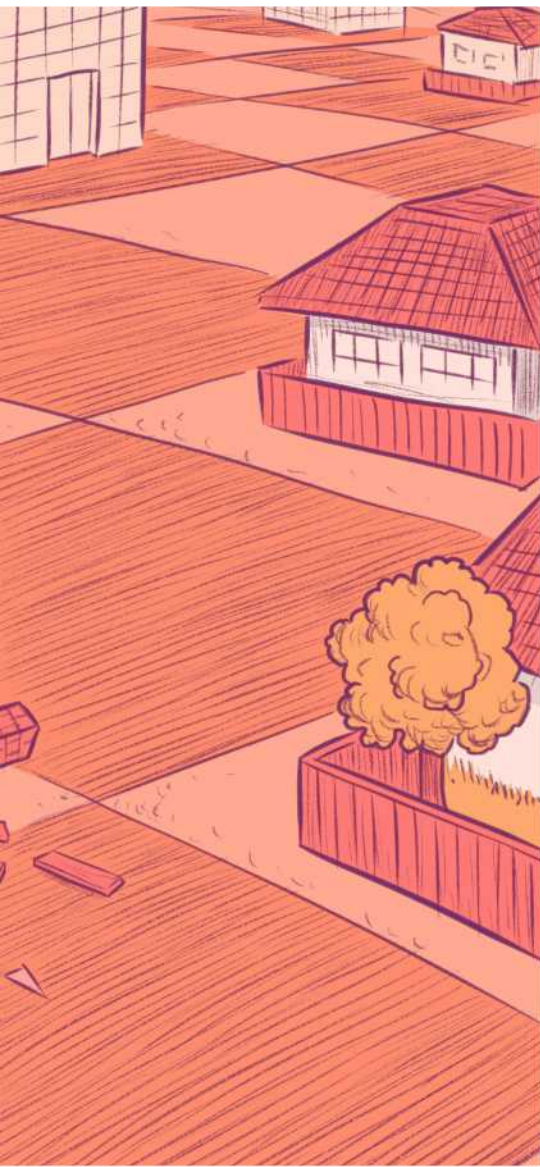
Ungerecht ist die Erbschaftsteuer, weil sie eine Tendenz verstärkt, die beim Erben ohnehin gilt: Wer hat, dem wird gegeben. Ausgerechnet besonders reiche Erben werden von einem Großteil der Steuer verschont. Dabei könnte der Staat diese Einnahmen gut gebrauchen – auch um Bürger an anderer Stelle zu entlasten.

Für die Lohn- und Einkommensteuer gilt der Grundsatz: Wer mehr leisten kann, soll auch mehr Lasten tragen. Beim Erben gilt das Gegenteil. Der Staat hält sich mit der Besteue-

rung von anstrengungslos erworbenem Vermögen vornehm zurück. Bei der Weitergabe von Unternehmen, die Hunderte Millionen Euro wert sind, ist die Chance am größten, komplett steuerfrei davonzukommen.

So zahlen junge Menschen auf ihre Erwerbsarbeit hohe Steuern – während vor allem ältere, bereits gut versorgte Menschen große Erbschaften einstreichen können, ohne nennenswert besteuert zu werden. Ist das vernünftig?

Erbschaften sind ein mächtiger Wohlfahrtsfaktor. Sie bilden eine enorme Kapitalwelle, die sich von Jahr zu Jahr weiter auf-türmt. 2024 verzeichneten die Finanzverwal-



Lukas Jülicher / DER SPIEGEL

len. Die Zahl jener, die das Glück haben, eine Erbschaft oder größere Schenkung zu erhalten, ist logischerweise höher. Von 2002 bis 2017 war das in etwa jeder zehnte Deutsche, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) berechnet hat.

Große Unterschiede gibt es bei der Verteilung des Geldsegers: Aus dem reichsten Fünftel der Bevölkerung erben in diesem Zeitraum gut sieben Prozent, und zwar im Schnitt 145.000 Euro. Vom untersten Fünftel bekamen hingegen gerade einmal zwei Prozent etwas hinterlassen – und dann im Schnitt nur rund 10.000 Euro.

Auch regional existiert ein Ungleichgewicht. Menschen aus ostdeutschen Bundesländern erhalten nicht nur seltener Erbschaften und Schenkungen als Westdeutsche, sondern auch deutlich kleinere Summen. In Westdeutschland waren es im Schnitt rund 92.000 Euro, in Ostdeutschland nur 52.000 Euro.

Einseitig vererbt wird zudem mit Blick auf das Alter der Erben. Die Generation, die nun allmählich das Zeitliche segnet, war die erste, die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Wohlstand anhäufen konnte. Sie profitierte vom Wirtschaftswunder, baute eigene Häuser, die nun an die sogenannten Babyboomer übergeben werden. Aktuell sind die meisten Erben zwischen Mitte fünfzig und Ende sechzig. Sie stehen bereits am Ende ihres Berufslebens und haben den eigenen Vermögensaufbau oft schon abgeschlossen.

Junge Menschen wären viel stärker auf ein Erbe angewiesen, etwa um sich ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen zu können. Weil die Immobilienpreise stark gestiegen sind, lassen sich allein mit Erwerbsarbeit die meisten Häuser kaum noch bezahlen – zumindest in den Großstädten. Kaufinteressenten brauchen heute mehr Eigenkapital. 42 Prozent der jungen Immobilienkäufer hierzulande gaben in einer Umfrage des Baukreditvermittlers Interhyp an, sie seien durch ein Erbe oder eine Schenkung unterstützt worden.

Besonders krass zeigt sich die Ungleichheit an der Verteilung des gesamten Erbschaftsvolumens. Fast 50 Prozent fließen an die zehn Prozent der Empfänger mit den höchsten Beträgen. Die unteren 90 Prozent der Erben erhalten also zusammengenommen etwa so viel wie das obere Zehntel.

Diese Unwucht passt zum Status quo, da sich die individuellen Nettovermögen in Deutschland ähnlich verteilen. Erstaunlich ist jedoch, dass das Steuersystem die Ballung am oberen Ende noch befördert. Das liegt daran, dass große Vermögen in Deutschland vor allem in Form von Firmen weitergegeben werden – und für die gelten großzügige Ausnahmeregeln. Sofern Erben die Firma für einige Zeit weiterführen und die Löhne im Wesentlichen gleich bleiben, können sie das Betriebsvermögen zu 85 oder gar 100 Prozent steuerfrei übernehmen.

Begründet wird diese Großzügigkeit mit der Sorge, durch höhere Steuern seien Betriebe und damit Arbeitsplätze gefährdet. Das Bun-

desverfassungsgericht hat jedoch mehrfach kritisiert, dass die Privilegien für Unternehmer im Vergleich zu anderen Erben zu weitgehend seien.

Tatsächlich profitieren die reichsten Firmenerben am meisten von den Ausnahmeregeln – das zeigen Berechnungen von Expertin Jirrmann für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung. Während sich die Steuerbefreiung von Betriebsvermögen bis zu einer halben Million Euro demnach im einstelligen Prozentbereich bewegte, blieben Vermögen über 250 Millionen Euro zu 91,6 Prozent steuerfrei. Der Fiskus schont also nicht nur Omas Häuschen, sondern auch Opas Konzern.

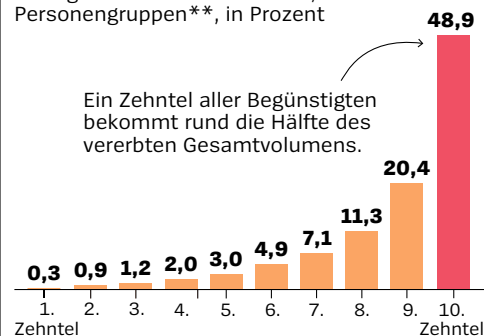
Zwar verschärfte die Politik auf Druck aus Karlsruhe die Bedingungen, unter denen Betriebsvermögen von mehr als 26 Millionen Euro steuerfrei vererbt werden können. Mithilfe einer sogenannten Verschonungsbedarfsprüfung ist auch das aber weiterhin möglich. Im Jahr 2023 sanken im Zuge solcher Prüfungen festgesetzte Steuern in Höhe von 2,1 Milliarden Euro auf nur noch 6,3 Millionen – eine Reduktion um mehr als 99 Prozent. Mittlerweile liegt in Karlsruhe eine neue Verfassungsbeschwerde vor. Der Kläger hält es für ungerecht, dass er auf das Erbe von einer Tante mehr Steuern zahlen soll als viele Unternehmer.

Die großzügigen Ausnahmeregeln tragen dazu bei, dass der Staat zuletzt nur gut neun Milliarden Euro Erbschaftsteuer im Jahr kassierte. Damit bringt sie weniger ein als die Tabaksteuer, ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen liegt laut der Industrieländerorganisation OECD gerade einmal bei rund 0,6 Prozent. Zwar liegen vergleichbare Länder im Schnitt auf demselben niedrigen Niveau. Doch die OECD sieht hier generell Luft nach oben. Eine Erhöhung der Erbschaftsteuern würde ihr zufolge gegen wachsende Ungleichheit helfen.

Auch der Internationale Währungsfonds hält Erbschaftsteuern für »unzureichend ge-

Ungleich verteilt

Gesamtvolumen von Erbschaften und Schenkungen* nach empfangenen Beträgen 2017 in Deutschland, in Personengruppen**, in Prozent



* rund 134 Milliarden Euro, jährlicher Durchschnittswert für den Zeitraum 2002 bis 2017

** Jedes Zehntel umfasst zehn Prozent der Begünstigten, aufsteigend sortiert nach dem Volumen der Erbschaften und Schenkungen. Das erste Zehntel beschreibt die Personengruppe mit dem geringsten Erbschafts- und Schenkungsvolumen.

5 • Quelle: DIW 2021

tungen Erbschaften und Schenkungen von insgesamt 121,5 Milliarden Euro, eine Rekordsumme. Die tatsächliche vererbte Summe dürfte mehr als dreimal so hoch sein. Die Finanzämter erfassen nur Erbschaften und Schenkungen, die über den Freibeträgen liegen.

Die sind großzügig: Ehepartner haben alle zehn Jahre einen Freibetrag von 500.000 Euro, Kinder von 400.000 Euro und Enkel von 200.000 Euro. Ein Kind kann so bis zum zehnten Lebensjahr 1,6 Millionen Euro von Eltern und Großeltern steuerfrei erben, bis zum 21. Lebensjahr sogar 3,2 Millionen – gut terminierte Schenkungen machen's möglich. In der Quirin-Umfrage wusste aber nur jeder Zweite, dass es die Freibeträge in Abhängigkeit vom Familienstand gibt.

»Die meisten Leute fühlen sich von der Erbschaftsteuer betroffen, obwohl sie es nicht sind«, sagt Julia Jirrmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit – einem Bündnis von Organisationen, das sich für faire Besteuerung einsetzt. Nach Jirrmanns Berechnungen müssen pro Jahr nur knapp 0,2 Prozent der Deutschen Erbschaft- oder Schenkungsteuer zah-

nutzt«. Würde Deutschland hier beherzter zuzulassen, so könnte es im Gegenzug Arbeitnehmerinnen entlasten: Ein lediger Durchschnittsverdiener ohne Kinder zahlt in Deutschland rund 37 Prozent des Bruttolohns an Steuern und Sozialbeiträgen. Der effektive Steuersatz auf Erbschaften und Schenkungen beträgt hingegen nur knapp drei Prozent.

Dieses ungenutzte Potenzial müsste eigentlich gerade in Zeiten knapper Staatskassen auf Interesse stoßen. Tatsächlich kündigten SPD, Grüne, Linke und BSW in ihren Wahlprogrammen an, sie wollten Steuerprivilegien für große Erbschaften abschaffen.

Sogar die Union liebäugelte zeitweise mit radikalen Reformen. Das bestehende System der Erbschaftsteuer sei »zu kompliziert, bürokratisch und anfällig für missbräuchliche Steuergestaltung«, hieß es 2023 in einem Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm der Partei. Darin wurde ein einheitlicher Steuersatz von zehn Prozent vorgeschlagen, im Gegenzug sollten Vergünstigungen wegfallen.

Doch unter Unternehmern regte sich schnell Protest. Mit dem Wegfall der Privilegien für Betriebsvermögen würde eine »rote Linie überschritten«, warnte Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. Letztlich schaffte es der Vorschlag weder ins Grundsatz- noch ins Wahlprogramm der Union.

Die Stiftung Familienunternehmen, die einige der reichsten Familien des Landes vertritt, gehört zu den umtriebigen Lobbyisten für die Unternehmerprivilegien. Sie veröffentlichte im vergangenen Jahr eine Untersuchung, laut der Deutschland im internationalen Vergleich eine der höchsten Belastungen durch die Erbschaftsteuer hat. Bei den zugrunde liegenden Modellrechnungen des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) wurden die großzügigen Ausnahmen für Unternehmer jedoch nicht berücksichtigt – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

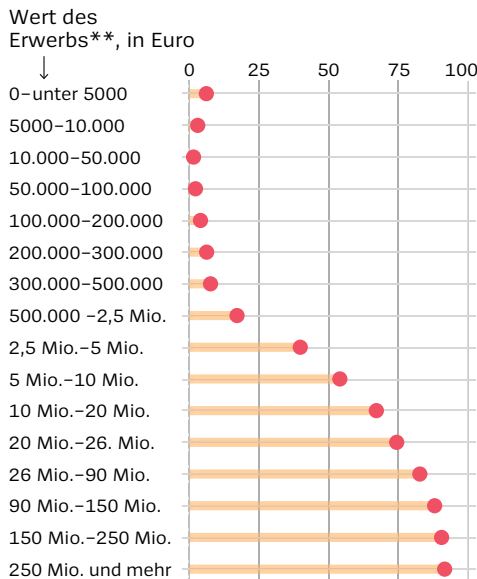
Im Januar luden Familienunternehmer dann eine kleine Runde von Journalisten zum »Kamingespräch« in ihre Niederlassung am Brandenburger Tor ein, um die neueste Ausgabe ihres Standortindexes vorzustellen. Laut dem ebenfalls vom ZEW erarbeiteten Ranking landet Deutschland im internationalen Wettbewerb abgeschlagen auf einem hinteren Platz, insbesondere wegen der Steuerpolitik.

In die Berechnung dieses Indikators floss die Erbschaftsteuer zu 30 Prozent ein. Dabei ist ihr Anteil an den Steuerzahlungen von Unternehmern viel geringer. Ohnehin haben Firmen laut Umfragen drängendere Sorgen, etwa den Fachkräftemangel. Darauf angesprochen heißt es bei der Stiftung, problematisch seien ja nicht nur die tatsächlich gezahlten Steuern – sondern auch der nötige Aufwand, um davon verschont zu werden.

Julia Jirmann kennt das Geschäft der Steueroptimierer, die Ökonomin und Wirtschaftsjuristin arbeitete früher in einer Steuerabteilung der Unternehmensberatung KPMG. Für große Unternehmen existiert eine florierende

Großzügig befreit

Anteil von Steuerbefreiungen für Betriebsvermögen nach Wert* des Erwerbs, in Deutschland, in Prozent



* nach §13a Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz

** vor Abzug von Steuerbefreiungen; Auswertung der Erbschafts- und Schenkungsteuerstatistik 2009–2020

Quelle: Jirmann 2022

Branche, die viele Tricks beherrscht, um die Steuerlast zu minimieren – etwa das Gründen von Familienstiftungen oder sogenannte Kettschenkungen. Es ist ein enormer Kontrast zur Lage von Normalbürgern, von denen viele nicht einmal wissen, dass für ihre bescheidenen Erbschaften Freibeträge gelten.

Die ungleiche Verteilung von Wissen und Ressourcen dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Ungerechtigkeit bei der Erbschaftsteuer nicht mehr Protest auslöst. Laut aktueller Forschung gebe es »einen weitverbreiteten Steueranalphabetismus«, schreibt Jirmann in ihrem kürzlich erschienenen Buch »Blackbox Steuerpolitik«, dieser reiche »bis in die Medienlandschaft und die Parlamente«. Das sei »ein fruchtbarer Boden für die Lobbyarbeit von Großkonzernen und Vermögenden«.

Dass sich an den Privilegien für Firmenerben mit der neuen Regierung etwas ändert, darf bezweifelt werden. Schon wahrscheinlicher ist, dass die Freibeträge angehoben werden – das fordern sowohl die Union als auch die SPD.

Der Spielraum durch Freibeträge ist schon heute groß. Um ihn auszunutzen, bedarf es jedoch gut geplanter Schenkungen. Während

große Vermögen meist auf diesem Weg weitergegeben werden, kommt der Erbfall für Normalverdiener oft unerwartet. Das kann Probleme verursachen, vor allem bei Immobilien.

Laut einer Erhebung für die Deutsche Bank sind Häuser und Wohnungen inzwischen der zweitwichtigste Erbgegenstand. Gegenüber 2018 ist der Anteil der Erben, die Immobilien erhalten, von 40 auf 54 Prozent gestiegen. Künftige Erben erwarten gar zu zwei Dritteln eine Immobilie. Insgesamt werden jährlich 430.000 Immobilien in Deutschland vererbt, etwa 85 Prozent davon Wohnhäuser und Eigentumswohnungen.

Zugleich sind die Immobilienpreise im letzten Jahrzehnt massiv gestiegen. Wer in Großstädten wie München oder Hamburg ein Einfamilienhaus überschrieben bekommt, ist dadurch auf dem Papier schnell Millionär. Damit steht er oder sie aber vor dem Problem, sofort Erbschaftsteuer zahlen zu müssen – in der Spitze 30 Prozent auf den Wert, der über den Freibetrag von 400.000 Euro hinausgeht. Dies bringt Bürger vor allem dann in Bedrängnis, wenn sie das Haus behalten möchten, aber weder selbst einziehen wollen noch das nötige Kleingeld haben, um ein paar Zehntausend Euro an den Fiskus zu überweisen.

Wegen dieser Problematik liegt in Karlsruhe derzeit auch noch eine Normenkontrollklage – von der Bayerischen Landesregierung. Mit Verweis auf die im Freistaat besonders stark gestiegenen Immobilienpreise fordert sie, die seit 2009 nicht mehr veränderten Freibeträge anzuheben und künftig regional unterschiedliche Beträge zuzulassen. »Warum sollen wir in Bayern bei höchsten Immobilienbewertungen Freibeträge haben, die genauso hoch sind wie in Bundesländern, in denen Immobilien bei Weitem nicht so stark im Preis gestiegen sind?«, klagte Ministerpräsident Markus Söder (CSU). »Das ist eine klare Benachteiligung Bayerns.«

In München, der teuersten Stadt Deutschlands, dürfte Söder damit auf viel Sympathie stoßen. In keiner anderen Metropole war laut der Umfrage für die Quirin-Bank der Anteil jener Bürger höher, die die Erbschaftsteuer als ungerecht empfinden.

Dabei kann man es natürlich auch umgekehrt sehen: In Bayern haben besonders viele Menschen das Glück, dank eines geerbten Hauses reich zu werden. Dass sie dafür unter Umständen Erbschaftsteuer zahlen müssen, ist nur fair – und ein Luxusproblem, das sich notfalls mithilfe eines Kredits lösen lässt. Nach Angaben von Interhyp kommt es regelmäßig vor, dass Erben ein Darlehen aufnehmen, um die Erbschaftsteuer zu begleichen.

Dass sich Markus Söder zur Umverteilung über die Erbschaftsteuer bekennt, ist freilich nicht zu erwarten. Eine gute Argumentationshilfe aber gäbe es für ihn: die Bayerische Landesverfassung. In Artikel 123 heißt es dort: »Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen Einzelner zu verhindern.«

David Böcking, Henning Jauernig

**»ES GIBT EINEN
WEITVERBREITETEN
STEUER-
ANALPHABETISMUS.«**

Julia Jirmann, Wirtschaftsjuristin

MAGENTA TV

Dein Gesamtpaket für Fernsehen und Streaming

160 HD-Sender & MagentaTV+ ✓

Apple tv+ ✓

NETFLIX ✓

Disney+ ✓

RTL+ ✓

Statt ~~43,97€~~ mtl. bei Einzelbuchung

nur 30 €* mtl.,

in den ersten 6 Monaten für 0 €*



Connecting
your world.

* Aktion gilt bis 30.06.2025 für MagentaTV Neukunden. MagentaTV MegaStream kostet in den ersten 6 Monaten 0 €/Monat, danach 30 €/Monat. Mindestvertragslaufzeit 24 Monate. MagentaTV ist über die MagentaTV App ohne zusätzliche Hardware empfangbar. Auf Wunsch kann die TV-Box MagentaTV One für 5 €/Monat, zzgl. 6,95 € Versandkosten, mit einer Mindestvertragslaufzeit von 12 Monaten erworben werden. MagentaTV MegaStream enthält RTL+ Premium, Netflix Standard, Disney+ Standard und Apple TV+ (jeweils HD verfügbar). Voraussetzung für die Buchung und Nutzung von Netflix, Disney+ und Apple TV+ sind ein Wohnsitz in Deutschland sowie die Registrierung und Akzeptanz der Nutzungsbedingungen. Es gelten gesonderte Datenschutzbestimmungen bei Netflix International B.V. und Disney+. Bei Nutzung über das Mobilfunk-Datenetz erfolgt die Belastung des Datenvolumens beim jeweiligen Mobilfunk-Anbieter.
Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 149, 53227 Bonn.



LUCAS JULIGER / DER SPIEGEL

(ST)ERBEN FÜR ANFÄNGER

SERVICE Erbschaften können Familien entzweien, doch ein kluges Testament schafft Klarheit. Neun Tipps, um Stress zu vermeiden und den Nachlass optimal zu regeln.

Erben klingt einfach: Jemand hinterlässt ein Vermögen, das Geld fließt, die Angehörigen jubeln. Die Realität sieht oft anders aus. Da gibt es das Testament in unleserlicher Handschrift, das Finanzamt, das mitkassieren will, und natürlich die Verwandten, die zu Hobbyjuristen werden. Die meisten Probleme lassen sich jedoch vermeiden. Man muss nur wissen, worauf es ankommt.

1. TESTAMENT VERFASSEN

Klingt trivial, ist es aber offenbar nicht: Nur 27 Prozent der Deutschen haben ein Testament. »Viele glauben, in ihrer Familie herrscht Harmonie«, sagt Jurist Otto N. Bretzinger. »Doch kaum etwas entzweit Verwandte so zuverlässig wie Erbstreitigkeiten.« Bretzinger hat den Ratgeber »Richtig vererben und verschenken« für die

Verbraucherzentrale geschrieben. Sein wichtigster Tipp: Verfassen Sie ein Testament, um eine Erbengemeinschaft zu vermeiden.

Ohne Testament greift die gesetzliche Erbfolge, und es entsteht eine Gemeinschaft, die sich um den Nachlass streitet. Zuerst erben Kinder/Enkel, dann Eltern/Geschwister, schließlich Großeltern/Onkel/Tanten. Was die Ehepartnerin oder der eingetragene Lebenspartner erbt, hängt davon ab, welche Verwandten vorhanden sind – und ob ein Ehevertrag besteht oder nicht. Mit einem Testament legen Sie genau fest, wer was erben soll.

2. ERBE UND VERMÄCHTNIS UNTERSCHIEDEN

Ein Erbe oder eine Erbin bekommt das gesamte Erbe samt Schulden oder einen prozentualen Teil davon und

gehört zur Gruppe der Erben. Ein Vermächtnisnehmer indes ist kein Teil dieser Erbengruppe. Er bekommt nur einen genau beschriebenen Vermögensvorteil, den der Erblasser bestimmt hat. Dies kann ein Gegenstand, Geldbetrag oder ein bestimmtes Recht sein, etwa Wohnungsrecht. Zum Beispiel so: »Meinem guten Freund Claus Schmidt vermache ich meine Rolex Oyster Perpetual.« Wer unwissend nur ein Vermächtnis niederschreibt, hat noch keine Erben bestimmt. Für den verbleibenden Teil des Vermögens greift dann die gesetzliche Erbfolge. Eine Erbschaft muss als solche formuliert sein: »Ich setze meine Tochter Claudia zu 75 Prozent als Erbin meines gesamten Nachlasses ein.« Übrigens: Sie können zwar einen Alleinerben benennen, die gesetzlichen Pflichtanteile bleiben trotzdem bestehen.

3. PFLICHTTEIL TROTZ ENTERBUNG

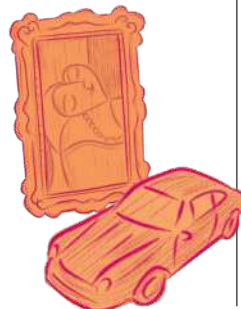
Sie können jemanden ohne Begründung enterben, etwa ausdrücklich mit »Ich enterbe meinen Sohn Philipp.« Oder implizit, indem Sie Ihr Erbe im Testament komplett verteilen, ohne die Person zu erwähnen. Allerdings haben nahe Angehörige wie Kinder oder Ehepartner trotzdem Anspruch auf einen Pflichtteil – die Hälfte ihrer gesetzlichen Erbquote.

Beispiel: Ein verheirateter Erblasser in einer Zugewinnngemeinschaft hinterlässt 200.000 Euro und hat zwei Kinder. Nach gesetzlicher Erbfolge erhält die Ehepartnerin 100.000 Euro (die Hälfte des Nachlasses), während jedes Kind 50.000 Euro (ein Viertel) erben würde. Wird der Sohn enterbt, beträgt sein Pflichtteilsanspruch 25.000 Euro (die Hälfte seines gesetzlichen Erbteils). Die Ehepartnerin und das andere Kind teilen sich den Rest entsprechend dem Testament.

Um einer Person den Pflichtteil zu entziehen, müssen sehr strenge inhaltliche und formale Voraussetzungen erfüllt sein. Welche schwerwiegenden Gründe infrage kommen, regelt § 2333 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Dazu zählt etwa, wenn ein Abkömmling dem Erblasser »nach dem Leben trachtet«, heißt, den ernsthaften Willen hat, den Erblasser zu töten. Dies müsste der Erblasser in seinem Testament konkret benennen.

4. FORMFEHLER IM TESTAMENT VERMEIDEN

Ein Testament gilt nur, wenn es bestimmte formale Anforderungen erfüllt.



Hier eine Checkliste:

- **Handschriftlich:** Verfassen Sie das Testament vollständig von Hand. Ein ausgedrucktes Dokument mit Unterschrift ist ungültig. Eine Alternative zum handschriftlichen Testament ist die notarielle Beurkundung.
- **Lesbarkeit:** Leserlich schreiben, sonst ist das Testament im Zweifel unwirksam.
- **Unterschrift und Datum:** Unterschreiben Sie mit Ihrem vollen Namen am Ende des Dokuments. Ort und Datum sind sinnvoll, aber nicht zwingend.
- **Klare Formulierungen:** Vermeiden Sie vage Begriffe wie »Angehörige« oder »verschenken«. Schreiben Sie zum Beispiel: »Ich (vollständiger Name), geboren am (Geburtsdatum), erkläre meine Lebensgefährtin (vollständiger Name), geboren am (Geburtsdatum), zur alleinigen Erbin meines gesamten Nachlasses.«
- **Konsistenz:** Sie können mehrere Testamente verfassen, die sich ergänzen oder identisch sind. Vermeiden Sie Widersprüche, und achten Sie in diesem Fall auf die Datierung.
- **Aufbewahrung:** Ein an sich gültiges Testament nützt nichts, wenn es verloren geht. Sie können es beim Amtsgericht in besondere amtliche Verwahrung geben oder notariell beurkunden lassen.

5. VORSICHT BEI BERLINER TESTAMENT

Das Berliner Testament ist bei Ehepaaren mit Kindern beliebt. Dabei setzen sich die Partner gegenseitig als Alleinerben ein, die Kinder erben erst nach dem Tod des zweiten Elternteils. So bleibt der überlebende Partner finanziell abgesichert. Experte Bretzinger warnt, dass die Schwächen des Berliner Testaments oft übersehen werden. Dazu zählen:

- **Steuerliche Belastung:** Überschreitet das vererbte Vermögen die jeweiligen Freibeträge, wird es zweimal versteuert: einmal vom überlebenden Ehegatten und noch einmal von den Kindern.
- **Unflexibel:** Die überlebende Partnerin kann die Erbfolge nicht ändern, selbst wenn sich das Verhältnis zu den Kindern wandelt. Eine Änderungsklausel kann helfen.
- **Pflichtteilsansprüche:** Kinder können nach dem ersten Erbfall ihren Pflichtteil fordern, was den verbliebenen Elternteil finanziell belasten kann. Pflichtteilsstrafklauseln sollen Kinder davon abhalten, beim ersten Erbfall ihren Pflichtteil einzufordern, indem sie dies wirtschaftlich unattraktiv machen.
- **Risiko bei Heirat:** Ein neuer Ehepartner und mögliche weitere Kinder haben Erbansprüche, was die ursprünglichen Erben benachteiligt.

Erblasser sollten keine vorformulierten Schriftstücke eins zu eins übernehmen, sondern sie an ihre familiären Verhältnisse anpassen.

6. FREIBETRÄGE RECHTZEITIG AUSSCHÖPFEN

Die Freibeträge für Erbschaften und Schenkungen sind großzügig: Ehepartner erhalten

bis zu 500.000 Euro steuerfrei, Kinder 400.000 Euro, Enkel 200.000 bis 400.000 Euro und Geschwister 20.000 Euro. Versteuern müssen Sie nur die Summe, die über die Freibeträge hinausgeht. Doch mit rechtzeitigen Schenkungen lässt sich selbst das teilweise umgehen, da die Freibeträge alle zehn Jahre erneut gelten. Wer etwa mit 60 Jahren beginnt, kann bis zum 80. Geburtstag jedem Kind 1,2 Millionen Euro steuerfrei übertragen.

7. OFFENHEIT UND KOMMUNIKATION

Beziehen Sie Ihre künftigen Erben und Erben früh ein, um Ihre Wünsche klar zu kommunizieren und potenzielle Konflikte rechtzeitig zu entschärfen. Wer sein Testament verfasst und einfach beiseitelegt, riskiert Spannungen, wenn die Kinder das Schriftstück später unerwartet entdecken. »Ich empfehle, den Inhalt des Testaments mit den Erben zu besprechen. Ihre Reaktionen können wertvolle Hinweise für die nächsten Schritte liefern«, sagt Bretzinger.

8. TESTAMENTSFULLSTRECKER EINSETZEN

Ernennen Sie im Testament einen Testamentsvollstrecker. Das ist besonders bei komplexen Familienverhältnissen wie Patchworkfamilien empfehlenswert. Auch bei Vermächtnissen ist das sinnvoll, um zu verhindern, dass Begünstigte auf die Kooperation der Erben angewiesen sind. Als Testamentsvollstrecker kann eine vertrauenswürdige Privatperson oder ein Notar fungieren. Dieser verwaltet den Nachlass allein und verteilt ihn gemäß Testament.

9. IMMOBILIEN CLEVER ÜBERTRAGEN

Sie können Ihre Immobilie schon zu Lebzeiten übertragen. Dadurch entfällt im Alter die Sorge um das Haus. Im Übergabevertrag lässt sich etwa ein lebenslanges Wohnrecht oder Unterstützung im Pflegefall festlegen. Ein Nießbrauchrecht ermöglicht es, weiterhin dort zu wohnen und gleichzeitig den steuerlich relevanten Immobilienwert zu senken. Ehepartner können sich ein Familienheim zu Lebzeiten steuerfrei schenken. Stirbt ein Partner, bleibt die Immobilie für den Hinterbliebenen steuerfrei, wenn er sie unverzüglich mindestens zehn Jahre lang selbst nutzt. Kinder können maximal 200 Quadratmeter Wohnfläche steuerfrei erben. Überschreitet die Fläche diesen Wert, wird nur der anteilige Überschuss besteuert. Auch hier gelten die Zehn-Jahres-Frist und die sofortige Eigennutzung.

Udo Trichtl

Die Ratgeber »Richtig vererben und verschenken« (208 Seiten, 20 Euro) und »Handbuch Testament« (224 Seiten, 22 Euro) gibt es im Online-Shop unter ratgeber-verbraucherzentrale.de.



Kostenlos
testen

Flexibles Weiterbilden mit staatlich
anerkannten Zertifikatskursen

Personalentwicklung & Talentmanagement

Eine Auswahl der Inhalte:

- + Talentakquise und -rekrutierung sowie Talententwicklung
- + Nachfolgeplanung, Mitarbeiterbindung, Diversity und Inklusion
- + Technologieeinsatz im Talentmanagement
- + Lern- und Entwicklungstheorie



Alle Kurse und Infos
akademie.spiegel.de



Es ist noch nicht einmal April, und schon jetzt endet die erste Badesaison für Schwimmer unter freiem Himmel. In diesem Fall geht es nicht um die Abkühlung im Freibad oder am Baggersee, sondern um das Eisbaden am Strand von Hamburg-Övelgönne. Trotz frühlingshaften Wetters lag die Wassertemperatur noch unter zehn Grad Celsius. Einmal pro Woche trafen sich die Eisbader seit November an der Elbe und sammelten Geld für einen guten Zweck. Jetzt machen sie Sommerpause bis zum Herbst.

Drohnen über Militäranlagen

SPIONAGE Immer häufiger spähen ferngesteuerte Flugobjekte Chemieparks, Häfen und Marinestützpunkte aus.

Sicherheitsbehörden melden einen Anstieg von Drohnensichtungen über kritischer Infrastruktur und Militäranlagen. Das geht aus vertraulichen Papieren hervor, die dem SPIEGEL vorliegen. Demnach flogen zwischen 27. Februar und 7. März beinahe täglich Drohnen über Marinestützpunkten, Häfen und Chemieparks.

So entdeckte ein Wachmann auf einem Gelände des Chemieriesen Dow im sächsischen Lippendorf Ende Februar während der Nachtschicht ein rötlich blinkendes Flugobjekt. Anfang März wurden über dem Gelände einer Raffinerie im brandenburgischen Schwedt Drohnen gesichtet. Gleich mehrfach traf es das Hafengebiet in Bremerhaven. Am 28. Februar meldete der Zoll Sichtungen über dem Containerterminal 4. Alarmierte Polizisten zählten bis zu 15 unbekannte Objekte am Himmel. Wenige Tage später sichteten

Beamte am selben Ort sowie am Schlepperhafen insgesamt zehn Drohnen. Eines der Flugobjekte spähte den Austausch von Flüssigerdgas von einem Tank- auf ein Containerschiff aus. Am selben Tag wurden laut den Papieren Drohnen in Wilhelmshaven über dem Marinestützpunkt sowie im niedersächsischen Geestland in der Nähe eines Marinefliegergeschwaders festgestellt. Die Flügelspannweite eines der Objekte habe bis zu fünf Meter betragen.

Erneut im Fokus war auch der US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein. Laut Unterlagen wurden am 9. März Drohnen in unmittelbarer Nähe der Air Base gesichtet. Die US-Luftwaffe bestätigte den Vorfall. Die Bundeswehr teilte mit, dass »in jüngerer Vergangenheit wiederholt Drohnensichtungen über verschiedenen Liegenschaften« gemeldet worden seien. MGB, JDL, ROL, WOW

Demokratieschaden in der EU

RECHTSSTAAT Europa befindet sich in der demokratischen Krise. Das ist das Ergebnis des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsberichts von Civil Liberties Union For Europe, einer Organisation, die sich mit 43 Nicht-regierungsorganisationen aus 21 EU-Ländern zusammengetan hat. In dem rund 1000-seitigen Bericht wird dargestellt, wie es um Demokratie, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit steht. Am größten sind die Probleme nach wie vor in Ungarn, wo insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien angegriffen wird. Negative Tendenzen wurden aber auch in Bulgarien, Kroatien, der Slowakei und in Italien festgestellt. So wird für Italien etwa moniert, dass Staatsanwälte und Richter künftig einen getrennten Karrierelauf haben sollen, was die Unabhängigkeit beider Institutionen unterlaufe. Für Deutschland werden keine größeren Veränderungen verzeichnet. Kritisiert wird in dem Bericht der Umgang in Deutschland mit zivilen Organisationen, die unter Druck kämen und denen der Verlust staatlicher Gelder drohe. Die negativen Tendenzen in Europa führt die Organisation auf das Aufkeimen rechtsautoritärer Kräfte, die Entwicklung in den USA und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zurück. **TIL**

18-Jähriger soll vor Gericht

TERRORISMUS Die Staatsanwaltschaft Flensburg hat den mutmaßlichen Islamisten Emin B. angeklagt. Sie wirft dem 18-Jährigen aus Elmshorn die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und Verabredung zum Mord vor. Wie aus der Anklage hervorgeht, soll B. als Jugendlicher vom Frühjahr 2024 an einen Terroranschlag geplant haben, um »Ungläubige« zu töten. Im August habe er zwei Flaschen Feuerzeugbenzin gekauft, wenige Tage später gut zwölf Liter Benzin. Mit den Flüssigkeiten, die damals sichergestellt wurden, habe er Brandsätze her-

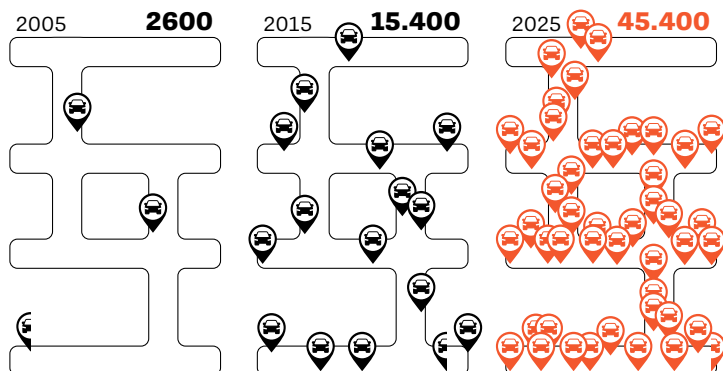
stellen wollen. Ende Oktober habe sich B. per WhatsApp mit einem Unbekannten verabredet, um mit Lkw oder Schnellfeuerwaffen möglichst viele Menschen zu ermorden. Vorbild sei der Anschlag von Nizza gewesen, bei dem 2016 ein Islamist 86 Menschen tötete. Eine Sprecherin des Landgerichts Itzehoe erklärte, die Anklage sei noch nicht zugelassen. Im Falle eines Urteils seien bis zu zehn Jahre Gefängnis möglich. B.s Verteidiger Atilla Aykaç sagte, die Vorwürfe würden sich im Laufe der Hauptverhandlung relativieren. Aus der Untersuchungshaft wurde Emin B. entlassen. Ein Gericht ließ ihn in einem speziellen Heim für Jugendliche unterbringen. **SMS**

stellen wollen. Ende Oktober habe sich B. per WhatsApp mit einem Unbekannten verabredet, um mit Lkw oder Schnellfeuerwaffen möglichst viele Menschen zu ermorden. Vorbild sei der Anschlag von Nizza gewesen, bei dem 2016 ein Islamist 86 Menschen tötete. Eine Sprecherin des Landgerichts Itzehoe erklärte, die Anklage sei noch nicht zugelassen. Im Falle eines Urteils seien bis zu zehn Jahre Gefängnis möglich. B.s Verteidiger Atilla Aykaç sagte, die Vorwürfe würden sich im Laufe der Hauptverhandlung relativieren. Aus der Untersuchungshaft wurde Emin B. entlassen. Ein Gericht ließ ihn in einem speziellen Heim für Jugendliche unterbringen. **SMS**

Nachgezählt

Fahrzeugflotte von Carsharinganbietern in Deutschland

📍 = 1000 Fahrzeuge



Im Januar 2025 gab es in 1393 Orten in Deutschland Carsharingangebote.

5 • Quelle: Bundesverband Carsharing

DER GESUNDE MENSCHENVERSTAND

Bündnis 90/Mimosen



Von Markus Feldenkirchen

Robuste Zeitgenossen fühlen sich in ihrem ohnehin längst gefällten Urteil über die Grünen dieser Tage bestätigt. Es handle sich eben um eine Heulsusenpartei, um höchst empfindliche Befindlichkeitsträger, die bei jedem Scherz auf ihre Kosten gleich zu flennen beginnen. Bündnis 90/Die Mimosen.

Der jüngste Anlass ist, dass die Grünen sich bislang zumindest zieren, die Einladung zur gigantischen Schuldenorgie anzunehmen, die Union und SPD planen. Obwohl sie doch selbst im Wahlkampf erklärt hatten, hohe Schulden (zumindest für aus ihrer Sicht sinnvolle Investitionen) aufnehmen zu wollen.

Als Grund für diese Sperrigkeit wird eine übergroße Empfindlichkeit einer Partei vermutet, die sich ständig auf den nicht vorhandenen Schlips getreten fühle. Die Grünen wollten sich dafür rächen, heißt es, dass die kernigen Kerle der Union im Wahlkampf und auch nach der Wahl die ein oder andere Spitze gegen die Grünen abge sondert hätten. Es stimmt ja: Markus Söders Obsession mit Robert Habeck und den Grünen scheint in diesem Leben nicht mehr kurierbar zu sein. Und auch Friedrich Merz hatte es ordentlich krachen lassen, zum Beispiel als er kurz vor der Wahl erklärte, man werde jetzt endlich wieder Politik für Menschen machen, »die noch alle Tassen im Schrank haben«, und nicht »für irgendwelche grünen und linken Spinner«. Was man halt so sagt im Wahlkampf.

Und dann echauffierten sich die Grünen offenbar auch noch darüber, dass der CDU-Chef Angebote fürs gemeinsame Schuldenmachen zunächst nur auf der Mailbox

von Britta Haßelmann hinterlassen hatte statt im persönlichen Gespräch. Natürlich bewies Merz hier das Fingerspitzengefühl eines Rhinoceroses. Andererseits, was hätte er sonst machen sollen? Die Grünenfraktionschefin befand sich zum Zeitpunkt seines Anrufs an einem unerreichbaren Ort. Wo? Natürlich im Wald.

Ich sage es offen: Die Grünen haben allen Grund, stock-sauer zu sein. Aber nicht wegen derber Sprüche im Wahlkampf, auch nicht wegen einer unglücklichen Kommunikation via Mailbox. Darüber kann man hinwegsehen. Worüber man nicht so schnell

Die Grünen haben allen Grund, sauer auf die Union zu sein. Nicht wegen derber Sprüche – wegen systematischer Wähler-täuschung.

hinweggehen sollte, ist die systematische Wähler-täuschung durch die Union vor der Bundestagswahl. Während SPD und Grüne erklärt hatten, eine Verbesserung von Infrastruktur und Verteidigungsfähigkeit sei nur mit Sondervermögen und Reform der Schuldenbremse umzusetzen, behaupteten Merz und die Union bis zuletzt das Gegenteil. Vor der Wahl hatten sie die Grünen scharf kritisiert, teils sogar verhöhnt. Nach der Wahl wollen sie das Grünenkonzept nun weitgehend übernehmen.

Wenn das Schule macht in der deutschen Politik, siegt die Dreistigkeit über die Redlichkeit. Deshalb ist es richtig, dass man mit einer solchen Täuschung nicht widerstandslos durchkommt.

So. Und damit genug gemurmelt.

An dieser Stelle schreiben im Wechsel Susanne Beyer, Anna Clauß, Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher.



Bamf klagt gegen Bremer Ex-Chefin

ASYL Es begann 2018 als vermeintlich größte Asylaffäre Deutschlands: Innenminister Horst Seehofer (CSU) sprach von einem »handfesten Skandal«, entließ die Präsidentin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Doch vor dem Landgericht Bremen blieb vom ursprünglichen Kernvorwurf der Anklage, wonach die Leiterin der Bamf-Außenstelle Bremen Hunderten Ausländern

unberechtigt Asyl verschafft habe, nichts übrig. 2021 wurde das Verfahren gegen Ulrike B. eingestellt – mit einer Geldauflage von 10.000 Euro. Verhandelt worden war nur wegen der übrig gebliebenen Verdachtsmomente, etwa Geheimnisverrat und Vorteilsnahme. Für das Bamf abgehakt ist die Sache damit aber nicht. Nachdem die Behörde gegen Ulrike B. bereits 2018 ein Disziplinarverfahren eingeleitet hatte, reichte sie im August beim Bremer Verwaltungsgericht Disziplinarklage

ein. Sie zielt darauf ab, die seit der Affäre vorläufig vom Dienst enthobene Ex-Leiterin aus dem Beamtenverhältnis zu entfernen. Außerdem wurden ihre Bezüge inzwischen um 50 Prozent reduziert. Sollte das Bamf erfolgreich sein, würde Ulrike B. auch ihre Pension verlieren. In Disziplinarverfahren können Vorwürfe verfolgt werden, die nicht straf-, aber dienstrechtlich von Bedeutung sein können. Das Bamf und der Anwalt von Ulrike B. verwiesen auf Verschwiegenheitspflichten. AMP

AfD-Frau im BSW-Ministerium

EXTREMISMUS Im Thüringer Umwelt- und Naturschutzministerium, das von BSW-Politiker Tilo Kummer geführt wird, arbeitet neuerdings eine rechtsextreme AfD-Politikerin: Lydia Funke ist Referentin für das Thema »Invasive Arten«. Funke war im Landesvorstand der AfD Sachsen-Anhalt aktiv und als Abgeordnete fünf Jahre im Landtag. Aktuell sitzt sie für die AfD im Kreistag Burgenlandkreis, der eine gute Stunde von ihrem neuen Arbeitsplatz in Erfurt entfernt ist. In sozialen Netzwerken macht sie sich wei-

ter für die AfD stark. Und schon 2015 unterzeichnete sie die sogenannte Erfurter Resolution, jenes Schreiben, mit dem sich der rechtsextreme »Flügel« rund um den Thüringer Landeschef Björn Höcke gründete. Funke war eine von nur 23 Erstunterzeichnenden. Auf Anfrage teilt das Ministerium mit: »Aus Datenschutzgründen können wir uns nicht zu einzelnen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern des Hauses äußern.« Funke schreibt, dass sie sich »bezugnehmend auf meine Persönlichkeitsrechte sowie nach GG Art. 12 (1) nicht äußern werde«. Sie spielt damit auf das Grundrecht der freien Berufswahl an. AKM, MBA

Ein Job für drei

BUNDESTAGSVIZE Für einen der Stellvertreterposten im Bundestagspräsidium interessieren sich nach SPIEGEL-Informationen drei grüne Bundestagsabgeordnete. Die bisherige Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, 58, der frühere Parteivorsitzende Omid Nouripour, 49, und die Noch-Kulturstatsministerin Claudia Roth, 69. Der Gang in die Opposition bedeutet für die grüne Partei, dass sie nur noch wenige Spitzenposten zu vergeben hat. Noch ist unklar, ob alle drei Interessenten ihre Kandidatur anmelden. Es wird erwartet, dass

Kontroverse um Innovationsagentur

VERTEIDIGUNG Der Vorschlag des Direktors der Bundes-Innovationsagentur Sprind, Rafael Laguna de la Vera, mit einer neuen Sprind.Mil einen Ableger für den militärischen Bereich zu gründen, stößt bei den existierenden Agenturen in diesem Feld auf Irritation und Ablehnung. Es gebe mit der Cyberagentur in Halle und dem Cyber Innovation Hub der Bundeswehr (CIHBw) bereits bewährte Einrichtungen für dieses Aufgabenprofil, betont der Forschungsdirektor der Cyberagentur, Christian Hummert: »Hier einen weiteren teuren Player zu gründen, ist Unfug.« Zudem verfüge die Sprind über »keinerlei ausgeprägte Expertise« im Rüstungsbereich. Auch CIHBw-Leiter Sven Weizenegger zeigt sich ob des Vorstoßes »überrascht«. Jede Neugründung brauche eine Weile, bis sie voll arbeitsfähig sei. »Wenn wir aber bis 2029 siegfähig werden wollen, haben wir diese Zeit nicht«, so Weizenegger. Sinnvoller sei, seinen Innovation Hub und Hummerts Cyberagentur auszubauen. Ausgelöst wurde die Kontroverse durch ein Sprind-Papier mit dem Titel »Deutschland braucht eine militärische Innovationsagentur«, das unter anderem ans Kanzleramt ging. Es enthielt bereits einen Standortvorschlag und Budgetvorstellungen, nämlich »etwa eine Milliarde Euro über die kommenden fünf Jahre«. ROM

Nouripour auf jeden Fall kandidiert. Göring-Eckardt sagte der »Neuen Osnabrücker Zeitung«, wenn ihre Fraktion sie nominieren, mache sie es gern. Die Thüringerin verweist auf ihre ostdeutsche Herkunft. Für Nouripour spricht, dass bislang mehr Frauen als Männer in der Grünenfraktion Spitzenposten bekleiden. Außerdem fehlt es in der Führungsriege an Politikern mit Migrationshintergrund. Claudia Roth wäre die einzige Kandidatin des linken Flügels der Partei. Eine Kampfabstimmung ist nicht ausgeschlossen. Bis zur ersten Sitzung des neuen Bundestags am 25. März muss die Personalie geklärt sein. csc

»Zu viel Bürokratie«

Berlins Justizsenatorin und Ex-Verfassungsschützerin Felor Badenberg, 49 (CDU), über die Folgen von Trumps Politik für die deutsche Sicherheit – und nötige Reformen bei den Geheimdiensten

SPIEGEL: Frau Badenberg, Deutschland konnte viele Jahre darauf vertrauen, dass die USA Hinweise liefern, um Anschläge zu vereiteln. Haben Sie Sorge, dass die Geheimdienste unter Donald Trump den Informationsfluss drosseln?

Badenberg: Nach den Entwicklungen der letzten Wochen stellt sich die Frage, ob Deutschland sich auf den Informationsaustausch weiter so verlassen kann wie bisher. Die internationale Zusammenarbeit der Nachrichtendienste besteht aus Geben und Nehmen: Nur wer Informationen liefert, bekommt auch welche. Das hat lange sehr gut funktioniert. Aber möglicherweise reicht Trump nicht mehr, was die Deutschen liefern, und die USA schränken ihre Hinweise ein. Das würde dazu führen, dass unseren Behörden wichtige Informationen fehlen.

SPIEGEL: Was tun?

Badenberg: Genauso wie wir gerade die Bundeswehr und unsere Verteidigungsfähigkeit stärken, müssen wir die Sicherheitsbehörden rechtlich und auch organisatorisch neu aufstellen, um drohende Informationsdefizite auszugleichen.

SPIEGEL: Wo sehen Sie denn Schwachstellen?

Badenberg: Nehmen Sie das Beispiel der virtuellen Agenten. Das sind Verfassungsschützer, die in einschlägigen Internetforen unterwegs sind, um frühzeitig Extremisten zu enttarnen und Anschläge und andere Gewalttaten zu verhindern. Solche Undercover-Ermittler dürfen in Deutschland bei ihren Einsätzen weniger weit gehen als etwa in den USA. Das macht es uns schwer, tief in konspirative Kommunikationskanäle vorzudringen. Oder nehmen Sie das Durchforsten internationaler Datenströme nach bestimmten Suchbegriffen. Der BND muss hier technisch und rechtlich mehr Handlungsfreiheit bekommen. Nur so können wir

Schritt halten mit der veränderten Sicherheitslage. Vor allem aber muss der Apparat insgesamt effizienter werden. Das gilt für die Sicherheitsbehörden genauso wie für viele andere Institutionen: Zu viel Zeit fließt in Bürokratie, zu wenig in die operative Arbeit.

SPIEGEL: Welche Änderungen schlagen Sie vor?

Badenberg: Es gibt in Deutschland Dutzende Behörden mit Sicherheitsaufgaben. Wer dabei wofür zuständig ist, ist oft nicht klar genug. Der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg hat das eindrucksvoll vor Augen geführt: Ämter in sechs Bundesländern und mehrere auf Bundesebene hatten mit dem späteren Todesfahrer zu tun. Es gab 105 Hinweise auf den Mann, aber der Anschlag konnte dennoch nicht verhindert werden, auch weil sich keine Behörde ausreichend verantwortlich fühlte. Das zeigt: Wir brauchen nichts weniger als eine Reform unserer Sicherheitsarchitektur.

SPIEGEL: Was bedeutet das konkret?

Badenberg: Wir sollten offen darüber diskutieren, ob so viele unterschiedliche Behörden nötig sind. Allein im Bereich der Vorfeldaufklärung haben wir zum Beispiel neben einem Bundesamt für Verfassungsschutz noch 16 Landesämter. Gerade die kleinen Verfassungsschutzämter können kaum alle Phänomenbereiche umfassend abdecken, von Rechtsextremismus über internationalen Islamismus bis Spionage. Auch bei der Cyberabwehr bräuchte es klarere Zuständigkeiten. Mehrere Behörden in Deutschland haben jeweils Teilinformationen über Hackerangriffe vorliegen, aber niemand hat das vollständige Erkenntnisbild. Hier wäre eine Bündelung von Kompetenzen bei einer Bundesbehörde sinnvoll. Mir schwebt eine Reformkommission aus Praktikern vor, die konkrete Vorschläge erarbeitet. wow



Badenberg

B. von Jutzecken / picture alliance



Felix Adler / DER SPIEGEL

»Oh, mein liebes, schönes Tier«

DER AUGENZEUGE Wilfried Große, 78, aus Grimma ist Rassegeflügelzüchter. Ein toter Hahn im Stall hatte für seinen Betrieb katastrophale Folgen.

»Seit mehr als 60 Jahren führe ich eine Geflügelzucht auf einem Hof südöstlich von Leipzig. Schon mein Vater und Großvater haben sich der Zucht von Puten und Gänsen, Enten und Pfauen verschrieben, ich habe noch Tauben und Papageien dazugeholt. Es geht um den Erhalt alter, zum Teil bedrohter Rassen, aber auch um die Zucht an sich: Jedes Tier, jedes Ei kann ich über Generationen zurückverfolgen.

Als eines Morgens Ende Februar der erste tote Hahn im Stall lag, habe ich mir noch nichts gedacht. Aber am Abend haben zwei weitere die Flügel hängen lassen, in der Früh lagen auch sie reglos da. Da habe ich das Veterinäramt angerufen, sie haben die toten Tiere abgeholt und die lebenden getestet. Am nächsten Mittag dann der Anruf: H5N1, Vogelgrippe. Alles Geflügel auf dem Hof müsse getötet werden, am nächsten Tag schon komme das Kommando.

Dabei war der Großteil der Tiere ja völlig gesund. Dass die Puten aus dem betroffenen Stall sterben mussten, das verstehe ich. Aber die Pfauen, die Enten – und sogar die Tauben und Papageien, die sich ohnehin nur schwer mit Vogelgrippe anstecken können?

In der Früh sollte es losgehen, aber es kamen viele

Nachbarn und Freunde und haben eine kleine Revolte angezettelt. Wenn es gesunden Tieren an den Kragen gehen soll, dann muss man sich doch wehren! Die Polizei und das Veterinäramt haben einen Kilometer weiter Stellung bezogen, der Präsident unseres Verbands hat als Vermittler fungiert. Mein letzter Strohalm war, zumindest die Tauben und die Papageien zu retten. Wir haben beim Gericht einen Eilantrag abgegeben, aber zwei Stunden später kam die Nachricht: abgelehnt.

Die Tötung der Tiere hat das Veterinäramt ordentlich gemacht. Sie haben einen Vogel nach dem anderen gepackt und in kleine Container gesteckt. Innerhalb weniger Sekunden waren sie tot, vergast. Als sie den Pfau mit dem zwei Meter langen Schweif da hineinschoben, habe ich mir nur gedacht, oh, mein liebes, schönes Tier.

Jetzt ist alles leer und still. Den Holzstall, in dem das Virus ausgebrochen ist, haben wir abgebrannt, den Rest gereinigt und desinfiziert. Wenn die letzte Kontrolluntersuchung in sechs Wochen negativ ist, könnten wir neue Tiere anschaffen. Die Tierseuchenkasse wird uns wohl finanziell entschädigen. Aber mein Lebenswerk, die Zucht, ist für immer dahin.«

Aufgezeichnet von Jonas Niesmann



Kay Nietfeld / dpa

CDU-Vorsitzender Merz: Als Gescheiterter ins Kanzleramt?

Der Wackelkandidat

UNION Mit fahrlässiger Sorglosigkeit bereitet Friedrich Merz die Abstimmung über sein Milliardenpaket vor – dabei geht es um die Zukunft Europas genauso wie um seine eigene. In der Union kommen erste Zweifel auf: Kann er wirklich Kanzler?

Ein Hauch von Frühling liegt in der Luft, als Friedrich Merz am Donnerstag der vergangenen Woche morgens gegen neun mit seinem Tross ins Sofitel-Hotel in Brüssel kommt.

»Herr Merz, Herr Merz!«, rufen die Kameralleute und Fotografen, die sich in der Hotellobby aufgebaut haben. Der Kanzlerkandidat hält in der einen Hand eine dünne Mappe, die andere ist tief in seiner Hosentasche vergraben.

Am Nachmittag wollen die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel zu ihrem Sondergipfel zusammenkommen. Nach dem Eklat im Weißen Haus zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj müssen sie eine

Antwort auf die dramatisch veränderte Sicherheitslage für Europa finden. Doch zunächst treffen sich die Spitzen der Europäischen Volkspartei EVP im Sofitel zur Vorbesprechung – und damit auch Friedrich Merz, der hier bereits als »next chancellor of Germany« gehandelt wird.

Der CDU-Chef sei mit großem Applaus begrüßt worden, heißt es später aus der Sitzung. Alle hier haben gebannt die Nachrichten der vergangenen Tage aus Berlin verfolgt. Die Meldungen über das gewaltige Schuldenpaket für Investitionen und Verteidigung, auf das sich Sozialdemokraten und Union zwei Tage zuvor bei ihren Sondierungsgesprächen geeinigt hatten. Wird Deutschland unter einem Kanzler Merz nun endlich die von vie-

len ersehnte europäische Führungsrolle übernehmen?

Das Interesse an dem Neuen ist zumindest riesengroß. Am Abend hat sich Merz mit seiner Parteifreundin Ursula von der Leyen getroffen, der Präsidentin der EU-Kommission. Er ist mit der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas verabredet und auch mit Nato-Generalsekretär Mark Rutte.

Ein paar Stunden lang kann sich Merz in Brüssel schon als Kanzler fühlen. Am Flughafen wartet die Maschine der Luftwaffe auf ihn, die Polizei eskortiert ihn durch die Stadt, alle wichtigen Europäer wollen ihn treffen. Aber noch ist der CDU-Chef nicht Kanzler, und in seiner Partei wächst die Sorge, dass er seine Chance auf den letzten Metern verspielen könnte.



Florian Gaertner / photothek / picture alliance

Bundeswehrsoldaten: Wird Deutschland die von vielen ersehnte Führungsrolle übernehmen?

Am Dienstag steht im Bundestag die Abstimmung über Merz' Milliardenpaket an. Er braucht eine Zweidrittelmehrheit, weil es um Grundgesetzänderungen geht, deshalb ist er auf die Stimmen der Grünen angewiesen – gegen die er und CSU-Chef Markus Söder im Wahlkampf hart geschossen haben. Es ist eine komplizierte Operation, die einiges an Vorbereitung und Fingerspitzengefühl brauchte. Von beidem ist bei Merz bislang wenig zu sehen.

Warum, fragt man in der CDU, fährt er ausgerechnet jetzt für zwei Tage nach Brüssel? Warum wartet er damit nicht, bis er Kanzler ist? Was gibt es im Moment Wichtigeres, als die Mehrheit für die Verfassungsänderungen zu organisieren, um das gewaltige Schuldenpaket, auf das auch die Europäer so sehr hoffen, sicher durch Bundestag und Bundesrat zu bekommen?

Mit den Stimmen von Kallas, Rutte und von der Leyen könnte Merz sicher rechnen. Wohl auch mit der des neuen kanadischen Premierministers Mark Carney, mit dem er zuletzt telefoniert hat. Doch die sind nicht Mitglieder des Bundestags. Die Energie und die Zeit, die Merz in den vergangenen Tagen in seine internationalen Kontakte investiert hat, fehlen ihm im Kampf um die entscheidenden Stimmen.

Verzettelt sich Merz?

Noch ist offen, ob es ihm gelingen wird, die Grünen auf seine Seite zu ziehen. Aber selbst wenn es am Ende zu einer Einigung kommen sollte, hätten Union, SPD und Grüne im alten Bundestag nur 31 Stimmen über der nötigen Mehrheit. Vorausgesetzt, dass sämtliche Abgeordneten der drei Parteien anwesend sind und mit Ja stimmen. Kann Merz damit rechnen?

Es dürfte eng werden, womöglich sehr eng.

Eine Handvoll Abgeordnete fehlt immer. Weil sie krank sind, weil eine Mutter im Sterben liegt, weil sie abgewählt wurden und frustriert sind, weil sie in Nepal bergwandern sind und keinen Handyempfang haben. Wer bei der Abstimmung fehlt, stimmt aber faktisch mit Nein.

Allein bei den Grünen sind es 46 Abgeordnete, die dem neuen Bundestag nicht mehr angehören. Bei der SPD sind es 95, bei der Union 48. Wie soll die Fraktionsführung sie jetzt noch unter Druck setzen? Sie mit einem Posten locken? In den letzten Wochen ihrer Abgeordnetenzeit sind sie so frei und unabhängig wie noch nie. Für Merz ist das ein Riesenproblem.

Noch nicht einmal seiner eigenen Leute kann er sich sicher sein. Wird ein Mann wie Mario Czaja für ihn stimmen, den Merz als

CDU-Generalsekretär im Juli 2023 kalt abserviert hat? Der sich in seinem Wahlkreis im Osten Berlins mit dem Plakat »Mehr Diplomatie statt Taurus« von seinem Parteichef absetzte, am Ende aber verlor? In der Fraktion wollen nur wenige darauf wetten.

Abgerechnet wird am Dienstag. Scheitern Union und SPD mit ihrem Schuldenpaket im Bundestag, steht womöglich die Zukunft Europas auf dem Spiel. Fällt Deutschland als Führungsnation aus, sind die Folgen für den Kontinent unabsehbar.

Auch Merz selbst dürfte dann wackeln. Welche Autorität hätte er noch, wenn er als schon vorab Gescheiterter ins Kanzleramt einziehen würde?

Die Frage ist, ob er selbst bereits vollständig realisiert hat, was für ihn und das Land in diesen Tagen auf dem Spiel steht. In der Union haben viele Zweifel daran.

Sie beobachten mit wachsender Unruhe, wie Merz mit einer fahrlässigen Sorglosigkeit die Abstimmung im Bundestag vorbereitet. Der Parteichef, so wird intern beklagt, entscheide vieles allein, umgebe sich mit Jassagern, frage nur selten um Rat und gehe oft mit einem großen Selbstbewusstsein, aber schlecht vorbereitet in die entscheidenden Gespräche. Ein prominenter CDU-Mann bescheinigt dem Chef ein Führungsverhalten,

REVOLUTION DES ALTERNIS



336 Seiten, gebunden · 24,00 €
Auch als E-Book erhältlich.

In seinem neuen Buch führt Thomas Schulz in die angesehensten Longevity-Forschungslabore der Welt. Welche Ernährung, welche Sportarten sind am besten geeignet, um gesunde 100 oder sogar 120 Jahre zu werden? Kann die Einnahme von Zusatzstoffen oder Medikamenten tatsächlich das Leben verlängern? Und können wir uns die kommende Gesellschaft der Hundertjährigen überhaupt leisten? Ein faszinierender Einblick in die Möglichkeiten der modernen Medizin und die Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft.



Grünenfraktionsvorsitzende Dröge, Haßelmann: Überrumpelt und verärgert

das schon in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts langsam aus der Mode gekommen sei.

Obwohl die Sondierungsverhandlungen über das Schuldenpaket im kleinen Kreis und streng vertraulich stattfanden, hielt die SPD die eigenen Haushaltspolitiker und selbst die Referenten auf dem Laufenden. Die Haushälter der Union dagegen erfuhren die Sensation des Milliardenpakets aus den Nachrichten. Dabei sind auch sie es, die jetzt in der Fraktion um Zustimmung werben müssen.

Am Abend, nachdem Merz, Klingbeil, CSU-Chef Markus Söder und die SPD-Vorsitzende Saskia Esken die Einigung vor der Presse verkündet hatten, stellte sich der Kanzlerkandidat in einer Sondersitzung den Fragen der eigenen Fraktion. Dort wollte ein Abgeordneter wissen, welchen Preis man den Grünen für ihre Zustimmung zahlen müsse.

»Also die Gespräche haben bereits stattgefunden, aber mit der Botschaft, wir können erst über Details reden, wenn wir uns mit der SPD geeinigt haben«, antwortete Merz laut einem Wortlautprotokoll, das dem SPIEGEL vorliegt. »Alles andere hätte die Verhandlungen nicht zum Erfolg geführt. FDP und Grüne kennen den Text. Sie haben ihn auch gekannt, bevor wir in die Pressekonferenz gegangen sind, und wir sind jetzt morgen mit beiden verabredet zu sprechen.«

Alles im Griff, alles in guten Händen, das war die Botschaft, die Merz an diesem Abend seinen Abgeordneten mitgeben wollte. Doch in Wahrheit hatte Merz die Grünenfraktionspitze erst eine Stunde vor der Pressekonferenz telefonisch informiert. Die fühlte sich überrumpelt und war verärgert.

Geht man so mit Menschen um, auf deren Hilfe man angewiesen ist?

Merz hat es nicht geschafft, rechtzeitig eine persönliche Beziehung zu seinen beiden grünen Amtskolleginnen Katharina Dröge und Britta Haßelmann aufzubauen. Er redete lie-

ber mit Robert Habeck oder Annalena Baerbock. Doch jetzt bilden Dröge und Haßelmann das grüne Kraftzentrum, und Merz hat erkennbar Mühe, sich auf diese neue Konstellation einzustellen.

Die beiden Fraktionschefinnen wiederum sind irritiert, dass der CDU-Chef sie meist erst informiert, wenn seine Pläne schon in der Presse stehen. In den zähen Runden mit Merz erleben sie nun einen Mann, der, so ihr Eindruck, von Verhandlungsrunde zu Verhandlungsrunde gereizter auftritt. Ausgerechnet CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, der in der Öffentlichkeit gern als Grünenfresser auftritt, stellt sich als der angenehmere Gesprächspartner heraus.

Frage an einen prominenten CDU-Landespolitiker, der schon bei vielen Koalitionsverhandlungen dabei war: Wie hätten Sie es gemacht?

Antwort: Sobald bei den Gesprächen mit der SPD klar geworden sei, dass es auf eine Verfassungsänderung hinauslaufe, hätte er Grüne und FDP hinzugezogen. Und wäre gemeinsam mit ihnen vor die Presse gegangen – um das Signal zu senden, dass die demokratische Mitte über alle politische Gräben hinweg bei wichtigen Fragen zusammenstehe.

Und wenn man sich mit der FDP nicht einig geworden wäre? Dann hätten die Liberalen das bei der gemeinsamen Pressekonferenz ja verkünden können, antwortet der CDU-Mann. Das Signal, dass die Union auf die anderen demokratischen Parteien zugehe, wäre auch so angekommen.

Doch so funktioniert Merz nicht. Der Kandidat ist kein Mann, der gern auf andere Menschen zugeht. Er misstraut den meisten. Vielleicht empfindet er es auch als unter seiner Würde. Von Helmut Kohl und Angela Merkel ist bekannt, dass sie in langen Stunden am Telefon einzelne Abgeordnete bearbeiteten. Von Merz hat man das noch nie gehört, er denkt dafür viel zu hierarchisch.

Merz setzt sich nicht mit den Landesgruppenchefs zusammen, um systematisch die potenziellen Wackelkandidaten in der Fraktion zu identifizieren, die er anschließend persönlich ins Gebet nehmen könnte. Er belässt es bei Zählappellen, er delegiert diese so wichtige Frage weg. In der Fraktion wird bezweifelt, ob Merz weiß, auf wen er sich am Dienstag verlassen kann.

Parteifreunde, die ihn in diesen Tagen erleben, schildern einen Mann, der Mühe hat, die richtigen Prioritäten zu setzen. Der gern am Telefon mit Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt konferiert, die Details der Koalitionsverhandlungen aber anderen überlässt. Der sich jetzt schon darin gefällt, über den Dingen zu schweben. Und sich damit bereits vor seiner Amtszeit so verhält wie andere gegen Ende.

Auch bei der SPD machen sie nun ihre Erfahrungen mit dem Mann, den sie zum Kanzler wählen sollen. Am Anfang habe Merz viel gepoltert, heißt es aus dem Umfeld der SPD-Sondierer. Immer wieder sei er laut geworden, inzwischen aber werde er immer konzilianter.

Demonstrativ habe Merz SPD-Chefin Saskia Esken zu Beginn der Gespräche ignoriert, doch inzwischen hätten beide einen freundlichen Umgang miteinander gefunden. Merz sei auch sehr viel kompromissbereiter als einige andere im Verhandlungsteam der Union. Er wisse eben, dass er ohne die SPD nicht Kanzler werden könne. Und das lasse man ihn auch spüren.

Sein größtes Problem? Merz unterschätze den Wert zwischenmenschlicher Beziehungen in der Politik, heißt es in der SPD. Statt die wichtigen Leute früh einzubeziehen, versuche er, seine Ziele mit öffentlichem Druck durchzusetzen. Vorschlaghammerpolitik nennt das eine Sozialdemokratin. »Man kann damit schnell etwas kaputt machen.«

Diese Unfähigkeit zeige sich auch im Umgang mit den eigenen Leuten, erzählen sie in der SPD. So spiele CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann bei den Verhandlungen kaum eine Rolle. Das Konrad-Adenauer-Haus mit seinen fachlichen und kommunikativen Ressourcen sei kaum eingebunden. Unprofessionell sei das, sagen sie in der SPD, die Kommunikation der Union deshalb oft chaotisch. Und ständig sickere etwas nach außen.

Die Frage ist, wo das hinführt. Wie Merz, sollte er es ins Kanzleramt schaffen, auf dem internationalen Parkett bestehen wird. Putin und Trump bestrafen Fehler anders als Dröge und Haßelmann. Vielen in der Union ist das bewusst, sie sind besorgt.

Ein prominenter CDU-Abgeordneter stellt sich manchmal vor, wie Merz wohl urteilen würde, wenn seine ewige Rivalin Angela Merkel die Regierungsbildung so gemanagt hätte wie nun er. Er sagt, er sei sich ziemlich sicher, wie dessen Urteil ausgefallen wäre: »Wahnsinn, was die da gerade wieder macht!«

Sophie Garbe, Konstantin von Hammerstein, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Teevs ■

SPIEGEL TV Programm



Aufnahme einer Sicherheitskamera vom Überfall in Hamburg

SPIEGEL TV

MONTAG, 17.3., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Auf Leben und Tod

In Hamburg eskalieren Auseinandersetzungen im Milieu. Es geht um Einflussgebiete, Drogenhandel und Prostitutionsbetrug. Dazu ein brutaler Überfall auf einen Bordellangestellten.

Abzocke mit Solaranlagen

Am Solarboom in Deutschland verdienen auch Betrüger mit. Sie versprechen Kunden das Blaue vom Himmel. Am Ende fehlt nur eins: die Photovoltaikanlage auf dem Dach.

RE:

FREITAG, 21.3., 19.40 – 20.15 UHR, ARTE

Stark, weiblich, Bodybuilderin

Breite Schultern, Waschbrettbauch, definierte Beinmuskeln und eingeölter Körper im Bikini: Für ihr Idealbild stemmen Bodybuilderinnen schwere Gewichte bis zur totalen Erschöpfung und unterwerfen sich strengen Diätplänen. Muskulös und weiblich – das ist für sie kein Widerspruch. Was treibt Frauen an, ihren Körper so extrem zu trimmen?



Bodybuilderinnen

ZDFINFO

DONNERSTAG, 20.3., 20.15 – 21.45 UHR, ZDFINFO

Türsteher – Wächter der Nacht

Die einen wollen friedlich feiern, die anderen sind auf Krawall aus. Damit das Nachtleben nicht aus den Fugen gerät, gibt es Türsteher und Security. Vor Klubs und Discotheken. Ein oft riskanter Job, der Fingerspitzengefühl braucht, denn die Zeiten sind rauer geworden. Die zweiteilige Dokumentation begleitet Türsteherinnen und Türsteher bei der Arbeit.

MENSCH RETTER

DIENSTAG, 18.3., 21.15 – 23.15 UHR, RTLZWEI

Katzenbisse, Treppenstürze und abgetrennte Finger

Allgemeinchirurgin Ann-Christine Mihai hat in der Notaufnahme schon viel erlebt. Doch es gibt Patienten, die auch sie noch überraschen können: wie die Frau, die ihre abgetrennte Fingerkuppe in einer Plastiktüte mit in die Notaufnahme bringt. Kurz danach erscheinen zwei Patienten, die gebissen wurden: ein Mann von seiner Katze und ein kleiner Junge von einem anderen Kind. Der ganz normale Wahnsinn – im Klinikum Hanau.



Medizinerin Mihai

»Die Streichung eines Feiertages fände ich als Symbol genau richtig«

STANDORT Monika Schnitzer, Chefin der Wirtschaftsweisen, erläutert die neue Rolle von Ökonomen als Rüstungsexperten und erklärt, wie Deutschland aus der Dauerkrise kommen könnte.

Schnitzer, Jahrgang 1961, ist seit Oktober 2022 Vorsitzende des Sachverständigenrats der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – besser bekannt als Wirtschaftsweise. Schnitzer lehrt als Professorin für Komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich unter anderem mit Innovation und Wettbewerbspolitik.

SPIEGEL: Frau Schnitzer, vier deutsche Wirtschaftswissenschaftler haben eine entscheidende Grundlage für die Sondierungsgespräche von Union und SPD geschrieben. Dutzende Ökonomen warben in einem Brief an den künftigen Kanzler Friedrich Merz für mehr Waffenlieferungen an die Ukraine. War Ihre Zunft jemals so politisch?

Schnitzer: Sicherlich sind wir gefordert wie lange nicht mehr. Schon in meinen ersten fünf Jahren im Sachverständigenrat folgte eine Krise auf die nächste: Coronapandemie, Ukrainekrieg, Energiekrise. Der radikale Kurswechsel der USA unter Donald Trump ist besorgniserregend. Dass da ökonomischer Rat gefragt ist, finde ich verständlich. Man muss sich nur überlegen, zu welchen Themen man sich tatsächlich fachkundig äußern kann. Die Frage, welche Waffensysteme wir jetzt brauchen, ist zum Beispiel nicht mein Beritt.

SPIEGEL: Viele internationale Ökonomen haben sich zur Gruppe »Economists für Ukraine« zusammengetan und einen offenen Brief an »den künftigen deutschen Bundeskanzler« geschrieben, den auch Sie unterzeichnet haben. Ist das noch Politikberatung oder schon Aktivismus?

Schnitzer: Ich habe die Gruppe seit Beginn des Krieges unterstützt. Einer von ihnen ist ein Co-Autor von mir, ich habe mitverfolgt, wie es seiner Familie in der Ukraine ergeht. Es geht mir nahe, was dort passiert, auch als Mutter dreier Kinder und Großmutter einer Enkeltochter. Die Menschen dort verdienen unsere Solidarität. Dass die USA als reichstes Land der Welt die Unterstützung für an-

dere infrage stellen oder ganz streichen – sei es militärisch wie bei der überfallenen Ukraine oder mit Entwicklungshilfe –, das trägt sich nicht mit meinen moralischen Vorstellungen.

SPIEGEL: Das Ökonomen-Bündnis empfiehlt Friedrich Merz als voraussichtlichem neuen Regierungschef in diesem Brief, nicht vor dem »Bluff« eines russischen Atomschlags zurückzuschrecken. Es sei nicht mal sicher, dass die russischen Langstreckenraketen funktionieren. Reicht Ihre Expertise als Ökonomin für solche Vorhersagen?

Schnitzer: Diese Einschätzung stammt nicht von mir, sondern von Kollegen, denen ich vertraue. Sie haben sich sehr intensiv mit der militärischen Lage auseinandergesetzt – gezwungenermaßen. Dass wir unseren Brief jetzt veröffentlicht haben, war auch ein Zeichen der Solidarität.

SPIEGEL: Ihr Kollege Moritz Schularick empfiehlt, Deutschland solle jetzt eher in moderne Drohnen investieren als in teure Panzer.

Schnitzer: Das sehe ich auch so. Wir müssen unbedingt auf neue Technologien setzen. Bei der Flugabwehr, der Aufklärung, kurz: allem, wo wir bislang von den USA abhängig sind. Es ist eine Katastrophe, dass die Ukrainer selbst von amerikanischen Satellitenbildern abgeschnitten wurden.

SPIEGEL: Union und SPD wollen künftig deutlich mehr für Verteidigung ausgeben und Kredite dafür weitgehend von der Schuldenbremse ausnehmen. Außerdem soll es ein Sondervermögen über 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur geben. Wird Ihnen mulmig angesichts solcher Summen?

Schnitzer: Nein. Mulmig wird mir nicht wegen Schulden, sondern wegen der Bilder aus den USA. Nachdem Donald Trump dort öffentlich den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gedemütigt hat, habe ich nicht gut geschlafen. Das Finanzpaket von Union und SPD sehe ich als Ausdruck für den Ernst dieser Lage – und als sehr positives Signal.

SPIEGEL: Lars Feld, ihr Amtsvorgänger an der Spitze der Wirtschaftsweisen, sieht das an-

ders. Er warnt, wegen der enormen neuen Schulden verliere Deutschland seine Funktion als sicherer Hafen für Anleihegläubiger.

Schnitzer: Es tut mir leid, aber das ist Unsinn. Wir können uns mehr Schulden leisten, und wir müssen sie uns auch leisten. Unsere Schuldenstandsquote war in der Finanzkrise und Pandemie angestiegen, jetzt sinkt sie wieder in Richtung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

SPIEGEL: Also finden Sie die geplanten Änderungen der Schuldenbremse unproblematisch?

Schnitzer: Nicht richtig finde ich, dass Verteidigungsausgaben oberhalb von einem Prozent des BIP von der Schuldenbremse ausgenommen werden sollen. Denn wir geben schon jetzt rund 1,5 Prozent des BIP dafür aus. So viel sollte mindestens aus dem Haushalt kommen.

SPIEGEL: Manche bezweifeln, dass die Milliarden für die Infrastruktur richtig ausgegeben werden.

Schnitzer: Angesichts der Sondierungsergebnisse muss man tatsächlich befürchten, dass mithilfe des Sondervermögens Spielräume für Wahlgeschenke geschaffen werden. Union und SPD wollen die Mütterrente ausweiten, Agrardiesel wieder subventionieren und die Mehrwertsteuer in der Gastronomie senken: All das schafft kein Wachstum, setzt falsche Anreize und ist reine Klientelpolitik.

SPIEGEL: Die Sondierer konnten sich auf die Empfehlung von vier Ökonomen stützen, die zwei Sondervermögen von insgesamt bis zu einer Billion Euro vorgeschlagen hatten. War es naiv zu glauben, die Politik würde solche Summen sinnvoll ausgeben?

Schnitzer: In dem Papier der Kollegen wird betont, die Mittel müssten zusätzlich zu den bisher im Haushalt geplanten Investitionen ausgegeben werden. Als Option nennen sie ein Instrument, das wir als Wirtschaftsweise in unserem letzten Jahresgutachten vorgeschlagen hatten: Mindestquoten für Investitionen in Bereiche wie Bildung oder Verteidigung. Das hätte man vor der Wahl mit einer Reform der Schuldenbremse verbinden können. Doch daran hatten weder die FDP noch die Union ein Interesse.

SPIEGEL: Sehen Sie angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse überhaupt noch die Chance für grundlegende Reformen der Schuldenbremse in der nächsten Legislaturperiode?

Schnitzer: Wichtig wäre es, denn auch ein Sondervermögen ist irgendwann aufgebraucht. Abschaffen sollten wir insbesondere die unsägliche Regelung, dass Notlagen zur Aussetzung der Schuldenbremse immer nur jahresweise erklärt werden können. Weder die Coronapandemie noch die Energiekrise endeten am 31. Dezember eines Jahres.

SPIEGEL: Sie haben bereits im vergangenen Dezember gewarnt, mit einer Neuaufgabe der Großen Koalition drohe ein Reformstillstand. Sehen Sie sich bestätigt?

Schnitzer: Absolut, schauen Sie nur auf die Rente. Dort bräuchten wir dringend eine Reform, aber die Union hat das Thema im Wahl-

kampf ausgeklammert, wohl aus Angst vor den über 60-Jährigen, die mehr als 40 Prozent der Wähler ausmachen.

SPIEGEL: Jetzt sollen alle rentenpolitischen Wünsche der Parteien erfüllt werden – von der Ausweitung der Mütterrente bis zu einer Sicherung des Rentenniveaus, das derzeit bei 48 Prozent liegt. Profitieren davon auch die Jungen als künftige Rentner, wie Arbeitsminister Hubertus Heil von der SPD gern behauptet?

Schnitzer: Nein, das ist schlicht falsch. Menschen unter 50 bringt das gar nichts, das hat mein Kollege bei den Wirtschaftsweisen, Martin Werding, kürzlich noch mal ausgerechnet. Zur Finanzierung dieser Wohltaten müssen die Beitragssätze steigen. Dieses Geld wäre am Aktienmarkt viel besser angelegt.

SPIEGEL: Was müsste geschehen, damit die Rentenpolitik nicht zulasten der Jüngeren geht?

Schnitzer: Man könnte beispielsweise den Rentenanstieg an die Inflation koppeln statt an die Löhne. Man könnte die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren wieder abschaffen. Und die Abschläge korrekt berechnen, wenn man vorzeitig, aber nicht abschlagsfrei in Rente geht. Dann wären sie doppelt so hoch.

SPIEGEL: Das Sondierungspapier nennt abgesehen von der Reform des Bürgergeldes an keiner Stelle einen möglichen Verzicht im Sozialen.

Schnitzer: Stimmt, und das finde ich sehr heikel. Die Lage ist so ernst, dass wir alle unseren

Beitrag leisten müssen. Das hätte man jetzt offen sagen können, was wieder nicht geschehen ist, genau wie schon in der Pandemie oder bei der Energiekrise. Stattdessen hieß es jedes Mal: Wir helfen allen, keinem soll es schlechter gehen.

SPIEGEL: Wo könnte im Sozialsystem gespart werden?

Schnitzer: Nicht nur bei der Rente, auch bei Kranken- und Pflegeversicherung drohen die Ausgaben wegen des demografischen Wandels aus dem Ruder zu laufen. Dennoch gibt es Forderungen wie die, den Eigenanteil für die Pflegekosten im Heim zu deckeln. Das ist völlig illusorisch. Wenn ich pflegebedürftig bin und ein Haus besitze, muss das zur Finanzierung notfalls verkauft werden. Ansonsten würde der Sozialstaat nur die Erben schützen.

SPIEGEL: Dänemark hat einen Feiertag gestrichen, um seine Verteidigungsausgaben zu finanzieren. Bräuchten wir so etwas auch?

Schnitzer: Die Streichung eines Feiertages fände ich als Symbol genau richtig.

SPIEGEL: Können Sie im Sondierungspapier von Union und SPD überhaupt eine Zukunftsvision erkennen?

Schnitzer: Ich hätte mir mehr erhofft. Warum setzen Union und SPD auf Landwirtschaft und Gastronomie statt auf künstliche Intelligenz? Die muss gerade bei der Infrastruktur eine zentrale Rolle spielen. Sichere Rechenzentren etwa sind auch für die Verteidigung sehr wichtig – und auch die dafür nötige Ener-

gie. Dazu hätte ich im Sondierungspapier gern einen eigenen Punkt gesehen.

SPIEGEL: Wenn es schlecht läuft, steckt Deutschland im dritten Jahr der Rezession. Haben Sie Hoffnung, dass es ganz so schlimm doch nicht kommt?

Schnitzer: Wenn das Finanzpaket der neuen Regierung kommt, wird es das Wachstum anschieben – spätestens im nächsten Jahr. Bislang haben sowohl Unternehmen als auch Bürger ihr Geld aus Unsicherheit beisammengehalten. Eine staatliche Investitionsoffensive könnte jetzt für Zuversicht sorgen. Aber die weltpolitische Unsicherheit bleibt natürlich hoch, etwa durch Zölle aus den USA.

SPIEGEL: Was wäre aus Ihrer Sicht der wichtigste Schritt für neues Wachstum?

Schnitzer: Kurzfristig könnte Bauen einen Wachstumsimpuls auslösen. Da müssen wir Stetigkeit hineinbekommen, sei es bei Straßen, Schienen oder im sozialen Wohnungsbau. Längerfristig müssen wir in die Zukunftsfähigkeit des Landes investieren – etwa bei künstlicher Intelligenz, dem Energiesystem oder dem Breitbandausbau. Es ist ja nicht zu fassen, dass man bei einer Fahrt mit der Deutschen Bahn immer noch nicht verlässlich Telefongespräche führen kann.

SPIEGEL: Brauchen wir dafür vor allem Geld oder klügere Regeln?

Schnitzer: Für so etwas wie KI-Forschung brauche ich erst mal Geld. Das zahlt hierzulande sonst keiner – im Gegensatz zu US-Technologiekonzernen, die das aus eigener Tasche finanzieren können. Aber es braucht auch eine umsichtige Regulierung, die einerseits für ausreichend Sicherheit sorgt, aber zugleich auch dafür, dass sich solche Technologien entwickeln können und nicht gleich durch Regulierung erstickt werden. Und es braucht Know-how, für das wir übrigens auch US-Wissenschaftler anwerben könnten. Denn für die ist es eine Katastrophe, was unter Trump gerade passiert.

SPIEGEL: Auf diese Probleme weisen Regierungsberater wie Sie seit Jahren hin, ohne dass sich viel getan hätte. Ist die deutsche Politik beratungsresistent?

Schnitzer: Jedenfalls werden sinnvolle Vorschläge abgelehnt, wenn sie bei der eigenen Klientel nicht ankommen. Wichtig wären Politiker, die eine Zukunftsvision haben und nicht nur bis zum Ende der Legislaturperiode denken. In Deutschland aber finden viele: Es lief doch ganz gut bisher. Wäre schön, wenn es so weitergeht. Aber das wird es nicht. Das kann jeder Politiker sehen, wenn er die Welt bereist.

SPIEGEL: Ihr Mandat als Wirtschaftsweite wurde kurz vor der Wahl bis 2030 verlängert. Wo wird Deutschland dann stehen?

Schnitzer: Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass wir dann deutlich moderner sind. Spätestens die Krise im Verhältnis zu den USA sollte ein Weckruf dafür sein. Mein Eindruck nach Lektüre des Sondierungspapiers ist: Man hat den Schuss zwar gehört, ist dann aber auf halber Strecke stehen geblieben.

Interview: David Böcking, Cornelia Schmergal ■



Wissenschaftlerin
Schnitzer

Joerg Carstensen / picture alliance

Essen hebt die Laune

MACHT Wie gelingen Koalitionsverhandlungen? Mit genügend Vorräten und der Bereitschaft, rote Linien zu überschreiten. Drei Politikveteranen erzählen.

Friedrich Merz erfand einst die Steuererklärung auf einem Bierdeckel, 20 Jahre ist das her. Mittlerweile bewahrt das Haus der Geschichte in Bonn den bekritzelten Deckel unter konservatorisch idealen Bedingungen auf. Wirklichkeit wurde das Modell nie.

Jetzt ist Merz auf dem Weg, Kanzler zu werden – und in der CDU klingt es seitdem, als sollte diesmal auch der Koalitionsvertrag auf einen Bierdeckel passen. Zumindest fast.

Die Verträge seien über die Jahre immer länger geworden, das Werk der Ampel habe kaum lesbare 178 Seiten gehabt. Man wünsche sich nun von Merz etwas Kurzes.

Außerdem ist da die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit: Es soll jetzt möglichst schnell gehen mit den Verhandlungen. Die Weltlage verlangt, dass man rasch losregieren kann.

Aber was braucht es eigentlich, damit Verhandlungen gelingen, mal abgesehen von mehreren Partnern, die grundsätzlich zusammenarbeiten wollen? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit eine Koalition nicht endet, bevor sie begonnen hat, so wie 2017 das Jamaikabündnis, das in der Sondierungsphase platzte?

Dafür muss man mit Teilnehmern früherer Verhandlungen reden. Sie haben lange darüber nachgedacht, warum etwas gescheitert oder gelungen ist, haben ihre Schlüsse daraus gezogen. Und sie sind vom Schweigegelübde entbunden. Sie können berichten, was hinter verschlossenen Türen passierte.

Anruf bei Harald Christ, der 2021 als FDP-Schatzmeister an den Verhandlungen über die Ampelkoalition teilgenommen hat. »Man kann zurzeit nur auf Sicht fahren«, sagt Christ. »Dies sind sicherlich keine normalen Koalitionsverhandlungen, wie man sie in Friedenszeiten führt.« Was er meint: Trumps Abkehr von Europa. Die Gewichte in der Welt da draußen, die sich derzeit in rasantem Tempo verschieben.

Ein Koalitionsvertrag unter diesen Bedingungen sollte idealerweise nur eine Art »Rahmenvertrag« sein, sagt Christ, nicht jedes

Detail müsse man ausbuchstabieren. Man müsse ihn von Anfang an unter einen Revisionsvorbehalt stellen und etwa alle zwölf Monate schauen, wie stark sich die Rahmenbedingungen geändert haben.

Der politisch bestens vernetzte Unternehmer Christ war 31 Jahre lang in der SPD, bevor er in die FDP wechselte. Dort trat er im vergangenen Jahr aus, nachdem der D-Day-Plan der Parteispitze zum Bruch der Ampel öffentlich geworden war. Vor der Bundestagswahl spendete Christ an mehrere Parteien der demokratischen Mitte, auch an die Liberalen.

»Unternehmertum ist ein Fünfkampf, Politik ein Zehnkampf«, sagt er. In der Wirtschaft verliefen Verhandlungen pragmatischer, realitätsbezogener. »Sie treffen Entscheidungen und können die in der Regel auch genauso umsetzen.« In der Politik müsse man immer die Fraktion, die Parteibasis und die Wähler mitdenken.

Die Ampel sei hauptsächlich daran gescheitert, sagt Christ, »dass die Finanzierung nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs und dem Bundesverfassungsgerichtsurteil so nicht mehr umsetzbar war«. Durch das Urteil war die Haushaltsplanung der Ampel hinfällig. Das hätte man sehr deutlich aussprechen müssen, findet Christ. »Man kann und sollte den Wählerinnen und Wählern die Wahrheit zumuten.« Auch dieses Mal.

Die gesamte Sicherheitsarchitektur drifte auseinander, es gebe Krieg in Europa. »Das Gelingen dieser Koalitionsverhandlungen ist eine nationale Aufgabe«, sagt Christ. Nicht auszudenken, wenn diese Regierung nicht erfolgreich sei. Das müsse sich auch in den Verhandlungen spiegeln. »Es wird wenig Spielräume geben, sich parteiideologisch zu verhaken«, sagt er. Das würden die Menschen nicht verstehen.

Es ist ein bisschen wie mit Börsenweisheiten: Die Empfehlungen für Koalitionsverhandlungen sind zahlreich und widersprüchlich. Die einen möchten jedes Detail fest-

schreiben, sonst habe man später keine Handhabe. Andere wollen nur Leitlinien, sonst lege man sich zu stark fest.

Zeitdruck führe zu Fehlern, warnen die einen. Zeitdruck erzeuge Handlungsdruck, loben die anderen.

Die Verhandler sollen Kompromisse schließen, aber zugleich durchsetzungsstark sein. Sie müssen mit dem Partner eine Vertrauensbasis aufbauen, aber auch punktuell gegen ihn gewinnen. Und wie können Politiker wieder geschmeidig werden, die sich im Wahlkampf wochenlang auf Positionen und rote Linien versteift haben?

Anruf bei Jürgen Trittin. Er sagt: »Es gibt ja die Auffassung, rote Linien seien untouchable. Nein.« In Koalitionsverhandlungen gehe es nicht um einzelne Siege oder Niederlagen, sondern um das Gesamtpaket. »Verhandlungen fangen erst jenseits der roten Linien richtig an.«

Trittin ist vor gut einem Jahr aus dem Bundestag ausgeschieden. Er hat in seinem langen Berufsleben dreimal Koalitionsverhandlungen für die Grünen geführt, zuerst 1990 auf Landesebene in Niedersachsen, später, 1998 und 2002, mit Gerhard Schröder und Joschka Fischer im Bund. Außerdem hat er auf Bundesebene 2013 mit der Union und zuletzt 2017 für eine Jamaikakoalition sondiert. Er gilt als harter Verhandler. Und er hält nichts davon, wegen der Weltlage seine Haltung über Bord zu werfen.

»Kompromisse kann man nur finden, wenn man Positionen hat«, sagt Trittin. »Wer zwischen wichtig und unwichtig unterscheidet, kann bei unwichtigen Dingen großzügig sein.« Aber es dürfe nicht alles zur Disposition stehen. »Ich muss unterscheiden zwischen strukturellen Veränderungen und symbolischen Erfolgen«, sagt er. Entscheidend seien am Ende immer die strukturellen Veränderungen.

Und die gebotene Kürze?

In einem Koalitionsvertrag könne auch zu wenig stehen, findet Trittin. Man müsse mindestens »Pfade für den Aufwuchs oder Abbau von Finanzmitteln festschreiben, damit Sie nicht bei jeder neuen Verabschiedung des Haushalts elend lange kämpfen müssen«. Das koste erst mal Zeit, spare aber später welche.

Womit man bei der Frage wäre, wie viele Details überhaupt hineinsollen in einen Vertrag.

»Zynisch gesprochen: Ich lege großen Wert darauf, dass in den Ressorts, die die andere Seite verantwortet, alles detailliert geregelt ist«, sagt Trittin. »Bei meinen eigenen habe ich da gar keine Lust drauf.« Beinfreiheit nennt man das.

Natürlich erinnert Trittin sich an die Nacht im November 2017, in der Christian Lindner die Jamaikasondierungen platzen ließ. »Die FDP hatte sich geschworen, das machen wir nicht. Aber sie wollte, dass die Grünen schuld sind«, erzählt er. Die FDP habe gehofft, dass die CSU die Verhandlungen beenden würde, aber Horst Seehofer habe das nicht getan, und die Grünen seien einfach sitzen geblieben. »Wenn klar ist, dass Sie scheitern, müssen Sie die Verhandlungen so führen, dass die



Ex-Minister Trittin, früherer FDP-Schatzmeister Christ, Grünenstaatssekretär Hoogvliet

Marzena Skubatz / DER SPIEGEL

Uwe Ansapach / dpa / picture alliance

Ilona Dutz / Bloomberg / Getty Images



Maurizio Giambarini / ddp

Kanzlerin Angela Merkel, Jamaikasondierende Peter Altmaier, Katrin Göring-Eckardt, Cem Özdemir 2017: Alle immer hungrig

andere Seite den Schwarzen Peter hat«, sagt Trittin. Lindner bestritt später, dass die FDP das Scheitern vorab beschlossen habe.

Am Ende verließ Lindner mitten in der Nacht die baden-württembergische Landesvertretung, wo verhandelt wurde, trat vor die Kameras und Mikrofone und verkündete das Ende von Jamaika mit seinem Satz für die Geschichtsbücher: »Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.«

»Die Journalisten klebten außen an den Scheiben, um wenigstens einen Blick darauf zu erhaschen, was drinnen vor sich ging«, erinnert sich Rudi Hoogvliet an diesen Abend. Wie Jürgen Trittin war er damals im Haus.

Hoogvliet empfängt in einem architektonisch atemberaubenden Chefbüro, das über dem Berliner Tiergarten zu schweben scheint. Er ist Staatssekretär für Medienpolitik und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund, 2017 saß er als Vertrauter von Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Grünenteam für die Jamaikasondierungen. Um ihn ist Raum und Ruhe, eine mannshohe Glasscheibe öffnet den Blick zum Tiergarten. Teppich schluckt den Schall, der Friede wirkt geradezu außerweltlich.

Er steht im krassen Gegensatz zur Eile der Sondierer um Friedrich Merz und SPD-Chef Lars Klingbeil, die zu diesem Zeitpunkt auf der anderen Seite des Tiergartens die Möglichkeiten für Schwarz-Rot ausloten.

Häufig sind es zentral gelegene, aber exklusive Orte wie dieser, an denen sondiert und verhandelt wird. Gespräche fanden schon

in der Parlamentarischen Gesellschaft direkt neben dem Bundestag statt, auch in den Vertretungen verschiedener Bundesländer. Weil diese Häuser Sicherheit bieten, Technik und Infrastruktur haben, einfach zu kontrollierende Zugänge – und gute Küchen.

»Gute Verköstigung«, sagt Hoogvliet, »hebt die Laune.« Er muss lachen. Außerdem brauche es: viele kleine Räume, in die sich Verhandler zwischendurch in kleinen Gruppen zurückziehen können, am besten auch einen Außenraum, einen Garten, um sich an der frischen Luft zu vergewissern, ob gerade Tag oder Nacht ist.

Nicht zu unterschätzen, sagt Hoogvliet, sei das verfügbare Fachwissen in einem Verhandlerteam. Man brauche in jeder Gruppe Leute, die sich mit den Zahlen auskennen. Zur Not müsse man sich dieses Wissen ambulant aus den Ministerien beschaffen. Denn seiner Erfahrung nach beharrten Verhandler oft nur aus Unsicherheit auf ihren Positionen. »Erst wenn sie die Fakten und Zahlen genau kennen, wissen sie, welche Zugeständnisse sie ohne Schaden machen können.«

Wenn es gut läuft, sagt Hoogvliet, bahnen sich während der Koalitionsverhandlungen überparteiliche, persönliche Beziehungen an, auf die man sich dann in der Regierung stützen könne, vor allem wenn es Krisen gebe. Dann hat er noch einen Tipp für die richtige Grundstimmung: »Ein Kassensturz macht demütig.« Da wisse man, was geht.

Die Sondierer um Merz und Klingbeil haben beschlossen, die Probleme der kom-

menden vier Jahre mit Geld zuzukleistern: Für die Infrastruktur soll es ein Sondervermögen von mehr als 500 Milliarden Euro geben, für die Verteidigung sollen unbegrenzt Schulden aufgenommen werden können. »Wie man so den Reformdruck rausnehmen kann«, staunt Hoogvliet. Er ist irritiert über den »Blankoscheck ohne Tilgungsplan und Konsolidierung«.

Bislang habe man in Koalitionsverhandlungen über Millionen, manchmal Milliarden gesprochen, nun stehe die Billion im Raum. »Es ist schon der Webfehler von Scholz' Zeitenwende gewesen, dass sie immer nur im Finanziellen geblieben ist.« Kein gesellschaftspolitisches Umdenken habe sich angeschlossen. Für Hoogvliet sieht es aus, als könnte sich Geschichte hier wiederholen.

Auf der anderen Seite: Über Geld werden die künftigen schwarz-roten Koalitionäre womöglich nicht mehr so viel streiten müssen.

Man ist schon halb im Aufbruch, da sagt Hoogvliet noch: »Am Ende ist uns das Essen ausgegangen.« Er meint 2017, die Nacht, als die FDP gekniffen hat. Es seien ungeheuer viele Verhandler in der Landesvertretung gewesen, und sie alle seien einfach immer wieder hungrig geworden, es waren zu wenig Vorräte da.

War Christian Lindner in jener Nacht also bloß unterzuckert?

Nein, sagt Hoogvliet und lächelt. Man habe damals schnell nachgeordnet.

Deike Diening



AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Zweitstärkste Kraft

nahestehenden Stiftung staatliche Mittel verwehren? Missachtet man damit den Wählerwillen? Oder muss man das sogar, weil diese Partei offenbar versucht, die Demokratie mit den Mitteln des Staates von innen heraus zu beschädigen, sie auszuhöhlen?

Diese Fragen haben sich in Bezug auf die AfD schon immer gestellt, aber nie so dringlich wie jetzt. Mit 152 Abgeordneten sitzt die AfD seit der Bundestagswahl als zweitstärkste Kraft im Parlament. Die in Teilen rechtsextreme Partei präsentiert sich im Osten als neue Volkspartei.

Was bedeutet das für den Umgang mit ihr?

Im neuen Bundestag wird demnächst die Besetzung der Ausschüsse anstehen. Sie bilden so etwas wie den Glutkern des Parlaments, dort wird die eigentliche Sacharbeit gemacht, werden Gesetze debattiert und verändert. Der Vorsitz eines Ausschusses ist eine Schlüsselposition – je wichtiger der Ausschuss, desto bedeutsamer der Posten.

Nach der Bundestagswahl 2021 hatte die AfD das Zugriffsrecht auf den Vorsitz in den Ausschüssen Inneres, Gesundheit sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – sie hätte diese Posten mit ihren Leuten besetzen können. Das scheiterte an den anderen Fraktionen, sie ließen die AfD-Kandidaten bei den Wahlen zum Vorsitz durchfallen – nachdem der AfD-Mann Stephan Brandner in der vorangegangenen Legislaturperiode als Vorsitzender des Justizausschusses mehrere Eklats ausgelöst hatte und schließlich abgewählt wurde.

Rechtlich war all das zulässig, das hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Es ist vor allem eine politische Frage, wie die anderen Fraktionen sich diesmal entscheiden.

Der CDU-Mann und ehemalige Ostbeauftragte Marco Wanderwitz ist gerade aus dem Bundestag ausgeschieden, er rät der Unionsfraktion, die AfD-Kandidaten auch weiterhin abzulehnen: »Ich gehe davon aus, dass bei einer sich stetig weiter radikalisierenden Partei und den gemachten schlechten Erfahrungen keine Experimente gemacht werden«, mahnt er. Aber es steht den Unionsabgeordneten frei, die Eignung der Kandidaten zu bewerten. Ausgang: offen.

Noch bevor die Partei 2017 in den Bundestag einzog, hatte das Parlament eine Art Lex AfD geschaffen. Demnach sollte künftig der dienstälteste Abgeordnete und nicht mehr der älteste Abgeordnete als Alterspräsident die erste Sitzung leiten. Denn das wäre ein Abgeordneter der AfD gewesen.

Mit großer Routine lehnte das Parlament bislang jeden Bewerber der AfD für den Posten des Bundestagsvizepräsidenten ab. Auch ins geheim tagende Gremium für die Kontrolle der Nachrichtendienste wurde die AfD zuletzt nicht mehr aufgenommen, nachdem sie dort anfangs noch vertreten gewesen war.

Welcher Schaden entstehen kann, wenn die AfD auch nur den Alterspräsidenten stellt, zeigte sich vergangenes Jahr bei der konsti-

Aus dem Abseits

PARLAMENT Die AfD ist im neuen Bundestag stark wie nie. Für die übrigen Parteien stellt sich die Frage, ob sie ihr weiterhin Posten und Einfluss vorenthalten sollten.

Bernd Baumann hat verdächtig gute Laune. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion hat am Mittwoch zum Pressefrühstück geladen, Anlass ist die Klage der AfD gegen die Sondersitzung des Bundestags. Aber Baumann will bei Brötchen mit Zwiebelmett und Kaffee auch etwas loswerden, was ihm offenbar noch wichtiger ist.

Baumann spricht über die Idee der AfD, als zweitstärkste Fraktion den Sitzungssaal der SPD zu übernehmen. Der ist nach dem Sozialdemokraten Otto Wels benannt, der 1933 eine historische Rede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis gehalten hatte. Der ihnen die Stirn bot, als sie das Land schon mit ihrem Terror überzogen. Nun will ausgerechnet die AfD in den Otto-Wels-Saal, aber die SPD will ihn nicht hergeben.

So viel Mut wie bei Wels – das passe doch heute gar nicht mehr zur SPD, sagt Baumann. Die Wähler hätten die AfD verdoppelt, seine Partei stelle jetzt fast ein Viertel aller Abgeordneten. In der AfD lache man nur noch darüber, wie man von den anderen Parteien benachteiligt werde, hier im Bundestag.

»Der Wähler wird das sehen«, sagt Baumann. »Ich glaube nicht, dass sie damit durchkommen.« Es klingt wie eine Drohung.

Die AfD will die gleichen Posten besetzen wie die anderen Fraktionen auch. Sie will Ausschüsse leiten, größere Räume, Macht. Sie will ein gutes Stück weiterkommen auf ihrem Weg Richtung Normalisierung. Das stellt die anderen Parteien im Parlament vor große, heikle Fragen.

Sollte man einer Partei, die demokratisch gewählt wurde, weiterhin Posten und der ihr

tuerenden Sitzung des Thüringer Landtags. Der AfD-Politiker Jürgen Treutler weigerte sich in Erfurt mehrfach, die Beschlussfähigkeit des Parlaments festzustellen – bis ein CDU-Abgeordneter empört rief: »Was Sie hier treiben, ist Machtergreifung!« Es waren beispiellose Szenen in einem bundesrepublikanischen Parlament.

Wird es im neuen Bundestag einen Vizepräsidenten von der AfD geben? Eher unwahrscheinlich. Der Vizepräsident leitet Sitzungen, repräsentiert das Parlament auch nach außen. Die AfD könnte zwar einen aus ihrer Sicht vermittelbaren Kandidaten aufstellen, etwa den Ingenieur Michael Kaufmann, der bis 2021 Vizepräsident des Thüringer Landtags war. Doch der wohl künftige Kanzler Friedrich Merz hat schon vor einer Weile gesagt: »Ich werde der Unionsfraktion nicht empfehlen, eine AfD-Abgeordnete oder einen AfD-Abgeordneten in ein Staatsamt zu wählen.«

Und das Parlamentarische Kontrollgremium, das Einsicht in die innerste Geheimdienstarbeit hat? Lässt man die AfD diesmal hinein? Auch das gilt in der Unionsfraktion als kaum denkbar. Der CDU-Abgeordnete Roderich Kiesewetter warnt, die AfD wirke als verlängerter Arm des Kreml. Es drohe ein »Informationsabfluss, Spionage oder auch Einflussnahme ausländischer Staaten«. Kiesewetter sagt: »Würde nun ein AfD-Abgeordneter in dieses Gremium gewählt werden, wäre der außen- und sicherheitspolitische Schaden immens.«

Es dürfte ein hartes Ringen werden – und die anderen Parteien müssen noch stärker als früher bedenken, welche Wirkung ihre Haltung nach außen hat. Ob sie der AfD die Chance geben, sich wieder einmal als Märtyrerin zu inszenieren.

Noch wichtiger als die Posten ist für die AfD aber diese Frage: Kommt die ihr nahestehende Desiderius-Erasmus-Stiftung bald an eine üppige staatliche Förderung? Die parteinahen Stiftungen von CDU, SPD, Grünen und Co. erhalten viele Millionen Euro im Jahr. Bislang muss die AfD-nahe Stiftung ihre Aktivitäten allein aus Spenden finanzieren, darunter Schulungen für Kommunalpolitiker oder Veranstaltungen mit Titeln wie diesem: »Hat das christliche Abendland noch eine Chance?«

Die anderen Parteien haben der Stiftung den Weg zu den staatlichen Fördertöpfen bislang versperrt. 2023 verabschiedeten Union, SPD, Grüne und FDP nach einer Ermahnung durch das Bundesverfassungsgericht ein Stiftungsfinanzierungsgesetz. Demnach hat eine Stiftung erst dann Anspruch auf staatliche Förderung, wenn die ihr nahestehende Partei mindestens in der dritten Legislaturperiode im Parlament vertreten ist. Zudem müsse die Stiftung »aktiv« für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten, um Geld zu bekommen. Es war erneut eine Art Lex AfD, die verhindern sollte, dass Verfassungsfeinde mit

»Ich werde der Unionsfraktion nicht empfehlen, einen AfD-Abgeordneten in ein Staatsamt zu wählen.«

CDU-Chef Friedrich Merz in der »FAS«

Staatsgeldern gepöppelt werden. Über die Förderung muss künftig das Bundesinnenministerium entscheiden.

Das Ministerium wird für seine Entscheidung auch Erkenntnisse des Verfassungsschutzes heranziehen. Dabei könnte unter anderem eine Rolle spielen, dass viele Vorstandsmitglieder und Referenten aus der AfD rekrutiert werden. Stiftungschefin Erika Steinbach selbst wollte 2022 AfD-Vizevorsitzende werden. Auch die Publikationen der Stiftung und ihre Netzwerke dürften durchleuchtet werden.

Steinbach, einst für die CDU im Bundestag, gibt sich optimistisch. Sie glaube daran, sagt sie am Telefon, dass die Stiftung bald Staatsgeld bekomme. Steinbach sagt, sie rechne von 2026 an mit 17 bis 18 Millionen Euro pro Jahr – was plausibel erscheint, wenn man die Höhe der Zuschüsse für andere parteinahe Stiftungen zugrunde legt. Mit dem Geld will die Desiderius-Erasmus-Stiftung ihr Schulungsangebot ausbauen und später Stipendien für junge Menschen anbieten. Kritiker befürchten, dass hier eine Kaderschmiede der extremen Rechten entstehen könnte, mit Einfluss auf die Meinungsbildung an den Hochschulen.

Wie geht das aus? Bekommt die Stiftung demnächst Geld oder nicht?

Staatsrechtler halten das für offen. Sie haben ihre Zweifel, dass man der Stiftung die Mittel ohne Weiteres verwehren kann. Das liegt unter anderem daran, dass die Kriterien im Gesetz schwammig formuliert sind.



Spieler des FC Bundestag

Ein Ausschlusskriterium ist laut Gesetz die »verfassungsfeindliche Prägung der politischen Grundströmung, die der Stiftung zuzuordnen ist«.

Diese »Grundströmung« müsse nicht zwingend deckungsgleich mit der AfD sein, sagt Markus Ogorek, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Uni Köln. Die Annahme, dass sich die nachrichtendienstliche Einschätzung der AfD automatisch auf ihre parteinahe Stiftung übertrage, erscheine »recht waghalsig«. Auch die Parteienrechtlerin Sophie Schönberger sagt: »Für die Entscheidung, ob die Stiftung Geld bekommt, kann die Verfassungsfeindlichkeit der AfD ein Indiz sein – sie reicht aber allein nicht aus.« Man betrete hier juristisch »absolutes Neuland«.

Die AfD geht längst gegen das Stiftungsfinanzierungsgesetz vor und klagt beim Bundesverfassungsgericht. Eine Entscheidung soll noch in diesem Jahr fallen. Ein möglicher Schwachpunkt des Gesetzes sei die Erhöhung der Wartefrist bis zur dritten Legislaturperiode, sagt der Berliner Rechtswissenschaftler Christian Walldhoff. »Nach der alten Praxis konnte bereits ab der zweiten Legislaturperiode Geld an eine parteinahe Stiftung fließen. Das Gesetz stellt also eine Verschärfung dar – was problematisch sein kann im Hinblick auf die Chancengleichheit der Parteien.«

Viele dieser Fragen werden sich in den nächsten Monaten entscheiden. Der FC Bundestag hat nicht so viel Zeit. Er muss bald entscheiden, wie es weitergeht.

Der FC Bundestag ist der Fußballklub der Parlamentarier. In der Satzung des Vereins steht, dass jedes Mitglied des Bundestags Mitglied werden kann. Doch 2024 entschied der Verein, die AfD-Spieler auszuschließen. Auslöser war unter anderem ein Geheimtreffen in Potsdam, an dem AfD-Mitglieder teilgenommen hatten. Dort ging es um die Ausweisung und Verdrängung von Migranten. Besorgt waren die Spieler auch wegen Meldungen, die AfD beschäftige bis zu 100 rechtsextreme Mitarbeiter im Parlament.

Aber diese Woche hat das Landgericht Berlin entschieden, dass man die AfD nicht weiter vom Fußball ausschließen dürfe – schließlich heiße es in der Satzung, jeder Abgeordnete könne Mitglied werden.

Und nun?

Nach dem Urteil muss der Verein entweder seine Satzung ändern – oder die AfD-Spieler doch wieder akzeptieren. Entschiede sich der FC Bundestag für die zweite Möglichkeit, würde der Grünenabgeordnete Kassem Taher Saleh überlegen, die Mannschaft zu verlassen.

»Die Frage ist, ob du mit Rechtsextremen, Nazis oder Rassisten nackig unter der Dusche stehen willst. Mir ist das sehr unangenehm«, sagt Taher Saleh.

Maria Fiedler, Felix Keßler, Jonas Schaible, Severin Weiland



AfD-Funktionäre Krah, Vincentz, Markus Buchheit: Bröckelnde Macht

Wahres Gesicht

PARTEIEN Der nordrhein-westfälische Landesverband wollte weniger radikal auftreten als der Rest der AfD. Nun zeigt sich: alles nur Fassade. Das bringt den Landeschef in Bedrängnis.

Noch Anfang Januar gab es Hoffnung bei den Gegnern von Matthias Helferich, jenem Mann, der sich selbst mal »das freundliche Gesicht des NS« nannte. Er werde nicht in die künftige AfD-Bundestagsfraktion aufgenommen, frohlockten seine Parteikollegen bei Telegram. Das habe die Fraktionsführung rund um Alice Weidel »bereits klagestellt«. Helferich sei ein »bereitwilliger Durchstecher« und ein »Kameradenschwein«, schrieben sie.

Doch es kam anders: Helferich zog in den Bundestag ein, die AfD-Fraktion nahm ihn auf. Und damit hat die AfD in Nordrhein-Westfalen ein Problem – oder genauer: ihr Landesvorsitzender Martin Vincentz.

Vincentz hatte bislang ein Projekt: Die AfD in NRW sollte gemäßiger rüberkommen als der Rest der Partei, weniger radikal, weniger russlandfreundlich. Der Landeschef versuchte, sich als Gegenbild zu Björn Höcke zu inszenieren, dem rechtsextremen Thüringer Landeschef. Er glaubt, dass sich die AfD mäßigen sollte, um bald mit der CDU regieren zu können. Und er wollte den Verfassungsschutz widerlegen, der die AfD als rechts-extremistischen Verdachtsfall einstufte.

Immer wieder kritisierte Vincentz den Rechtsextremisten Helferich, stieß ein Parteiausschlussverfahren an. Geholfen hat es nicht. Und Helferich ist nicht der einzige Fall, in

dem Vincentz scheiterte. Im Bundestag sitzen nun mindestens zwei weitere Personen, deren Einzug er ebenfalls verhindern wollte.

Die Fassade, die Vincentz aufgebaut hat, bekommt immer größere Risse. Wieder verschieben sich die Kräfte in der Partei ein Stück weit. NRW ist der nächste Landesverband, in dem sich die radikalsten Kräfte durchsetzen – und dann auch noch im größten. Das hat Auswirkungen auf die gesamte Partei.

Die Macht des NRW-Landeschefs bröckelt, mehr und mehr Personen aus seinem einstigen Umfeld wenden sich von ihm ab. Davon profitiert im internen Machtkampf AfD-Chefin Weidel. Vincentz gilt als Verbündeter ihres Co-Vorsitzenden Tino Chrupalla.

Der interne Druck auf Vincentz wächst. Um Helferich und dessen Fürsprecher zu bekämpfen, hat er sich mit Leuten verbündet, die so gar nicht zu jenem Kurs passen, den er versprochen hatte. Allein in seinem NRW-Landesvorstand saßen im vergangenen Jahr drei Männer, die zuletzt Empörung auslösten.

Da ist etwa Klaus Esser, dessen Haus im November von Ermittlern durchsucht wurde, weil er Urkunden gefälscht und sich zu Unrecht als Jurist ausgegeben haben soll. Zudem soll er bei Mitgliederdaten manipuliert haben. Wegen dieser Vorwürfe läuft ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn. Er war Vincentz'

Vize und saß bis August im Landesvorstand. Die Vorwürfe bestreitet er zum Teil.

Oder Uwe Detert, der nach wie vor mit Vincentz im Landesvorstand sitzt. In sozialen Netzwerken verbreitet er antisemitische Verschwörungsideologien und Geschichtsrevisionismus. Auch Gedankengut von »Reichsbürgern« ist dabei, so postete er mehrfach, dass Deutschland kein souveräner Staat sei. Als Medien darüber berichteten, verteidigte der Sprecher des NRW-Landesverbands Detert als »geschätztes Mitglied«.

Und da ist Christian Blex, der im Februar öffentlich von »Drag-Viechern« sprach – gemeint waren Dragqueens. Die »Omas gegen Rechts« nannte er »abgewrackte Schabracken«, die niemand mehr »anfassen« wolle, weshalb sie vor Belästigungen sicher seien. Die Polizei ermittelt seither wegen Beleidigung. Blex sitzt ebenfalls noch im NRW-Landesvorstand. Davor war er Teil des »Flügels«, jener Strömung um Björn Höcke, die inzwischen aufgelöst ist, zumindest offiziell.

Wie passt das mit dem Bild zusammen, das Vincentz gern von der AfD zeichnen würde?

Auf Anfrage sagt der Landeschef, dass Äußerungen wie die seines Parteifreunds Blex »natürlich« nicht gingen, deshalb habe der Vorstand sie auch gerügt. »Aber Christian Blex hat glaubhaft Reue gezeigt und versprochen, dass sich so ein Verhalten nicht wiederhole, daher wird die Zusammenarbeit fortgesetzt.« Eine solche Einsicht »gab und gibt es bei Matthias Helferich nicht«.

Viele, die Vincentz bislang in seinem gemäßigeren Kurs unterstützt haben, finden das nicht überzeugend – und rücken von ihm ab. »Es passt einfach nicht zusammen«, sagt einer, »es geht nur um Macht.« Er nennt noch ein Beispiel: Zum Landesparteitag sei Maximilian Krah als Gastredner eingeladen worden, habe dort Vincentz gelobt. »Ausgerechnet Krah«, kritisiert er, »der Mann mit Kontakten nach Russland, China und zu Götz Kubitschek.« Dem rechtsextremen Verleger, der eng an Höcke angebunden ist.

Auch Vincentz' Allianz mit Parteichef Chrupalla stößt einigen auf. »Wenn er über Russland spricht, zucken wir in NRW hier zusammen«, sagt ein Mitglied von dort über Chrupalla. Andere sehen es eher als strategischen Fehler, sich so eng an Chrupalla zu binden: »Alice Weidel wird immer mächtiger, und wir stellen uns auf die andere Seite.«

Tatsächlich ist man in Weidels Umfeld gar nicht glücklich mit Vincentz. Dessen Umfeld hatte – ohne einen Absender zu nennen – ein vergiftetes Zitat an die Hauptstadtspresse geschickt, als Helferich in die Bundestagsfraktion aufgenommen wurde. Die Fraktionsspitze habe »alle eventuellen Folgen und Skandale zu verantworten«, heißt es darin. Aus Weidels Umfeld kam prompt zurück, dass man sich nicht »den schwarzen Peter zuspielen« lasse. Der Landesverband müsse »seine Hausaufgaben« schon selbst erledigen.

Ann-Katrin Müller

Helden zweiter Klasse

EHRUNGEN Gut drei Jahre nach der Rettungsoperation von Kabul sollen Beteiligte das Bundesverdienstkreuz bekommen. Doch warum erst jetzt?

Der Welsaal des Auswärtigen Amts (AA) war am 14. Januar überfüllt. Dicht gedrängt standen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sogar an den Wänden, um an der letzten Personalversammlung während der Amtszeit von Annalena Baerbock teilzunehmen, viele Diplomaten waren per Video aus dem Ausland zugeschaltet – so berichten Teilnehmer.

Es ging um einen Vorgang, der die Mitarbeiter schon seit mehr als drei Jahren umtreibt. Bereits im Herbst 2021 hatte der Personalrat des Amts einen Bundesverdienstorden für jene deutschen Diplomaten vorgeschlagen, die im August 2021 nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im Dienst waren.

»Unter Einsatz ihres Lebens« hätten sie am Flughafen Kabul »Tausende von Menschenleben gerettet«, sagte Personalratschef Karsten Tietz nun am Schluss seiner Rede im Welsaal. Während die Soldaten der Bundeswehr kurz nach der Mission geehrt wurden, seien die eigenen Leute von der Hausleitung »totgeschwiegen« worden.

»Warum zählte der Heldenmut der Soldaten und nicht der unserer Kollegen, fragen uns viele im Haus«, sagte der Personalratschef nach SPIEGEL-Recherchen. Im Namen aller Beschäftigten sagte Tietz demnach: »Unsere Anerkennung und Wertschätzung sind euch sicher und hoffentlich bald auch die eures Landes, für das ihr euer Leben riskiert habt.« Daraufhin erhoben sich laut Teilnehmern alle Anwesenden und applaudierten. Nur die Leitungsebene um die grüne Ministerin Baerbock sei sitzen geblieben.

Es gärt in der Belegschaft des Amts. Viele können sich noch erinnern, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kurz nach der Operation in Kabul dem Bundeswehrgeneral Jens Arlt das Bundesverdienstkreuz überreichte – auf Anregung des Verteidigungsministeriums. Arlt, der die Auszeichnung stellvertretend für alle an der Mission betei-

ligten Soldaten empfing, wurde als »Held von Kabul« gefeiert. Er und seine Soldaten hatten in wenigen Tagen rund 5400 Menschen aus Afghanistan herausgeholt. »Ihr Land verneigt sich vor Ihnen«, sagte Steinmeier.

Vielen AA-Leuten stößt bis heute sauer auf, dass damals keine Diplomaten geehrt wurden – auch nicht der damalige deutsche Gesandte Jan Hendrik van Thiel. Van Thiel war nach dem Fall von Kabul in Afghanistan geblieben, gegen den Rat seines Hauses. Mit einigen seiner Diplomaten, ein paar Mitarbeitern des BND und dem Sicherheitsmann von der Bundespolizei richtete er sich am Flughafen provisorisch ein.

Van Thiel hatte eine Mission: Bei den USA drängte er erfolgreich darauf, dass auch die Bundeswehr Schutzsuchende ausfliegen durfte, darunter deutsche Staatsbürger und viele lokale Helfer der Bundeswehr.

Um die mögliche Ehrung für van Thiel & Co. begann bereits im Herbst 2021 ein politisches Tauziehen. Nachdem der Personalrat bei Baerbocks Vorgänger Heiko Maas (SPD) Druck gemacht hatte, schlug Maas im November als eine seiner letzten Amtshandlungen einige Diplomaten, BND-Leute und den Bundespolizisten für einen Bundesverdienstorden vor. Kurz darauf aber meldeten sich Spitzenbeamte des Außenamts im Schloss Bellevue. Man bat darum, die Bearbeitung der Orden anzuhalten. Begründung: Man wolle zunächst den Afghanistan-Untersuchungsausschuss des Bundestags abwarten.

Das wirkt bis heute nicht schlüssig. Zwar machte sich der Ausschuss daran, die Vorgänge rund um die Luftbrücke aus Kabul aufzuarbeiten. Es ging aber um die politische Frage, ob die Bundesregierung die Lage in Afghanistan falsch eingeschätzt und die Evakuierungsmission zu spät angeordnet hatte. Der Gesandte van Thiel, der Bundespolizist mit dem Spitznamen »Fisch« und mehrere andere Ordenskandidaten wurden

vom Ausschuss zwar geladen – aber nur als Zeugen.

Nach dem Ende des Untersuchungsausschusses kommt nun Bewegung in die Sache. Nach SPIEGEL-Informationen werden in der Ordenskanzlei des Bundespräsidialamts derzeit mehrere Anträge geprüft. Ann-Veruschka Jurisch, Obfrau der FDP im Untersuchungsausschuss, schlug dem Bundespräsidenten sechs Personen vor und bat schriftlich Baerbock, Innenministerin Nancy Faeser und Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt (beide SPD) um Unterstützung für die Ehrung.

Die Vorgeschlagenen hätten »weit über das hinaus gehandelt, was von ihnen erwartet wurde«, sagte Jurisch dem SPIEGEL. »Ihr Mut und ihre Hingabe verdienen Respekt und Dankbarkeit. Wer in solch extremen Situationen für andere einsteht, verdient es, gesehen und gewürdigt zu werden.«

Aus dem Präsidialamt und den anderen Häusern will sich niemand offiziell äußern. Schon bald aber dürften van Thiel, zwei seiner Mitarbeiter, mehrere BND-Leute und der Sicherheitsberater von der Bundespolizei mit Verdienstorden ausgezeichnet werden.

Das Außenamt signalisiert dieser Tage, die Ordensverfahren könnten jetzt endlich abgeschlossen werden. »Die Kollegen haben damals am Flughafen Kabul in extremer Lage übermenschlichen Einsatz geleistet«, heißt es aus Baerbocks Ressort. Zu dieser Einsicht hätte man allerdings schon vor drei Jahren kommen können.

Für van Thiels Karriere hat sich die gefährliche Mission in Kabul nicht ausgezahlt. Manche im Haus qualifizieren ihn als Querulanten ab, weil er das Krisenmanagement der Bundesregierung offen anzweifelte. Nach seiner Rückkehr wurde der Diplomat nach Jamaika versetzt. Was nach einem Job im Urlaubsparadies klingt, gilt im Amt als Posten für Diplomaten, die man abschieben will.

Matthias Gebauer, Christoph Schult



Diplomat van Thiel: Er hatte eine Mission

Christian O. Bruch / DER SPIEGEL



Demonstrierende in Berlin 2023: »Wenn keine tiefgreifende Reform gelingt, wird die Bevölkerung den Glauben an unser Asylrecht verlieren«

Stefan Boness / IPON

»Wir müssen die Menschenrechte weniger streng handhaben«

SPIEGEL-GESPRÄCH Wie soll es in der Migrationspolitik weitergehen? So nicht, meint der Experte Daniel Thym. Er beklagt eine »Ursünde« des europäischen Asylsystems, kritisiert die deutsche Scheinheiligkeit und fordert mehr Härte.

Thym, Jahrgang 1973, ist Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz. Der Migrationsexperte ist maßgeblich beteiligt am interdisziplinären Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Er berät die Union in asyl- und ausländerrechtlichen Fragen.

SPIEGEL: Herr Thym, Union und SPD haben sich in den Sondierungsgesprächen auf wichtige Punkte in der Flüchtlingspolitik geeinigt: Asylsuchende an den deutschen Grenzen zurückzuweisen, den Familiennachzug einzuschränken. Ist das jetzt die große Migrationswende, die CDU-Chef Friedrich Merz angekündigt hatte?

Thym: Nein. Die Gespräche haben sich auf kurzfristige Maßnahmen konzentriert. Nach

den furchterlichen Anschlägen und Messerattacken wollen Union und SPD damit Ruhe und Handlungsfähigkeit vermitteln. Das ist jetzt gut und richtig. Nachhaltig ist es aber nicht.

SPIEGEL: Die Ampelkoalition hat im Herbst die temporären Kontrollen auf alle deutschen Grenzen ausgeweitet, die Zahl der Asylanträge ist zuletzt stark gesunken. Zeigt das nicht, dass Kontrollen wirken?

Thym: Es stimmt, dass die Zahlen zurückgegangen sind, sie sind aber noch immer auf einem hohen Niveau. Früher oder später wird jenseits der europäischen Grenzen, in Westafrika oder irgendwo im Nahen Osten, der nächste große Konflikt beginnen.

SPIEGEL: Und dann?

Thym: Sind wir an zu vielen Stellen auf nationaler und europäischer Ebene schlecht aufgestellt. Wenn der neuen Bundesregierung keine tiefgreifende Reform gelingt, wird die Bevölkerung bei der nächsten Krise endgültig den Glauben an unser Asylrecht verlieren. Dann gewinnen die radikalen Kräfte. Deswegen mache ich in meinem neuen Buch Vorschläge, wie sich Migration steuern lässt*.

SPIEGEL: Sie nennen es »eine Anleitung für das Hier und Jetzt«. Also, wie soll's Ihrer Meinung nach gehen?

Thym: Die eine Zauberformel gibt es nicht. Wir müssen an vielen Stellschrauben drehen.

* Daniel Thym: »Migration steuern: Eine Anleitung für das Hier und Jetzt«. 237 Seiten; C. H. Beck; 16 Euro.

Dazu zählt zuallererst: Jeder sollte anerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Was allerdings keineswegs heißt, dass wir jeden reinlassen müssen. Und ebenso wenig, dass jeder bleiben darf. Staaten wie Kanada, Australien oder die USA wählen von jeher aus, wer dort leben darf. An erster Stelle steht dabei die Anwerbung von Arbeitskräften, dann kommt die Fluchtmigration. In Deutschland ist es bisher andersherum.

SPIEGEL: Wer sollte denn herkommen und bleiben dürfen?

Thym: Migration hat viele Facetten, das bleibt in der deutschen Debatte oft unterbelichtet. Wir sind in Europa aufgrund des demografischen Wandels dringend auf ausländische Fach- und Arbeitskräfte angewiesen. Ihnen müssen wir es möglichst leicht machen hierherzukommen. Das wiederum eröffnet Spielräume, mit den Herkunftsländern, aus denen viele abgelehnte Asylbewerber stammen, Migrationsabkommen abzuschließen. Ein Land könnte von legalen Arbeitsvisa profitieren, wenn es bereit ist, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen.

SPIEGEL: Diese Idee ist nicht neu. Die Ampelregierung hatte mit Joachim Stamp (FDP) sogar einen Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen berufen. Er hat Verträge mit Ländern wie Georgien, Kenia und Usbekistan abgeschlossen.

Thym: Das stimmt. Deutschland hat viel Energie in diese Verhandlungen gesteckt, aber das hat alles wenig Substanz. Das liegt auch daran, dass die Arbeitsmigration bisher nicht strategisch eingesetzt wurde. Die künftige Bundesregierung sollte das ändern. Menschen aus Ländern, die bei Abschiebungen kooperieren, sollten einfacher als Arbeitskräfte einwandern dürfen. Umgekehrt wird die Fachkräftenwerbung ausgesetzt, wenn Abschiebungen nicht funktionieren.

SPIEGEL: Migrationsabkommen befürworten viele in der SPD. Bei der CDU und CSU setzt man darauf, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern. Welches Modell ist besser?

Thym: Die Politik muss endlich das Entweder-oder überwinden. Einheitliche Begriffe wie »Asyl« und »Migration« verdecken, dass viele Migrationsbewegungen gleichzeitig stattfinden. Für manche Herkunftsländer sind Migrationsabkommen die richtige Lösung. Für andere können Asylverfahren in Drittstaaten außerhalb Europas eine sinnvolle Antwort sein.

SPIEGEL: Wie beim berühmten, berüchtigten Ruanda-Modell? Damit ist Großbritannien gescheitert, der Supreme Court hat die Pläne gestoppt. Und als Italien versucht hat, Migranten für ihre Asylverfahren nach Albanien zu bringen, sind ebenfalls Gerichte eingeschritten. Wieso glauben Sie, dass es trotzdem funktionieren kann?

Thym: Es kommt darauf an, wie man ein solches Modell ausgestaltet. Wer gewährleistet die Sicherheit vor Ort? Wer führt die Verfahren durch? Hilfreich wären Pilotprojekte, am besten in unterschiedlichen Ländern, damit sich Europa nicht abhängig macht.

SPIEGEL: Ist das wirklich realistisch?

Thym: Die Drittstaatenmodelle sind in Brüssel immerhin ziemlich beliebt, weil sie signalisieren würden: Wir haben die Kontrolle. Ich sage ja nicht, dass es leicht umzusetzen wäre. Sie verkörpern jedoch staatliche Handlungsfähigkeit. Und wir brauchen im Moment solche Kontrollsignale, nach innen und nach außen. So kauft sich die Politik die Zeit, um im Hintergrund all die anderen Defizite anzugehen.

SPIEGEL: Die Union fordert Ähnliches in ihrem Wahlprogramm. Beraten Sie Friedrich Merz?

Thym: Nicht persönlich, ich habe lediglich Kontakt zur Fachebene der Union.

SPIEGEL: Ihre »Anleitung« ist deutlich weiter gedacht als die Pläne von CDU und CSU. Sie schreiben, die EU müsse »die Ursünde« im Asylsystem beseitigen. Was meinen Sie damit?

Thym: Offene Binnengrenzen passen einfach nicht zu einem Dublin-System, das mehrfache Asylanträge in unterschiedlichen Ländern zulässt.

SPIEGEL: Erklären Sie das doch bitte kurz.

Thym: Die Dublin-Regelungen besagen: Für die Abwicklung eines Asylverfahrens ist eigentlich derjenige Staat zuständig, in dem ein Geflüchteter erstmals europäischen Boden betreten hat. Allerdings ziehen viele in andere EU-Staaten weiter, etwa von Italien nach Deutschland, und beantragen dort ebenfalls Asyl. Deutschland muss dann prüfen, welcher Staat zuständig ist, und kann eine Person dorthin abschieben. Vergehen mehr als sechs Monate, ist Deutschland zuständig und hat den Asylantrag zu bearbeiten. Und so kommt es dann meistens. Die Rückführungen scheitern, die Geflüchteten bleiben dauerhaft hier.

SPIEGEL: Was würden Sie ändern?

Thym: Ein Asylbewerber sollte nur noch einen einzigen Antrag stellen dürfen. So war das 2016 auf EU-Ebene ursprünglich vorgesehen, es wurde aber leider nie in Gesetzesform gegossen. Ich fände es außerdem gut, wenn Flüchtlinge mit einem Bleiberecht sich in anderen EU-Staaten Arbeit suchen, also weiterziehen dürfen, wenn sie dort auf eigenen Beinen stehen. Sozialleistungen sollte es aber nur in dem Land geben, in dem jemand Asyl beantragt und erhalten hat.

SPIEGEL: Dafür müssten genügend andere EU-Staaten bereit sein, Asylsuchende aufzunehmen und sich zu beteiligen. Bisher zeigten sich Länder wie Ungarn oder Polen nicht besonders kooperativ.

Thym: Aber wenn die neue Bundesregierung wirklich entscheidet, das Dublin-System außer Kraft zu setzen und Asylbewerber an den deutschen Landgrenzen zurückzuweisen? Das könnte die Initialzündung für eine grundlegende EU-Reform sein. Es wird aber nur klappen, wenn Deutschland keinen nationalen Alleingang macht. Ich empfehle dringend, die Nachbarstaaten ins Boot zu holen.

SPIEGEL: Verstehen wir das richtig: Sie raten Friedrich Merz und Co. zum großen Knall – gegen EU-Recht zu verstoßen, um das Dub-



Jurist Thym

lin-System zu Fall zu bringen? Früher sahen Sie Zurückweisungen an den Grenzen in Bezug auf die Rechtslage noch kritisch.

Thym: Daran hat sich nichts geändert. Niemand weiß, wie der Europäische Gerichtshof oder die nationalen Gerichte darüber urteilen würden. Aber wenn die neue Regierung entschlossen ist, Asylbewerber an den deutschen Grenzen zurückzuweisen, und andere Länder ins Boot holt, lässt sich das Ganze hoffentlich in konstruktive Bahnen lenken. Fakt ist: Wir brauchen eine echte Reform.

SPIEGEL: Wir haben über die Dublin-Regeln gesprochen und wie es innerhalb der EU weitergehen soll, also über Geflüchtete, die schon in Europa sind. Ein anderes Problem bliebe ungelöst: Wie soll es an den Außengrenzen Europas weitergehen, wer soll überhaupt in die EU einreisen dürfen?

Thym: Ich schlage eine tägliche Höchstgrenze für Asylverträge an den Außengrenzen vor. Zum Zuge kämen in erster Linie Personen, die vorab elektronisch einen Termin vereinbart haben. Zusätzlich könnte man sich im Heimatland oder entlang der Migrationsrouten um eine legale Einreise nach Europa bewerben: als Asylsuchender, als Arbeitskraft, für den Familiennachzug.

SPIEGEL: Wie soll das praktisch gehen?

Thym: Die meisten Flüchtlinge haben ja ein Smartphone. Im Übrigen könnte es Beratungszentren entlang der Reiserouten und im Internet geben. Alle, die keinen Termin für einen Asylantrag erhalten, dürfen nicht einreisen. Sie würden nach einem extrem kurzen Verfahren mit strengen Prüfungsstandards zurückgewiesen, außer wenn eindeutig und unmittelbar Verfolgung droht.

SPIEGEL: Schwer vorstellbar, dass eine solche Höchstgrenze nicht gegen internationales Recht verstößt.

Thym: Für einen Systemwechsel wird uns nur eins übrig bleiben: Wir müssten die Menschenrechte weniger streng handhaben. Notfalls, indem die EU-Verträge und die Euro-



Geflüchtete auf Lesbos 2020: »Ein dysfunktionales und unfaires System«

päische Menschenrechtskonvention verändert werden.

SPIEGEL: Ernsthaft?

Thym: Da sagen jetzt einige: Das ist illusorisch. Aber man sollte es zumindest versuchen. Es geht mir gar nicht darum, die Genfer Flüchtlingskonvention zu kündigen. Die deutschen und europäischen Gerichte waren in den letzten 30 Jahren allerdings sehr großzügig. Einige dieser Urteile muss man überdenken. Außerdem gibt es zum Ausgleich großzügige legale Einreisemöglichkeiten. In zwei Fällen akzeptierte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg dann Zurückweisungen an den EU-Außengrenzen ganz ohne Verfahren.

SPIEGEL: Was aber soll mit den Menschen an der Grenze geschehen, die elektronisch keinen Termin vereinbaren konnten? Oder sagen wir einmal: Die Höchstgrenze liegt bei 1000, und es kommen 2000 Menschen?

Thym: Ich rate zu gut ausgestatteten Transitzentren. Dort müssen Asylsuchende bleiben, bis über ihren Antrag entschieden wurde.

SPIEGEL: Sie wollen die Leute einsperren?



Thym (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*

Thym: Ja. Natürlich ist Haft eine harte Maßnahme. Aber wenn jemand an der EU-Außengrenze um Asyl sucht, finde ich es grundsätzlich tragbar, dass er 12 oder 16 Wochen in einem solchen Transitzentrum warten muss, bis klar ist, ob er schutzbedürftig ist.

SPIEGEL: Auch Familien und Minderjährige?

Thym: Für bestimmte Gruppen könnte man Ausnahmen machen.

SPIEGEL: Es schießen einem sofort schwer erträgliche Bilder in den Kopf. Die EU ist in Griechenland schon einmal daran gescheitert, Asylsuchende menschenwürdig unterzubringen. In Moria saßen mehr als 10.000 Menschen unter elenden Bedingungen fest. Erinnern Sie sich?

Thym: Natürlich. So etwas soll nicht passieren. Die Angst vor solchen Bildern darf aber nicht der Grund sein, ewig ein dysfunktionales und unfaires System aufrechtzuerhalten. Es gibt ja einen Grund, warum fast 80 Prozent der Asylsuchenden zwischen 16 und 34 Jahren männlich sind. Frauen haben es auf den gefährlichen Fluchtrouten viel schwerer. Ich empfinde die deutsche Debatte als scheinheilig.

SPIEGEL: Warum?

Thym: Wir brauchen eine gewisse Härte, wenn es um Asylpolitik geht. Die gibt es auch schon jetzt an vielen Stellen. Nur sind alle gern bereit, diese Härte zu akzeptieren, solange sie nicht sichtbar ist. Wer interessiert sich schon für die schlimmen Bedingungen, unter denen Migranten in Staaten wie Libyen leben müssen? Seit Langem unterstützen die EU und Italien die libysche Küstenwache finanziell und lassen sich auch von Berichten

über krasse Gewalt nicht abschrecken. Haben Sie einen großen Aufschrei gehört? Ich nicht. Und es gibt so viele Beispiele dieser Art.

SPIEGEL: Woran denken Sie noch?

Thym: An den Flüchtlingsherbst 2015. Bundeskanzlerin Angela Merkel war damals vehement dagegen, die Grenzen zu schließen, und forderte einen humanitären Imperativ ein. Die deutsche Öffentlichkeit hat vor allem eines gesehen: die Willkommenskultur und eine freundliche, einladende Politik. Mir als Experte war immer klar, dass es hinter den Kulissen ganz anders zugeht. Die Kanzlerin ist damals ins westafrikanische Niger geflogen, um mit dem dortigen Herrscher darüber zu verhandeln, die wichtigsten Migrationsrouten durch die Sahara zu schließen. Alle Bundesregierungen ergreifen seit vielen Jahren drastische Mittel. Neu ist nur: nun auch im Inland.

SPIEGEL: Sie haben lange Zeit die Überzeugung vertreten, dass die bestehenden Asylregeln weiterzuentwickeln und zu verbessern seien. Woher kommt Ihr Sinneswandel?

Thym: Die von Migranten verübten Anschläge der vergangenen Monate und Jahre waren es jedenfalls nicht. Auf mich – wie auch auf viele andere Experten – wirkte das bisherige System lange Zeit einigermaßen funktionsfähig. Die Flüchtlingszahlen waren nicht extrem hoch. Selbst 2015 ging ich davon aus, dass es der Politik gelingen kann, das Asylsystem nach einem kurzfristigen Zusammenbruch wieder zu stabilisieren. Aber so kam es nicht.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich das?

Thym: Es ist das, was der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble einst als »Rendezvous mit der Globalisierung« bezeichnet hat. Nur dass wir inzwischen statt von einer kurzen Begegnung von einer Dauerbekanntschaft sprechen sollten. Mit Sicherheit spielen auch das Internet und Verkehrsverbindungen eine große Rolle. Es ist heute viel einfacher als früher, sich über Fluchtwege und mögliche Zielländer zu informieren und den Transport zu organisieren.

SPIEGEL: Was zieht die Menschen nach Deutschland?

Thym: Wir wissen aus der Forschung, dass viele unterschiedliche Faktoren Migrationsbewegungen beeinflussen. In Deutschland gibt es inzwischen große Communitys aus fast allen Ländern der Welt. Das ist anders als noch vor 15 Jahren. Asylsuchende geben häufig Familie und Landsleute als wichtigsten Grund für ihre Entscheidung an.

SPIEGEL: Die große Reform – wird sie eher gelingen oder nicht?

Thym: Sie muss gelingen. Ansonsten wird in Deutschland das Gleiche passieren wie in den USA. Dort ist die Stimmung gegen die demokratische Mitte gekippt. Die Akzeptanz für den Rechtsstaat hat gelitten, und das gesellschaftliche Klima ist inzwischen vergiftet. Darunter haben alle zu leiden, besonders aber die Einwanderer.

SPIEGEL: Herr Thym, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit dem Redakteur Dietmar Hipp und der Redakteurin Katrin Elger in Berlin.

Ihre Empfehlung wird belohnt

Werben Sie eine neue Leserin oder einen neuen Leser für ein Jahr
DER SPIEGEL, und wir bedanken uns mit einer wertvollen Prämie.



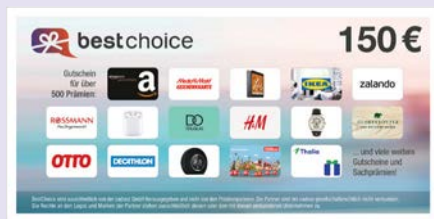
€150,- Prämie

Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch!



€-150-Amazon-Gutschein

Über eine Million Bücher sowie DVDs, Technikartikel und mehr für Sie zur Auswahl.



€-150-BestChoice-Universal-Gutschein

Der Universal-Gutschein ist bei über 200 Handelspartnern einlösbar. Viel Spaß beim Shoppen.



Einfach jetzt bestellen:
abo.spiegel.de/empfehlen

DER SPIEGEL für zunächst ein Jahr zum Vorzugspreis
von nur €6,30 statt €6,70 im Einzelkauf.

Es ist nicht vorbei

STRAFJUSTIZ Baschar al-Assad ist gestürzt. Deutsche Gerichte arbeiten weiter Verbrechen in Syrien auf. In Frankfurt am Main steht ein Arzt vor Gericht: Er soll Inhaftierte gefoltert und einen von ihnen getötet haben.

Der Mann, der dem Machthaber Baschar al-Assad den Befehl verweigerte, hat einen schweren Weg vor sich. Er muss ihn am Stock gehen, das rechte Bein zieht er nach. Wie ein alter Herr wirkt er, dieser groß gewachsene Mann, Anfang vierzig, die Haare grau meliert. Er trägt ein dunkles Sakko, weißes Hemd, rote Krawatte, setzt sich in die Mitte des Gerichtssaals, aufrecht, den Rücken gerade. Seine Anspannung ist auch hinter der Scheibe im Zuschauerraum zu spüren.

Hier im Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Saal II, die Wände holzvertäfelt, wird den Mann seine Vergangenheit einholen. Die Zeit, in der er zu viel gesehen, gehört, erlebt hat, das ihn nicht loslässt, das ihn quält und nachts wach liegen lässt, wie er sagt. Es ist 3500 Kilometer entfernt passiert, in Syrien, seiner Heimat. Er war damals Oberleutnant in der Armee, Dienststelle Aleppo.

Der Mann ist ein wichtiger Zeuge im Prozess gegen den Angeklagten, der keine vier Meter rechts von ihm sitzt, hinter seinen drei Verteidigern: Alaa M., 39 Jahre alt, Vater zweier Kinder, auch er stammt aus Syrien. Auch er kam nach Deutschland, im Mai 2015, nicht als Flüchtling, sondern als junger Arzt, mit einem Visum, ausgestellt in der deutschen Botschaft in Beirut.

In den Jahren davor, von April 2011 bis Ende 2012, arbeitete M. als Assistenzarzt im Militärkrankenhaus Nr. 608 und im Gefängnis der Abteilung 261 in Homs, einer Außenstelle des Geheimdienstes. Er soll Inhaftierte gefoltert und einen von ihnen getötet haben.

Alaa M. ist angeklagt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wegen Mordes. Dass er in Deutschland vor Gericht steht, wird durch das sogenannte Weltrechtsprinzip möglich: Völkerrechtliche Verbrechen können überall verfolgt werden. Der Prozess ist der zweite in Deutschland, der sich am syrischen Foltersystem abarbeitet. Alaa M. bestreitet die Vorwürfe; er habe immer »nur assistiert«.

Als der Prozess begann, war Baschar al-Assad noch an der Macht, sein Sturz nicht absehbar. Seit mehr als drei Jahren bemüht sich der 5. Strafsenat um Aufklärung in diesem Verfahren von internationalem Interesse. Fast jede Woche berichten Syrer, was sie in ihrem Heimatland erleben mussten, als Assad ab 2011 die erst demonstrierende, dann aufständische Bevölkerung attackierte, zunächst mit Panzern, später mit Todesschwadronen, Fassbomben und Chlorgas.

Die Sicherheitsvorkehrungen im Gericht sind enorm. Immer wieder gab es Hinweise, der syrische Geheimdienst mische sich ein. Viele der mehr als 50 Zeugen wirkten ein-

geschüchtert, sie beriefen sich auf Erinnerungslücken, sie berichteten von Bedrohung, Angst, Verleumdung, sie fürchteten offenkundig um ihre Familien in Syrien. Einige traten maskiert auf.

Der Umsturz durch syrische Rebellen Ende 2024 schürt die Hoffnung, der lange Arm des Regimes reiche nicht mehr bis in den Frankfurter Gerichtssaal. Aber wirkt sich die neue Lage in Syrien wirklich auf den Prozess aus? Wird die Aufklärung einfacher, haben Zeugen weniger Angst?

Stefanie Bock, Strafrechtsprofessorin an der Universität Marburg, forscht zu Prozessen über Völkerrechtsverbrechen. Sie hofft, dass durch den Umsturz in Syrien der Druck abnimmt, dem Zeugen und ihre Familien ausgesetzt sind. Das könnte die Aufarbeitung und Aufklärung fördern. »Aber natürlich ist das Regime, ein jahrelang etabliertes Unrechtssystem, nicht vollständig verschwunden«, sagt Bock. Man müsse abwarten, wie gut die geplanten Reformen umsetzbar seien und ob Syrien einen eigenen Anteil leisten werde, die Verbrechen aufzuarbeiten, »auch zur aktiven Vertrauensbildung«.

Die juristische Aufarbeitung in Deutschland sei vor dem Umsturz vor allem ein Signal an die Community in der Diaspora gewesen: dass es für Täter keinen sicheren Platz gibt. Dass Opfer, die nach Deutschland geflohen sind, nicht mit Tätern, die nach Deutschland geflohen sind, zusammenleben müssen.

»Das Signal war und bleibt: Ihr seid hier sicher, wir bieten euch Rechtsschutz«, so Bock. »Jetzt könnte das zusätzliche Signal sein: Solche Regime, in denen beispiellos gefoltert wurde, brechen irgendwann zusammen.« Und auch wenn es aussichtslos sei, alle Täter vor Gericht zu stellen und alle Taten in einem rechtsstaatlichen Verfahren aufzuklären, so werde es zumindest einige Prozesse geben. »Kein Täter kann sicher sein, straffrei davonzukommen.«

Unter den Opfern sei die Hoffnung groß, dass diese rechtliche Aufarbeitung der Verbrechen des Regimes in Syrien selbst stattfinde, sagt Manuel Reiger. Er ist Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Strafrecht und Opferrechte, in Frankfurt vertritt er ein Opfer in der Nebenklage.

Es bleibe jedoch eine große Unsicherheit bei seinen Mandanten: »Die Exil-Syrer wis-



Prozessbesucher in Frankfurt 2022: Es gab Hinweise, der syrische Geheimdienst mische sich ein

sen nicht, wie es vor Ort weitergeht, ob die alten Seilschaften noch fortbestehen und weiter Gefahren für Angehörige bestehen.« Für das aktuelle Verfahren ändere die neue Lage in Syrien deshalb kaum etwas, sagt Reiger, die meisten Zeugen seien bereits vernommen. »Wenn man so will, kommt der Umsturz zwei Jahre zu spät.«

Auch der Vorsitzende Richter Christoph Koller gibt sich zurückhaltend. Es sei gut möglich, dass die »momentanen Bedrohungslagen« durch die Entwicklung in Syrien nun anders zu bewerten seien, so Koller. Ob bereits vernommene Zeugen noch einmal befragt werden, will er nicht sagen.

Der ehemalige Oberleutnant, der an diesem Tag Ende Januar aussagt, tritt jedenfalls selbstbewusster auf als viele Zeugen zuvor. Er spricht und versteht Deutsch. Der Senat besteht trotzdem auf einem Dolmetscher, er will damit jedes noch so kleine Missverständnis vermeiden.

Der Zeuge erzählt im Gericht, wie er Alaa M. kennenlernte. Er habe im November 2011 in Aleppo den Befehl verweigert, auf Demonstranten zu schießen, er sei verhaftet und nach Saidnaja gekommen, in das berüchtigte Gefängnis bei Damaskus. Von da ins Militärkrankenhaus Tischrin. »Wer aus Saidnaja nach Tischrin kommt, wird hier sterben«, sei er gewarnt worden. »Da kommt einer und verabreicht Spritzen an die, denen es schlecht geht.«

Der Zeuge holt Luft. »Herr Richter, Sie können sich nur die Hälfte von Panik und Angst vorstellen, die wir hatten. Sobald die Tür unserer Zellen aufging, haben sich die Leute schon in die Hosen gemacht. Ohne zu wissen, was passieren wird.« Ob er den Arzt beschreiben könne, der diese Spritzen gesetzt habe, fragt Richter Koller. »Das ist er doch!«, ruft der Zeuge und zeigt auf Alaa M.

Er könne sich genau an Alaa M. erinnern. »Der Kittel war ihm zu weit, er sah aus wie Humpty Dumpty«, sagt er. Humpty Dumpty ist eine Figur aus dem Kinderbuch »Alice hinter den Spiegeln«, ein sprechendes Ei auf zwei Beinen.

Alaa M. habe Kranken, die auf dem Boden lagen, Spritzen verabreicht, sie hätten geschrien und seien gestorben. Zuerst habe er geglaubt, es sei »um eine medizinische Behandlung« gegangen. »Aber er kam, um all diese Leute zu töten, und sagte dabei: Ich gebe euch jetzt eure Ruhe!« Der Zeuge wischt sich mit einem Taschentuch übers Gesicht. Danach habe Alaa M. sich mit anderen unterhalten, gelacht – als wäre nichts passiert.

Der Zeuge weint, sein rechter Fuß zittert auffällig. »Das waren alles junge Leute. Sie sahen verwahrlost aus, sie hatten entweder keine Zehennägel oder so lange, dass sie sich um den Zeh bogen.« Mit anderen Gefangenen habe er ihre Leichen in schwarze Plastiksäcke packen und unter einem Baum im Hof ablegen müssen. Gefängniswärter hätten ihnen Anweisungen gegeben.

Er stellt sich vor eine Leinwand im Saal, nimmt seinen Stock und zeigt, wie und wohin



Angeklagter M. 2022: Der Psychiater attestiert ihm sadistische Neigungen

er die Säcke schleppen musste. Der Senat muss nachhaken: Wie packte er die Leichen in die Säcke? Lebten die Männer noch? Spürte er eine Körperspannung? Der Zeuge verliert mehrmals die Kontrolle: Warum fragen Sie mich das? Wollen Sie mich verunsichern?

Alaa M. entkam den Gräueln in seiner Heimat, er suchte das Leben in Europa, in Frieden, fern von Bürgerkrieg und Unruhen. Der Arzt kam nach Deutschland, erhielt schnell seine Approbation, fand Arbeit an einer Klinik in Göttingen, später in einer Rehaklinik im hessischen Kurort Bad Wildungen. Mit seiner Familie zog er in eine Wohnung in Kassel. Er wollte eine Ausbildung zum Facharzt machen, »ein gutes Leben führen«, wie er sagt.

Fünf Jahre lang erfüllte sich dieser Traum. Dann holte ihn seine Vergangenheit ein. Aus Syrien Geflüchtete erkannten ihn in der neuen Heimat, identifizierten ihn als »Folterarzt«, im Juni 2020 wurde er während eines Spätdienstes in der Rehaklinik festgenommen.

Die Vertreterinnen des Generalbundesanwalts halten M. für einen Anhänger Assads; für einen, der bis heute Aufständische als »Vaterlandsverräter«, »Terroristen« und »Saboteure« ansehe. So schildern es ehemalige

Kollegen aus Syrien im Gericht, er bestreitet das.

Mitte Februar erstattet in Saal II der psychiatrische Sachverständige sein Gutachten. Es geht darum, ob Alaa M. einen Hang hat, erhebliche Straftaten zu begehen, und Sicherungsverwahrung infrage kommt. Sie soll nach dem Verbüßen der Freiheitsstrafe die Allgemeinheit vor besonders gefährlichen Kriminellen schützen. Sicherungsverwahrte werden in einer geschlossenen Einrichtung untergebracht.

Insgesamt zwölf Stunden lang hat Alaa M. mit dem Psychiater gesprochen. Der attestiert ihm nun sadistische Neigungen, Gefallen zu haben, Menschen zu quälen. Viele Zeugen hatten vor Gericht von Tritten, Schlägen und dem Anzünden von Genitalien berichtet; Alaa M. bestreitet auch diese Vorwürfe.

Alaa M. hatte sich zu Beginn des Prozesses vor drei Jahren noch optimistisch gegeben. Er wolle sich wegen seiner Schmerzen am Rücken erst nach seinem Freispruch operieren lassen, hatte er verkündet. Für den Fall einer Verurteilung hatte er vermutlich darauf gehofft, abgeschoben zu werden. Auch das könnte sich mit dem Umsturz in Syrien geändert haben.

Wie das Verfahren in Frankfurt am Main ausgehen könnte, schätzt vermutlich Ulrich Endres, M.s Verteidiger, am besten ein. Als er und der Senatsvorsitzende einmal aneinandergeraten, weil der Anwalt den Zeugen unangemessen in die Mangel nimmt, wirft Richter Koller dem Anwalt vor: »Sie gestikulieren immer, wenn es für Ihren Mandanten brenzlig wird!«

Da platzt es aus Endres heraus: »Es ist doch die ganze Zeit schon brenzlig!«

Julia Jüttner

»Sobald die Tür unserer Zellen aufging, haben sich die Leute schon in die Hosen gemacht.«

Zeuge im Prozess



Helfer am Absturzort von Flug 9525 am 25. März 2015: Bewusst in das Bergmassiv gelenkt

»Die Gräber schreien noch wie am ersten Tag«

KATASTROPHEN Vor zehn Jahren ließ der Co-Pilot Andreas Lubitz eine Germanwings-Maschine abstürzen und riss 149 Menschen mit sich in den Tod. Doch zu den Umständen tauchen immer neue Theorien auf.

Der Waldfriedhof von Haltern am See liegt etwas außerhalb der Stadt. Die Straße zieht sich Richtung Norden an Einfamilienhaus-Klinkerfassaden entlang, zur Linken entsteht ein neues Wohngebiet. Am Ende der Straße, am Waldrand, liegt ein kleiner Parkplatz. Durch ein schmiedeeisernes Tor hindurch, an alten Gräbern und an einer Trauerhalle vorbei, geht man eine Anhöhe hinauf. Dann steht man vor fünf Gräbern an einem kleinen Platz. Auf ihm stehen 18 Bäume und ein stilisiertes Lehrerpult.

Vor zehn Jahren, am 24. März 2015, flog ein Airbus A320 in den französischen Alpen in ein Bergmassiv. Um 10.40 Uhr verschwand die Maschine vom Radar. 150 Menschen waren an Bord, darunter 14 Schülerinnen, zwei Schüler und zwei Lehrerinnen des Halterner Joseph-König-Gymnasiums in Nordrhein-Westfalen. Sie waren auf dem Rückweg von einem Schüleraustausch.

Ulrich Wessel, 66, ein schlanker, groß gewachsener Mann mit weißen Haaren, sitzt an einem Tag Ende Januar auf der Couch in seinem Wohnzimmer. Vor zehn Jahren war er Schulleiter des Gymnasiums. Er hat kein eigenes Kind verloren, aber 16, die er kannte. Und zwei Kolleginnen. Er war dabei, als die Autobahn von Düsseldorf nach Haltern gesperrt wurde und die Kinder zurückkamen. Lernete, dass man einen Konvoi von Leichenwagen Kondukt nennen kann. Und nahm an 18 Beerdigungen innerhalb von zwei Wochen auf verschiedenen Friedhöfen teil.

Wessel hat erlebt, was es mit Eltern macht, wenn ihre Kinder vor ihnen sterben, wenn die biologische Reihenfolge zerstört wird. »All denen, die meinen, man müsse damit mal fertig werden und das Vergessen einkehren lassen, empfehle ich einen Besuch auf dem Friedhof. Die Gräber schreien noch wie am ersten Tag.«

Auf den fünf Gräbern auf dem Waldfriedhof stehen brennende Kerzen vor Grabsteinen, die wie soeben poliert wirken. Frische Blumen davor. Da steht ein Engel, auf dem »Du bleibst immer« steht. Auf dem Nachbargrab ein Teddybär in einem Glaszylinder. Auf dem daneben liegt ein Stein, mitgebracht aus dem liebsten Urlaubsziel in Schweden, ein Name steht darauf. Ein Teil der Zuneigung, die diese Kinder zu Lebzeiten erfuhren, ging auf ihre Gräber über.

Wessel ist eine Ausnahme in Haltern. Er spricht. Über das, was er damals erlebt hat. Und wie es weiterging. Haltern war der Ort, an dem sich die Katastrophe manifestierte, und Wessel, der auf Pressekonferenzen saß und sich vor seine Schule, die Schüler und Eltern stellte, wurde ihr Gesicht. »Ich tat«, sagt er heute, »was mir in der Situation erforderlich schien.«

Am Donnerstag vergangener Woche traf er sich – wie jeden Monat – mit Hinterbliebenen aus Haltern. Seit einem Jahr ist er im Ruhestand, aber die Aufgabe von damals erfüllt er weiter. »Die Eltern«, sagt er, »wollen, dass an ihre Kinder erinnert wird. Das selbst zu tun, dazu fehlt vielen die Kraft.«

Angehörige, die der SPIEGEL per Mail oder Brief angeschrieben hat, sagten freundlich ab oder schwiegen ganz. Was sollen sie auch sagen, zehn Jahre nach dem Verlust?

In all den Jahren nach dem Unglück haben andere gesprochen, sie tun es auch jetzt wieder. Es gibt Zeitungsartikel und Interviews zum Jahrestag, Bilder und TV-Dokumentationen. Eine, produziert von Sky, stellt eine neue Theorie auf, warum Flug 9525 auf dem Weg von Barcelona nach Düsseldorf an dem Bergmassiv zerschellte. Die »Zeit« berichtete kürzlich darüber.

In den ersten Stunden nach dem Absturz war die Ursache unklar. Zwei Tage später fand in Frankreich eine Pressekonferenz statt. Das Flugzeug sei bewusst in das Bergmassiv gelenkt worden, teilte der Marseiller Staatsanwalt Brice Robin der Öffentlichkeit mit. Verantwortlich sei der Co-Pilot Andreas Lubitz. Er habe den Sinkflug der Maschine eingeleitet. »Diese Handlung kann nur mit Absicht ausgeführt werden«, sagte Robin damals.

Elmar Giemulla ist Experte für Luftverkehrsrecht, er hat als Opferanwalt Angehörige von Flugzeugabstürzen vertreten. Auch in dieser Katastrophe. »Um das Geschehen verarbeiten zu können«, sagt der Berliner Jurist, »brauchen Hinterbliebene eine Erzählung, an die sie glauben können. Eine schlüssige Wahrheit.« Die Erzählung müsse »störfrei sein«, zumindest müsse sie sich so anfühlen, damit man damit arbeiten könne. Das sei bei dem Absturz der Germanwings-Maschine nicht immer der Fall gewesen.

Drei Dinge werden seit Jahren kritisiert:

Erstens die frühe, womöglich zu frühe Festlegung der französischen Staatsanwaltschaft auf Lubitz als Täter.

Zweitens, dass die Behörden den Audiomitschnitt aus dem Cockpit nicht im Original

veröffentlichten, sondern nur ein schriftliches Transkript vorlegten. Zwar wurde den Angehörigen, die das wollten, das Original des Voicerekorders in Frankreich vorgespielt. Die verschriftlichte Fassung soll jedoch etwas kürzer sein.

Und da ist drittens der Umstand, dass Angehörige nach der Untersuchung die Handys ihrer Angehörigen zwar zurückbekamen, die SIM-Karten aber entweder fehlten oder zerstört worden waren.

Giemulla sagt, dass all das für die Wahrheitsfindung der Hinterbliebenen nicht ideal gewesen sei. Aber er sagt auch: »In einem Abschlussbericht geht es darum, was technisch geschehen ist.« Der Voicerekorder sei für die Ermittler da, nicht für die Öffentlichkeit. Und für die Angehörigen könne es wichtig sein zu wissen, ob ein Toter der Katastrophe noch eine Nachricht aufgesprochen oder ein Foto gemacht habe. Für eine Behörde sei das unerheblich.

Mit einem technischen Versagen kann man vielleicht leben. Aber dass ein Angehöriger, dass das eigene Kind stirbt, weil ein anderer nicht mehr leben will? Ein Massenmörder am Steuer eines Fliegers, der, als er allein im Cockpit ist, die Tür verriegelt und das Flugzeug auf seinen Weg in die Katastrophe schickt?

Als Wessel davon erfuhr – die damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) rief ihn an, bevor es öffentlich wurde –, sagte er ihr, so erinnert er sich: »Frau Kraft, das kann ich den Eltern nicht erklären.«

In den Tagen nach der Katastrophe verdichteten sich die Hinweise darauf, dass der damals 27-jährige Co-Pilot Andreas Lubitz, wie bereits 2008, psychische Probleme hatte. Ermittler fanden in seiner Düsseldorfer Wohnung nach dem Absturz unter anderem eine gültige Krankschreibung, die er zerrissen hatte, das Schlafmittel Zopiclon und das Antidepressivum Mirtazapin sowie eine ausgedruckte Patientenverfügung, wie der damals ermittelnde Staatsanwalt Christoph Kumpa heute sagt. Lubitz flog quasi unter Vorbehalt. Sollte er erneut psychisch erkranken, wäre seine Fluglizenz weg gewesen und mit ihr sein Kindheitstraum Pilot.

Laut Kumpa hatte Lubitz in den Monaten vor dem 24. März 2015 »gut zehn Augenärzte aufgesucht, da er glaubte zu erblinden«. Eine körperliche Ursache wurde nicht gefunden, stattdessen habe er eine Überweisung für die psychiatrische Ambulanz der Uniklinik Düsseldorf bekommen. Er habe sich an einen niedergelassenen Psychiater gewandt, der auch als Neurologe arbeitete.

Lubitz recherchierte, das ergab die Auswertung seiner iPads, verschiedene Suizidmöglichkeiten, außerdem die Verriegelung der Cockpittür und eine Patientenverfügung. In den Überresten seines Körpers seien Psychopharmakareste gefunden worden, sagt Kumpa. Und DNA-Spuren hätten klar belegt, dass Lubitz im Cockpit und der Pilot

Lubitz senior präsentierte eine Wahrheit, mit der er besser leben konnte.

im Passagierraum war, als das Flugzeug zerschellte.

Zum zehnten Jahrestag der Katastrophe erscheint nun eine dreiteilige Sky-Dokumentation, ihr Titel: »Germanwings – Was geschah an Bord von Flug 9525?« Darin wird eine neue Absturzvariante ins Feld geführt: Ein österreichischer Luftfahrtspezialist zieht einen technischen Defekt in Betracht. Daraus könnte der Sinkflug der Maschine resultiert haben. Schon auf dem Hinflug hatte es demnach eine Auffälligkeit gegeben.

In der Theorie des Experten hätten damit verschiedene Dinge nahezu zeitgleich eintreten müssen. Nachdem der Pilot das Cockpit verlassen hatte, hätten sich innerhalb von Sekunden die Flughöhe verstellen und Lubitz handlungsunfähig werden müssen. Zusätzlich hätte sich die Cockpittür verriegeln müssen. Sie hätte zudem defekt sein müssen, da sie im Normalfall mit einem Zahlencode von außen geöffnet werden kann, wenn sie nicht von innen manuell verriegelt wird.

Wie wahrscheinlich ist eine Kombination dieser Ereignisse?

Staatsanwalt Kumpa hält die neue These für eine Verschwörungstheorie. Die französischen Ermittler hätten einen »sensationalen Job« gemacht. Dass der französische Staatsanwalt so früh vorgeprescht sei, sei eine »schneidige« Entscheidung gewesen, die schnell Klarheit gebracht habe: »Lubitz hätte nicht fliegen dürfen, hat es aber getan und ist allein verantwortlich für den Tod.«

Für Opferanwalt Giemulla ändert ein möglicherweise aufgetretener technischer Defekt



Ehemaliger Halterner Schulleiter Wessel

nichts an der Verantwortung von Lubitz. Wäre es ein technischer Defekt gewesen, hätte der Co-Pilot die Flughöhe wieder korrigieren müssen. Er sieht den Grund für den 150-fachen Tod in den Alpen in der psychischen Erkrankung von Lubitz.

Der offizielle Untersuchungsbericht der französischen Flugunfalluntersuchungsbehörde BEA wurde am 13. März 2016 veröffentlicht. Auf Seite 109 der deutschen Übersetzung heißt es: »Die Kollision mit dem Boden wurde durch eine bewusste und geplante Handlung des Co-Piloten verursacht, der entschieden hatte, Suizid zu begehen, während er allein im Cockpit war.«

Der ehemalige Schulleiter Wessel sagt, dass er »von niemandem in Haltern wisse, der den Selbstmord, nein, den erweiterten Suizid infrage stellt«. Und dass es viele Wege gebe, die Wahrheit zu verkennen.

Günter Lubitz ist der Vater des Co-Piloten. Eine Anfrage Anfang dieses Jahres beantwortet er innerhalb weniger Stunden: Für ein Gespräch stehe er nicht zur Verfügung. Am zweiten Jahrestag der Katastrophe veranstaltete er mit einem Fachjournalisten, einem Moderator und zwei Anwälten eine Pressekonferenz in Berlin. In den Ermittlungen seien Fehler gemacht worden. Es sei nicht bewiesen, dass sich sein Sohn im Cockpit eingeschlossen habe. Lubitz sei zum Zeitpunkt des Absturzes nicht suizidal gewesen. Sie säten Zweifel. Oder anders gesagt: Lubitz senior präsentierte eine Wahrheit, mit der er besser leben konnte.

Er pflegt seit Jahren eine Homepage, nennt sie »offizielle Website für Andreas Lubitz«. Es finden sich dort Stellungnahmen, ein Video der Pressekonferenz von 2017, im Hintergrund der Homepage ein Bild von Lubitz junior in Pilotenuniform. Lubitz senior kommentiert dort, argumentiert aus seiner Sicht. Sein Sohn sei vollständig gesund gewesen, flugfähig – und nicht verantwortlich für das, was damals in den französischen Alpen geschah. Dass er im Cockpit saß und nicht der Pilot, sei nicht bewiesen. Aus gefühlt jeder Zeile springt den Leser die Suche nach anderen Verantwortlichen an.

Am Jahrestag des Absturzes finden in Haltern und am Absturzort im schwer zugänglichen Gebirge der französischen Gemeinde Prads-Haute-Bléone seit dem Unglück Gedenkveranstaltungen statt.

In Haltern hat sich für den 24. März 2025 die nordrhein-westfälische Schulministerin im Joseph-König-Gymnasium angekündigt, die Trauerfeier auf dem Schulhof wird etwa 30 Minuten dauern.

Ex-Schulleiter Wessel glaubt, dass die Sonderstellung, die Haltern nach der Katastrophe erhielt, den zahlreichen Opfern aus anderen Orten und deren Familien nicht hinreichend gerecht wird.

Er wird am zehnten Jahrestag zum elften Mal in den französischen Alpen stehen. Mit Eltern aus Haltern und Angehörigen aus anderen Städten.

Tobias Großkemper

Schreierei und Schikane

SKANDALE Nachwuchsforscher berichten, wie sie an Max-Planck-Instituten beleidigt und drangsaliert worden seien. Kaum jemand wagte es, sich offiziell zu beschweren.



Mike Beech / DW

»Diese Unberechenbarkeit hat mich fertiggemacht.«

Gabriel Lando, Forscher



Madino C. A. Springer / DW

»Ich wurde gezwungen zu gehen.«

Felix Horn*, ehemaliger Doktorand

Es eskalierte schließlich im Büro des Professors. »Er ist richtig wütend geworden, hat mich angeschrien, mir vorgeworfen, ich hätte nur ›Scheiße‹ produziert«, sagt Gabriel Lando. »Fucking useless«, habe der Professor ihn genannt, verdammt nutzlos. Lando arbeitete damals im Frühling 2021 seit etwa einem Dreivierteljahr für den Wissenschaftler.

Der polnisch-brasilianische Physiker war im Juni 2020 voller Vorfreude an das Max-Planck-Institut (MPI) für Physik komplexer Systeme in Dresden gegangen. Doch schon in der ersten Besprechung mit seinem Chef habe dieser vollkommen die Fassung verloren.

Es geht um Jan-Michael Rost, Professor für Physik und Direktor des Instituts. Nach vier, fünf Monaten in Dresden wollte Lando ihm Ergebnisse präsentieren, doch er hatte Probleme, seinen Laptop mit dem Projektor zu verbinden. Da habe Rost ihn angeschrien. Überhaupt: Mal habe Rost seine Ideen gelobt, um ihn wenig später wieder herunterzuputzen. Diese Unberechenbarkeit habe ihn fertiggemacht, sagt Lando.

Im April 2021 habe der Professor ihn einen Autisten genannt, bei mehreren Gelegenheiten auf den Tisch geschlagen. Nach einem Jahr am Institut ging Lando. Seine Erlebnisse dort hätten ihn schwer mitgenommen. Er habe unter Schlaflosigkeit gelitten, sei nachts wach gewesen, habe sich aber nicht bewegen können. Ihm seien Haare ausgefallen. Lando forscht inzwischen in Südkorea.

Gabriel Lando ist nicht der einzige Wissenschaftler, der sagt, er habe schlechte Erfahrungen an einem MPI gemacht. Ein Reporterteam von SPIEGEL und Deutscher Welle sprach in den vergangenen Monaten mit zahlreichen ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Max-Planck-Instituten, mit deren Partnerinnen und Freunden, es sichtete Unterlagen. Entstanden ist in der Recherche das Bild einer Institution, die mutmaßlich übergriffiges Verhalten ihres Führungspersonals offenbar lange nicht vollständig in den Griff bekommen hat.

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ist eine der renommiertesten Forschungsorganisationen der Welt. Sie wird vornehmlich von Bund und Ländern finanziert und erhält rund zwei Milliarden Euro pro Jahr. Die MPG hat mehr als 80 Institute und Forschungseinrichtungen und beschäftigt rund 24.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Institutsdirek-

* Name geändert.

torinnen und -direktoren sind gut vernetzt, sitzen in wichtigen Gremien, haben Einfluss. Daher wollten die meisten Betroffenen anonym bleiben. Die Angst ist groß, eine Karriere aufs Spiel zu setzen.

Die Vorwürfe mutmaßlichen Fehlverhaltens in der MPG sind nicht neu. In den vergangenen Jahren wurden einige Fälle öffentlich, auch der SPIEGEL berichtete darüber. Hoch angesehene Wissenschaftler mussten ihre Posten räumen oder Coachings absolvieren, nachdem ihnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgeworfen hatten, sie gemobbt und schikaniert zu haben.

Daher gibt es jetzt eine Vertrauenskanzlei, eine Stabsstelle Interne Untersuchungen, Ombudspersonen, Gleichstellungsbeauftragte, Betriebsräte, Vertrauenspersonen, Vertretungen für Doktoranden und Postdocs. Es gibt Trainings für Führungskräfte, psychologische Hilfe, Seminare für Direktorinnen und Direktoren und verpflichtende Umfragen zur Arbeitskultur. Es gibt Richtlinien und Leitlinien, Verfahrensordnungen, Regeln, Handlungsempfehlungen und einen Verhaltenskodex. Der erste Punkt darin lautet: »Wir gehen respektvoll miteinander um.«

Doch daran hielten sich wohl nicht alle.

Noch immer sollen offenbar in jüngerer Vergangenheit einzelne Führungskräfte, das zeigt die Recherche, ambitionierte Nachwuchswissenschaftler drangsaliert haben. Sie wurden demnach angeschrien und erniedrigt.

Zurück nach Dresden, zu Jan-Michael Rost, dem Professor, der sich beruflich mit der Dynamik von endlichen Systemen befasst. Einer seiner ehemaligen Doktoranden sagt, Rost habe einen Teil seiner Arbeit als »Zeitverschwendung« bezeichnet. Vor Begegnungen mit dem Doktorvater sei er oft verzweifelt gewesen und habe geweint, so beschreibt es seine Partnerin. »Er hat mein Selbstbewusstsein zerstört«, sagt der ehemalige Doktorand.

Auch andere ehemalige Institutsangehörige berichten, Rost habe sie mehrfach angeschrien, Türen geschlagen. Sie erzählen, manche unter Tränen, wie traumatisch ihre Zeit am Institut gewesen sei. Manche sagen, Rost habe sie kaum wissenschaftlich unterstützt. »Der Direktor hat die Doktoranden arbeiten lassen, offenbar ohne zu wissen, ob ihr Projekt funktionieren würde oder nicht«, erinnert sich einer. Man habe in Kauf nehmen müssen, nach mehreren Jahren ohne Abschluss dazustehen. So jedenfalls nahmen es Betroffene wahr.

Jan-Michael Rost weist die Vorwürfe mit Nachdruck zurück. Er könne »nicht bestätigen, die kolportierten Aussagen getätigt zu haben«. Zu weiteren Vorwürfen teilt die MPG mit, diese seien »pauschal« und »nicht einlassungsfähig«.

Professoren und Nachwuchsforscher stehen unter enormem Druck, fiebern auf die nächste Veröffentlichung hin, warten auf den Durchbruch. Forschung auf hohem Niveau verlangt Wissenschaftlern Enormes ab. Sie müssen nicht nur die Besten sein, sondern

auch die Schnellsten. Deswegen bringen manche Professoren ihre Doktoranden und Mitarbeiter an die Grenzen des Möglichen. Fürsorge dem Nachwuchs gegenüber bringt keinen Ruhm – der Nobelpreis schon. Nicht jeder hält diesen Anforderungen stand, manch einer droht an den hohen Erwartungen zu zerbrechen.

In einer Umfrage unter MPG-Postdocs – Wissenschaftlern, die nach ihrer Promotion in der Forschung arbeiten – gaben im Jahr 2022 mehr als die Hälfte der Befragten an, mindestens leichte depressive Symptome zu haben. Knapp die Hälfte berichtete von mindestens leichten Angstzuständen. Über 20 Prozent der teilnehmenden Nachwuchswissenschaftler zeigten Anzeichen einer mittelschweren bis schweren klinischen Depression – fast dreimal so viele wie in der gleichaltrigen Allgemeinbevölkerung in Deutschland.

Machtmissbrauch gefährde »nicht nur die individuelle akademische Laufbahn der Betroffenen, sondern auch die Integrität und Glaubwürdigkeit unserer Wissenschaftseinrichtungen«, sagt Karin Prien, CDU-Wissenschaftsministerin in Schleswig-Holstein.

Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Thomas Sattelberger, erkennt sogar eine Gefahr für den Wissenschaftsstandort Deutschland. »Die MPG braucht ein externes Aufsichtsgremium.« Die MPG sei eine geschlossene Gesellschaft, in der Macht konzentriert sei. »Es fängt schon damit an, dass der MPG-Präsident zugleich Vorsitzender des Senats ist.« Demnach kontrolliert er sich selbst. »Die Frösche im Teich werden den Tümpel nicht reinigen«, so Sattelberger.

Im September 2024 monierte auch der Bundesrechnungshof fehlende Kontrolle innerhalb der MPG. Sie verfüge über kein klassisches Aufsichtsgremium. Der Präsident, zurzeit Patrick Cramer, sei »omnipräsent, kann allein sogenannte Eilentscheidungen treffen«. Die MPG teilte damals mit, ein eigenständiges Aufsichtsgremium sei keine zwingende Voraussetzung für ein funktionsfähiges Governance- oder Compliance-Konzept.

Doch die Beschwerdesysteme der MPG schienen in der Vergangenheit immer wieder

zu versagen. Ehemalige Doktoranden und Postdocs verschiedener Max-Planck-Institute berichteten dem SPIEGEL und der Deutschen Welle von entsprechenden Problemen. Es soll auch versucht worden sein, Probleme unter den Teppich zu kehren, Missstände sollten offenbar nicht nach außen getragen werden, so beschreiben einige ihre Wahrnehmungen. Es sei gefährlich gewesen, sich zu beschweren.

So soll es auch in Dresden gewesen sein.

Im Jahr 2022 schrieb ein damaliger Doktorand dem Vizepräsidenten der Chemisch-Physikalisch-Technischen MPG-Sektion, der auch für das Physikalische Institut in Dresden zuständig ist, eine Mail, in der er von seinen Problemen mit Rost berichtete. Eine Referentin antwortete, der Vizepräsident sei im Urlaub, der Doktorand solle sich an den Managing Director des Instituts wenden oder an den Ombudsmann. Der wiederum gab dem Studenten unter anderem den Rat, er solle Rost nicht verärgern und ihm nicht vorwerfen, ihn schlecht betreut zu haben – dann habe er eine Chance, seinen Doktorgrad zu erlangen. So geht es aus E-Mails hervor, die dem SPIEGEL vorliegen.

Im September 2021 wollte auch Gabriel Lando sich beschweren. Er informierte die externe Vertrauenskanzlei, die für die MPG Fälle von potenziellem Mobbing oder Diskriminierung auf rechtliche Relevanz prüfen soll. Lando berichtete von den Problemen mit Rost, den er nicht namentlich nannte, und er bat darum, im Beschwerdeprozess anonym zu bleiben. Lando schrieb: Der Professor »ist einer der bekanntesten Forscher auf seinem Gebiet. Ich habe das Gefühl, dass ich mich ein wenig in Gefahr bringen muss, um ihn davon abzuhalten, so vielen Menschen in seinem Umfeld zu schaden«.

Die Kanzlei antwortete freundlich, teilte Lando allerdings mit: Sein Fall werde vertraulich behandelt, »aber um ehrlich zu sein, müssen die am Konflikt beteiligten Personen irgendwann genannt werden, um Untersuchungen zu ermöglichen«.

Die MPG erklärt dazu auf Anfrage, die Kanzlei sichere »der meldenden Person Vertraulichkeit und Anonymität gegenüber der



Physiker Rost, Max-Planck-Forschungsinstitut in Dresden: Konzentrierte Macht



Jetzt
kostenlos
abonnieren

Die Themen des Tages

News, Meinung, Stories – lesen und hören Sie, was heute wirklich wichtig ist: Unsere Redaktion sortiert, analysiert und kommentiert. Abonnieren Sie den Newsletter »Die Lage am Abend« und den Podcast »Die Lage« überall, wo es Podcasts gibt.



spiegel.de/lage-am-abend

MPG zu«. Sie leite den Sachverhalt nur weiter, wenn der Hinweisgeber einverstanden sei. Ist er das, kann er allerdings nicht auf Dauer anonym bleiben und läuft Gefahr, sich mit einem Hinweis selbst zu schaden.

Auch Felix Horn hat in den vergangenen Jahren lange erfolglos versucht, ein mögliches Fehlverhalten zu melden. Horn will seinen richtigen Namen nicht preisgeben, er hat Sorge, seiner Karriere zu schaden. Nachdem er seine Masterarbeit erfolgreich an einer US-Elite-Universität geschrieben hatte, kam Horn 2014 als Doktorand an ein Max-Planck-Institut in Bayern. Ein enger Kollege beschreibt ihn als hervorragenden Studenten mit exzellenten Fähigkeiten. Horn veröffentlichte als Hauptautor sogar einen Artikel in einer renommierten Zeitschrift – ungewöhnlich für einen Studenten. Doch was Horn dann am MPI erlebt habe, traumatisiere ihn noch immer, sagt er.

Seine wissenschaftliche Betreuerin soll Nachwuchswissenschaftlern untersagt haben, sich mit anderen Doktoranden aus der Gruppe auszutauschen. Sie soll laut geworden sein und ihre Schützlinge als »faul« und »dumm« bezeichnet haben. Horn sagt, er habe die Arbeitsumgebung damals als feindlich empfunden.

Die Wissenschaftlerin, die das Institut inzwischen verlassen hat, teilt dazu mit, sie sei ohne Einwilligung aller Betroffenen aus Rechtsgründen gehindert, Stellung zu nehmen.

Horn sagt, seine Betreuerin habe ihm nach mehr als anderthalb Jahren Anfang 2016 eröffnet, dass er bei ihr keinen Doktor machen werde. Es habe so aussehen sollen, als sei er freiwillig gegangen. Doch »ich wurde praktisch gezwungen«, so empfand er es. Zudem soll sie ihm gesagt haben, sie werde ihn bei anderen Wissenschaftlern schlechtmachen, bei denen er sich bewerben wollte.

Die Forscherin weist das zurück. Horn sei lediglich empfohlen worden, sich nach einer anderen Gruppe umzusehen, da seine Arbeit in der Abteilung nicht zufriedenstellend gewesen sei. Es habe ernsthafte Bedenken gegeben, Horn könnte seinen Abschluss nicht schaffen. Sie habe nie gesagt, sie werde Schlechtes über ihn verbreiten.

So wie Horn es darstellt, meldete er das mögliche Fehlverhalten seiner Betreuerin mehrfach. Er habe damals etwa das Gespräch mit dem Ombudsmann des Instituts gesucht, dem Direktor, der für die Wissenschaftlerin zuständig war, sowie mit dem Betriebsrat. Doch an Horns Situation änderten sie nichts.

Auf Anfrage teilt der Direktor mit, die Forscherin sei »sehr um den Erfolg und das Wohlergehen der jungen Wissenschaftler besorgt« gewesen. Es sei aber denkbar, »dass es damals zu sprachlichen und kulturellen Missverständnissen gekommen ist«. Die Forscherin stamme aus dem europäischen Ausland. Der Direktor nimmt im Fall von Horn an, »dass ihn sein Gedächtnis nach so vielen Jahren trügt«.

Im Februar 2022 wandte sich Felix Horn an die Vertrauenskanzlei der MPG. Er schickte der Kanzlei einen 40-seitigen Bericht, schilderte darin Missstände aus den Jahren 2014 bis 2016, nannte weitere Betroffene und konkrete Situationen. Die Kanzlei kam zu dem Ergebnis, »dass der vorgetragene Sachverhalt rechtlich relevant ist«, forderte aber mehr Details und Belege. Erforderlich sei eine möglichst konkrete Schilderung, was die Vorgesetzte wann und wo zu Horn gesagt, was sie getan oder nicht getan haben soll. Jeder Einzelfall sei für sich zu prüfen.

Im August 2022 kontaktierte Horn die MPG-Stabsstelle für interne Untersuchungen. Zwei ehemalige Doktoranden stützten seine Schilderungen. Einer von ihnen schrieb, die Betreuerin habe sich von 2011 bis 2016 demütigend und feindselig verhalten. Der Forscher hätte für eine Stellungnahme zur Verfügung gestanden.

Horn nannte in seinem Bericht zahlreiche Details zu Vorgängen aus seiner Zeit am MPI und zwei potenzielle Zeugen. Doch auch die Stabsstelle verlangte Daten, Uhrzeiten, Anlässe, Gesprächsthemen, schriftliche Unterlagen und Zeugen, die namentlich in Erscheinung treten sollten. Es war ein absurd anmutendes, verworren komplexes System: Alle Instanzen gaben sich hilfsbereit, doch keine half.

Die Stabsstelle antwortete Horn damals, dass »die vom Beschwerdeführer vorgetragenen Vorwürfe lokal am MPI aufzuklären gewesen wären«. Sie bat ihn mehrfach um einen Bericht, den sie ans Institut hätte weitergeben dürfen. Doch Horn fürchtete, dass dann die Identität seiner Zeugen bekannt werden könnte.

Daraufhin schloss die Stelle den Vorgang »aufgrund der Verfahrensregelungen« und schrieb einem der beiden potenziellen Zeugen, Horn wolle die Beschwerde nicht weiterverfolgen. Die Stabsstelle teilte Horn mit, er könne »jederzeit eine neue Meldung abgeben«. Auf Anfrage erklärt die Stabsstelle, sie könne dazu nur Auskunft geben, wenn die Zeugen sie von der Vertraulichkeit entbinden sollten.

Sichtbar wurde so ein Dilemma, das die MPG seit Jahren beschäftigt: Einerseits dürfen Vorwürfe nur untersucht werden, wenn sie detailliert genug geschildert werden. Andererseits laufen Whistleblower dann Gefahr, ihre Quellen preiszugeben und Konsequenzen zu erfahren.

Wissenschaftler Horn fällt es auch Jahre später nicht leicht, von seiner Zeit in der Max-Planck-Sphäre zu erzählen. Noch immer habe er manchmal Alpträume, sagt er. Die Demütigungen, die er damals empfand, werfen lange Schatten.

Dabei wechselte Horn, an dessen Talent die MPI-Gruppenleiterin einst gezweifelt hatte, an eine Universität. Er publizierte Artikel, gewann Preise und promovierte.

Mit summa cum laude.

Kristin Haug

Erste Stunde: Messerkunde

ORTSTERMIN Ein Jugendlicher zieht eine Klinge und sticht zu. Was eine Schulveranstaltung simuliert, das passiert in der Hauptstadt regelmäßig. Wie die Berliner Polizei versucht, mit Prävention Messergewalt zu verhindern.

Polizist Christian Kessler präsentiert der Klasse 10a eine Situation »zum Anfassen«. Die Jugendlichen sollen verstehen, wie ein Konflikt eskaliert, wenn ein Messer im Spiel ist. Er überreicht einem Schüler ein Plastikmesser, das keinen Schaden anrichten kann, und beschreibt ihm ein fiktives Szenario: »Stell dir vor, du sitzt mit deiner Freundin in einer Tram, und ihr seid auf dem Weg ins Kino.«

Kessler spielt jetzt den Pöbler und geht provokativ auf den Schüler zu. Er wird laut, schreit: »Was ist denn? Na, komm, steh auf hier. Kriegst eine rein!« Dann deutet er an, auf den Schüler einzuprügeln. Der 16-Jährige nimmt das Messer aus der Hosentasche. Ein paar Sekunden vergehen, dann sticht er damit in Richtung des Polizisten. Wäre das Messer echt, hätte er ihn schwer verletzen können.

Wenn man »das Ding erst mal in der Hand« habe, sagt Kessler nach der gespielten Szene, dann setze der Instinkt ein. »Messer bedeutet stechen«, sagt er zu den Schülern: »Jeder von euch würde das tun.«

»Messer machen Mörder«, so heißt das Präventionsprogramm. An diesem Dienstagmorgen ist der 55-jährige Kessler damit an der Wilhelm-Bölsche-Schule zu Besuch, einer integrierten Sekundarschule in Berlin-Friedrichshagen. Kessler ist seit 2017 Präventionsbeauftragter im Polizeiabschnitt Berlin-Köpenick.

Um zu belegen, wie wichtig das Thema ist, zeigt Kessler eine Statistik. 2022 gab es in Berlin mehr als 3300 Straftaten mit einem Messer, 15 davon endeten tödlich. 142 Täter waren keine 14 Jahre alt. »Das muss man sich mal reinziehen«, sagt Kessler.

Das Thema Messergewalt beschäftigt die Hauptstadt. Seit Mitte Februar gibt es drei Waffen- und Messerverbotzonen, Görlitzer Park, Kottbusser Tor, Leopoldplatz, was von viel Aufregung in der Lokalpresse begleitet wird. Das ganze Land sorgt



Thomas Lobenwein / DER SPIEGEL

sich wegen Messerangriffen, Schlagzeilen dazu sind zahlreich. Es werden beunruhigende Zahlen diskutiert, wobei Kriminologen stets darauf hinweisen, dass die Datengrundlage unverlässlich sei. Dass gestiegene Fallzahlen auch auf Änderungen bei der Erhebungsmethodik zurückgingen. Dass die Pandemie für einen zwischenzeitlichen Rückgang an Gewaltdelikten im öffentlichen Raum gesorgt habe, die Entwicklung sich jetzt aber leider wieder auf das Vor-Corona-Niveau zurückbewege.

Doch auch wenn die Gesamtlage womöglich weniger düster ist, als es die Debatten vermuten lassen, so hat Berlin durchaus Anlass, Jugendliche über Messergewalt aufzuklären. 2023 erfasste die Polizei 60 Delikte mit einem Messer an Berliner Schulen. Unter den 2023 in Berlin ermittelten fast 2600 Tatverdächtigen im Zusammenhang mit Messergewalt waren mehr als 500 unter 18 Jahre alt. Die Hauptstadt liegt mit rund 95 bekannt gewordenen Messerdelikten pro 100.000 Einwohner im Jahr weit vor Hamburg mit 69 oder dem Land Bremen mit rund 54.

Die Situation in der Tram, die Kessler mit einem Schüler nachstellt, ist an einen echten Fall angelehnt. 2010 erstach in Berlin-Schöneide

Polizist Kessler, Schüler

»Die Wahrscheinlichkeit, dass manche Schüler in eine Messersituation kommen, ist sehr hoch.«

Christian Kessler

ein 18-Jähriger im Streit einen 39-Jährigen, der zuvor seine Freundin angerepelt hatte. Kessler will verhindern, dass es bei den anwesenden 20 Schülerinnen und Schülern der Klasse 10a zu einer solchen Situation kommt. Es ist acht Uhr morgens, als er in dunkelblauer Uniform inmitten einer Gruppe von Teenagern steht, die einen Sitzkreis um ihn bilden. Es riecht nach süßem Deo und Haargel.

Der Polizist geht immer wieder vor und zurück, spricht laut und leise mit den Jugendlichen, schauspielert, hält sich ein Plastikmesser an den Hals, um dann im Berliner Dialekt zu erklären, dass auch ein Cuttermesser gefährlich sei. »Hier, ein paar Millimeter unter der Haut, sitzt meine Halsschlagader. Wenn die getroffen wird: Das war's, keine Chance, Ende, aus, Feierabend.« Eine Hauptlektion der 90 Minuten für die Jugendlichen: fliehen! Dem Konflikt ausweichen, wenn jemand ein Messer zückt. Bloß nicht den Helden markieren.

Später sagt er im Gespräch mit dem SPIEGEL, dass sein Polizeiabschnitt bei der Kriminalität »relativ gering belastet« sei. Aber die Jugendlichen seien ja in der ganzen Stadt unterwegs. »Die Wahrscheinlichkeit, dass manche Schüler in eine Messersituation kommen, ist sehr hoch.« Er mache die Erfahrung, dass das Bewusstsein fehle, dass man dabei sterben könne. »Ich höre oft: »Wegrennen? Machen ich nicht. Es geht um meine Ehre. Ich stelle mich.«

Den Schülerinnen und Schülern präsentiert der Polizist Bilder von Stichverletzungen und eine 3D-Aufnahme eines Kopfs mit einem Messer im Hals. »Das ist ein finales Bild. Für diesen Menschen hat sich das erledigt«, sagt Kessler. Es wird still.

Den Jugendlichen gefällt Kesslers klare Ansprache. Eine von ihnen, Pia, sagt: »Es ist gut, dass darüber aufgeklärt wird. Jedem kann so etwas passieren.« Im Klassenzimmer fragt Polizist Kessler, warum Jugendliche Messer bei sich tragen. Eine Schülerin vermutet, manche würden sich damit »krass und cooler fühlen«. Eine andere meint: »Zum Schutz.« Dass man selbst zur Verteidigung kein Messer dabei haben sollte, erklärt Kessler am Beispiel der Auseinandersetzung in der Tram. Der entscheidende Fehler sei nicht gewesen, dass der Junge sich habe provozieren lassen. »Er hätte sich das Messer gar nicht erst einstecken dürfen«, sagt Kessler.

Denn das Messer in der Tasche bedeutet in erster Linie Gefahr für den, der es trägt.

Florian Kistler

Kein Kotau vor Trump und Putin Deutschland sollte eine Führungsrolle bei der Verteidigung des Völkerrechts übernehmen. Dazu gehörte auch, dass Friedrich Merz die Einladung an Benjamin Netanyahu zurückzieht.

Von Claus Kreyß

Zum dritten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine stimmten die USA in den Vereinten Nationen dagegen, die Russische Föderation als Aggressor zu bezeichnen. US-Präsident Donald Trump schließt nicht aus, dass sein Land Grönland und den Panama-Kanal mit Gewalt in seinen Besitz bringen wird. Auch den Gazastreifen würde Trump den Vereinigten Staaten gern einverleiben. Ihm kam die Idee, ihn nach der »freiwilligen« Umsiedlung von etwa zwei Millionen Palästinensern in ein Urlaubsresort zu verwandeln.

Diese US-amerikanischen Signale fallen in eine Zeit anhaltenden Ringens um die Zukunft der völkerrechtlichen Ordnung. Wladimir Putin hatte diese mit seiner Aggression fundamental angegriffen. Dagegen wurde alsbald so gut wie die gesamte Völkerrechtsarchitektur zur Abwehr in Stellung gebracht, einschließlich eines vom Internationalen Strafgerichtshof erlassenen Haftbefehls gegen den russischen Machthaber. Nur der Uno-Sicherheitsrat blieb wegen der Haltung Chinas und Russlands blockiert.

Nun aber wenden sich auch die Vereinigten Staaten im großen Stil vom Fundament der geltenden Völkerrechtsordnung ab. Vor allem China, das völkerrechtliche Grenzen im südchinesischen Meer und im Hinblick auf den Status von Taiwan in der jüngeren Vergangenheit bereits beherzt strapaziert hat, dürfte sich fragen, ob es diesen Beispielen folgen soll.

Vor diesem Hintergrund heißt es verbreitet, man werde gerade Zeuge des Übergangs in eine neue Weltordnung, in der das Recht des Stärkeren an die Stelle des geltenden Völkerrechts trete. Dabeikennt man jedoch die resiliente Eigenlogik des Rechts, die sich nicht zuletzt in den Regeln ausdrückt, die für die

Entwicklung und Rückentwicklung des Völkerrechts gelten. Von völkervertraglichen Bindungen können Staaten sich zumeist einseitig durch Kündigung lösen. Für die Normen des universellen Völkerrechts gilt das aber nicht.

Das allgemeine Völkergewohnheitsrecht, zu dessen Kern das Gewalt- und Annexionsverbot zählen, entsteht durch eine von einer hinreichend großen Zahl von Staaten getragene konsistente Praxis nebst einer entsprechenden Rechtsüberzeugung. Es kann auch nur auf diese Weise aufgehoben oder verändert werden.

Das universelle Völkerrecht hat seinen normativen Anspruch daher in der Vergangenheit auch gegenüber einer überwältigend erscheinenden machtpolitischen Realität wiederholt über einen längeren Zeitraum hinweg zu behaupten vermocht. Russland und die Vereinigten Staaten können die Grundfesten der gegenwärtigen Völkerrechtsordnung also selbst mit ihrer parallelen Aufkündigung der Rechtstreue nicht abrupt zertrümmern. Es sei denn, die meisten übrigen Staaten fügen sich dem imperialen Anspruch dieser beiden Mächte, indem sie ihre Überzeugung aufgeben, dass das universelle Völkerrecht fortgilt. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat in der »Süddeutschen Zeitung« soeben für einen solchen Defätismus plädiert und das Völkerrecht für »völlig uninteressant« erklärt. Doch wäre eine solche Preisgabe des Völkerrechts im Kotau vor Putin und Trump ebenso kurzsichtig wie schädlich.

Der universellen Rechtsordnung mit ihren seit 1945 sukzessive errichteten Institutionen sind die unermesslich leidvollen Menschheitserfahrungen mit dem Unrecht von Angriffskriegen, Völkermorden und

Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeschrieben. Darüber hinaus sorgen erst der Schutz, den Gewalt- und Annexionsverbot vermitteln, und die Bindung an internationale Normen für das Grundvertrauen, in dem längerfristige, stabile Kooperation im Interesse aller Staaten gedeihen kann und globale Herausforderungen bewältigt werden können. Es würde deutlich mehr Kraft erfordern, eine zertrümmerte internationale Rechtsordnung nebst ihren Institutionen wiederaufzubauen, als sie zu bewahren. Im Übrigen ist ungewiss, wie lange Russland und die USA dabei bleiben werden, ihre internationalen Beziehungen ausschließlich als Machtspiel zu gestalten, sodass das Völkerrecht ihnen gegenüber »überwintern« muss.

Statt völkerrechtspolitisch in Schockstarre zu verfallen, sollten die Staaten der Europäischen Union deshalb nicht zögern, gemeinsam mit anderen Staaten des »Alten Westens« wie Australien, Großbritannien, Kanada und Neuseeland und möglichst vielen Staaten des »Globalen Südens« die Rolle einer Hüterin des universellen Völkerrechts zu übernehmen. Dies stünde nicht im Widerspruch zu der sich endlich Bahn brechenden Erkenntnis, dass die Staaten der Europäischen Union sich mit Nachdruck zur militärischen Verteidigung rüsten müssen. Militärische Macht und Rechtstreue stehen in der internationalen Politik ebenso wenig im Widerspruch wie Staatsgewalt und innerstaatlicher Rechtsfrieden. Der Einsatz schützender militärischer Macht kann der Autorität des internationalen Rechts dienen. Die Gefahr eines völkerrechtsfernen »Diktats« zulasten der Ukraine wäre heute geringer, hätten die europäischen Staaten das seit



MARCUS SIMALUS / DER SPIEGEL

Kreyß, Jahrgang 1966, ist Inhaber des Lehrstuhls für deutsches und internationales Strafrecht und Direktor des Institute for International Peace and Security Law an der Universität Köln. Seit 2019 ist er Richter ad hoc am Internationalen Gerichtshof in einem Verfahren zwischen Gambia und Myanmar.



Olga Maltscheva / AFP

Kunstwerk von Alexej Sergejko in Sankt Petersburger Galerie

2014 völkerrechtswidrig mit Gewalt überzogene Land nicht über Jahre hinweg militärisch immer wieder zu spät und zu wenig unterstützt.

Die Staaten der Europäischen Union wären im Übrigen gut beraten, nicht nur zwischenstaatliche Grundnormen wie Gewaltverbot und Verbot der Annexion zu verteidigen, sondern weiterhin auch für die große Idee einer internationalen Gemeinschaft einzutreten, die die Staaten zwar als ihre zentralen Pfeiler integriert, zugleich aber auch überwölbt, indem sie diese für den Schutz von Zivilbevölkerungen vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in den Dienst nimmt. Diese Idee, die in den Organen des universalen Menschenrechtsschutzes und in der Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs ihren institutionellen Ausdruck gefunden hat, steht bereits seit Längerem unter Druck.

Vor allem China und Russland haben wiederholt – und besonders prominent in einer von ihnen so genannten völkerrechtlichen Prinzipienklärung von 2016 – den festen Willen zu erkennen gegeben, den staatlichen Souveränitätsschutzes gegenüber dem vor allem seit den Neunzigerjahren spürbar gewordenen kosmopolitischen Luftzug wieder fest zu verschließen. Doch auch hier gibt es eine bemerkenswerte gegenläufige Tendenz, die besonders prägnant in dem großen Rechtsgutachten Ausdruck gefunden hat, das der Internationale Gerichtshof im vergangenen Jahr auf Ersuchen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Nahostkon-

flikt verkündet hat. Denn hierin bekräftigt das Gericht mit Blick auf Israels Vorgehen im Westjordanland und in Ost-Jerusalem nicht nur das völkerrechtliche Verbot der Annexion von fremdem Gebiet, sondern es hält Israel auch in großer Eindringlichkeit vor, die Menschenrechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten durch systematische Diskriminierung zu verletzen.

Hinter dieser Entwicklungslinie stehen sehr wesentlich auch Staaten Afrikas und Lateinamerikas. Nicht nur deshalb wäre es sinnvoll, wenn die Staaten der Europäischen Union eine Allianz mit möglichst vielen Staaten dieser beiden Weltregionen bilden würden, um das universelle Völkerrecht zu hüten. Sollten sich auch asiatische Staaten zur Mitwirkung bereitfinden, umso besser. Zwar kann von umfassender völkerrechtspolitischer Harmonie zwischen den Staaten der Europäischen Union und dem »Globalen Süden« keine Rede sein. Es bestehen erhebliche Differenzen etwa beim Umfang des völkerrechtlichen Selbstverteidigungsrechts oder bei der Bestimmung des universell-menschenrechtlichen Minimums. Die jüngste Eskalation des Nahostkonflikts hat überdies zu neuerlichen Vorwürfen geführt, die »westliche« Völkerrechtspraxis kranke an Doppelstandards.

Dennoch wäre jetzt der Zeitpunkt, die Initiative zu einem umfassenden Völkerrechtsdialog zu ergreifen. Dabei müsste man die Staaten des »Globalen Südens« bei ihrer Kritik am »Westen« nicht zu Heiligen verklären. Was nützt, ist ein

Russland und die Vereinigten Staaten können die Grundfesten der Völkerrechtsordnung nicht abrupt zertrümmern.

Dialog auf Augenhöhe, der europäische Selbstkritik im Hinblick auf Völkerrechtsverletzungen in der Vergangenheit ebenso einschließt wie das Eingeständnis, dass eine universelle Völkerrechtsgemeinschaft nicht nur bei der Regierungsform, sondern auch bei den Menschenrechten beträchtlichen Raum für Pluralismus lässt.

Zwei aktuelle völkerrechtspolitische Initiativen könnten den dringend gebotenen diskursiven Prozess zur Verteidigung des universalen Völkerrechts beflügeln. Zahlreiche Staaten aus allen Weltregionen haben sich für die Einberufung einer diplomatischen Konferenz ausgesprochen, um ein zwischenstaatliches Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verabschieden, das die ehrwürdige Völkermordkonvention von 1948 sinnvoll ergänzen würde. Daneben werden die Vertragsstaaten des IstGH im Juli dieses Jahres zu einem Sondertreffen zusammenkommen, um die klaffende Lücke zu schließen, die der Gründungsvertrag des Gerichtshofs im Hinblick auf die Verfolgung des Verbrechens des Angriffskriegs gegenwärtig deshalb aufweist, weil die rechtlichen Hürden für Ermittlungen deutlich höher sind als bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Der höchstrangige Profiteur dieser Lücke heißt Putin.

Union und SPD sollten bereits im Zuge der Koalitionsverhandlungen die Grundlage dafür schaffen, dass die von ihnen zu bildende Bundesregierung bei der anspruchsvollen Aufgabe, das universelle Völkerrecht zu hüten, eine »dienende Führungsrolle« übernehmen kann. Friedrich Merz sollte seine Aussage korrigieren, er werde den mit Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gesuchten israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu nach Deutschland einladen und ihm freies Geleit gewähren. Eine solche offene Aufkündigung der Rechtstreue gegenüber dem ersten ständigen internationalen Strafgerichtshof der Rechtsgeschichte, zu dessen Aufbau Deutschland auch aus der Verantwortung für eigenes schwerstes Unrecht entscheidend beigetragen hat, stünde in diametralem Gegensatz zu der Aufgabe, das universelle Völkerrecht und seine Institutionen zu hüten. ■



Teufel, 1967

FAMILIENALBUM Renée Gundelach, 82, Berlin

Im September 1967 betrat Fritz Teufel das Berliner Rathaus Schöneberg, damals Sitz der West-Berliner Regierung. Teufel wurde wegen Landfriedensbruchs gesucht, wenig später wurde er von der Polizei festgenommen. Auf dem Foto hat er den Arm um mich gelegt. Ich war damals 24 Jahre alt, und die »Zeit« schrieb, ich sei seine Freundin.

In den wilden Sechzigern konnte man in Berlin in meiner Welt gar nichts anderes sein als links. Ich, Bürgermädchen und FU-Studentin, war beeindruckt von der Kommune 1 und ihren langmähnigen Typen wie Fritz Teufel. Auch ich war da mal zum Kuchenessen.

Monate später, am 2. Juni 1967, auf der Demonstration gegen den persischen Schah, rannte auch ich vor den Gummiknüppeln der Polizei davon. Fritz Teufel soll dann angeblich einen Stein auf einen Polizisten geworfen haben und saß wegen des Verdachts auf »schweren Landfriedensbruch« zunächst 70 Tage in U-Haft. 1967 war ich Mutter von Babyzwillingen und nicht polizeibekannt, deswegen war meine Spandauer Wohnung nach seiner Haftverschonung ein ideales Versteck für ihn. Die Auflage, sich bei der Polizei zu melden, ignorierte er. Plötzlich hatte ich den Teufel im Haus. Aber als Babysitter war

der Fritz gar nicht so schlecht. Während ich tagsüber studierte, wechselte er die Windeln.

Teufel wollte im September nur noch irgendwo ein paar Tage unterkommen und sich dann der Polizei stellen. Dies aber ohne Bart und wirres Haar, ganz »bürgerlich«, um noch unerkannt an einer Protestaktion teilnehmen zu können. Zu seinem feinen Anzug fehlte jetzt nur noch die Krawatte, die wollte er von seinem Kommune-Genossen Dieter Kunzelmann leihen, der einen ganzen Schwung Schlipse im KaDeWe geklaut hatte. Als »überzeugter Sozialist« weigerte der sich mit dem Satz: »Die sind mein Eigentum!«

Also musste mein Mann aushelfen, mit einem Billigbinder aus DDR-Zeiten. Am 15. September 1967 fuhr ich Fritz Teufel nach Schöneberg und begleitete ihn ins Rathaus. Dort fand gerade eine Sitzung der CDU zum Thema Innere Sicherheit statt. Zur perfekten Tarnung legte er seinen Arm auf meine Schulter: wir, das glückliche junge Paar! So entstand der Schnappschuss von der »Zeit«. Hier nun meine etwas verspätete Gegen-darstellung: Seine Freundin war ich nie. Aufgezeichnet von Jonathan Stock

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten?
Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

RISIKOBEREITSCHAFT

»Warum suchen Sie dünnes Eis, Herr Trygg?«

SPIEGEL: Was ist Långfärds-skridskoåkning?

Trygg: Ein beliebter schwedischer Sport: Schlittschuhfahren auf der Langstrecke.

SPIEGEL: Sie sind in Schweden bekannt dafür, das dünnste befahrbare Eis zu suchen, auch wenige Meter vom offenen Meer entfernt.

Trygg: Ja, wir schauen uns Satellitenkarten an, prüfen die Wetterverhältnisse, Mathematiker berechnen die Tragfähigkeit. Das Minimum sind 3,5 Zentimeter, besser aber sind 5 Zentimeter. Schwarzes, frisches Eis entsteht nur unter klaren und kalten Bedingungen. Es braucht ein Hochdruckgebiet, keinen Wind und einen klaren Himmel, damit das Eis glatt gefriert. Manchmal reichen dafür schon zwei Tage.

SPIEGEL: Was reizt Sie an dünnem Eis?

Trygg: Wir wollen das Eis fühlen und hören. Dünnes Eis vibriert, es knackt und singt. Wir kommen an Orte, an die niemand sonst kommt. Manchmal gibt das Eis unter den Kufen auch leicht nach und schwingt, oder kleine Risse entstehen beim Fahren. Wenn wir auf Flüssen in engen Schluchten fahren, dann hallt das Echo des singenden Eises so laut, dass mir die Ohren schmerzen.

SPIEGEL: Und wenn man hinein-fällt?

Trygg: Dann klettern wir heraus und trocknen uns ab. Man lernt aus seinen Fehlern.

SPIEGEL: Ist das nicht Wahnsinn?

Trygg: Nein, wir fahren nur mit Vereinsmitgliedern, im Rucksack tragen wir einen aufgeblasenen Trockensack, dessen Luftblase als Auftrieb dient. Außerdem haben wir trockene Wechselkleider und ein Seil mit Karabiner dabei. Wir helfen uns gegenseitig. Es ist ein sehr geselliger Sport. JST



Henrik Trygg, 52, ist Fotograf aus Stockholm und passionierter Nordic Ice Skater.

Urinbeutel, klein

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE Warum eine Forscherin um einen sehr besonderen Ort im All fürchtet

Beth O'Leary, eine 82-jährige Frau aus dem US-Bundesstaat New Mexico, mit wacher, heiserer Stimme, Weltraumarchäologin, Erforscherin menschlicher Hinterlassenschaften auf dem Mond und Beirätin einer der wichtigsten Forschungsorganisationen für den Kontakt mit Außerirdischen, hat einen Albtraum.

Sie schildert ihn am Telefon. Es ist ein Abend in der vergangenen Woche, sie sieht gerade in einer Liveübertragung einer Sonde dabei zu, wie sie versucht, in der Nähe des Südpols auf dem Mond zu landen.

Ihr Albtraum, sagt sie, treibe sie seit 25 Jahren um. Er handle von der Zerstörung einer archäologischen Stätte, vielleicht einer der wichtigsten der Menschheit. Sie hat die Stätte fein säuberlich kartografiert, soweit es ihr möglich war. Sie hat alle Fundstücke aufgelistet, es sind 106 an der Zahl. Darunter:

- Nr. 2: eine umgeweihte US-Fahne
- Nr. 6: die Weltraumstiefel von Neil Armstrong, Model A7L
- Nr. 10: eine Siliziumscheibe mit Erklärungen der US-Präsidenten Nixon, Johnson, Kennedy und Eisenhower sowie von Staatsoberhäuptern aus 73 anderen Ländern
- Nr. 17: eine kleine Kelle
- Nr. 32: eine Fernsteuerung
- Nr. 50: Urinbeutel, klein
- Nr. 72: Apollo-Mondoberflächen-Nahaufnahmekamera
- Nr. 78: Fußabdruck

Die 106 Fundstücke liegen 384.400 Kilometer von der Erde entfernt auf dem Mond, am Landepunkt der ersten bemannten Mondfähre im Mare Tranquillitatis, dem Meer der Ruhe. Man könnte auch sagen: Es ist der Müll von Neil Armstrong und seinem Kollegen. Denn als Neil Armstrong und Buzz Aldrin am 21. Juli 1969 wieder die Landefähre »Eagle« bestiegen, um den Mond hinter sich zu lassen, kam es auf jedes Gramm an. Auch um kiloweise Mondgestein mitzunehmen, mussten sie alles an Gewicht sparen, was nicht lebensnotwendig war.

»Für Weltraumarchäologen gibt es keinen Müll – nur Artefakte.«

Deshalb liegt im Meer der Ruhe noch heute das Zeiss-Objektiv, mit dessen Hilfe Armstrong die Fotos machte, die um die Welt gingen. Und sein Urinbeutel.

»Für Archäologen«, sagt Beth O'Leary, »gibt es keinen Müll. Es sind Artefakte.«

Seit der Abreise der Apollo-11-Besatzung im Jahr 1969 ist kein Mensch mehr zum Meer der Ruhe zurückgekehrt, um den Zustand des Geländes zu dokumentieren. Beth O'Leary, die Weltraumarchäologin aus New Mexico, kämpft seit 25 Jahren darum, dass die Gegenstände dort als Erbe der Menschheit geschützt werden. Nun habe sie, erzählt sie am Telefon, Erfolg gehabt. »Wir haben eine Party gefeiert«, sagt sie.

Denn der World Monuments Fund (WMF), eine gemeinnützige Denkmalschutzorganisation, hat den Mond in seine aktuelle Liste der gefährdeten Orte aufgenommen. Die Organisation mit Sitz in New York, 1965 gegründet, benennt alle zwei Jahre bedrohte Kulturerbestätten für ihre »World Monuments Watch« betitelte Liste. Darauf stehen unter anderem Stätten, die entweder in Konfliktgebieten wie der Ukraine und dem

Vollmond, Schlagzeile von bluewin.ch



Robert Michael / dpa

Mond steht erstmals auf der Liste des bedrohten Kulturerbes

Gazastreifen liegen oder die durch die Klimakrise gefährdet sind. Und nun der Mond.

Bénédicte de Montlaur, die Präsidentin des WMF, erklärte, der Mond sei in die Liste der 25 bedrohten Stätten aufgenommen worden, weil die zunehmenden Aktivitäten dort ohne angemessene Schutzmaßnahmen durchgeführt würden. Mögliche Plünderungen und kommerzielle Ausflüge stellten ein Risiko für die Artefakte der Mondlandung dar.

Es ist eine Befürchtung, die verwundert, aber wenn man Beth O'Leary länger zuhört, versteht man, dass die Angst berechtigt ist. 2027 plant die Nasa mit ihrer Mission Artemis 3 die erste bemannte Landung seit den frühen Siebzigerjahren. Danach werden private Ausflüge zur Mondoberfläche erwartet. Diese Besuche bereiten Forschern wie O'Leary die größten Sorgen. Man stelle sich einen Touristen wie Elon Musk vor, der seinen Fußabdruck neben oder sogar auf dem von Neil Armstrong hinterlassen möchte. Ein lustiges Selfie vor der Mondlandefähre. Armstrongs Kamera als Souvenir, das auf der Erde versteigert wird.

Jahrzehntelang habe man gedacht, sagt O'Leary, das Wrack der »Titanic« sei unerreicht in knapp 4000 Metern Tiefe vor Plünderern geschützt. Die amerikanisch-französische Expedition im Jahr 1985 bewies das Gegenteil. Danach bargen Unternehmen mehrere Tausend Artefakte aus dem Wrack und verkauften sie.

Schon eine Sonde, die zu niedrig über dem Gebiet von Armstrongs Fußabdruck kreise, sagt O'Leary, könne ihn für alle Zeiten zerstören. Artefakte auf dem Mond könnten sich Jahrtausende halten, sie überdauern Einschläge von Mikrometeoriten und enorme Temperaturschwankungen. Die Tagseite des Mondes kann sich auf bis zu 130 Grad Celsius erhitzen, die Nachtseite auf minus 160 Grad Celsius abkühlen. Doch ausgerechnet ein paar Touristen könnten dies alles in Sekunden zerstören.

Geht es nach O'Leary, sollen die Artefakte für zukünftige Generationen ein Blick zurück in die Kulturgeschichte der Menschheit sein, wie die Ruinen Pompejis. O'Leary sagt, sie schaue immer noch jede Nacht gern den Erdtrabanten an. Ihr halbes Berufsleben beschäftige sie sich mit ihm, sie wäre gern Astronautin geworden. Nur eines habe sie nie erkennen können: den Mann im Mond.

Jonathan Stock



Debütantinnen, Begleiter

ZWISCHEN DEN STAATEN

WERTE Die texanische Grenzstadt Laredo feiert jedes Jahr den Geburtstag von George Washington und die amerikanisch-mexikanische Freundschaft.

In den Tagen, an denen Donald Trump den amerikanischen Traum zertrümmert, zieht eine Gruppe Amerikaner im Morgengrauen los, um Mexikaner zu umarmen. Unten fließt der Fluss, ruhig und türkisfarben. Am Nordufer nennen sie ihn Rio Grande, auf der Südseite heißt er Rio Bravo. Der Fluss ist die Grenze zwischen den USA und Mexiko, zwischen Texas und Tamaulipas, zwischen der amerikanischen Stadt Laredo und der mexikanischen Stadt Nuevo Laredo. Eine Grenze, die hier einst fließend war wie Wasser.

Ein Spielmannszug führt die Amerikaner an, sie nähern sich Mexiko, Flöten und Trommeln hallen durch die Straße. Sie nicken den Grenzschildern zu. Die Grenzschilder haben einen Seiteneingang geöffnet, damit die Prozession ohne Kontrolle passieren kann. In der Mitte der Brücke bleibt die Gruppe stehen. Der Priester, der Richter, der Bürgermeister von Laredo. Ganz vorn stehen zwei Kinder, ein Junge und ein Mädchen.

Sie warten auf ihre Nachbarn.

Auf der anderen Seite erreichen die Mexikaner die Brücke mit einer kleinen Verspa-

tung. Auch sie haben einen Priester in ihren Reihen, einen *Comandante* des Militärs und die Bürgermeisterin von Nuevo Laredo. Auch sie haben zwei Kinder dabei.

Diese Kinder nennen sie hier »Abrazo Children«, die Kinder der Umarmung.

Zögerlich laufen die Kinder aufeinander zu. Zelia und Rodrigo von der amerikanischen Seite, Maria und Tiago von der mexikanischen. »Bravo!«, rufen die Zuschauer, »bravo!« Die Kinder umarmen sich steif.

In Laredo lernt schon jedes Kind Regeln für die andere Seite, für Nuevo Laredo, Mexiko. Geh nicht allein, schon gar nicht zu Fuß. Fahr in einem Auto, aber es darf nicht zu groß und auffällig sein. Fahr mit jemandem, der sich auskennt und dem du vertraust. Wenn jemand in ein Restaurant mit einer Waffe reinkommt, gehst du raus. Sie sind nicht hinter dir her, aber sie machen auch nicht halt, wenn du im Kreuzfeuer stehst.

In Laredo begrüßt man sich mit einem Kuss auf die Wangen. Die Schilder im Supermarkt sind zweisprachig, so wie die meisten Unterhaltungen. Sie sagen »Mechiko«, und wenn

sie von drüben erzählen, von Nuevo Laredo, rollen sie das r. 95,5 Prozent der Einwohner im amerikanischen Laredo sind Latinos.

Vor zehn Jahren reiste Donald Trump mit weißer »MAGA«-Kappe nach Laredo. »Trotz der großen Gefahr« besichtigte er die Grenze und lobte sich für seine Tapferkeit. 2016 bekam Trump hier gerade einmal 23 Prozent der Stimmen.

AUF DER BRÜCKE AM RAND der amerikanischen Delegation steht ein Mann in einem dicken schwarzen Umhang. Sein grauer Zopf ragt unter dem dreieckigen Hut hervor, die Krempe ist golden bestickt. Ein pensionierter Polizist, Träger der amerikanischen Lebensretter-Medaille und in diesem Jahr George-Washington-Darsteller. Heute ist Washingtons Geburtstag, der 22. Februar.

Jedes Jahr schmeißt Laredo, eine Stadt von gut 250.000 Einwohnern, dem ersten Präsidenten der USA die größte Geburtstagsparty des Landes. Sie dauert mehr als einen Monat, Zehntausende Menschen kommen. Auf dem Programm stehen: die George-Washington-



Polizisten auf Brücke am Grenzfluss Rio Grande

VON AMERIKA

Seit Donald Trump regiert, fragt man sich hier, was es noch zu feiern gibt.

Von Julia Kopatzki und Meridith Kohut (Fotos)

Kirmes, auf der freien Eintritt bekommt, wer einen Kassenzettel von McDonald's zeigt. Zwei Paraden. Die Ehrung von Mr. South Texas. Ein Titel, den sie einst George W. Bush verliehen, bevor er Präsident wurde, und worauf sie hier sehr stolz sind. Mehrere Feuerwerke, eine Flugshow mit Militärflugzeugen, das Festival mit Countrymusik, Jalapeño-Wettessen und der El-Grito-Contest, ein mexikanischer Jodelwettbewerb.

Dann feiern sie noch zwei Bälle, einen für Prinzessin Pocahontas und einen für die »Marthas«, die der früheren First Lady Martha Washington huldigen. Am Ende, als großes Finale, steht die Abrazo-Zeremonie, die Umarmung auf der Brücke.

Während sich die Stadt auf die Party vorbereitet, vermehren die Nachrichten: Um die Grenzpolizei zu unterstützen, schickt die Nationalgarde 300 Soldaten nach Laredo.

AM ANFANG DER FESTWOCHE steht Julia Casso in der Arena und schaut zu, wie ihr 17 Jahre alter Sohn mit einem Mädchen tanzt. Beide tragen Hoodies, das Mädchen hat einen brei-

ten, bodenlangen Tüllrock über seine Leggings gezogen. Durch die Halle schallt Mozart.

Julia ist 45 Jahre alt und die Präsidentin der Marthas, der Society of Martha Washington. Bei den Marthas nennen sich alle beim Vornamen, sogar die Präsidentin. Ihren Namen spricht man »Hulia« aus, wie den ihrer mexikanischen Urgroßmutter. Die Vorfahren mütterlicherseits kämpften im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg.

Sie hat ihre dunklen Haare zum Zopf zusammengeschlungen. Sie strahlt eine militärische Effizienz aus. Hier an der Grenze behüten die Marthas die Traditionen der Stadt. Sie wählen die beiden Bürger aus, die George und Martha Washington spielen, und präsentieren ihre Töchter auf einem Ball in viktorianischen Kleidern, die mehr als 30 Kilogramm wiegen und von denen die Mädchen blaue Flecken und Striemen bekommen.

Fragt man sie, was sie hier tun, sagen sie: Wir hegen und pflegen den Patriotismus.

Als Julia 1996 Debütantin war, feierten die Mädchen nach dem Ball in Nuevo Laredo

weiter. Mit Korkenzieherlocken auf dem Kopf tranken sie Tequila, tanzten zu mexikanischer Musik und aßen Tacos in der Nacht. Im Morgengrauen liefen sie die 100 Meter über die Brücke, um pünktlich zur Parade wieder in ihre Kleider geschnürt zu werden. So machten sie es jedes Jahr.

Lange galt zwischen den beiden Laredos *paso libre*, während der Party war die Grenze offen. Jeder konnte sie passieren. Gemeinsam feierten Mexikaner und Amerikaner George Washington. Einst waren es genau 13 Mädchen, wie die 13 Ursprungskolonien der USA. Ein Mädchen kam dabei traditionell aus Nuevo Laredo.

Dieses Jahr debütieren 14 Mädchen. Sie alle sind 17 und 18 Jahre alt, im Sommer machen sie ihren Schulabschluss. Viviane und Victoria, Zwillinge, die aus dem Internat in Virginia angereist sind und Privatstunden für die Tanzschritte bekommen haben. Claudina und Anna, die vor neun Jahren zusammen als Abrazo-Kinder auf der Brücke standen. Mariela, deren Freunde finden, die Marthas seien »white-rich-girl-shit«, Kram für reiche,



Kinder bei traditioneller
Abrazo-Zeremonie



Washington-Darsteller
bei Parade

»ICH VERMISSE

weiße Mädchen. Mariela kommt sehr nach ihrem mexikanischen Vater. Ein Mädchen aus Nuevo Laredo ist dieses Jahr nicht dabei.

Eigentlich sei das alles nicht ihr Ding, sagt Julia, während sie auf die Teenagerpaare blickt, die sich drehen. Die Aufmerksamkeit, die Reden, die Treppe, die sie am Abend des Balls mit High Heels erklimmen muss. Aber in ihrer Familie gehört das dazu. Ihre Mutter war Präsidentin, und jetzt ist sie dran.

Wenn die Frauen von drüben erzählen, von Nuevo Laredo, beginnen sie zu schwärmen. Von den Häusern, die drüben so viel schöner sind als hier, und den Gassen der Altstadt. Vom Essen und dem Tequila, den sie dort schon mit 18 bekamen und nicht erst mit 21 wie in Laredo. Sie kauften dort Medikamente, die hier viel teurer waren, sie gingen dort zum Arzt. Drüben gibt es gute Schönheitschirurgen, sagen sie. Sie schwärmen von der Stimmung und den Leuten, die das Leben leichter nehmen. Manche der Marthas verliebten sich drüben.

Manchmal, so erzählen sie es in Laredo, hören sie an warmen Abenden noch die mexikanische Musik und das Lachen vom anderen Ufer. Manchmal hören sie Schüsse.

Es ist spät am Abend, als Julia mit dem Auto durch die breiten, geraden Straßen von Laredo fährt. Die Häuser am Straßenrand sind flach, die Schilder von McDonald's, Wendy's und Whataburger ragen leuchtend in den Himmel. »Ich vermisse die andere Seite«, sagt sie.

ALS MAN IM VORLETZTEN JAHRHUNDERT damit anfang, in Laredo George Washington zu feiern, war er seit fast 100 Jahren tot. Laredo war seit Jahrzehnten Teil der Vereinigten Staaten, doch man beging hier nicht den Nationalfeiertag am 4. Juli oder feierte Thanksgiving, sondern den mexikanischen Unab-

hängigkeitstag und Dia de los Muertos, einen der wichtigsten Feiertage Mexikos.

George Washington war auch für Mexikaner ein Held. Der erste demokratisch gewählte Präsident. Ein Unabhängigkeitskämpfer, der das Land von der Besatzung der Europäer befreite. Washington war zwar Sklavenhalter, doch das war damals bittere Normalität.

Und so fand eine kleine Gruppe einflussreicher Männer aus Laredo, dass Washingtons Geburtstag genau der richtige Feiertag sei für diese mexikanische Stadt auf amerikanischem Boden.

Die Bürger jubelten George Washington zu, aber schon im ersten Jahr luden sie ihre Nachbarn aus Nuevo Laredo ein und gaben sich einen Abrazo. Man umarmte sich als Zeichen, dass man zusammengehört. In den ersten Jahren muss dieses Fest gewirkt haben, als spielten die Menschen in Laredo bloß Amerikaner.

Bis heute ist die Grenze zwischen Laredo und Nuevo Laredo hauchdünn. Beide Brückenseiten haben Grenzposten, aber wer sich nicht auffällig verhält und »US Citizen« sagen kann, den winke man ohne Passkontrolle durch, wissen sie hier. Die richtigen Checkpoints, an denen die Grenzschützer jeden Pass und jedes Visum prüfen, liegen an den Highways, viele Kilometer außerhalb von Laredo. Wenn Besucher mit dem Auto kommen, fragen sie, ob Laredo nicht mehr in den USA sei. Laredo ist Zwischenland.

Mehr als ein Jahrhundert lang wählte das Webb County, Laredos Verwaltungsbezirk, demokratisch. Bei der vergangenen Präsidentschaftswahl haben hier zum ersten Mal seit 1912 knapp die Republikaner gesiegt.

IN DER HALLE dippt Präsidentin Julia ihre Pommes in Ketchup. In der anderen Hand hält sie einen Burger. Mit ihr am Tisch sitzen vier

Frauen, die Schriftführerin, zwei vom Ballsaal-Komitee und die Architektin des Bühnenbilds. Um sie herum schieben Arbeiter Tische an die richtige Position und rollen Türme aus silbernen Stühlen herein. Am Freitag erwarten sie 1200 Gäste aus den beiden Laredos, aus Florida, Virginia und sogar aus Tschechien und Japan.

»Habt ihr schon mal die Übertragungen aus Mar-a-Lago gesehen?«, fragt die Älteste am Tisch. »Wunderschöne Blumen!«

»Ich verstehe immer noch nicht, wie man in einem Country-Club wohnen kann«, sagt die Architektin.

»Hoffentlich sagen sie uns, wie viel Gold in Fort Knox ist.«

»Hoffentlich sagt Trump uns, ob es Außerirdische gibt«, sagt Julia. Die anderen Frauen gucken sie irritiert an. »Ich bin ins Rabbit-Hole gefallen. Hey, Sheinbaum verklagt Google, weil sie den Golf umbenannt haben.«

Claudia Sheinbaum ist die Präsidentin von Mexiko und für Trump so etwas wie die Anführerin seiner Erzfeinde. Am ersten Tag seiner Präsidentschaft rief er den nationalen Notstand an der Grenze aus und nannte die Menschen, die aus dem Süden kommen, eine »Invasion«. Er kündigte Soldaten im Grenzland an. Dieses Mal, sagte Trump, komme die Mauer wirklich.

Die Frauen am Tisch sagen, niemand wolle hier eine Mauer. Man müsse an die schöne Landschaft denken und die Tiere. Außerdem gebe es Grundstücke, die dann in Mexiko lägen. »Wir sind doch Schwesterstädte«, sagt eine der Frauen.

Julias Ex-Mann hat eine Ranch an einer Klippe, ganz nah am Fluss. Manchmal, sagt sie, hätten sie dort Menschen schwimmen gehört, erzählt sie. »Oder ertrinken. Jemand hat nach Hilfe geschrien.« Die anderen gucken sie schockiert an.



Festvorbereitungen in Grundschule



Gäste auf Debütantinnenball

DIE ANDERE SEITE.«

Julia Casso, Präsidentin der Society of Martha Washington

Dann ruft jemand ihren Namen vom anderen Ende der Halle. Die Präsidentin muss über die Dekoration entscheiden.

IN LAREDO hat George Washington ein Haus mit rotem Dach und acht weißen Säulen, die den Eingang zieren. Das Gebäude soll aussehen wie Mount Vernon, Washingtons einstiger Landsitz, gut 2400 Kilometer von Laredo entfernt. Es ist die Zentrale des Festkomitees.

Das Festkomitee ist die Washington's Birthday Celebration Association, sie veranstaltet jedes Jahr das große Einheitsfest, organisiert die Brückenzeremonie und die Parade. Die Marthas sind eine ihrer Unterorganisationen.

Auf der Wiese neben Washingtons Haus kommen an einem Abend die Helfer zum Barbecue zusammen. Zwei Dutzend Menschen drängen sich um die Heizpilze, trinken Bier und Margaritas aus der Dose. Auf einem Grill garen Rippchen. Männer in Cargohosen laden sich Fleisch auf Pappeller. Eben haben sie bei der Schulparade geholfen.

Auch sie haben einen Präsidenten. In Daunenhaut und Mütze steht Fernando Montemayor, 49, am Buffet. Seit 15 Jahren hilft er als Freiwilliger, dieses Jahr hat er das letzte Wort und spricht viele Grußworte. Genervt wiederholt er die Frage, die er ständig hört: »Warum feiern ein Haufen Mexikaner George Washington?«

Es gibt die, die finden, Laredo sollte lieber einen mexikanischen Helden feiern statt eines *Gringos*, der Präsident war, als dieser Boden noch nicht zu den Vereinigten Staaten von Amerika gehörte. Und es gibt die, denen es nicht gefällt, dass ausgerechnet die Latinos die größte Party für den Gründungsvater ihrer Nation veranstalten. Und jene, die das alles für dekadente Partys der Elite halten. Ein Kleid der Marthas liegt preislich ungefähr in

der Höhe eines durchschnittlichen Jahreseinkommens in der Stadt.

Fernando will von all dem nichts wissen. Er will einfach etwas tun, anpacken, damit in Laredo mal etwas passiert. Jedes Jahr, sagt er, nehme die Stadt mehrere Millionen Dollar ein durch die Gäste, die für das Fest kommen. Was hat ein Jalapeño-Wettessen mit George Washington zu tun? Nicht viel, sagt er. »Aber mit Laredo!«

Vor zehn Jahren, im Jahr, als Trump nach Laredo kam, stand seine Tochter als Abraso-Kind auf der Brücke. Dieses Jahr wird sie ihrem Vater dabei zusehen, wie er als Präsident einen Mexikaner umarmt.

Aus den Boxen singt Beyoncé »Texas Hold'em«. Eine der Frauen bewegt ihre Schultern zur Musik. Sie arbeitet als Krankenschwester. »Wir fragen nie nach Papieren oder Aufenthaltsstatus. Wir helfen jedem«, sagt sie. »Aber die ohne Arbeit bekommen alles bezahlt, und die, die arbeiten, gehen an den Arztrechnungen fast pleite.«

Pause.

»Ich sage nicht, dass Trump gut ist. Aber er hat wenigstens die Eier, etwas zu ändern«, sagt die Krankenschwester. Das Paar neben ihr nickt.

Ein großer Mann mit Kappe und Brille stellt sich als Mody vor. Er hat einen langen mexikanischen Namen, aber so nenne ihn niemand. »Ich bin kein Trump-Fan«, sagt er mit gesenkter Stimme. Es wirkt, als hätte er gewartet, endlich mit jemandem sprechen zu können.

»Woanders denken die Leute, es ist etwas Schlechtes, zwei Sprachen zu sprechen«, sagt er. Wenn er am Telefon mit seiner Mutter Spanisch gesprochen habe, seien manche richtig sauer geworden. »Wofür brauchst du Spanisch?«, hätten sie ihn dann gefragt.

Einige Tage später wird Donald Trump eine weitere Verordnung erlassen: Englisch

soll die offizielle Sprache der USA sein. Es gibt keine Pflicht mehr zu Dokumenten oder Schildern auf Spanisch oder Chinesisch.

IN DER ARENA stehen vier Mädchen zusammen. Sie debütieren dieses Jahr. Um Zeit für die Proben und die stundenlangen Friseurtermine zu haben, bekommen Debütantinnen in Laredo in der Woche vor dem Ball schulfrei. Heute proben sie das erste Mal in ihren Kleidern.

Anna und Claudina, Freundinnen, seit sie Abraso-Kinder waren, Bella und Haley. Bellas Mutter war Vizepräsidentin der Marthas, Haley ist die Zehnte in ihrer Familie, die die Bühne der Marthas betritt.

»Ich verstehe jeden, der glaubt, das ist das Absurdeste, was es auf diesem Planeten gibt«, sagt Bella. Aber in ihrer Familie habe man das immer schon so gemacht. Ihre Mutter habe als Debütantin so lange in Nuevo Laredo gefeiert, dass sie am Morgen zu spät zur Parade gekommen sei.

»Hey«, ruft Claudina, »wir könnten die Tradition mit der anderen Seite zurückbringen.«

Die anderen drei Mädchen lachen, als hätte sie einen Witz gemacht.

»Wir brauchen nur ein Auto. Mein Vater fährt uns.«

Claudinas Familie lebt drüben. Ihre Großmutter, viele Verwandte ihres Vaters. Ihre Mutter arbeitet dort. Sie fahre ständig rüber, sagt sie. »Es ist nicht so gefährlich, wie alle sagen. Es macht Spaß!«

»Macht es wirklich«, sagt Anna, »aber ich würde nur mit jemandem rübergehen, der sich auskennt.«

VOR 20 JAHREN übernahmen in Nuevo Laredo die Kartelle. Der Polizeipräsident wurde 2006 erschossen, an seinem ersten Arbeitstag. Ame-

rikaner wurden auf der anderen Seite entführt. Wer konnte, zog auf die amerikanische Seite. Über die Brücken kommen Drogen und Lkw mit Menschen.

Vor zwei Wochen hörten sie in Laredo wieder die Schüsse von drüben.

Nah am Fluss, in der Altstadt von Laredo, wo Palmen in den engen Straßen stehen, waren früher Bars und Restaurants in den bunten Häusern. Die meisten sind inzwischen pleitegegangen oder weg von der Grenze gezogen. Die Altstadt ist der schönste und gefährlichste Teil, sagen sie in Laredo.

Seit sich Nuevo Laredo verändert, verändert sich auch Laredo.

Man könnte meinen, die Menschen in Laredo wären besonders empfänglich für den Vorschlag einer Mauer. Für Trumps Erzählung von einer Grenze zwischen Paradies und Hölle. Aber sie vermissen die andere Seite. Wehmütig erinnern sie sich an ein besseres Gestern.

DIE DESIGNERIN IST SCHLECHT DRAUF. Heute hat sie schon mehrere Frauen angeschrien, ihre Näherinnen und eine Martha. Mit einer blau getönten Dior-Brille und goldenen Sneakern steht sie in der Garderobe der Debütantinnen. Neun Tücher liegen auf dem Boden, auf jedem ein Kleid.

»Horror«, findet die Designerin es, dass in diesem Jahr zwei Mädchen Blau tragen dürfen. Das hätte die Präsidentin niemals erlauben dürfen.

Linda Leyendecker Gutierrez, eine 82-jährige Frau, entwirft seit 50 Jahren die Kleider, in denen die Debütantinnen die Bühne betreten.

»Dass der Ball heute so berühmt ist, liegt nur an den Kleidern«, sagt sie, »also an mir.« Dann lacht sie mit hoher Stimme, ohne das Gesicht zu verziehen. Ihre Ideen, sagt Linda, bekomme sie direkt von Gott. Durch ihn wisse sie, welches Ornament wo sein soll, welche Farbe die Stickereien haben und wie sie die Tausende kleinen Glitzersteinchen platziert, damit sich in jedem das Licht bricht.

Vielleicht ist keine Frau bei den Marthas so beständig wie Linda. Jahr für Jahr kamen Töchter mit Wünschen in ihr Atelier, Jahr für Jahr bewunderte sie ihre Kleider auf dem Ball.

Was genau sie kosten, will sie nicht verraten, und auch niemand sonst spricht darüber. Die Kleider, flüstern manche, kosten zwischen 25.000 und 45.000 Dollar.

Linda debütierte 1960. Ihr Kleid habe sie gehasst, sagt sie. Es war braun und funkelte überhaupt nicht. Damals erfüllte der Debütantinnenball noch seinen ursprünglichen Zweck: Junge Frauen wurden der Gesellschaft präsentiert und im Idealfall gleich verheiratet. Linda heiratete ihren Begleiter.

Inzwischen seien es vor allem Mexikaner, die die Feier veranstalten, sagt sie. »Aber wir sind doch alle Deutsche, Italiener, alles gemischt.« Für sie zähle nur der Patriotismus.



Präsidentin Casso auf Debütantinnenball

Als Linda die diesjährige Martha Washington, deren funkelndes rotes Kleid sie gemacht hat, auf der Bühne sieht, verzieht sie das Gesicht. In den braunen Haaren der Martha Washington steckt eine kleine Krone. »Sind wir Könige, oder was?«, raunt sie.

In Laredo huldigen sie keinem König. Sie huldigen George Washington, dem Vater Amerikas. Jenem Mann, der Amerika in die Unabhängigkeit führte und die Staaten vereinte. Der den Vereinigten Staaten von Amerika ihr Fundament gab: Alle Menschen sind gleich. Jeder Mensch hat das Recht, frei zu leben und nach seinem Glück zu streben.

Hier, auf den beiden Seiten des Flusses, wo sie weder ganz texanisch noch ganz mexikanisch sind, wo man Spanglish spricht und sich die Töchter von Einwanderern als Kolonialherrinnen verkleiden, ist das Zwischenland zur Identität geworden.

DER ABEND DES GROSSEN BALLS der Society of Martha Washington ist gekommen. Die Gäste haben sich Stolen aus Pelz über die Abendkleider geworfen, die Männer tragen Frack. An 94 Tischen sitzen die Familien der Debütantinnen, ihre Freundinnen und Hunderte Mitglieder der Society.

In einem dunkelblauen Kleid und mit strengem Dutt läuft Präsidentin Julia ans Rednerpult. »Wir feiern die Grenze«, sagt die Präsidentin, »dieser Fluss ist tiefer, breiter und stärker als jede von Menschen erbaute Mauer. Aber er trennt uns nicht, sondern bringt uns zusammen.« Sie stolpert nicht in ihren High Heels, und auch sonst ist der größte Zwischenfall am Abend, dass jemand Schnaps hereinschmuggeln wollte.

Am nächsten Morgen müssen die Debütantinnen um neun Uhr zur Parade erscheinen. Eine der Zwillingsschwester schläft auf dem Boden auf ihrem Tüllrock. Eine andere stopft sich Heißsäckchen in die Schuhe. Die Mädchen hatten gehofft, dass sie, wenn schon

nicht Nuevo Laredo, dann wenigstens ein Elternhaus für die Party danach stürmen könnten, aber niemand hat die Hand gehoben. Also saßen sie bei Ihop, einer Fast-Food-Kette mit Pancakes.

Auf der Parade winkt der Bürgermeister aus einem Cabrio, auf einem Wagen steht die Familie, der alle McDonald's in Laredo gehören. George und Martha Washington grüßen das Volk. Auf beiden Straßenseiten jubeln und rufen die Menschen, dick eingepackt in Decken und Regencapes. Die Familien der Debütantinnen wedeln mit ausgeschnittenen Bildern ihrer Kinder in Lebensgröße.

Auch die Border-Patrol ist Teil der Parade. Statt eines glitzernden Wagens führt sie alle Fahrzeuge vor, die der Grenzschutz aufbieten kann: Fahrräder, Motorräder, Autos, Quads. Ein Truck zieht einen Anhänger mit einem Sumpfboot. Damit fahren sie sonst den Fluss ab. Die Grenzschützer verteilen Süßigkeiten.

Eine verummte Spezialeinheit mit Sturmgewehren marschiert vorbei. Eine Gruppe in weißen Leibchen, auf denen »Jesus« steht, verteilt Bibel-Flyer an die Kinder.

»Wir lieben unsere Grenze«, steht auf einem Wagen, »Liebesbriefe an die Grenze« auf einem anderen. Zwei Alpakas, eine Riesenschildkröte und mehrere Ziegen fahren vorbei. Auf einem Auto steht: »See a crime, report a crime«, wenn du ein Verbrechen siehst, melde es. Dazwischen winken die Debütantinnen den Menschen, die ihre Namen rufen.

AM MORGEN von George Washingtons Geburtstag, als sich Mexikaner und Amerikaner auf der Brücke über ihrer Grenze treffen, singen sie erst die mexikanische und dann die amerikanische Nationalhymne. Der amerikanische Priester segnet die Zusammenkunft, er spricht abwechselnd Englisch und Spanisch. Der Bürgermeister von Laredo erinnert an das gemeinsame Baseballteam, die gemeinsamen demokratischen Prinzipien und die gemeinsamen Familien. Niemand aus Nuevo Laredo tritt ans Rednerpult.

Die letzte von insgesamt 27 Umarmungen gebührt George Washington. Im dunklen Umhang mit Lederstiefeln und Hut läuft er in die Mitte. Die Mexikaner schicken einen Mann mit Glatze und schwarzem Gehrock. Er stellt Miguel Hidalgo dar, den Mann, der einst Mexiko von der spanischen Herrschaft in die Unabhängigkeit geführt hat.

Die Männer tauschen kleine Flaggen aus. Sie umarmen sich fest. Ein Abraso auf der Grenze, eine Umarmung zwischen Mexiko und den USA.

Der Mann, der Miguel Hidalgo spielt, den mexikanischen Helden, hat Nuevo Laredo längst verlassen. So wie Maria und Tiago, die mexikanischen Abraso-Kinder, lebt er am Nordufer, in Laredo, in den Vereinigten Staaten von Amerika. ■

Der Russe vor der Studiotür

LEITKULTUR Alexander Osang über die Mobilmachung des deutschen Volkes

Am bislang wärmsten Tag des Jahres redete ich mit einem dicken Mann aus Königs Wusterhausen über Kriegswinter. Wir standen auf dem Edeka-Parkplatz in Südbrandenburg. Ich hatte gerade meine Einkäufe verstaut, er hatte sich zeitgleich aus seinem Corsa gequält. Einmal hing er fast waagrecht aus seiner Fahrertür, wie ein Segler. Er atmete schwer. Ich bot ihm meinen Einkaufswagen an, inklusive der Euromünze im Pfandschlitz.

Er sagte nur: »20 Grad in Königs Wusterhausen.«

»Ja, Wahnsinn, Anfang März«, sagte ich und dachte, dass er vielleicht über das Weltklima reden wollte. Die schlechte Kirschernte vom letzten Jahr. Den Windpark, der im Wald gebaut werden soll. Das Fröschesterben. Der Mann aber schien nicht richtig an eine Klimakatastrophe zu glauben.

»Nüschst Neuet. Ick hab schon 'n Januartag mit 23 Grad plus erlebt«, sagte er. »Als Piepel.«

»Wann war das denn?«, fragte ich.

»Sechziger«, sagte er unbestimmt. Und dann: »Ick kann mich nur an einen harten Winter erinnern.«

»1979?«, fragte ich. Ein Winter, der so kalt war, dass die Schule ausfiel.

»46/47 war 't kalt«, sagte der Mann.

»Der Hungerwinter.«

Wir standen auf dem Parkplatz in der Sonne und sahen den Wochenendeinkäufers zu. Jede Menge Berliner, die aus dem Winterschlaf zurückkehrten wie ich. Der März fühlte sich an wie Mai.

»Und dann natürlich Dezember 41. Vor Moskau«, sagte der Mann aus Königs Wusterhausen. »Da waren 40 Grad Miese.«

Wahrscheinlich würde er gleich vom Einfall der Schweden 1674 reden. Erstaunlich, wie schnell man vom März zum Krieg kam, auf einem Edeka-Parkplatz in Südbrandenburg. Vielleicht lag es an der Landschaft, die Erde ist blutgetränkt von den letzten Kämpfen des Zweiten Weltkriegs, als die Rote Armee auf die Deutsche Wehrmacht traf. Vor 80 Jahren fielen hier an vier Frühlingstagen 60.000



Alexander Osang / DER SPIEGEL

Menschen. Vielleicht hatte der Corsa-Fahrer aber auch nur zu viel ferngesehen, wie Politiker, Journalisten und Experten an den Sandkästen des Weltgeschehens kämpfen.

Gerade hat Anton Hofreiter von den Grünen in einer Talkshow erklärt, wie viel Hunderte Milliarden für Rüstung wir bräuchten, um den Russen auf Abstand zu halten. Kaufkraftbereinigt. Als jemand fragte, wofür denn das ganze Geld genau eingesetzt werden solle, gab Hofreiter an Carlo Masala von der Bundeswehruniversität weiter, der oft in Kriegstalkshows sitzt, weil die meisten Fernsehleute ungedient sind.

Hofreiter, der nicht aussieht, als würde er über die Eskaladierwand kommen, nennt Masala inzwischen beim Vornamen wie einen Kameraden. Carlo sprach von Geld, das für strategischen Lufttransport benötigt werde, um Soldaten und Material von A nach B zu bringen. Strategischer Lufttransport. Von A nach B. Wenn man abstrakt genug über Marschflugkörper redet, klingen die wahrscheinlich auch wie Rosinenbomber.

Vor ein paar Wochen sah ich in der ARD eine junge Frau, die Kosmetikerin gelernt hatte, jetzt aber bei Rheinmetall Panzermunition herstellt. Sie schien glücklich. Sie sagte, dass sie

Denkmal in Südbrandenburg

Ich lag mit beschlagener Brille im Dreck und sollte mit einer Kalaschnikow auf Figuren im Wald schießen.

das gern bis zur Rente weitermachen würde. Granaten bauen.

Der Militärdienst war die schlimmste Zeit meines Lebens. Ich lag mit beschlagener Brille im Dreck und sollte mit einer Kalaschnikow auf Pappfiguren im Wald schießen. Eine Figurengruppe nannten die Offiziere scherzhaft »Mutter mit Kind«. Ständig brüllte mich jemand an. Es war die Nationale Volksarmee, aber den Soldaten, denen ich als Journalist in verschiedenen Kriegen begegnete, ging es, glaube ich, ähnlich.

Ich habe mit Marines gesprochen, die im Südirak aus dem Panzer sprangen. Es war plötzlich hell, heiß und staubig. Sie hatten das vage Gefühl, im Garten Eden die Anschläge auf das World Trade Center rächen zu müssen. Die »New York Times« hatte wochenlang Kriegsgründe zusammengetragen, die es dann im Detail so nicht gab. Klar war aber: Man musste das Böse besiegen. Damals war das Saddam Hussein, zweifellos ein blutrünstiger Schurke.

Carlo Masala erzählte, dass unsere militärischen Möglichkeiten nur ausreichen würden, um Berlin vor ballistischen Raketen zu schützen. Diese Talkshow hier gäbe es im russischen Angriffsfall nicht, sagte er, weil sie in Hamburg stattfand. Der Russe stand vor der Studiotür von Markus Lanz. Jan van Aken, der linke Quälgeist in der Runde, wurde aufgefordert, Putin einen Faschisten zu nennen. Nichts leichter als das. Niemand nennt andere so gern Faschisten wie die Deutschen.

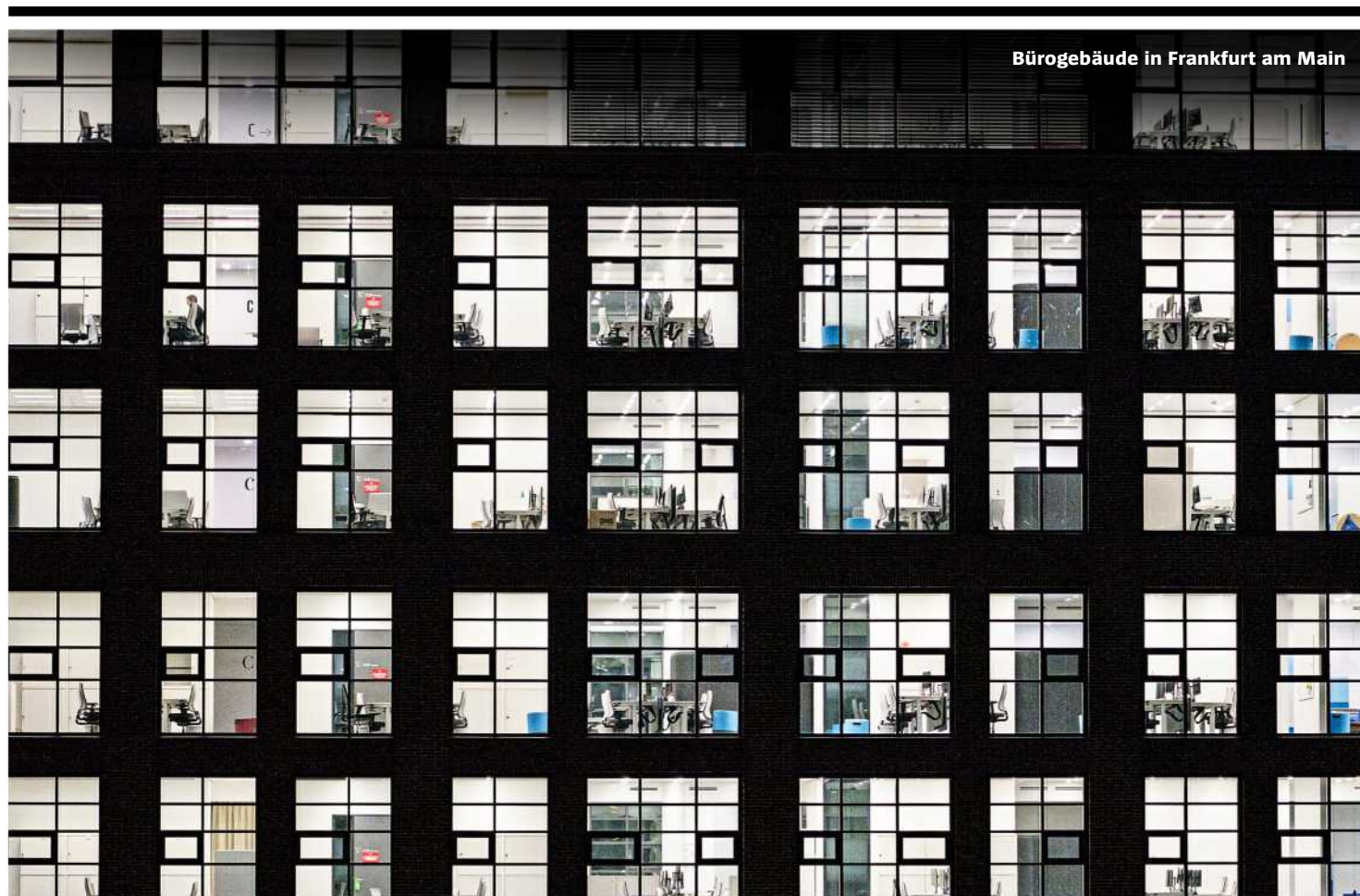
Er wolle ja keinen Krieg, sagte Hofreiter. Er wolle Abschreckung. Ich hätte mich nicht gewundert, wenn er Wilhelm Buschs Fabel von Fuchs und Igel aufgesagt hätte.

»Und gleich macht er sich rund/schließt seinen dichten Stachelbund/und trotzst getrost der ganzen Welt/bewaffnet, doch als Friedensheld.«

Damit sollte ich als Schüler die Stationierung von SS-20-Raketen in Ostdeutschland begründen. Die Reime passen noch, wenn auch Anton Hofreiter richtig feststellte: »Zwischen Putin und Gorbatschow ist ein Unterschied.«

Putin ist nicht Gorbatschow. Hofreiter ist wahrscheinlich auch nicht Hofreiter. Ich fürchte, ich bin ebenfalls nicht ich.

Ich behielt das Wagenpfand und sah dem dicken Zeitreisenden auf seinem beschwerlichen Weg in den Edeka-Markt hinterher. Vor einem halben Jahr hätte ich ihn für einen Nazi gehalten. Inzwischen weiß ich, er könnte auch Antifaschist sein. ■



Unternehmen beschränken Homeoffice

ARBEITSMARKT Seit der Coronazeit ist das Arbeiten zu Hause bei Beschäftigten beliebt – nicht aber bei allen Chefs. Viele Betriebe wollen ihre Belegschaften jetzt häufiger ins Büro rufen.

Rund 30 Prozent aller befragten Unternehmen wollen das Homeoffice in ihren Betrieben einschränken oder gar abschaffen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und des Zeitarbeitskonzerns Randstad unter 615 deutschen Personalverantwortlichen hervor. Danach planen 9 Prozent der befragten Firmen, das Arbeiten von zu Hause komplett zu beenden. Diese Tendenz ist in Handelsunternehmen mit 14 Prozent stärker ausgeprägt. 13 Prozent aller Firmen in der Umfrage wollen das Homeoffice leicht reduzieren, 7 Prozent deutlich. In der Industrie ist der Wunsch am stärksten verbreitet, das Arbeiten im Homeoffice zwar nicht einzustellen, aber seltener zuzulassen: 23 Prozent der Betriebe planen, ihre Arbeit-

nehmer wieder verstärkt zur Präsenz anzuhalten. Unter den Kleinunternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten wollen 19 Prozent das Homeoffice vollständig abschaffen, während große Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern dies nicht in Betracht ziehen.

Zugleich sind viele Unternehmen darauf bedacht, ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern, gerade vor dem Hintergrund des Arbeits- und Fachkräftemangels. 76 Prozent der Personalverantwortlichen wollen vor allem mit flexiblen Arbeitszeiten bei möglichen Bewerbern punkten, 68 Prozent mit Weiterbildung und 60 Prozent mit Zusatzmaßnahmen wie Jobtickets, Sportangeboten oder einer Kantine. Ein flexibler Arbeitsort oder überdurchschnittliche Einkünfte werden jeweils nur von rund

einem Drittel genannt. Auch hier unterscheiden sich kleine von großen Unternehmen. So bieten unter den großen 86 Prozent flexible Arbeitszeiten und knapp die Hälfte einen flexiblen Arbeitsort. Auf solche Werte kommen Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten nicht. Punkten können sie aber bei der Viertagewoche: Bei Betriebsgrößen über 500 Menschen wird sie nur von 10 Prozent der Befragten angeboten, unter Firmen mit weniger als 50 Mitarbeitern ermöglichen sie 16 Prozent.

Seit der Coronapandemie ist das Homeoffice in Unternehmen stärker verbreitet als zuvor. Viele Manager fürchten aber, dass Nachteile wie Kontrollverlust oder eine geringere Bindung an die Firma überwiegen könnten. MAMK

Installateure unter Druck

ENERGIE Junge Firmen, die Hausbesitzern Komplettpakete aus Solaranlagen, Batteriespeichern, Wärmepumpen und Wallboxen verkaufen, wirbeln den kleinteiligen Markt der Installationsbetriebe in Deutschland auf, so eine Prognose des Beratungsunternehmens Oliver Wyman. Beispielsweise hat sich der Umsatz der Berliner Firma Enpal von 2021 bis 2023 mehr als verdreifacht, die Erlöse des Hamburger Konkurrenten 1Komma5° stiegen in den vergangenen drei Jahren um 152 Prozent. Damit seien die Angreifer »dramatisch« stärker gewachsen als der Gesamtmarkt, etwa der für Wärmepumpen. Die Firmen profitieren davon, dass Solaranlagen güns-

tiger geworden sind und die Nachfrage nach Wallboxen und Wärmepumpen gestiegen ist. Zudem fügen sie die Geräte durch Software, sogenanntes Hausenergiemanagement, zusammen. Das Wachstum sei zudem von Wagniskapital befeuert, so die Berater. Viele traditionelle Installationsbetriebe seien indes »bisher weitgehend im Beobachtermodus«, was die sogenannte Sektorenkopplung zwischen Strom, Heizung und Auto betrifft. Die absehbar knappste Ressource in dem Markt werden Installateure sein, so die Studie: »Wer sie hat und sie am effizientesten einsetzen kann, wird gewinnen.« Die Angreifer verfolgen dabei unterschiedliche Ansätze: Enpal hat Monteure ausgebildet und angestellt, 1Komma5° hat stärker ganze Betriebe übernommen. BEM

Inflation frisst Spargarantie

GELD Die europäische Sicherung der Spareinlagen hat in den vergangenen 14 Jahren fast 40 Prozent ihres Wertes eingebüßt. Das geht aus einer Antwort der EU-Kommission auf eine Anfrage der liberalen Renew-Fraktion im Europäischen Parlament hervor. Danach liegt der Betrag, bis zu dem die EU-Staaten die Einlagen der Sparer vor einer Bankenpleite schützen müssen, seit Dezember 2010 unverändert bei 100.000 Euro. Wegen der Inflation entspreche dieser Wert heute lediglich noch gut 60.000 Euro. Grund sei, dass die Richtlinien des Staatenbundes »keinen Mechanismus zur automatischen Anpassung der Deckungssumme an die Inflation vorsehen«. Den Garan-

tiebetrag zu erhöhen, halten die EU-Beamten nicht für erforderlich. Weil auf rund 96 Prozent der EU-Konten geringere Beträge lägen, sei eine ausreichende Zahl von Sparern abgesichert. Zudem habe der Anteil der abgesicherten Konten zwischen 2007 und 2019 zugenommen. Der FDP-Abgeordnete Moritz Körner hält die Argumente der EU-Behörde für unzureichend und verweist auf die USA. Dort beträgt die Einlagensicherung maximal 250.000 Dollar. »Aufgrund der anhaltend hohen Inflation wird ein zunehmender Teil der Einlagen deutscher Sparer in Zukunft nicht mehr abgesichert sein«, sagt er. »Das birgt langfristige Gefahren für das Vertrauen in die europäische Finanzstabilität, denen die EU schon längst hätte entgegenwirken müssen.« MSA



Mia Takahara / plainpicture



Graffiti in Marburg

»Wichtiger Treiber von Unzufriedenheit«

SPIEGEL: Frau Rockenbach, wie blicken Sie als Verhaltensökonomin auf den wachsenden Populismus in den westlichen Gesellschaften?

Rockenbach: Wir leben in einer komplexen, vernetzten Welt, in der es keine einfachen Lösungen gibt. Neben dem Gefühl, überfordert zu sein, ist der Eindruck, dass man selbst in der Gesellschaft ungerecht behandelt wird, ein wichtiger Treiber von Unzufriedenheit. Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass nicht alle ihren Beitrag leisten, verweigern sie sich.

SPIEGEL: Was kann Politik tun?

Rockenbach: Sie kann denjenigen eine Belohnung geben, die mitmachen. Oder denen, die nicht mitmachen, Sanktionen auferle-

gen. Oder sie kann es mit Ansprache versuchen, um zu vermitteln, dass es doch einen Sinn hat, für die Gemeinschaft zu handeln.

SPIEGEL: Mit Moralpredigten haben vor allem die Grünen schlechte Erfahrungen gemacht.

Rockenbach: Wir Ökonomen bevorzugen institutionelle Regeln, mit denen wir ein gesellschaftliches Optimum erreichen. Ein Beispiel dafür ist der Preis für den Ausstoß von CO₂. Im Idealfall gilt dieser weltweit, damit kein Staat und kein Bürger sagen kann, er werde ausgebeutet. GT



Jan Wolke / picture alliance

Leopoldina-Präsidentin Bettina Rockenbach, 61, erklärt, warum gefühlte Ungerechtigkeit Klimaschutz erschwert.

Der Bund zahlt drauf

HAUSHALT Das von der künftigen schwarz-roten Koalition geplante Sondervermögen für Infrastruktur und die Ausnahmeregelung für Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse kommen den Bund schon jetzt teuer zu stehen. Seit die Maßnahmen am Dienstag vergangener Woche angekündigt wurden, sind die Zinsen auf Bundesanleihen merklich gestiegen, bei Papieren mit einer Laufzeit von zehn Jahren von 2,5 Prozent auf 2,9 Prozent. Wird diese Spanne für alle Laufzeiten zugrunde gelegt, ergibt sich bei der für 2025 vorgesehenen Schuldenaufnahme von insgesamt 371 Milliarden Euro aufs Jahr gerechnet eine Mehrbelastung des Bundeshaushalts von rund 1,5 Milliarden Euro. Höhe-

re Kosten muss der künftige Finanzminister aufbringen, noch bevor ein einziger Euro zusätzlich in Militärgerät oder Baumaßnahmen geflossen ist. Die Zinsen steigen, weil die Ankündigung zusätzlicher Staatsschulden den Kurs der bislang ausgegebenen Anleihen sinken und damit deren Rendite steigen lässt. Zudem erhöhen zusätzliche Schulden das Risiko der Anleihen, was sich Anleger bezahlen lassen. Die Pläne von Union und SPD haben jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten in Deutschland. Sie treiben auch die Zinsen für die Anleihen europäischer Partnerländer in die Höhe. Deren Rendite entwickelt sich mit einem Aufschlag parallel zu den deutschen, weil diese an den Finanzmärkten als Orientierungsgröße dienen. REI



Target-Mitarbeiter in Virginia: Angst vor ausbleibenden Kunden

Kevin Lamarque / REUTERS



Baustelle in Kalifornien: Furor über steigende Preise

Frederic J. Brown / AFP



Werftarbeiter in Louisiana: »Average Joe and Jane« zahlen den Preis

Bryan Tamowski / Bloomberg / Getty Images

Ruiniert Trump die US-Wirtschaft?

FINANZMÄRKTE Die Börse bricht ein, die Konjunktur lahm: Donald Trump und Elon Musk crashen im Eiltempo die erfolgreichste Volkswirtschaft der Welt.

Sein jüngstes Megaprojekt vor der Küste New Yorks hat RWE-Chef Markus Krebber schon wieder eingemottet. Den größten Hochseewindpark der USA wollte der Essener Energiekonzern in der Bucht der Millionenmetropole aufstellen. Die Lage ist perfekt: flaches Wasser, massenhaft Wind und jede Menge Strom-Kundschaft. Mehr als eine Milliarde Dollar wollte Krebber investieren, damit rund 200 gewaltige Windräder grünen Strom für 1,1 Millionen Haushalte von Brooklyn bis Long Island generieren.

Hätte. Wäre. Wenn. Nur ein paar Genehmigungen fehlten. Dann wurde Donald Trump neuer US-Präsident. Eine Woche darauf legte Krebber das Projekt auf Eis.

Trump's Aussagen zu grüner Energie seien »sehr kritisch«, begründet Sven Untermöhlen, Offshore-Chef bei RWE, die Entscheidung. Alle grünen Investitionen sollen nun verschoben werden. Kaum war der 78-jährige Republikaner Trump am 20. Januar in sein Amt eingeführt, da verbot er per Dekret den Bau neuer Offshore-Windparks.

RWE ist eines von vielen Unternehmen, das Großinvestitionen in den USA absagt, Jobs nicht schafft, künftige Steuern nicht zahlen wird. Die ökonomische Lage in den USA verdüstert sich. US-Einzelhandelsriesen wie Walmart und Target klagen über steigende Kosten im Einkauf und sinkende Nachfrage bei den Kunden. Agrarbetriebe sorgen sich, weil ihre zugewanderten Beschäftigten aus Angst vor Deportationen nicht mehr zur Arbeit erscheinen. Die Bauindustrie fürchtet höhere Zölle auf Materialien aus China, die Autobauer registrieren steigende Stahlpreise. Selbst die von Trump hofierte Öl- und Gasindustrie ist unzufrieden.

An den Börsen rebellieren sie gegen Trumps erratische Politik, verkaufen Papiere aus Angst vor der Krise. Die Kurse kennen derzeit vor allem eine Richtung: abwärts. Der S&P 500, ein Aktienindex, der die 500 größten US-Unternehmen versammelt, hat binnen Tagen all das an Wert eingebüßt, was Investoren seit Trumps Wahl am 5. November gewonnen hatten. Mehr als zehn Prozent ist er inzwischen von seinem Höchststand entfernt. Der Technologieindex Nasdaq Composite

verlor seit Mitte Februar 13 Prozent an Wert. IT-Konzerne, aber auch Autobauer erleben einen Ausverkauf. Allein das Vermögen des Tesla-Chefs und Trump-Intimus Elon Musk schrumpfte seit der Wahl um knapp 150 Milliarden Dollar. Amazon-Chef Jeff Bezos muss fast 30 Milliarden abschreiben, Google-Gründer Sergey Brin immerhin 22. Jene Männer, die Trump seit dem Wahlkampf treu ergeben sind, zahlen einen hohen Preis.

Kaum etwas hatten sich US-Wirtschaftsführer und Wall-Street-Banker sehnlicher gewünscht als einen Präsidenten, der die überbordende Bürokratie stutzt, die Steuern radikal senkt und einen neuen Goldrausch in Gang setzt. Womit sie ganz offensichtlich nicht gerechnet hatten, ist ein Regent in Washington, der mit drakonischen Zöllen gegen enge Verbündete wie Kanada und Mexiko vorgeht, Handelsströme kappt und so die Produktionsanlagen in den USA anhält. Der Ernst macht mit der Deportation von Millionen Migranten, die Amerikas Küchen, Hotels oder Bauernhöfe am Laufen halten. Der Musk, den reichsten Mann der Welt, die öffentliche Verwaltung massakrieren lässt, Zigtausende Beamte vor die Tür setzt, Milliarden an öffentlichen Geldern einfriert und so vor allem amerikanischen Unternehmen schadet, deren Anträge nicht mehr bearbeitet und deren Rechnungen von der Bundesregierung in Washington nicht mehr bezahlt werden.

Wo eben noch Ratio herrschte, regiert nun Ideologie. Wo Verlässlichkeit galt, ist jetzt Chaos. Wo die Wirtschaft zuvor noch robust wuchs, prophezeit die regionale Notenbank von Atlanta für das erste Quartal 2025 ein Minus von 2,4 Prozent. Der Präsident selbst schließt inzwischen nicht mehr aus, dass das Land in eine Rezession schlittern könnte, also in einen länger anhaltenden wirtschaftlichen Abschwung. »Trumpcession« statt »Trumpnomics«.

Unter Trumps Vorgänger Joe Biden regnete es Staatsmilliarden vor allem für grüne Projekte, Baugenehmigungen und Regierungsgroßaufträge. Die Arbeitslosigkeit sank mit 3,4 Prozent im Februar 2023 auf den niedrigsten Stand seit 54 Jahren, die Konsumlust kannte kaum Grenzen. Aus der ganzen Welt verlegten Unternehmen Investitionen und

Fabriken in die USA, Europas Wirtschaftsförderer sahen ihnen neidisch hinterher. Angekurbelt von Bidens billionenschweren Investitionsprogrammen erholten sich die Vereinigten Staaten rascher als andere von den Folgen der Coronapandemie, galten bald als das gelobte Land. Seit Trump regiert, gleichen sie eher einer ökonomischen Vorhölle.

Das hat inzwischen auch die Mehrheit der Amerikaner erkannt. In einer Erhebung im Auftrag des Nachrichtensenders CNN gaben 56 Prozent der Befragten an, Trumps Wirtschaftspolitik abzulehnen. So groß war die Skepsis nicht einmal in seiner ersten Amtszeit. Zugleich sinkt die ökonomische Zufriedenheit der Menschen – und damit ihre Ausgabelust. Raten für Häuser, Neuwagen oder Kreditkarten ziehen mitunter so an, dass erste Branchen über zahlungsunwillige oder -unfähige Kunden klagen. Die Zahl der Baugenehmigungen schrumpft ebenso wie die Auftragsgänge der Industrie. Ein Wert dagegen steigt rasant: die Inflationserwartung.

»Average Joe and Jane«, wie die Otto Normalverbraucher in Amerika genannt werden, ahnen, dass sie am Ende für all das werden zahlen müssen – in Form von steigenden Preisen, sprich: Inflation. Mit bis zu 2000 Dollar Zusatzkosten pro Jahr sollte ein durchschnittlicher US-Haushalt allein durch Trumps Zölle rechnen, sagen Studien. Das wiederum dürfte die Lust der Amerikaner schmälern, auf Kreuzfahrt zu gehen oder ins Disneyland zu fahren, ein neues Auto auf Pump zu finanzieren, geschweige denn ein Eigenheim. Von diesem Konsum aber hängen annähernd 70 Prozent der US-Wirtschaftsleistung ab, so viel wie in kaum einer anderen entwickelten Volkswirtschaft der Welt.

Amerikas Antrieb, so lassen sich diese Zahlen übersetzen, ist die Zukunftshoffnung und der grenzenlose Optimismus seiner Menschen und Unternehmer, der amerikanische Traum. Doch der scheint vorerst ausgeträumt.

Es sei »sehr gut möglich, momentan wahrscheinlich, dass all das nicht nur in eine US-Rezession mündet, sondern in eine globale Wirtschaftskrise«, sagt Desmond Lachman, Ökonom am konservativen und bislang sehr Trump-freundlichen American Enterprise In-

stitute. Weil die Einnahmen der 500 größten US-Unternehmen zu bis zu 40 Prozent von der Nachfrage aus dem Ausland abhingen. Weil Trumps Zölle mit Gegenzöllen beantwortet würden und sich so ein Handelskrieg entspinne. Weil weltweite Arbeitsteilung, Globalisierung genannt, bei aller Kritik doch ein verdammt effektives System sei. Welches Trump ganz offenbar zerstören wolle, sagt Lachman. »Alles deutet darauf hin, dass diese Sache in Tränen enden wird.«

Begeht die größte Wirtschaft der Welt gerade wirtschaftlich Harakiri und droht, den halben Globus mitzureißen?

Besonders schädlich ist Trumps Schleuderkurs in der Handelspolitik. Noch am Montag vergangener Woche hatte der Präsident verkündet, die neuen Zölle in Höhe von 25 Prozent auf alle Waren aus Kanada und Mexiko träten »unausweichlich« um Mitternacht in Kraft. Es gebe »keinen Raum für Verhandlungen«, viel zu wenig hätten beide Länder im Kampf gegen illegale Migration und Drogenschmuggel unternommen. Ohnehin habe sich die Welt lange genug auf Kosten der USA vergnügt, Amerika »ausgenommen«, so Trump vor dem US-Kongress.

Nachdem er und sein Handelsminister erboste Anrufe von den Bossen der drei großen US-Autohersteller bekommen haben, die Märkte eingebrochen sind und auch konservative Senatoren Kritik geäußert haben, war in der US-Regierung von ersten Ausnahmen die Rede. Was Trump nicht davon abhielt, neue Abgaben auf Stahl und Aluminium anzukündigen – was wiederum von der EU mit Gegenzöllen gekontert wurde, woraufhin Trump am Donnerstag dieser Woche mit einem 200-Prozent-Aufschlag auf europäische Weinimporte drohte.

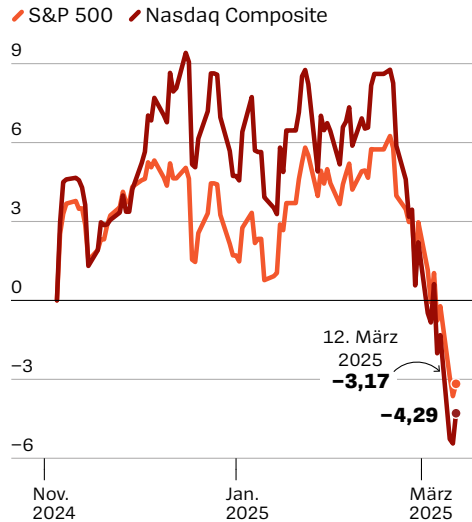
Ein Telefonat mit Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum brachte dem südlichen Nachbarn der USA schließlich einen Monat Zollaufschub, Tags darauf ließ Trump wissen, dass dies auch für den nördlichen Nachbarn Kanada gelte – soweit die gehandelten Waren unter das nordamerikanische Freihandelsabkommen fielen. Doch nachdem vor allem die kanadische Provinz Ontario Trump mit harschen Gegenmaßnahmen konterte, zwischenzeitlich gar gedroht hatte, ihre Stromexporte in drei US-Bundesstaaten um 25 Prozent zu verteuern, legte Trump mit einer Verdoppelung der Zölle auf Stahl und Aluminium aus Kanada nach. Und nahm Stunden später alles wieder zurück – was Kunden wie Anleger noch mehr verunsicherte.

Ergebnis: Nach zehn Tagen voller Zollankündigungen von Trump sind vier Billionen Dollar Börsenwert der Unternehmen vernichtet. Und das schlägt sich in den Altersrücklagen von Millionen US-Bürgern nieder.

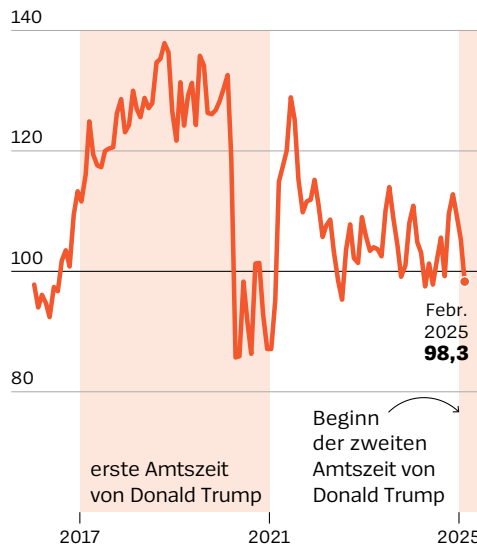
Trump, sagt Ökonom Lachman, müsse dringend einen »U-Turn« hinlegen, eine wirtschaftspolitische Wende um 180 Grad, um nicht endgültig alles Vertrauen zu verspielen. Schon jetzt seien die langfristigen Konsequenzen kaum mehr kontrollierbar.

Stimmungskiller Trump

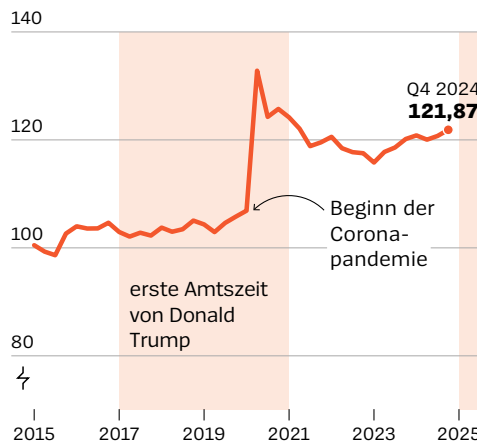
Veränderung der **US-Aktienindizes** S&P 500 und Nasdaq Composite gegenüber dem 5. November 2024 (Wahlsieg von Donald Trump), in Prozent



US-Index zum **Verbrauchervertrauen** 1985=100



US-Staatsverschuldung in Prozent des BIP, Quartalswerte



Quellen: LSEG Datastream, Conference Board, Federal Reserve Bank of St. Louis

Dass es dazu kommt, ist nicht allzu wahrscheinlich. Vieles spricht dafür, dass der Präsident Gefangener seiner eigenen Versprechen ist. Er braucht die Einnahmen seiner horrenden Zölle, zumindest auf dem Papier, um eine Großsteuerreform durchs Parlament zu bekommen, mit der er im Wahlkampf geworben hatte. Um bis zu elf Billionen Dollar will Trump die Steuerzahler in den kommenden Jahren entlasten, vor allem Konzerne und Gutverdiener. So sollen Unternehmen und Angestellte profitieren, die Wirtschaft angekurbelt werden.

Doch bezweifeln Experten, dass diese Wette aufgeht. Vor allem weil Trumps Vorhaben die ohnehin ausgeuferte Staatsverschuldung der USA in derart ungesunde Höhen treibt, dass es selbst die schuldenfreundlichsten Demokraten irritiert. Schon heute liegt die Verschuldung bei mehr als 36 Billionen Dollar, das sind fast 125 Prozent der Wirtschaftsleistung. Zum Vergleich: Die Verbindlichkeiten der Bundesrepublik summieren sich auf etwa 63 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Trump's eigenwillige Idee ist, dass Amerikas größte Handelspartner – China, Europa, Kanada, Mexiko – mit Zöllen die Löcher im Haushalt stopfen sollen. Schon jetzt hat Trump mehr und höhere Grenzsteuern eingeführt als in seiner gesamten ersten Amtszeit. Der Präsident sieht sie als eine Art Eintrittsgeld zu seiner ökonomischen Party – natürlich der angeblich größten und tollsten, die es jemals auf der Welt gegeben habe. Wer nicht bereit sei, Zölle zu zahlen, so Trump, könne seine Fabrik in die Vereinigten Staaten verlegen.

Dass Lieferketten heute weit komplexer und globaler sind, als Trumps ökonomischer Horizont reicht? Dass es für die Produktion eines Chevrolets oder eines iPhones Vorprodukte braucht, Rohstoffe, auch technologisches Know-how, die mitunter auf US-Boden gar nicht verfügbar sind? Dass es »niemals Sinn ergeben wird, in den Vereinigten Staaten Bananen anzubauen«, wie es ein amerikanischer Manager ausdrückt? Wischt Trump weg. Es werde eine kurze Zeit der »Anpassung« geben, danach werde alles gut, Amerika »great again«.

Inzwischen ist auch die Kryptobranche ernüchtert, wo Investoren wie der US-Milliardär Marc Andreessen Trumps Wahlsieg mit Millionenpenden den Weg bereitet hatten. Trump hatte versprochen, die USA zur »Kryptohauptstadt« des Planeten zu machen, nach seiner Wahl war der Bitcoin erstmals über die magische 100.000-Dollar-Marke geklettert. Seit Jahresbeginn hat der Kurs um rund 13 Prozent nachgegeben, steuert auf die 80.000-Dollar-Marke zu.

Zwar hatte Trump per Dekret die Regeln für die Branche gelockert und angekündigt, eine »nationale Kryptoreserve« einzurichten. Doch stellen Experten dem Präsidenten ein schlechtes Zeugnis aus. Trumps »Kryptopolitik ist auf Sand gebaut«, sagt Pierre Georg, Co-Leiter des Blockchain Centers der Frank-

furt School. Seine Ankündigungen seien erratisch – und obendrein kontraproduktiv. »Wenn Trump die Regeln für Kryptoanlagen lockert, dürfte das noch stärkere Kurschwankungen nach sich ziehen«, sagt Georg. »Das schreckt professionelle Investoren eher ab.« Schon jetzt Sorge die Branche mit häufigen Skandalen für Negativschlagzeilen.

Adam Posen, Chef des wirtschaftsliberalen Peterson Institute for International Economics in Washington, wirft der neuen US-Regierung vor, die langfristigen Folgen ihrer radikalen Politik sträflich zu vernachlässigen.

Von einer »Krise« will er noch nicht sprechen, dafür sei die US-Wirtschaft zu robust. Doch selbst wenn man die erratische Zollpolitik außen vor lasse, argumentiert Posen, »sollten wir uns enorme Sorgen um die US-Wirtschaft machen«. Der Grund sei Trumps harter Kurs in Sachen Migration, der direkte Folgen für den Jobmarkt haben werde, weil sich bestimmte Geschäfte ohne billige Arbeitskräfte einfach nicht mehr lohnten.

Und dann natürlich Elon Musk. Der mit seinem Department of Government Efficiency (DOGE) »inzwischen auch essenzielle, produktive Teile des Regierungsapparats schreddert«, wie Posen sagt. So greife DOGE etwa ins Energienetz ein, in die Atomaufsicht, die Umweltagentur EPA, das Veteranenministerium. »All diese Behörden haben direkt zu einer wachsenden US-Wirtschaft beigetragen. Und wenn man sie heute stützt oder abschafft, dann hat das morgen enorme Folgen.«

Darüber, glaubt Posen, sei man sich im Weißen Haus offenbar nicht klar. Zu sehr verlasse man sich darauf, dass die Zentralbank Federal Reserve (Fed) schon bald einschreiten, die Zinsen senken, so die Kreditvergabe ankurbeln, eine große Steuerreform zudem die Märkte schon wieder besänftigen werde – und dann ein Wachstum komme, größer und profitabler als jemals zuvor.

Posen warnt vor dieser Wette. Vor allem deshalb, weil Trump früher oder später große Einschnitte bei der Sozialversicherung sowie den Krankenversicherungen Medicare und Medicaid werde vornehmen müssen, um die enormen Steuerausfälle zu kompensieren. Das aber Sorge für steigende Ungleichheit, weniger soziale Aufstiegsmöglichkeiten. So würden die USA als Investitionsstandort für Unternehmen unattraktiver – womöglich auf Jahrzehnte. »Es ist verrückt. Total verrückt.«

Womöglich ist Trump gerade dabei, eine noch viel gewagtere Wette einzugehen. Im Oval Office kursiert eine Idee, die so radikal ist, dass sie die Finanzwelt ins Chaos stürzen könnte: der »Mar-a-Lago Accord«.

Normalerweise nimmt ein Staat Kredite auf, indem er Anleihen ausgibt, die er nach einer bestimmten Zeit mit Zins zurückzahlt. Die Idee des »Mar-a-Lago Accord«, benannt nach dem floridianischen Wohnsitz des Präsidenten, folgt hingegen dem Ansatz »America First«. Die USA wollen ausländische Regierungen und Zentralbanken, die im Besitz amerikanischer Staatsanleihen sind, dazu



bringen, diese Papiere in zinslose Anleihen mit 100-jähriger Laufzeit umzutauschen. Als Belohnung für ihren ewig kostenlosen Kredit an die Amerikaner dürften sie unter den atomaren US-Sicherheitsschirm schlüpfen. Lehnen sie den Tausch ab, würden sie diesen Schutz verlieren.

Für die hoch verschuldeten USA hätte ein solcher Deal enorme Vorteile. Trump könnte seine Zinslast verringern und seine Steuer-senkungen leichter finanzieren. Die US-Notenbank Fed hätte Spielraum, die Leitzinsen zu drücken. Das würde den Dollar etwa gegenüber dem Euro abwerten; US-Produkte auf dem Weltmarkt wären dadurch billiger und damit attraktiver. In der Traumwelt des Präsidenten zahlen Amerikas Verbündete so für seinen Aufschwung.

Für die US-Gläubiger indes käme der Deal einer »Enteignung« gleich, sagt Edgar Walk, Chefvolkswirt beim Vermögensverwalter Metzler Asset Management. Eine Schutzgelderpressung nach Mafia-Art – schließlich ist ein Großteil der ausländischen Regierungen, die Washington großzügig Geld geliehen haben, militärisch abhängig von den USA. Insbesondere Europa.

Die seit Jahrzehnten bestehende Finanzmarktordnung, in der amerikanische Staatsanleihen als sicherste Wertanlage überhaupt gelten, stünde auf dem Spiel. Wer würde noch neue US-Schuldpapiere kaufen, wenn er auf Zinsen verzichten und befürchten müsste, politisch erpresst zu werden? Schon Staaten hätten große Not, das ihren Steuerzahlern zu erklären. Professionelle Anleger dürften ihr

Geld stattdessen in Gold oder europäische Wertpapiere stecken.

Bislang haben Investmentfonds, Pensionskassen, Staaten und Privatanleger Billionen in US-Staatsanleihen, sogenannten Treasuries, geparkt, weil sie davon ausgehen können, dass die weltgrößte Volkswirtschaft immer zuverlässig ihre Schulden verzinst und zurückzahlt – und sich überdies an Recht und Ordnung hält. Diese Gewissheit hat die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg politisch wie ökonomisch zur unangefochten größten Weltmacht aufsteigen lassen. Würde der »Mar-a-Lago Accord« umgesetzt, sagt Mark Sobel von der britischen Denkfabrik Omfif, »verliert die Welt das Vertrauen in Amerika als verlässlichen Partner«.

Ausgeschlossen, dass es am Ende dennoch so kommt, ist es nicht. Veröffentlicht hat die Idee im vergangenen Juni der ungarisch-amerikanische Ökonom Zoltan Pozsar. Im November dann vertiefte der Finanzmanager Stephen Miran das Konzept in einem Essay über die »Umstrukturierung des globalen Handelssystems«. Miran wiederum ist gut mit Finanzminister Scott Bessent bekannt. Er ist zudem Trumps Wunschkandidat für den Chefposten im Council of Economic Advisers – dem Gremium, das den Präsidenten in Wirtschaftsfragen berät.

Man müsse sich bei Trump auf alles gefasst machen, sagt Desmond Lachman, der konservative Ökonom. Anders als in seiner ersten Amtszeit sei bei Trump 2.0 niemand mehr im Kabinett, der rechtzeitig »Stopp!« rufen würde. Trump habe sich diesmal ausschließlich mit Jasagern umgeben. Es gebe keine »adults in the room«, keine logisch-rational denkenden Erwachsenen, sondern nur noch zu allem entschlossene »Ideologen«.

Was den Präsidenten nicht nur wirtschaftlich unberechenbar werden lässt – sondern vor allem: gefährlich.

Tim Bartz, Simon Book, Michael Brächer, Claus Hecking

»Es ist niemand mehr im Kabinett, der rechtzeitig »Stopp!« rufen würde.«

Desmond Lachman, US-Ökonom



Modell des VW-Elektroautos ID. Every1: Weniger Tesla, mehr Golf

Potemkinsches Auto

VOLKSWAGEN Der Konzern bringt sein günstigstes Elektromodell später auf den Markt als die Konkurrenz aus China. Verpasst VW einen Boom der billigen Batterieautos?

Der Volkswagen-Vorstand kommt in einem schummrigen Hinterraum des Wolfsburger Kunstmuseums zusammen. »Schwerelos« heißt die Ausstellung, die hier gerade gezeigt wird; bei Kanapees und Weißwein können die Manager am 10. März ein Werk des Argentiniers Leandro Erlich bestaunen: ein Haus, das in der Luft hängt, durch das Stühle purzeln, nach unten. Es passt zur Lage des größten deutschen Konzerns.

Volkswagens Nettogewinn ist im vergangenen Jahr um ein Drittel eingebrochen, am folgenden Morgen wird der Konzern das offiziell bekannt geben. VW steckt in einer der größten Krisen seiner Geschichte. Und doch ist die Stimmung an diesem Montagabend heiter.

Das Kunstwerk, über das die Runde am meisten spricht, steht nicht in der Ausstellung,

sondern draußen. Vor der Tür parkt ein goldgelbes Modell des ersten Elektroautos, das VW für 20.000 Euro auf den Markt bringen will. Es ist aus Ton geformt. Den echten ID. Every1 hat VW-Markenchef Thomas Schäfer ein paar Tage zuvor der Welt präsentiert.

Schäfer ist bester Laune. Der Automanager, blaues Einstecktuch im grauen Anzug, ist neben Konzernchef Oliver Blume der Einzige, der bei dem Treffen eine Rede hält. Wenn er neue Designentwürfe angesehen habe, habe er »jedes Mal für den Rest des Tages gelächelt«, sagt er. »Und das will etwas heißen nach den vergangenen Monaten bei Volkswagen.«

Die Lage hat an Schäfer gezerrt, auch ganz persönlich. Monatlang hatte VW mit der Gewerkschaft IG Metall um drohende Werks-

schließungen gestritten. »Gespött der Nation«, nannte Betriebsratschefin Daniela Cavallo das Unternehmen auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung – und stellte Schäfer als entrückten Millionär dar, der am Wochenende aus Wolfsburg auf sein Gestüt in Irland verschwindet.

Am Ende einigte man sich darauf, 35.000 Stellen abzubauen, Werksschließungen sind vorerst abgewendet.

Mit dem ID. Every1 will VW die Krisen der vergangenen Jahre hinter sich lassen. Die harsche Auseinandersetzung mit der IG Metall. Die Blamage mit einer Fahrzeug-Software, die nie fertig wird. Den Vorwurf von Nach-Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), dass Volkswagen eigentlich Luxuswagen heißen müsste, weil die Fahrzeuge so teuer seien.

Den Vorwurf, die deutschen Hersteller könnten den Chinesen bei der Elektromobilität doch nie Konkurrenz machen.

Der Absatz von Elektroautos lahmte im Lande. Und allen voran tut sich VW schwer, Deutschlands Traditionskonzern.

Der neue Elektro-Kleinwagen soll alle Zweifel beseitigen. Der ID. Every1, so hätte man das bei Volkswagen gern, soll wieder ein Wagen für das ganze Volk werden. Ein Verkaufsschlager, wie es der Käfer oder der Golf einmal waren. Einer für alle.

Allerdings beginnt das Problem schon damit, dass jenes einsame Modell, das VW bei der Weltpremiere Anfang März über die Bühne der Düsseldorfer Messehalle rollen ließ, nicht mehr als ein Showcar ist. Ein potemkinsches Auto ohne Innenraum und mit einer Hülle, die der Serienversion nur zu 80 Prozent ähneln wird. Kurz: VW ist immer noch nicht ganz fertig mit seinen Plänen.

Jetzt geht es darum, ein Zeichen zu setzen, dass auch Volkswagen auf dem Markt der günstigen E-Autos dabei sein will. Fertig wird der Jedermann-Stromer erst im Jahr 2027, in den Autohäusern steht er vermutlich 2028. Viel später als die Fahrzeuge von europäischen Konkurrenten wie Renault, Dacia oder chinesischen Herstellern wie Leapmotor. Manche von ihnen sind längst auf dem Markt.

Kommt VW zu spät?

Eigentlich bräuhete Volkswagen schnell günstige E-Autos, um breite Käuferschichten zu erreichen. Der neue Kaufanreiz, den die voraussichtlich nächste Bundesregierung aus Union und SPD in ihren Sondierungen vereinbart hat, dürfte eher günstigen E-Autos zugutekommen. So war es schon bei der Kaufprämie, die die Ampelkoalition Ende 2023 abrupt abschaffte. Doch VW hat wenig Passendes im Angebot.

Das sehen auch die Menschen so, die die Autos verkaufen sollen: die Chefinnen und Chefs der Autohäuser. »Unsere Kunden erwarten Einstiegsmodelle von Volkswagen«, sagt Alexander Sauer-Wagner, Chef des Händlerverbands. Der ID. Every1 könne nicht früh genug kommen.

Von jeher sei es eine große Stärke von VW gewesen, die ganze Breite an Modellen anzubieten. Doch der Volkswagen-Konzern hat sich aus dem Kleinstwagensegment verabschiedet, seit er im Jahr 2023 den Up und seine Schwestermodelle von Škoda und Seat eingestellt hat. Sauer-Wagner hält das für riskant.

Für Pflegedienste oder Lieferfahrer, die sich schnell durch den Großstadtschungel bewegen müssen, kommt nur ein Stadtfliker infrage. Um diese Kunden nicht zu verlieren, nehmen viele Autohäuser, die einst nur VW anboten, jetzt auch Marken wie Hyundai, Kia oder Suzuki ins Angebot. Für VW ein Feind im eigenen Haus.

Bei der E-Mobilität arbeitet sich VW durch die Preisklassen von oben nach unten – und ist im niedrigsten Segment noch immer nicht angekommen. Der ID.2all, der große Bruder

Quartett der Wettbewerber

Ausgewählte Elektroautos im Vergleich

ID. Every1
Volkswagen

Sitz des Herstellers
DEU PRT
Produktionsland



Leistung.....	95 PS
Reichweite.....	250 km
Höchstgeschwindigkeit.....	130 km/h
Marktstart.....	2027
Preis.....	ca. 20.000 €

Twingo E-Tech
Renault

FRA SVN



Leistung.....	82 PS
Reichweite.....	270 km
Höchstgeschwindigkeit.....	keine Angabe
Marktstart.....	2026
Preis.....	> 20.000 €

Spring
Dacia

ROU CHN



Leistung.....	44 PS
Reichweite.....	225 km
Höchstgeschwindigkeit.....	125 km/h
Marktstart.....	Juli 2024
Preis.....	16.900 €

T03
Leapmotor

CHN POL



Leistung.....	95 PS
Reichweite.....	265 km
Höchstgeschwindigkeit.....	130 km/h
Marktstart.....	September 2024
Preis.....	18.900 €

Quelle: Hersteller

des ID. Every1 gewissermaßen, soll Ende dieses Jahres für rund 25.000 Euro präsentiert werden.

Was der Konzern für halbwegs schnell hält, geht Klimaschützern viel zu langsam. »Der Mangel an bezahlbaren Elektroautos ist der Hauptfaktor, der die E-Mobilität in Europa zurückhält«, sagt Julia Poliscanova vom europäischen Umweltverband T&E. Nicht etwa fehlende Ladesäulen, wie die Industrie gern behauptet.

Der Durchschnittspreis für ein Elektroauto in Europa habe 2024 bei 45.000 Euro gelegen, unerreichbar für Millionen von Autokäufern. Wo ein Hersteller wie Renault mit seinem Zoe-Nachfolger 5 E-Tech einen günstigen Stromer anbietet, werde ihm der aus den Händen gerissen. An VW ziehen diese Gelegenheiten vorbei, nicht nur in Europa. Poliscanova fürchtet, dass das Unternehmen damit wichtige Märkte aufgibt. »In Thailand, Indonesien oder Lateinamerika breiten sich günstige chinesische Marken in rasantem Tempo aus.«

Auch an anderer Stelle rächt sich die Trödelei. Der Volkswagen-Konzern ist aktuell weit davon entfernt, die CO₂-Ziele der EU einzuhalten, die in diesem Jahr verschärft wurden. Dafür müssten VW, Audi und Co. etwa doppelt so viele Elektroautos verkaufen wie 2024.

Reißt ein Hersteller in diesem oder im nächsten Jahr seine CO₂-Messlatte, kann er das bis einschließlich 2027 ausgleichen, sonst drohen Strafen. Doch ein Auto wie der ID. Every1, der erst 2028 in die Autohäuser kommt, ist hier keine Hilfe. Priorität hatten bei VW lange höherpreisige E-Autos, weil man mit den kurzen Cityflitzern eher Geld verliert als verdient. Auch beim ID. Every1 rechnet VW allenfalls mit ein paar Hundert Euro Gewinn pro Fahrzeug.

Das Problem: Der Elektroantrieb samt Batterie kommt VW viel teurer als ein Verbrennerantrieb, bei günstigen Autos schmerzt das besonders. Zugleich erinnert man sich in Wolfsburg mit Schrecken daran, wie das Unternehmen vor einigen Jahren in die Elektromobilität rumelte: Der ID.3, einst als Golf des Elektrozeitalters hochgejubelt, wurde wegen seines plastiklastigen Billiginterieurs kritisiert.

Den Spardruck spüren auch andere Hersteller. Im Dacia Spring, 2021 als erstes sehr günstiges Elektroauto in Europa gestartet, sieht, hört und riecht man jeden Kompromiss, den die rumänische Renault-Tochter für den Preis von unter 17.000 Euro eingegangen ist: Gebaut wird das Auto in China. Der Bildschirm auf dem Armaturenbrett ist winzig, bei Autobahntempo dröhnt das Auto laut ADAC wie ein Staubsauger. In einem Dacia-Forum beruhigen erfahrene Spring-Fahrer Neulinge, dass der Lösungsmittelgeruch nach einigen Wochen verschwinde.

Aus den eigenen Fehlern und denen der Konkurrenz will VW nun lernen. Günstig, aber nicht billig sollte das neue Einstiegs-Elek-

troauto werden. Schäfer trat seinen Job als Markenchef Mitte 2022 mit dem Ziel an, VWs »Produksubstanz« wieder aufzuwerten. Er ersetzte den früheren Chefdesigner durch Andreas Mindt, einen früheren Bentley- und Golf-Designer. VWs E-Autos, so die Maßgabe, sollen nicht kühl-futuristisch, sondern freundlich-vertraut aussehen. Weniger Tesla, mehr Golf.

Ein großer Bildschirm oder herausnehmbarer Bluetooth-Lautsprecher sollen im Innenraum den Mief eines kargen Verzichtsaautos vertreiben. Als erstes VW-Modell soll der ID. Every1 jene Software-Architektur erhalten, die Volkswagen im Silicon Valley mit dem Elektroauto-Start-up Rivian entwickelt. Dadurch könnte etwa das Navigationssystem schneller auf Sprachbefehle reagieren. In diesem Fall immerhin ist der späte Start des Wagens ein Vorteil für VW: Früher als 2027 wäre die technische Basis des Autos gar nicht fertig.

Trotzdem nennt ein Konzern-Insider das Auto einen »rollenden Kompromiss«. Statt an der Optik spart VW bei der Batterie, die ein Drittel der Kosten eines E-Autos ausmacht. VW verspricht nur 250 Kilometer Reichweite mit einer Ladung. Das schaffte der e-Up auch schon vor sechs Jahren.

Es ist fraglich, ob VW damit ein Rezept gegen die Konkurrenz gefunden hat. Dacia bringt 2026 einen Nachfolger des Spring auf den Markt, dann aus einem Werk in Europa und trotzdem nicht teurer. Renault elektrifiziert seinen Twingo und hat zumindest das Design des Augenaufschlags übernommen, für den Fans ihre Scheinwerfer mit Wimpern verzieren. Beide kommen vor VWs Elektrozweig auf die Straßen.

Tianshu Xin ist heute schon da. Der Chef von Leapmotor International, gebürtig aus Singapur, tritt an einem Freitag Mitte Januar hinter dem Stehtisch einer Brasserie in der Brüsseler Expo von einem Bein auf das andere. Er ist gefragt auf dieser Automesse. Durch eine große Fensterfront blickt man auf das Atomium, Brüssels Wahrzeichen aus einer Zeit, als der VW Käfer und Citroëns »Ente« Europas Straßen kreuzten.

Ein ähnlich niedrig wirkendes Gefährt präsentiert Xin an seinem Stand: den To3, im SPIEGEL-Autotest als »Wunderwürfel« bezeichnet. Ein Elektrowinzing, der 265 Kilometer weit fahren kann, 18.900 Euro kostet und schon heute in den Autohäusern steht.

Völlig ausgereift ist der in China entwickelte Wagen nicht: Der Avatar auf dem kleinen Bildschirm, ein kleiner Geist, versteht kaum einen Befehl richtig. Ständig piepst einer der hypersensiblen Warnsensoren. Den Scheibenwischer an der Heckscheibe hat Leapmotor eingespart.

Doch es bleibt genug Zeit für Verbesserungen: Der Kleinstwagen könnte seine erste gründliche Überarbeitung bekommen, noch bevor sein VW-Konkurrent von den Bändern rollt. Zwei Jahre Entwicklungszeit sind dafür in China üblich, in Europa eher drei bis vier.

Xin sieht einen riesigen Markt: Auf Europas Straßen gebe es 22 Millionen Kleinstwagen, die in den kommenden Jahren elektrifiziert werden müssen. Der Manager arbeitet in Amsterdam, früher lebte er in London. Europäische Innenstädte seien eng, sagt Xin, die Parkplatzsuche sei ein Horror. »Die Nachfrage nach kleinen Autos ist immer da, wenn der Preis stimmt.«

Nur werde diese Nachfrage kaum noch bedient, schon gar nicht mit E-Autos, so Xin. Die großen Konzerne wie Volkswagen oder Toyota bauten sie immer seltener. Das ist die Lücke, in die Leapmotor stößt.

Aber vertrauen europäische Kunden einer nahezu unbekannten Marke aus Fernost? Sparsame Autokäufer werden ihr kleines Budget kaum für Fahrzeuge eines Herstellers ausgeben, der in einigen Jahren schon wieder vom Markt verschwunden sein könnte, samt Werkstätten und Ersatzteilen. Selbst große Hersteller wie BYD fassen auch wegen solcher Bedenken in Deutschland bislang kaum Fuß.

Aus der Flut an chinesischen Glücksrittern sticht Leapmotor International als halber Europäer allerdings heraus. Leapmotor ist zwar chinesisch. Die Mehrheit an der inter-

nationalen Tochtergesellschaft, die Xin führt, besitzt aber der Konzern Stellantis mit Sitz in den Niederlanden. Zu dessen Autokonglomerat gehören Marken wie Opel, Fiat oder Peugeot. »Wir sind nicht nur heute oder morgen hier«, sagt Xin, »sondern für immer.«

Der To3 wird in China entwickelt und in einem polnischen Stellantis-Werk gebaut. So umgeht er die Elektroautozölle der EU gegen China. Ersatzteile würden zweimal pro Tag an die Stellantis-Werkstätten geliefert, so Xin. Bei 450 europäischen Händlern des Konzerns stellt Leapmotor seine Modelle bereits aus, neben dem To3 auch das größere, teurere Marken-Flaggschiff, den SUV C10.

Wer dort bisher in einen Opel oder Fiat gestiegen ist, kann künftig einen Chinesen ausprobieren. 127 Exemplare des To3 hat Leapmotor im Januar in Deutschland verkauft, das ist nicht viel weniger als der Fiat 500 und mehr als jedes der sieben erhältlichen BYD-Modelle.

Xin hat den Durchbruch der E-Autos in China aus der Nähe verfolgt, als Stellantis-Topmanager in dem Land. In diesem Jahr dürften dort erstmals mehr Autos mit Elektromotor als reine Verbrenner verkauft werden, anders als in Europa angetrieben von kleinen Allerweltswagen. »Sobald ein Elektroauto genauso wenig kostet wie ein Verbrenner, geht es ganz schnell«, sagt Xin.

VW-Chef Schäfer trifft im eigenen Konzern dagegen auf Zweifler: Anders als bei den älteren Modellen UP oder dem Elektroauto ID.2all bringen weder die Schwestermarken Seat noch Škoda eine eigene Version auf den Markt. Gerade bei der tschechischen Marke galt eine eigene Version eigentlich als gesetzt, höhere Stückzahlen hätten die Kosten für alle drücken können.

Doch das angebliche Auto für alle ist nichts für Škoda-Chef Klaus Zellmer. Der steckt den dreistelligen Millionenbetrag, den er in eine Version des Mini-Stromers investieren müsste, lieber in seine kleinen Verbrennerfahrzeuge wie den Fabia oder den SUV Kamiq. Die bauen die Tschechen nun bis 2030, länger als bisher geplant.

»So langsam, wie die E-Mobilität derzeit hochläuft, gehen wir lieber da noch mal in die Verlängerung«, sagt Zellmer. Mit VWs Elektro-Kleinstwagen und Škodas frischen Verbrennern sei der Konzern auf jede denkbare Zukunft vorbereitet. Auch auf eine, in der sich die E-Mobilität weiter schwertäte.

Als VW-Markenvorstand Schäfer den ID. Every1 der Welt präsentierte, ließ er leise Zweifel zu. Das »Volkswagen-Feeling« sei in den vergangenen Jahren schon etwas verblasst, gestand er auf der Bühne. Aber jetzt, mit dem wahren Volks-Wagen, habe man einen Plan für die Zukunft.

Noch während der VW-Chef das Publikum verabschiedet, setzt die Musik ein. Dum-dum-dum, Dum-dum-dum-dum. Die elektrisieren die Bassline von Queens »Under Pressure«.

Unter Druck.

Alexander Demling, Lukas Kissel



VW-Markenchef Schäfer



VW-Betriebsratschefin Cavallo



Leapmotor-Chef Xin



Jan Woitas / dpa

Zockerei ums Gas

ENERGIE Europas Speicher sind so leer wie seit Jahren nicht. Verbrauchern und Industrie droht der nächste Kostenschock.

Geradezu idyllisch liegt das Werk der finnischen Firma Metsä am Eifel-Flüsschen Rur im rheinischen Kreuzau. Seit Jahrzehnten werden hier Klopapier und Küchenrollen hergestellt. Metsä liefert in einen Umkreis von etwa 500 Kilometern ihre Waren aus. Es mache ja keinen Sinn, Papier für den Haushalt durch halb Europa zu transportieren, sagt Geschäftsführer Tobias Lünig.

Nun rütteln die hohen Energiepreise an Lünings Kalkulation. Sein Werk braucht viel Erdgas, um das Papier zu trocknen. Metsä will die Produktion in Kreuzau reduzieren, 120 der knapp 500 Stellen sollen wegfallen.

Auf dem Energiemarkt drohen der Fabrik neue Schwierigkeiten: Deutschlands Gasspeicher sind nur noch zu etwa einem Drittel gefüllt. In den vergangenen zwei Jahren betrug der Füllstand zum selben Zeitpunkt 68 Prozent. Europaweit sind die Reservoirs so leer wie seit Frühjahr 2022 nicht mehr. Und die Frage ist, wer sie bei den aktuellen Preisen wieder auffüllen sollte: Im Großhandel, wo beispielsweise Stadtwerke Energie im Voraus kaufen, ist eine Gaslieferung für diesen Sommer teurer als für den kommenden Winter. Der Preisunterschied betrug zeitweise sechs Euro je Megawattstunde (MWh).

Das ist gegen jede Vernunft, da im Winter viel mehr Gas zum Heizen ge-

braucht wird als im Sommer. Üblicherweise kaufen Händler günstiges »Sommergas«, lagern es ein und verkaufen es im Winter teurer weiter. Dieser Anreiz fehlt der Branche erst einmal.

Wenn sich das nicht ändert, könnte Deutschland eine Vorgabe reißen, welche die EU im Krisenjahr 2022 eingeführt hat. Die Reservoirs müssen demnach bis November zu mindestens 90 Prozent gefüllt sein.

Im Zweifelsfall müsste der Staat eingreifen – wie 2022, als mehrere deutsche Gasspeicher, die damals noch im Besitz der russischen Gazprom waren, praktisch leergelaufen waren. Die Firma Trading Hub Europe (THE) kaufte im Bundesauftrag Gas für 8,7 Milliarden Euro. Das war wichtig, um einen Engpass abzuwenden. Allerdings machte THE mit dem späteren Verkauf des Gases 6,3 Milliarden Euro Verlust, da die Großhandelspreise wieder sanken.

Die Zeche dafür zahlen die Verbraucher in Form der Gasspeicherumlage – vom Privathaushalt bis zur Papierfabrik. Die Umlage startete 2022 bei 59 Cent je MWh. Mittlerweile ist sie auf knapp drei Euro gestiegen. Nun droht der nächste Kostenblock. »Wenn THE die Gasspeicher in diesem Jahr wieder befüllen muss, befürchten wir, dass die Umlage massiv steigen wird«, sagt Metsä-Manager Lünig. Die Umlage koste seinem Betrieb schon jetzt 1,2 Millionen Euro im Jahr.

Die ungewöhnliche Preiskonstellation auf dem Gasmarkt hat Gründe: Seit Januar strömt kein russisches Gas mehr durch die Ukraine nach Mitteleuropa. Der Kontinent ist mehr denn je auf Flüssigerdgas (LNG) angewiesen, das international gehandelt wird, zu schwankenden Preisen. Hinzu kam kaltes Wetter, das den Heizbedarf erhöhte. Und einige Händler spekulieren auf ein steigendes Angebot im Laufe des Jahres, falls die USA unter Präsident Donald Trump mehr LNG nach Europa exportieren sollten – oder gar Russland wieder Pipelinegas nach Europa liefern könnte, falls der Krieg in der Ukraine bald enden sollte.

Doch auch die Füllstandvorgaben sind Teil der Erklärung: Händler wetten offenbar darauf, dass der Staat im Zweifelsfall wieder einspringt und die Kosten auf Industrie und Privatleute abwälzt. Es habe »große Spekulationen« gegeben, sagte kürzlich Carsten Poppinga, Vorstandsmitglied des größten deutschen Gashändlers Uniper, »dass jemand diese Rechnung nimmt und den Speicher füllt«. Sollte THE die gleiche

Menge Gas beschaffen wie 2022, würde dies bei derzeitigen Preisen etwa 2,6 Milliarden Euro kosten – mit ungewisser Aussicht auf Verkaufserlöse in der Zukunft.

Die energieintensive Industrie würde die Speichermulage am liebsten abschaffen. »In vielen anderen europäischen Staaten tragen nur saisonale Gasverbraucher die Speicherkosten, nicht die Industrie mit ihrem ganzjährigen Bedarf«, sagt Alexander von Reibnitz, Hauptgeschäftsführer des Verbands Die Papierindustrie.

Deutschland könne sich die Umlage nicht länger leisten, sagt Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VCI): »So verlieren wir Schritt für Schritt Produktion an jene Länder, in denen die Gasnebenkosten deutlich geringer sind.« Für den Branchenriesen BASF läppert sich die Umlage auf Dutzende Millionen Euro im Jahr, die so nur hierzulande anfallen. »Ein Nachteil im globalen Wettbewerb«, so BASF.

Die Politik hat den Teufelskreis aus Fehlanreizen und Zockerei durchaus erkannt. Der Bund setzt sich auf europäischer Ebene dafür ein, die Füllstandvorgaben zu lockern – und stehe dazu »in engem Austausch mit der EU-Kommission«, so das Wirtschaftsministerium. Brüssel habe sich »aufgeschlossen gezeigt«.

Allein die Ankündigung zeigte schon Wirkung: Die Megawattstunde Sommergas sei zuletzt »nur« noch 1,30 Euro teurer gewesen als im kommenden Winter, berichtet die Preisagentur Argus Media. Als Anreiz, die Reservoirs zu füllen, ist das jedoch zu wenig.

THE tüftelt an einer Lösung. Das Unternehmen würde den Preisunterschied zwischen Einkauf im Sommer und Verkauf im Winter übernehmen, wenn Händler im Gegenzug Mengen garantieren, die zur nächsten Heizsaison verfügbar sein müssten – und sich das Preisverhältnis zwischen Sommer und Winter nicht noch rechtzeitig umkehrt. Bei den gleichen Mengen wie 2022 und den aktuellen Preisen entstünden Kosten von etwa 75 Millionen Euro.

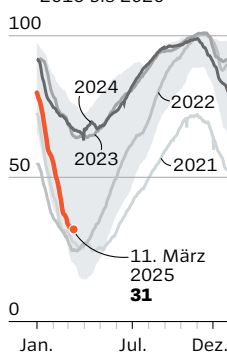
Papiermanager Lünig will langfristig weg vom Erdgas. Am liebsten will er künftig mit Strom trocknen. »Aber uns fehlt leider die Planungssicherheit in Deutschland«, klagt Lünig. Was ihm helfen würde: eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte, wie sie Union und SPD im Wahlkampf versprochen haben.

Benedikt Müller-Arnold

Wenig Reserve

Füllstand der deutschen Gasspeicher, in Prozent

■ Minimum/Maximum 2016 bis 2020



Quelle: GIE

Flo und die Anstalt

KARRIEREN Der neue ARD-Vorsitzende Florian Hager trägt Hoodie statt Anzug und redet lieber über KI als über das Fernsehen. So einer eckt an bei den Öffentlich-Rechtlichen. Kann er auch etwas bewegen?



Intendant Hager in seinem Büro: »Head for everything«

Auf einer Bühne im Sendesaal steht ein Büttenredner im rot-weiß gestreiften Löwenkostüm und verliest sein »Protokoll«. Ein Freitagabend im Februar, Frankfurt am Main, es läuft die TV-Aufzeichnung von »Hessen lacht zur Fassenacht«. Karneval beim Hessischen Rundfunk.

Im Publikum sitzen Hunderte Närrinnen und Narren. »Ui, ui, ui«, singen sie, gelegentlich schmettern sie ein dreifach donnerndes »Helau«. Der Löwe arbeitet sich an der Weltpolitik ab. Er frozelt über Trump, er wünscht sich Frieden für die Ukraine. Dann werden seine Themen etwas kleiner: »Die ARD speckt ab, wird mager – darüber wacht jetzt Florian Hager.«

Hager sitzt direkt vor der Bühne neben dem hessischen Ministerpräsidenten, verkleidet als Musketier im silberblauen Mantel, und versteckt sich unter einem breiten Kavaliershut. Den grau melierten Bart musste die Maske ihm dunkler tuschen, bübisch wirkt Hager dennoch. Er lacht, aber er scheint beschämt.

Wann immer man an diesem Abend seinen Blick fängt, verzieht er das Gesicht. Als wolle er fragen: Wo bin ich hier nur reingeraten?

Seit drei Jahren arbeitet Florian Hager, 48, als Intendant des Hessischen Rundfunks. Seit dem 1. Januar 2025 ist er zugleich der Vorsitzende der ARD, der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland, wie es offiziell heißt. In der Regel alle zwei Jahre übernimmt den Vorsitz eine Intendantin oder ein Intendant eines der neun Sender.

Den Job haben in der Vergangenheit zumeist sendungsbewusste Fernsehjournalisten auf dem Höhepunkt ihrer Karriere übernommen. Zum Beispiel »Sonnenkönigin« Patricia Schlesinger, wie man die einstige RBB-Intendantin und Ex-ARD-Vorsitzende nannte, die sich in ihrem ehemaligen Sender in einen Skandal verstrickte, in dem es unter anderem um allzu üppige private Dinner-Einladungen auf Senderkosten ging.

Hager ist anders.

In Menschenmassen auf Galas fühle er sich unwohl, sagt Hager. Große Ansprachen halten, das könne er nicht leiden. Den Neujahrsempfang mit Intendantenrede in seinem Sender hätte er gern abgeschafft.

Gerade deswegen könnte er die richtige Besetzung für den Posten sein. Wenn die Aufgabe nicht eine so undankbare wäre.

Wer Florian Hager in den ersten Wochen im Amt begleitet, erlebt die Gleichzeitigkeit der Baustellen, an denen es in der ARD zu arbeiten gilt.

Da ist der Druck aus der Politik, die die öffentlich-rechtlichen Sender zum Spielball macht, inklusive dauernder Angriffe aus den Parteien, allen voran der in Teilen rechts-extremen AfD. Da ist der nahezu unauflösbare Reformzwang, weil die Sender viel zu teuer und bräsig geworden sind, das Sparpotenzial aber überschaubar bleibt. Da ist das Fernsehpublikum, das wegstirbt, und eine junge Zielgruppe, die nicht erreicht wird.

Und die oft hausgemachten Affären der Sender, die verlässlich vernichtende Schlagzeilen provozieren. Wie die Fehlbesetzung und Trennung von Thilo Mischke als »tt«-Moderator oder die Falschberichterstattung des RBB über den Berliner Grünenpolitiker Stefan Gelbhaar.

Es sind viele Aufgaben für eine voraussichtliche Amtsperiode von zwei Jahren und eine Rolle, in der Hager praktisch nicht weisungsbefugt ist. Die ARD ist eine Arbeitsgemeinschaft der Sender, kein eigenes Organ. Jeder Intendant entscheidet über seine eigene Anstalt.

»Klassensprecher der ARD« – so nannte der ehemalige ARD-Vorsitzende Kai Gniffke die Rolle.

»Head for everything« – so nennt Florian Hager den Posten. Nicht weil er in der ARD fortan über alles das Sagen hat. Sondern weil er für alles als Erster den Kopf hinhalten müsse.

17. Februar, Florian Hager ist zu Gast bei Radio Bremen. Er will sich in allen Landesrundfunkanstalten der ARD als ihr neuer »Head for everything« vorstellen. Innenwirkung statt Außenwirkung.

Als er den Saal betritt, trägt er Skaterschuhe von Vans und einen schwarzen Kapuzenpullover, auf der Brust das ARD-Logo. Es ist der vorletzte Termin auf Hagers Antrittstour durch die Landesrundfunkanstalten. Neben ihm steht die Intendantin von Radio Bremen, Yvette Gerner. Bis vor einer halben Stunde trug sie über ihrer Bluse ein Jackett. Jetzt hat auch sie eine Kapuzenjacke mit ARD-Logo übergezogen.

Hager wird den ARD-Pulli in den ersten Wochen im Amt immer wieder überstreifen, im Arbeitsalltag im Büro, bei öffentlichen Auftritten.

Drei Stück hat er sich drucken lassen, bei Spreadshirt, einem Anbieter im Internet.

Der Ex-ARD-Vorsitzende Gniffke wird in seinen Gremien und der Öffentlichkeit häufig mit »Professor Doktor« angesprochen. Hager ist für die meisten nur: »der Flo«.

Dem neuen ARD-Vorsitzenden und seiner gewollt lockeren Selbstinszenierung könnte man mit Zynismus begegnen. Doch wer sich umhört in der ARD, dem begegnet heute vor allem Zustimmung zu Hagers Kurs.

Christine Strobl, Programmdirektorin der ARD, sagt: »Der Flo ist der Richtige zur richtigen Zeit für diesen Job.«

Ein RBB-Mitarbeiter sagt: »Eigentlich kriegen die Führungskräfte bei uns immer auf den Sack. Aber den lieben ja alle! Es gibt eine regelrechte »Flo-Mania.«

Philipp Schild, Programmgeschäftsführer von »funk« und langjähriger Kollege von Hager, sagt: »Ich könnte was Schlechtes sagen über den Flo – dass er Fan ist vom falschen Fußballverein«, dem FC Heidenheim.

Die Frage ist, welche Vision Hager für die ARD hat und wie weit er damit kommt. Er ist mit 48 Jahren deutlich jünger als frühere Intendanten. Sein Vorgänger beim Hessischen Rundfunk war 60 Jahre alt, als er ins

Amt kam, er blieb bis zur Rente. Kai Gniffke ist 64.

»Na, ich habe ja noch 20 Jahre im Job«, sagt Hager. Wenn er über Neuerungen in der ARD spreche, davon, wie der Übergang vom linearen Fernsehen in eine Welt gelingt, in der Algorithmen bestimmen, was wir sehen, dann sei das auch seine Zukunft, die er da verhandelt.

Aufgewachsen ist er auf einem Bauernhof in der Schwäbischen Alb. Seine Eltern seien Antiamerikanisten gewesen, sagt er. Strenges Jeansverbot, fernsehen durfte er nicht. Sein Medienkonsum als Kind habe sich auf Bücher beschränkt. Er sei der merkwürdige Lulatsch gewesen, in Cordhosen und Strickpulli. Der Vater habe gewollt, dass er Geiger wird.

Es kam anders. Hager kann viel erzählen von den Schleifen, die sein Leben nahm. Er studierte Medientechnik in Stuttgart und Filmwissenschaft in Paris, um der Enge der Heimat zu entkommen. Zwischendrin begleitete er einen Musiker als Tourmanager durch Simbabwe und landete dabei fast im Gefängnis vor den Toren von Harare, so berichtet er das. Er habe für seine Crew Gras besorgt und sei dabei erwisch worden. Und dann war da die Kneipe in Lissabon, die er spontan übernahm, auch wenn ein befreundeter Gastronom ihm abgeraten habe. Das war 2004, zur Zeit der Fußball-EM in Portugal. Es soll ein fabelhafter Sommer gewesen sein.

Nach der Zeit im Ausland kam Hager zurück nach Mainz, um zu promovieren. Als er dann aber erfahren habe, dass er Vater werde, habe er sich gesagt: »Jetzt muss du wohl mal was Richtiges machen.« Da war er Anfang dreißig.

Er arbeitete da bereits gelegentlich als freier Redakteur für das ZDF und bewarb sich auf alle festen Stellen, die ausgeschrieben waren, auch die des Referenten von Arte-Präsident Gottfried Langenstein. »Da haben sich 800 Leute beworben, sagte man mir damals. 799 qualifizierter als ich«, sagt Hager. Trotzdem habe Langenstein ihn eingestellt, vielleicht gerade deshalb, weil sein Lebenslauf so ungewöhnlich schien.



»Da haben sich 800 Leute beworben. 799 qualifizierter als ich.«

Er blieb es bald fünf Jahre und lernte den Apparat der öffentlich-rechtlichen Sender kennen. Vielleicht mehr, als ihm das lieb war.

Hager haderte mit den Öffentlich-Rechtlichen. Mit den verkrusteten Strukturen, mit dem Behördlichen, mit der Sturheit, in Sendepätzen zu denken.

2015 gründete er das Jugend-Content-Netzwerk »funk«. Anfänglich als peinlicher Versuch abgestempelt, jung und hip sein zu wollen, kennen heute 88 Prozent der Zielgruppe »funk«.

Fünf Jahre später baute er die ARD-Mediathek auf. Während andere Führungskräfte in den Sendern hilflos vor der Übermacht der großen Streaminganbieter standen, drängte er, sich weiter von der Linearität des Fernsehens zu lösen. Heute nutzen die ARD-Mediathek fast drei Millionen Menschen täglich.

Und doch hat Hager Gegner. Als er im Oktober 2021 zur Wahl des Intendanten im Hessischen Rundfunk antrat, verbreiteten seine Kritiker, er sei kein verlässlicher Kandidat. »Da wurde meine eher wilde Vergangenheit auch gegen mich eingesetzt«, sagt Hager. Mehrmals sei er angerufen und gebeten worden, seine Kandidatur zurückzuziehen. Erst im vierten Wahlgang wurde er gewählt, mit 18 von 32 Stimmen.

17. Januar 2025, ein frostiger Tag in Magdeburg. Florian Hager ist zum Rapport im Medienausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt geladen. Er soll den aktuellen Finanzplan der ARD vorstellen. Es ist einer der Termine, an dem er keinen Hoodie trägt. Den Sitzungssaal betritt er mit Anzug und Krawatte.

Im Herbst des vergangenen Jahres haben die Ministerpräsidenten der Länder einen Reformstaatsvertrag beschlossen, der auch zum Ziel hat, die Sendeanstalten günstiger zu machen. Spartenkanäle sollen zusammengelegt, Radiowellen gestrichen werden. Einer Erhöhung des Rundfunkbeitrags, der den Sendern eigentlich seit Anfang des Jahres zusteht, stimmte die Politik bislang nicht zu. Die Sender legten Verfassungsbeschwerde ein.

Das Verhältnis zwischen Politik und Sendern ist angespannt, vielleicht noch etwas mehr als sonst.

Dorothea Frederking, Ausschussmitglied der Grünen, will wissen, ob eine Beitragserhöhung nicht vermeidbar wäre, wenn die Sender nur genug sparten. Immerhin hätten sie eine Milliarde Euro an Rücklagen aus Beiträgen, die sie nutzen könnten, um ihre Haushaltslücken zu stopfen. So hatten das auch die Ministerpräsidenten vorgeschlagen.

Florian Hager verweist darauf, dass das geltende Recht es nicht erlaube, die Reserven so zu nutzen, wie Frederking meint. »Sie sagten, dass das schon beschlossen ist – all die Dinge sind nicht beschlossen«, sagt er.

»Doch«, sagt die Abgeordnete der Grünen. Hager: »Nein, sind sie nicht.«

Die Politikerin: »Die eine Milliarde Euro ist freigegeben.«

Hager: »Nein.«

Es folgen lange Diskussionen auch mit dem anwesenden Staatsminister über die Vorwir-

kung von Gesetzen, über das, was die Politik gegenwärtig erwarten kann von der Senderleitung und was nicht.

Wer der Sitzung folgt, stellt bald fest, dass nur die wenigsten Abgeordneten des Medienausschusses wissen, wie wenig Einfluss der ARD-Vorsitzende auf das Programm der Sender hat.

Ein Ausschussmitglied der AfD fragt, ob Florian Hager ausschließen könne, dass der Satiriker El Hotzo künftig noch mal aus Beitragsgeldern bezahlt werde. Dieser hatte wegen eines Scherzes, in dem er Trump im Zusammenhang mit dem Attentatsversuch den Tod gewünscht hatte, seinen Job beim RBB verloren.

Oder warum Hager nicht gendere – und dennoch in so vielen Formaten der ARD gegendert werde.

Die AfD hat noch nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk am liebsten abschaffen würde.

Ein Abgeordneter der CDU liest derweil die Tageszeitung auf dem Tablet und recherchiert nach einer Powerbank bei Amazon. Er wird dem Vorsitzenden der ARD keine Frage stellen. Es ist offen, welche Bedeutung die öffentlich-rechtlichen Sender in Zukunft noch haben können.

3. Februar in Frankfurt, zweieinhalb Wochen nach dem Termin im Landtagsausschuss, der erste Arbeitstag der neuen Volontärinnen und Volontäre im Hessischen Rundfunk. Florian Hager – wieder im Hoodie – begrüßt sie in ihrem Seminarraum im Sender. »Keine Sorge, ich frag euch jetzt nicht, ob ihr abends im Fernsehen die ›Hessenschau‹ guckt«, sagt er. »Schau ich so auch nicht.«

Am liebsten will er gar nicht über klassische TV-Formate reden. Ein Kanzlerduell vor der Wahl? Hätte er nicht gemacht. Das

Für einen, der gern von morgen redet, geht der Wandel womöglich zu langsam.

sei ein Sechzigerjahre-Format, gar nicht zeitgemäß.

Lieber redet Hager über künstliche Intelligenz. Immerhin Sorge die künftig dafür, dass Inhalte beim Beitragszahler landeten. »Wir steuern jetzt in eine Agenten-Ära«, sagt er und zeichnet ein Bild der nahen Zukunft, wie er sie sieht. Menschen, die mit kleinen Virtual-Reality-Brillen herumlaufen und jene Inhalte präsentiert bekommen, die Algorithmen für sie auswählen.

»Die Politik diskutiert noch über lineare Kanäle und Radio, und in den Sendern haben wir Social Media gerade erst verstanden, aber da wird's hingehen! Und darüber müssen wir uns jetzt Gedanken machen«, sagt Hager. Es ist seine Taktik, die Baustellen der Gegenwart zu überspielen.

20 Minuten später sitzt er in seinem Intendantenbüro. »Hier war noch bei meinem Vorgänger so klassisch eine Flügeltür, Vorzimmer, Sekretärin«, sagt er. Heute ist das Büro kleiner, Hager hat Glaswände einziehen lassen, an denen bunte Klebezettel und Organigramme hängen. Auf seinem MacBook kleben Sticker, etwa ein Gorilla auf dem Skateboard. Auf dem Tisch liegt »The Coming Wave«, ein Buch über KI. Auf seinem Regal steht ein Glöckchen, die ARD-Vorsitzglocke. Sie wird wie ein Zepter weitergereicht.

Hager hat keinen richtigen Schreibtisch, nur einen kleinen Konferenztisch vor einem Monitor für Videocalls. Den Direktorenkon-

ferenzsaal, der neben dem Büro lag, hat er aufgelöst. Der schwere Holztisch mit den Ledersesseln steht heute in der Kantine.

Ein Jurist des Senders betritt das Büro von Hager. Er trägt einen karierten Pullunder unter seinem Jackett, setzt sich an den Tisch und überschlägt die Beine. Er steht kurz vor der Rente. Er siezt Hager.

Es sind noch wenige Wochen bis zur vorgezogenen Bundestagswahl. Der Jurist ist zuständig dafür, die Wahlwerbespots zu prüfen, die über die Radioprogramme des HR laufen sollen. Er berichtet Hager, dass es Probleme mit einem der Spots gebe. Mit dem der AfD.

Es sei so, erklärt der Jurist: Er bestehe grundsätzlich darauf, dass die Parteien ihm die Spots in einem bestimmten Audioformat gebrannt auf CD vorlegen. Das sei die Technik, die er beherrsche. Das habe er schon immer so gehandhabt. Nun habe die AfD das falsche Format gespeichert. Der Jurist braucht Order.

»Und mit dem Inhalt ist alles okay?«, will Hager wissen. Der Jurist bejaht. Auch werde man das Format wohl abspielen können, nur gegen sein Prinzip verstoße das. Normalerweise würde er da jetzt in die Konfrontation gehen.

»Ich denke, in dem Fall sollten wir uns kümmern, dass der Spot gesendet werden kann«, sagt Hager. Der Tonfall bemüht verständlich.

Hager mit seiner KI-Fantasie oder der Jurist, der Dateiformate auf CDs überprüft – es ist schwer auszumachen, wer im öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Exot ist.

Vielleicht braucht es Exoten wie Hager, um einen großen Verbund aus Sendeanstalten zu ändern, um einen Ruck durch die ARD zu schicken, wie seine Anhänger hoffen.

Vielleicht aber bleibt von seinen Visionen am Ende nicht viel, und die Anstalten werden Hager früher oder später schlucken, wenn er sich im Inneren abkämpft für zukunftsweisende Formate und schnellere Prozesse, während die ARD von außen immer noch Staub ansetzt. Für einen, der gern von morgen redet, geht der Wandel womöglich zu langsam.

Am 14. Februar gibt Florian Hager seine erste Pressekonferenz als ARD-Vorsitzender. Er sitzt in einem Berliner Hotelzimmer und hat sich virtuell zugeschaltet. Rund 30 Journalisten nehmen teil.

Er will eine erste große Errungenschaft mit der Öffentlichkeit teilen.

Wochenlang hat Hager im Hintergrund gesprochen, mit den anderen Intendanten, mit der Programmdirektorin, der ARD-Geschäftsführung. Nun verkündet er der Presse, dass sich alle Sender der ARD darauf geeinigt hätten, den neuen Reformstaatsvertrag anstandslos umzusetzen – und damit auch das beschlossene Sparpaket. Ausnahmsweise ganz ohne Skandal in den Sendern.

Berichtet wird am Ende nicht darüber. Was man in der ARD als Erfolg sieht, war wohl eine Selbstverständlichkeit für alle anderen. Vicky Bargel



Musketier Hager, CDU-Politiker Boris Rhein bei Karnevalssitzung: »Die ARD speckt ab, wird mager«

Schenken Sie Lesefreude

Jetzt Ihren Wunschtitel verschenken und Gutscheine sichern.



DER SPIEGEL für ½ Jahr

Deutschlands bedeutendstes Nachrichten-Magazin steht für einen unabhängigen und investigativen Journalismus.

26 Ausgaben für nur €6,30 pro Ausgabe.

Belieferung
endet
automatisch

»Dein SPIEGEL« für 1 Jahr

Das Nachrichten-Magazin für Kinder und Jugendliche ab 8 Jahren, die unsere Welt verstehen wollen. So macht Wissen Spaß!

12 Ausgaben für nur €5,40 pro Ausgabe.



SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr

Hier wird die Vergangenheit emotional und packend erzählt. Jede Ausgabe widmet sich einem historischen Thema.

6 Ausgaben für nur €9,- pro Ausgabe.

Ihr Geschenk:
ein Amazon-Gutschein
in Höhe von €20,-.



Einfach jetzt anfordern:
abo.spiegel.de/geschenk

oder telefonisch unter 040 3007-2700

DER SPIEGEL



Ein Abschied mit Humor: Justin Trudeau trägt seinen Stuhl aus dem kanadischen Parlament in Ottawa – und streckt dabei die Zunge raus. Er tut so, als würde er ihn stehlen, dabei ist es Abgeordneten erlaubt, den Stuhl als Andenken mitzunehmen. Trudeau hat Kanada seit 2015 als Premier regiert. Anfang Januar kündigte er unter anderem aufgrund schlechter Umfragewerte für die Liberale Partei seinen Rücktritt an. Kritiker werfen ihm eine verfehlte Einwanderungs- und Wirtschaftspolitik vor.

Carlos Osorio / REUTERS

Schikanen gegen den Rivalen

ANALYSE Wie der türkische Präsident Erdoğan Istanbuls Bürgermeister Ekrem İmamoğlu bekämpft

Ekrem İmamoğlu, 54, ist gelungen, was nur wenige seiner Kollegen je vermocht haben: Er hat die Regierungspartei unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan geschlagen – gleich zweimal; bei der Kommunalwahl in Istanbul 2019 und dann erneut im vergangenen Jahr. Nun strebt er höhere Ziele an: İmamoğlu hat Ende Februar erklärt, bei der Präsidentschaftswahl 2028 antreten zu wollen. »Wir begeben uns auf eine Reise mit unserem Volk, das sich nach Freiheit, Gerechtigkeit, Wohlstand sehnt«, schrieb er auf der Plattform X. Mit seiner Kandidatur verbindet er die Hoffnung auf einen »fairen, zivilisierten Wettstreit«.

Dass sich diese Hoffnung eher nicht erfüllen wird, hat Amtsinhaber Erdoğan in den vergangenen Tagen der türkischen Öffentlichkeit recht unverhohlen zu verstehen gegeben. Nur Stunden nachdem İmamoğlu seine Kandidatur eingereicht hatte, wurde bekannt, dass die Justizbehörden ein Verfahren gegen ihn

eingeleitet haben. Die Staatsanwaltschaft verdächtigt ihn, sein Universitätsdiplom gefälscht zu haben, was ihn laut Gesetz für eine Präsidentschaftskandidatur disqualifizieren würde.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich der Istanbuler Bürgermeister gegen Attacken der Justiz wehren muss. In einem Fall wurde er wegen der vermeintlichen Beleidigung eines Beamten bereits zu mehr als zwei Jahren Haft verurteilt. Das Berufungsverfahren wurde mehrfach verschoben. İmamoğlu bezeichnet die Vorwürfe als »politisch motiviert«. »Erdoğan denkt offenbar, dass er mit diesen Spielchen überleben wird, statt sich bei den Wahlen dem Volk zu stellen«, schrieb er auf X.

Die Erdoğan-Regierung geht gerade so bedingungslos gegen Widersacher vor wie selten seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016. Mehrere Rathauschefs wurden festgenommen, unter anderem in Istanbul, wo es Stadtteilbürgermeister traf, die mit İmamoğlu verbündet sind. Selbst gegen die Präsidenten des einflussreichen Unternehmerverbands Tüsiad ermittelte die Justiz, nachdem sie Repressionen gegen die Opposition kritisiert hatten. Manche Beobachter vermuten, dass Erdoğan bereits für 2028 Vorbereitungen trifft. Rund drei Jahre vor dem regulären Wahltermin beginnt in der Türkei so schon wieder eine Art Wahlkampf. Maximilian Popp

Zug entführt

PAKISTAN Mehr als 30 Stunden dauerte die Geiselnahme. Dann gelang es pakistanischen Spezialkräften, die Passagiere aus dem von Separatisten gekaperten Zug in der Provinz Belutschistan zu befreien. Mit dem Einsatz endete eine der spektakulärsten Entführungen in der jüngeren pakistanischen Geschichte.

Separatisten der Balochistan Liberation Army (BLA) hatten den Zug am vergangenen Dienstag gestoppt, indem sie ein Gleis sprengten. Die Militanten töteten drei Sicherheitskräfte, die die Strecke bewachten, und überwältigten das Zugpersonal. In dem Zug auf der Fahrt von Quetta nach Peshawar befanden sich nach Angaben aus Sicherheitskreisen etwa 440 Passagiere. Es handelte sich wohl größtenteils um Armeebeschäftigte und deren Familienangehörige. 21 Fahrgäste kamen nach Militärange-

ben ums Leben. Premierminister Shehbaz Sharif sagte, das ganze Land sei »zutiefst schockiert über diese abscheuliche Tat«.

In Belutschistan, einer rohstoffreichen, aber unterentwickelten Region an der Grenze zu Afghanistan und Iran, kämpfen Separatistengruppen seit Jahrzehnten gegen die Zentralregierung. Die BLA ist die größte Gruppe, sie wirft der pakistanischen Regierung vor, die Ressourcen der Region auszubeuten, ohne dass die lokale Bevölkerung davon profitiere. Die BLA fordert die Unabhängigkeit von Pakistan.

Syed Muhammad Ali, ein Sicherheitsexperte aus Islamabad, äußerte gegenüber der Nachrichtenagentur AP Zweifel, dass die Strategie der Separatisten zum Erfolg führe. Mit Angriffen auf unbewaffnete Zivilisten erregten sie zwar kurzfristig Aufmerksamkeit, brächten aber letztlich nur die Bevölkerung gegen sich auf. JFR

Destination Den Haag

PHILIPPINEN Die außerordentliche Reise des Rodrigo Duterte, sie nahm ihre dramatische Wendung an Terminal 3 des Ninoy Aquino International Airport bei Manila, Hauptstadtflughafen der Philippinen. Des Landes, das er einst regierte – und das ihn nun verhaftet hat, auf Geheiß des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag.

Für den 79-Jährigen ist es der Tiefpunkt seiner politischen Karriere. Von 2016 bis 2022 war Duterte Präsident des südostasiatischen Staats. Sein brutaler »Krieg gegen die Drogen«, der Abertausende Todesopfer forderte, brachte früh die internationale Justiz gegen ihn auf. Statt Ursachen des Drogenkonsums zu bekämpfen, führte Duterte gewissermaßen einen »Krieg gegen die Süchtigen«. »Wenn ihr irgendwelche Abhängigen kennt, geht und tötet sie«, hetzte er. In Armenvierteln wurden Konsumenten erschossen, oft basierend auf Mutmaßungen. »Während Dutertes Präsidentschaft haben so viele Kinder ihren Vater verloren«, klagte die Witwe eines Getöte-

ten in Manila vor einigen Jahren gegenüber dem SPIEGEL. »Den Killern ist bis heute nichts passiert. Ich verlange, wie so viele, Gerechtigkeit.«

Inzwischen regiert Präsident Ferdinand »Bongbong« Marcos Jr. das Land – ein Erzrivale Dutertes. Die Festnahme seines Vorgängers wirft erneut ein Schlaglicht auf die internationale Justiz. Der IStGH steht unter Druck. Das Gericht hatte zuletzt umstrittene Haftbefehle erlassen, unter anderem gegen Israels Premier Benjamin Netanyahu wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza. Kremlherrscher Wladimir Putin wird unter dem Verdacht der Kriegsverbrechen in der Ukraine gesucht. Dennoch reiste er 2024 ungestört in die Mongolei. CDI



Duterte

Roxley Dela Pena / EPA



Machar, Kiir

»Provokationen von beiden Seiten«



Privat

Der Politikwissenschaftler Ulrich Thum, 49, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Juba, über die Zuspitzung

des Machtkampfs zwischen Präsident Salva Kiir und seinem Vizepräsidenten im Südsudan

SPIEGEL: Herr Thum, Präsident Salva Kiir hat Anhänger seines Vize festnehmen und dessen Haus von Soldaten umstellen lassen. Was bezweckt er damit?

Thum: Kiir sendet damit ein unmissverständliches Signal: Er wird es nicht dulden, wenn Mitglieder seiner Regierung Angriffe auf das Militär unterstützen. Vergangene Woche hat eine Miliz jener ethnischen Gruppe, der auch der Vizepräsident angehört, eine Militärbasis im Osten des Landes attackiert. Als Uno-Friedenstruppen einen General per Helikopter evakuieren wollten, beschossen die Milizionäre sie. Der General und weitere Soldaten starben. Offenbar macht Kiir Anhänger des einstigen Rebellenführers und heutigen Vizepräsidenten Riek Machar für diese Eskalation verantwortlich.

SPIEGEL: 2018 endete der Bürgerkrieg im Südsudan, als Präsident Kiir und Rebellenanführer Machar ein Friedensabkommen unterzeichneten. Droht er nun von Neuem loszubrechen?

Thum: Das hängt davon ab, inwieweit sich Präsident und Vizepräsident arrangieren. Kiir und Machar haben in den letzten Bürgerkriegen unerbittlich

gegeneinander gekämpft, im Vergleich dazu gehen die beiden heute fast achtsam miteinander um. Und dennoch gibt es von beiden Seiten Provokationen: Kiir versucht zunehmend, seine Macht zu festigen. Machar behält Einfluss über Milizen, die bis heute nicht entwaffnet wurden. Die Frage ist, ob die beiden Institutionen schaffen werden, die die Verteilung der Öleinnahmen regeln.

SPIEGEL: Die Erlöse daraus haben in der Vergangenheit fast den gesamten Staatshaushalt gedeckt. Doch aufgrund des Bürgerkriegs im benachbarten Sudan floss kein Öl mehr durch die größte Pipeline ans Rote Meer.

Thum: Das ist ein massives Problem für Präsident Kiir. Bisher konnte er die Ölmilliarden fast allein verteilen. Er hat sie genutzt, um die vielen bewaffneten Gruppen ruhigzustellen und dadurch das Land einstweilen zusammenzuhalten. Doch seit über einem Jahr fehlt dieses Geld.

SPIEGEL: Besteht die Gefahr, dass die Kämpfe im Südsudan sich mit dem Bürgerkrieg im Sudan verbinden?

Thum: Im schlimmsten Fall: ja. Lange Zeit hat sich der Südsudan darum bemüht, im Bürgerkrieg zwischen der Regierung und den sudanesischen Rebellen neutral zu bleiben. Nun spricht vieles dafür, dass sich Präsident Kiir den Rebellen annähert. Die Leidtragenden wären die südsudanesischen Bevölkerung und die eine Million Flüchtlinge aus dem Sudan – sie müssten erneut fliehen, wenn der Krieg auf den Südsudan übergreift. VAD

Die Flaggen von 34 Staaten stehen am Dienstag dieser Woche vor den holzgetäfelten Wänden des »Paris Defence and Strategy Forum« am Trocadéro-Platz – eine für jeden angereisten militärischen Stabschef.

Allein die Zahl ist beeindruckend. Sie deutet die Dimension dessen an, was hier gerade geschieht: Nie seit Bestehen der Nato haben sich so viele hochrangige Militärs in Europa getroffen. Sie beraten, wie der alte Kontinent sich verteidigen, sich neu erfinden kann. Jetzt, wo auf Amerika, die einstige Führungsmacht des Westens, kein Verlass mehr ist.

Neben den EU-Mitgliedstaaten sind Vertreter aus Japan, Kanada, Neuseeland und Australien gekommen. Gastgeber Emmanuel Macron begrüßt jeden einzelnen der anwesenden Militärs mit Handschlag. »Happy that you are here«, sagt er auf Englisch. Aus den USA ist niemand angereist.

Es ist nicht lange her, dass der französische Präsident wie eine »lame duck« wirkte. Macron ist innenpolitisch angeschlagen. Seine Partei hat seit Sommer keine Mehrheit im Parlament, täglich schien der einstige Hoffnungsträger an Autorität zu verlieren.

Macron zeige aufgrund seines Machtverlusts Anzeichen von Depressionen, hieß es im Herbst in Paris. Es sah so aus, als würde er in den verbleibenden gut zwei Jahren seiner Amtszeit nicht mehr viel zustande bringen. Was für ein Irrtum.

Geopolitische Krisen wie jene, die Europa seit Donald Trumps Amtsantritt und seinem öffentlichen Zerwürfnis mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj erlebt, setzen bei Macron Kräfte frei. Gemeinsam mit dem britischen Premier Keir Starmer formt er seit Wochen eine europäische »Koalition der Willigen«. Sie emanzipiert sich verteidigungspolitisch von den USA und soll, so der Plan, einen Frieden in der Ukraine militärisch absichern.

Zu besichtigen ist ein europäischer Frühling in der Sicherheitspolitik. Und es ist ein unwahrscheinliches, ungleiches Paar, das nun auf dem Kontinent den Ton angibt.

Starmer regiert ein Land, das dem alten Kontinent vor fünf Jahren brüsk den Rücken kehrte, in der Hoffnung, allein zu neuer Größe zu finden. Nun rückt ausgerechnet der Labour-Politiker, vor Kurzem noch als hölzern und führungsschwach verschrien, Großbritannien wieder näher an Europa heran – und heilt nebenbei alte Brexit-Wunden. Nur wenige hatten ihm das zugetraut.

Macron wiederum hatte schon 2017, nur vier Monate nach seinem Wahlsieg, ein unabhängiges, verteidigungsbereites Europa gefordert. Seine Vorschläge blieben weitgehend folgenlos. Weil die anderen noch nicht so weit waren, weil Angela Merkel nie antwortete, aber auch weil er sich in französischen Alleingängen verlor. Erst jetzt, im Moment seiner größten innenpolitischen Schwäche, könnte ihm außenpolitisch gelingen, wofür er seit Jahren kämpft.

Soldaten bei Nato-Übung in Rumänien



US-Präsident Trump hat diese Woche den vorübergehenden Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine aufgehoben und teilt auch wieder Geheimdienstinformationen. Doch der Schaden, den er angerichtet hat, bleibt. Der künftige Schutz Europas durch Amerikas Militärmacht steht massiv infrage. Immer wieder betont Trump, dass er Bündnispartner nicht schützen werde, wenn sie seiner Meinung nach nicht genug Geld für ihre Verteidigung ausgeben. Elon Musk, reichster Mann der Welt und Trumps enger Berater, verbreitet gar, die Allianz gehöre abgeschafft.

Die Europäer reagieren auf diese Schockwellen mit einem Aufbruch. EU-Ratspräsident António Costa spricht bereits von »gleich gesinnten Nato-Partnern«, die nun vorangehen müssten. Macron sagt: »Ich möchte daran glauben, dass die USA an unserer Sei-

te bleiben werden. Aber wir müssen bereit sein, falls dies nicht der Fall sein sollte.«

Eine Nato ohne die USA – das wäre eine Jahrhundertaufgabe, eine historische Zäsur. Aber genau die wird nun ernsthaft erwogen. »Trump is making Europe great again«, schreibt die »Financial Times«.

Gedacht wird noch in Szenarien. Viel hängt davon ab, wie Trump sich in den kommenden Monaten verhält. Doch schon jetzt zeichnen sich mögliche Umrisse einer europäischen Nato ab, in der Washington keine oder kaum mehr eine Rolle spielt. Ein neues, flexibles Bündnis könnte vom türkischen Van bis ins kanadische Vancouver reichen – und im besten Fall auf die kampferprobte Ukraine zählen. Aber wie realistisch ist diese Vision?

Im Sommer, am Tag nach seinem Wahlsieg, verfasste Keir Starmer vier identische Briefe.

Europäischer Frühling

MILITÄRBÜNDNISSE Auf Washington ist kein Verlass mehr, die Europäer wollen selbst für ihre Sicherheit sorgen. Schon kursieren Szenarien für eine Nato ohne die USA.



Andrei Pungovschi / Bloomberg / Getty Images

In ihnen werden traditionell die Kommandanten der vier mit Nuklearwaffen bestückten U-Boote instruiert, was zu tun wäre, falls London aufgrund eines Angriffs nicht mehr zu erreichen ist: Sollen sie zurückschlagen? Oder sich zurückhalten?

Die Briten sind stolz auf ihre Fähigkeiten zum atomaren Zweitschlag. Die Entscheidung über die Reaktion auf einen Nuklearangriff, betonen sie, träfen sie allein. Das Vereinigte Königreich sei unabhängig. Die Realität ist komplizierter. In britischen U-Booten steckt jede Menge amerikanische Technik. Die Interkontinentalraketen vom Typ Trident, die im Notfall Moskau erreichen sollen, müssen regelmäßig in den USA gewartet werden. Wenn Washington nicht mehr mitspielt, könnte die nukleare Abschreckung der Briten irgendwann nur noch eine Attrappe sein.

Die Amerikaner haben die Nato bewusst so ausgerichtet, dass ohne sie nicht viel funktioniert. Das Bündnis war immer auch ein Vehikel, um die Verbündeten zu kontrollieren. Das US-Militär bilde das Skelett der Nato, sagt der ehemalige amerikanische Nato-Botschafter Ivo Daalder. »Und wenn man plötzlich das Skelett herausnimmt, stirbt der Körper.«

Die hochauflösenden Satellitenbilder, die Transportflugzeuge und Geheimdienst-erkenntnisse der USA halten die Nato zusammen. Hinzu kommen Waffen wie Tarnkappenjets, die europäische Rüstungsfirmen nicht selbst herstellen. Stattdessen kaufen viele Länder, auch Deutschland, F-35-Kampf-flugzeuge in Washington ein. Inzwischen stellt sich die Frage, ob sie auch fliegen würden, falls die USA das nicht wollen.

Die Jets funktionieren nur dank amerikanischer Ersatzteile und Software. In Europa wird gerade gerätselt, ob das Pentagon vielleicht sogar eine Art »Killswitch« eingebaut haben könnte – einen Mechanismus, der das Flugzeug bei Bedarf unbrauchbar machen würde. Einen physischen Schalter gibt es wahrscheinlich nicht. Doch die F-35 gleichen fliegenden Rechenzentren. Ähnlich wie bei iPhones gilt: Ohne Update ist das Gerät bald kaum noch zu gebrauchen. Zudem muss jeder Pilot eine PIN eingeben, damit die Maschine startet. Das Pentagon könnte sie einfach ändern.

Unbegründet sind diese Sorgen nicht. Die Ukrainer haben in den vergangenen Tagen zu spüren bekommen, was es bedeutet, wenn Himars-Raketenwerfer plötzlich unbrauchbar sind, weil die USA keine Zieldaten mehr liefern.

Großbritanniens Geheimdienste und das Militär sind besonders eng mit ihren amerikanischen Partnern verflochten. Öffentlich betont Starmer deshalb weiterhin die »special relationship« mit den USA. Bei seinem Besuch in Washington präsentierte er geradezu unterwürfig eine Einladung von König Charles III. Schmeicheln, um Trump bei Laune zu halten, das scheint seine Strategie zu sein. Doch auch im Regierungssitz in der Downing Street fragt man sich, wie lange das noch gut gehen kann.

Auf den Fluren des Nato-Hauptquartiers in Brüssel gibt es seit Tagen Gerüchte, die Amerikaner könnten bald den Rückzug antreten. Angeblich denkt Washington darüber nach, die Beteiligung bei Nato-Manövern schon in diesem Jahr zu reduzieren. Militärisch wäre das kein großes Problem, doch das Signal wäre fatal.

»Ich hätte nie gedacht, dass es so weit kommen könnte«, sagt Richard Shirreff. Bis 2014 war der Brite Vizechef der Nato-Truppen in Europa, nun sitzt er in einer Londoner Hotelbar. Shirreff war in Afghanistan und im Irak, er diente unter Amerikanern und befehligte sie. Über die Jahre, sagt er, sei Vertrauen zu den Kameraden erwachsen. Das sei alles dahin. Die USA, glaubt Shirreff, werden sich vollständig aus der Nato zurückziehen. Die Beistandsgarantie sei schon jetzt eine Illusion. Shirreff sagt: »Wer Trump traut, kann genauso gut Putin trauen.«

Der General a. D. ist überzeugt, dass Europa allein gegen Russland bestehen kann. Für das Belfer Center der Harvard-Universität hat er an einem Bericht zum Thema gearbeitet. Kommandoketten? Könne man anpassen. Genügend Flugabwehr? Lasse sich schon irgendwie beschaffen. »Natürlich schaffen wir das«, sagt er. »Aber wir müssen Opfer bringen.«

Wirtschaftlich sind die Europäer im Aufrüstungswettbewerb deutlich im Vorteil: Die russische Volkswirtschaft ist ungefähr so groß wie die Italiens. Russland kommt nur auf ein Zehntel der Wirtschaftskraft aller europäischen Nato-Staaten. Am besten brachte es

der polnische Premier Donald Tusk auf den Punkt: »500 Millionen Europäer bitten 300 Millionen Amerikaner, sie vor 140 Millionen Russen zu schützen.«

Shirreff schätzt, dass alle europäischen Nato-Länder mindestens 3,5 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben müssten, um die amerikanischen Fähigkeiten und Truppen zu ersetzen.

Das deckt sich weitgehend mit Berechnungen anderer Experten. Demnach müssten die Europäer jährlich rund 250 Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen – und zudem ihre Armeen besser koordinieren. Bisher sind sie kaum aufeinander abgestimmt.

Erst in 10 bis 15 Jahren, so glaubt der Analyst Franz-Stefan Gady, könnte man das Baltikum allein verteidigen. Andere sind optimistischer: Die Ukraine habe es in drei Jahren Krieg geschafft, die eigene Waffenproduktion hochzufahren, sagt der französische Militärexperte Pierre Servent. »2022 wurden nur 5 bis 7 Prozent der Waffen im Land hergestellt. Inzwischen sind es 30 Prozent. Warum sollte das den Europäern nicht auch gelingen?«

Überall auf dem Kontinent steigen nun die Verteidigungsbudgets, die Aktien europäischer Rüstungsunternehmen sind in die Höhe geschossen. In Deutschland verhandeln Sozialdemokraten, Grüne und Union über Mehrausgaben in Höhe von 500 Milliarden Euro. Der wohl künftige deutsche Kanzler Friedrich Merz – auf den in Europa alle warten – sagte, für die Verteidigungsausgaben müsse der Satz gelten: »Whatever it takes«, was immer nötig ist.

Auch die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird durch einen Kredit 150 Milliarden Euro bereitstellen. Mit dem Geld sollen explizit keine amerikanischen Waffen gekauft werden. Vor allem Paris hat sich für diese »Buy European«-Klausel eingesetzt, um sich nicht noch weiter von den USA abhängig zu machen.

»Ohne europäische Präferenz gibt es keine strategische Autonomie«, sagt der französische Minister für Europa-Angelegenheiten, Benjamin Haddad, dem SPIEGEL. Um den Rückstand aufzuholen, müsse die EU »finanziell kreativ werden, wie sie es in der Coronakrise schon war«. Gemeinsame Schulden seien nur eine von mehreren Optionen. So müsse die Europäische Investitionsbank endlich auch Rüstungsunternehmen finanzieren.

Die EU spielt in den europäischen Plänen dennoch nur eine Nebenrolle. In Verteidigungsfragen hat sie kaum Kompetenzen. Und im Europäischen Rat, in dem sich die Staats- und Regierungschefs treffen, könnten Putin-Freunde wie der ungarische Präsident Viktor Orbán Entscheidungen blockieren.

Starmer und Macron setzen deshalb auf eine flexiblere Gruppe. Die »Koalition der Willigen«, die sie für die Ukraine schmieden, umfasst neben Norwegen und Kanada wohl auch die Türkei. Womöglich könnte das Format auch zur Keimzelle eines längerfristigen Bündnisses werden.

Die Türkei ist Nato-Mitglied, in den vergangenen Jahren trat sie allerdings oft wie ein Gegner auf. Mal drohte Präsident Recep Tayyip Erdoğan, Nato-Stützpunkte im Land zu schließen, dann wieder ließ er Militärschiffe vor griechischen Inseln auffahren.

Doch ohne die USA an ihrer Seite, so die Einschätzung vieler Experten, können es sich die Europäer kaum leisten, Erdoğan auszuschießen.

Die Türkei kontrolliert den Zugang zum Schwarzen Meer und unterhält eine 400.000 Mann starke Armee, die zweitgrößte der Nato. Ihre Rüstungsindustrie kann schnell Waffen liefern, Kampfdrohnen wie Artilleriegeschosse. Schon beim Ukrainegipfel in London Anfang März saß Außenminister Hakan Fidan mit am Tisch. Wenn eine neue europäische Sicherheitsarchitektur entstünde, sagte er in einem Zeitungsinterview, wolle man dabei sein.

Ebenso wichtig ist die künftige Kooperation mit Kyjiw. Niemand weiß besser als ukrainische Soldaten, wie man mit Drohnen kämpft. Die Europäer können von diesem Wissen enorm profitieren. Schon jetzt produziert der deutsche Hersteller Helsing mit ukrainischen Rüstungsfirmen Kamikazedrohnen, ähnliche Unternehmen entstehen in Skandinavien und im Baltikum. Ob die Drohnen dereinst an der Front in der Ukraine oder zur Abschreckung anderswo in Europa eingesetzt werden, ist zweitrangig. Alles, was Putin in Schach hält, hilft.

Die heikelste Frage betrifft den künftigen Umgang mit den USA. Zwei Lager zeichnen sich ab. Das eine drängt auf klärende Gespräche und will wissen, ob die USA sich noch zur Nato bekennen. Falls nicht, müsse man sofort reagieren. Beispielsweise, indem Notfallpläne überarbeitet werden. Bisher sehen diese vor, dass die Europäer einen Angriff der russischen Armee so lange verzögern, bis die US-Armee nachrückt. Aber was tun, wenn sie dazu nicht mehr bereit ist?

Manche Vertreter dieser Position, wie der liberale britische Abgeordnete Mike Martin, plädieren gar für die Gründung einer neuen Organisation. »Je schneller wir die Realität akzeptieren, desto besser«, sagt Martin.

Das zweite Lager scheut die direkte Konfrontation mit der Trump-Regierung. Es wäre leichtsinnig, den Amerikanern einen Vorwand zu liefern und damit ihre Abkehr von Europa zu beschleunigen.

Eine neue Institution brauche es nicht, sagt François Heisbourg, französischer Militärexperte und Berater beim »International Institute for Strategic Studies« (IISS). Die Nato, sagt er, bliebe auch nach einem Rückzug der Amerikaner funktionsfähig. »Letztlich können die Europäer nur abwarten, wie Trump sich entscheidet, und sich vorsichtshalber auf das Worst-Case-Szenario einstellen.«

Am besten wäre ein geordneter Übergang. Möglich erscheint eine jahrelange Transitionsphase, in der Washington sich schrittweise zurückzieht, in Absprache mit den Verbündeten, die immer mehr Fähigkeiten selbst übernehmen. Doch ist dafür noch die Zeit?

Wie ernst die Europäer die Lage nehmen, zeigt sich an der Taktung der europäischen Gipfel in diesen Tagen. Am Mittwochmittag kamen die fünf wichtigsten europäischen Verteidigungsminister zusammen: Boris Pistorius aus Deutschland traf die Kollegen aus Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen.

Bei der anschließenden Pressekonferenz wurde deutlich, dass sie kein Szenario mehr ausschließen. Schon in den nächsten Tagen soll es weitere Beratungen geben. Die laufenden Gespräche, sagte der französische Außenminister Jean-Noël Barrot am Mittwoch, seien »fast genauso wichtig wie die Vorbereitungstreffen vor Gründung der Nato 1949«.

Matthias Gebauer, Oliver Imhof, Leo Klimm, Timo Lehmann, Steffen Lüdke, Maximilian Popp, Britta Sandberg



Christophe Ena / SIPA / action press



Toby Melville / WPA / Getty Images

Politiker Macron, Starmer, von der Leyen: »Wir müssen bereit sein«

Ein Land auf der Kippe

ANALYSE Die Gewalt eskaliert, in Syrien droht ein neuer Bürgerkrieg. Übergangspräsident Sharaa muss die kampfbereiten Milizen in der Armee vereinen.

Drei Monate lang war es erstaunlich ruhig in Syrien. Anders als befürchtet kam es nach dem Sturz von Baschar al-Assad zunächst kaum zu Zusammenstößen zwischen Truppen des neuen islamistischen Machthabers Ahmed al-Sharaa und Verbündeten des Ex-Diktators.

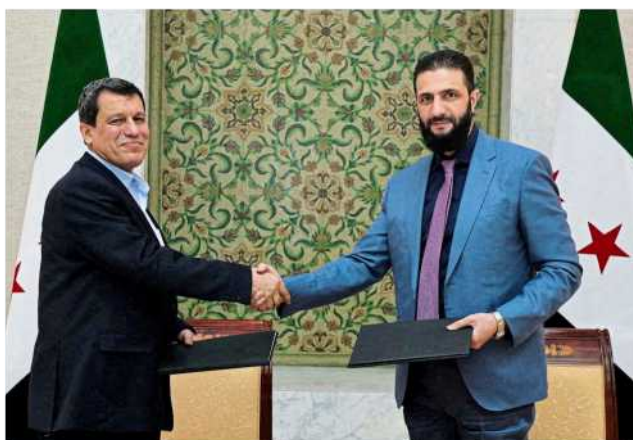
Nun jedoch steht das Bürgerkriegsland abermals auf der Kippe: Nachdem Assad-Getreue in Westsyrien Patrouillen der Übergangsregierung angegriffen hatten, eskalierte die Gewalt. Damaskus schickte Sicherheitskräfte in die Küstenregion; sunnitische Kämpfer verübten Rachemorde an der alawitischen Minderheit, der auch die Familie Assad angehört.

Laut dem Syrischen Netzwerk für Menschenrechte (SNHR), einer Organisation mit Sitz in Großbritannien, töteten Assad-Anhänger 432 Menschen, darunter 225 Zivilisten und 207 Sicherheitskräfte der Übergangsregierung. Diese wiederum sollen 529 Menschen getötet haben, darunter ebenfalls Zivilisten und bereits entwaffnete Kämpfer.

Der Gewaltausbruch ist ein Test für Interimspräsident Sharaa, dessen Islamistenmiliz Haiat Tahrir al-Scham (HTS) die Offensive gegen Assad angeführt hatte. In den ersten Wochen nach dem Machtwechsel wurde der 42-Jährige von vielen Landsleuten wie ein Popstar gefeiert. Noch Mitte Februar reiste er durchs Land, sein Auto kam kaum durch die Menschenmenge.

Sharaa versprach bei seinem Amtsantritt, Syriens »Mosaik« religiöser und ethnischer Gruppen in fairen Wahlen einzubeziehen. Minderheiten wie Drusen oder Christen standen ihm dennoch mitunter skeptisch gegenüber. Nun muss Sharaa fürchten, dass das Land auseinanderbricht.

Wird es einen erneuten Bürgerkrieg geben, der sich auf das ganze Land ausweitet? Oder wird Sharaa, wie angekündigt, die jüngsten Massaker aufarbeiten und sich damit auch gegenüber den Minderheiten als Landesvater beweisen?



Verhandlungspartner
Abdi, Sharaa

Am Montag kündigte er an, Übergriffe gegen Zivilisten hart zu bestrafen. »Syrien ist ein Rechtsstaat. Das Gesetz wird seinen Lauf nehmen.«

Sharaa rief einen unabhängigen Ausschuss zur Untersuchung der »Ereignisse an der syrischen Küste« ein, um Verantwortliche zu identifizieren und vor Gericht zu stellen. Innerhalb von 30 Tagen sollen ihm sieben Experten – fünf Richter, ein Brigadegeneral und ein Menschenrechtsanwalt – einen Bericht vorlegen. Fünf von ihnen stehen nicht der HTS nahe.

Kritiker werfen Sharaa vor, die Schuld an den jüngsten Gewalttaten auf sunnitische Milizen abzuwälzen, etwa auf die berüchtigte Abu-Amsha-Miliz, die von der Türkei unterstützt wird.

Tatsächlich stellt sich die Frage, wie viel Kontrolle Sharaa über die Milizen hat, über Abu Amsha oder die Hamza-Brigade, die beide der sogenannten Syrischen Nationalen Armee (SNA) angehören. Laut dem Syrischen Netzwerk für Menschenrechte ging die überwiegende Mehrheit der Verbrechen an Zivilisten von diesen beiden Fraktionen aus. Unter ihnen befinden sich auch ausländische Kämpfer, sagt der Gründer des SNHR, Fadel Abdulghany. »Viele Opferfamilien haben uns gesagt, dass sie die Sicherheitskräfte zu Hilfe gerufen haben. Das bedeutet nicht, dass auch Sharaas Männer an den Massakern beteiligt waren.«

»Syrien ist ein Rechtsstaat. Das Gesetz wird seinen Lauf nehmen.«

Ahmed al-Sharaa

Eine Vorahnung hatte die Übergangsregierung offenbar. Noch Ende Februar lud Sharaa 600 Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Teilen Syriens zu einer Konferenz nach Damaskus, dort betonte er die Notwendigkeit, Milizen in die neue Armee zu integrieren. In der Abschlusserklärung forderten die Teilnehmer »ein Waffenmonopol des Staats, den Aufbau einer professionellen nationalen Armee und die Ächtung aller bewaffneten Formationen außerhalb der offiziellen Institutionen«. Sharaa sagte, Syriens Stärke liege in seiner Einheit.

Doch das Land hat sich nach dem Bürgerkrieg von 2011 in einen Flickenteppich aus bewaffneten Gruppen verwandelt. Anfangs hatten sie einen gemeinsamen Feind: Baschar al-Assad, den es zu stürzen galt. Das haben sie erreicht. Für den neuen Machthaber Sharaa kommt es jetzt darauf an, eine geeinte Armee zu bilden und radikale Mitglieder auszuschließen. Bislang drängte er auf die Eingliederung sämtlicher Kämpfer – wohl wissend, dass das neue Syrien bislang nicht gefestigt genug ist, um seine Widersacher auszuschließen. Das Problem? »Die Integration all dieser Milizen braucht Zeit, sie ist noch nicht vollzogen«, sagt Menschenrechtler Abdulghany.

Umso wichtiger ist das am Montag beschlossene Abkommen mit den Demokratischen Kräften Syriens (SDF), einem kurdisch-arabischen Militärbündnis. Die SDF, die Teile von Nordsyrien kontrollieren, hatten sich als Partner der USA im Kampf gegen den »Islamischen Staat« verdient gemacht. Sharaa und SDF-Kommandeur Mazloum Abdi verständigten sich auf die vollständige Eingliederung der SDF in die staatlichen Institutionen.

Ahmed al-Sharaa hat noch eine Reihe weiterer Probleme. Es gibt mehrere ausländische Staaten, die in Verdacht stehen, Spannungen in Syrien zu befördern. Israel fliegt seit Wochen Angriffe im Süden. Beobachter gehen davon aus, dass Iran an der Attacke beteiligt gewesen sein könnte. Das Regime in Teheran war ein wichtiger Unterstützer Assads.

Auch Assads Schutzherr Russland kommt infrage. Die Angriffe gegen wichtige Militär- und Sicherheitsstandorte der Übergangsregierung deuteten auf logistische und nachrichtendienstliche Unterstützung hin, glaubt Menschenrechtler Fadel Abdulghany. »Das hatte etwas Systematisches.«

Mohannad al-Najjar, Dunja Ramadan ■



Korean Central News Agency / KNS / AFP

Truppen der Koreanischen Volksarmee auf dem Kim-Il-Sung-Platz in Pjöngjang 2023: 1,3 Millionen Soldaten unter Waffen

Die Schattenarmee

STREITKRÄFTE Nordkorea schickt Truppen in den Krieg gegen die Ukraine: junge Männer, die eher sterben sollen, als dem Feind in die Hände zu fallen. Wer sind die geheimnisvollen Soldaten?

In den Ackerfurchen lag noch Schnee, als die Kämpfer kamen. In weißen Tarnuniformen krochen sie über die Felder, Meter für Meter, um zu den ukrainischen Stellungen in der russischen Region Kursk zu gelangen. 16 Stunden lang griffen die Soldaten am 7. Februar an.

In jener Nacht saß Oleksandr, ein ukrainischer Offizier mit blondem Bürstenschnitt und präzise gestutztem Bart vor dem Monitor in seinem Kommandostand. Er verfolgte den Angriff, gab Befehle, koordinierte die Verteidigung. Oleksandr, Funkkennung »Genie«, untersteht ein Bataillon der 47. Mechanisierten Brigade.

Die Soldaten attackierten zu Fuß und im Pulk, an mehreren Stellen gleichzeitig. Offenbar Nordkoreaner. »Die Russen würden nicht in solch großen Gruppen übers Feld laufen«, sagt Oleksandr. »Denen ist ihr Leben lieb.«

Knapp zwei Wochen nach dem Angriff erreicht man Oleksandr in seinem Befehlsstand. Er hat die Kamera seines Handys eingeschaltet, unter seinen Augen sind dunkle Schatten, er wirkt konzentriert, fast grimmig.

Einige Wochen hatten die Ukrainer die nordkoreanischen Soldaten nicht gesichtet. Inzwischen scheinen sie wieder da zu sein. Das meldet der südkoreanische Geheimdienst NIS, und dafür sprechen Drohnenbilder, die Männer mit asiatischen Gesichtszügen zeigen. Man sieht sie im Morgengrauen aus ihren Schützengräben robben. Die ukrainischen Drohnen filmten auch einen Verwundeten in Nahaufnahme: Er lehnt an einem Baum, an seiner rechten Schläfe klebt Blut.

Etwa 10.000 Mann soll Nordkoreas Diktator Kim Jong Un im Herbst nach Europa geschickt haben, um den russischen Präsidenten Wladimir Putin bei seinem Krieg gegen die Ukraine zu unterstützen. Die Nordkoreaner

helfen, jenes umkämpfte Gebiet in Kursk zurückzuerobern, in das im vergangenen August überraschend ukrainische Verbände eingedrungen sind – die Offensive düpierte den Kreml.

Die russischen Truppen haben die ukrainischen Linien in Kursk zuletzt an mehreren Stellen durchbrochen. In der Kleinstadt Sudscha weht schon wieder die russische Flagge. Vor möglichen Friedensverhandlungen drängt Putin mithilfe der Nordkoreaner darauf, die Kontrolle wiederzuerlangen. Koste es, was es wolle.

Mehr als ein Viertel der nordkoreanischen Soldaten soll bereits verletzt oder getötet worden sein. Um die Verluste auszugleichen, hat nun wahrscheinlich die zweite Welle der Truppenentsendung begonnen. Mindestens 1000 weitere Soldaten sollen nach Russland gebracht worden sein.

Und es waren vermutlich vor allem diese neuen Rekruten, die die ukrainischen Stel-

lungen am 7. Februar attackierten. Für viele der Soldaten, sagt Offizier Oleksandr, sei dies »eindeutig der erste Sturm« gewesen. Die Ukrainer befürchten, dass noch Zehntausende Kämpfer folgen könnten. Soldaten einer Schattenarmee, die es offiziell nicht gibt.

Putin muss durch die ausländischen Kämpfer weniger Russen einziehen, und Kim erhält im Gegenzug wohl Geld, Waffen und wichtige Erkenntnisse, wie ein moderner Krieg geführt wird. Dennoch versuchen die Regierungen in Moskau und Pjöngjang, den Einsatz zu verschleiern. Die Soldaten tragen russische Uniformen, und in den Taschen der Leichen haben ukrainische Einheiten gefälschte Papiere gefunden, die die Kämpfer als Bürger der sibirischen Regionen Jakutien, Burjatien und Tuva ausweisen.

Wer aber sind diese Männer aus Nordkorea wirklich? Und wie gut sind sie vorbereitet auf diesen Krieg in Europa?

Nordkorea selbst ist so abgeschottet wie kein anderes Land der Welt, nur sehr wenig dringt nach außen. Und um die geheimnisvollen Soldaten ist längst eine Informationsschlacht entbrannt. In sozialen Medien tauchen Videos und Fotos auf. Mal stammen sie von den Behörden aus Kyjiw, mal von russischen, ukrainischen oder amerikanischen Bloggern.

Manche der verbreiteten Informationen stellen sich rasch als gefälscht heraus. Wie das Video von dem vermeintlich nordkoreanischen Soldaten in Russland, der aber Chinesisch spricht. Genauso wie das Foto eines getöteten Soldaten, in das ein Militärausweis retuschiert wurde. Oder die angeblichen Aufnahmen von nordkoreanischen Hundefleischkonserven an der Front: Auf den Etiketten steht das in Südkorea gebräuchliche Wort für Hundefleisch – nicht das nordkoreanische.

Die Suche nach wahrhaftigen Hinweisen, die Auskunft über den Zustand und die Motivation der geheimnisvollen Truppe geben, ist mühsam: Seit Wochen beugen sich Fachleute weit entfernt von der Front über Informationen aus dem Kampfgebiet, bewerten Geheimdienstkenntnisse und verorten die Angriffe auf Satellitenbildern.

Hyun-Seung Lee analysiert in Washington Sprache und Akzente, um herauszufinden, ob Videos, Briefe und Notizen wirklich von nordkoreanischen Soldaten stammen und was sie verraten könnten. Er versucht zu erklären, wie die Männer an der Front denken, die viele für Kanonenfutter halten. »Für mich sind sie Landsleute«, sagt Lee.

Er hat in China studiert und dort für das Kim-Regime bei einer nordkoreanischen Schifffahrtsgesellschaft gearbeitet. In dieser Zeit habe er begonnen, die Propaganda mehr und mehr zu hinterfragen. Als Kim Jong Un 2013 Säuberungen innerhalb der Elite befahl und seinen eigenen Onkel hinrichten ließ, setzte sich Lees Familie ab. »Wir dachten, wir könnten die Nächsten sein«, sagt er. Seit neun Jahren lebt er in den Vereinigten Staaten.

2002, erzählt er, wurde er als 17-Jähriger für drei Jahre zum Militär eingezogen. Der für Männer übliche zehnjährige Dienst blieb ihm als Mitglied einer Funktionärsfamilie aus Pjöngjang erspart. Wie jeder Soldat in Nordkorea verinnerlichte er: Ein wahrer Held stirbt für den Obersten Führer. »Uns wurde beigebracht, dass wir uns für Führung und Partei opfern müssen. In den Tod für sie zu gehen, gilt als ehrenhaft«, sagt Lee.

Bei der Armee sind vormittags zwei Stunden für politischen Drill vorgesehen. Hinzu kommen die wöchentlichen Selbstbeichtungen, bei denen sich alle Nordkoreaner jeden Samstag versammeln und ihre Verfehlungen beichten müssen. In Russland werde die Indoktrination noch intensiviert, glaubt Lee. »Die politischen Offiziere verlangen bedingungslose Loyalität.«

Das suggerieren auch Notizen, die ukrainische Spezialeinheiten angeblich bei einem getöteten nordkoreanischen Soldaten gefunden haben. Lee zeigt auf ein Foto auf dem Laptop. Ein eng beschriebenes kariertes Blatt Papier ist auf dem Bildschirm zu sehen, offenbar aus einem Heft gerissen. Der Verfasser schreibt auf Koreanisch von der Bedeutung des »anti-imperialistischen Kampfes«. Jeder Befehl müsse tadellos ausgeführt werden, »selbst um den Preis des Todes«. Lee hat den Text viele Male gelesen, leise spricht er Wort für Wort mit.

Auf einem weiteren Blatt berichtet der Autor von »Sünden«, die er nun dank der Güte des Heimatlandes wiedergutmachen könne – durch den Dienst an der Waffe.

Lee glaubt, dass ein Nordkoreaner die Zeilen verfasst hat, weil bestimmte Formulierungen und Wörter nur im Norden benutzt werden. Nach mehr als 70 Jahren Teilung hat sich die Sprache in Nord- und Südkorea anders entwickelt; »Russland« etwa wird unterschiedlich geschrieben. Auf dem Karopapier steht die nordkoreanische Schreibweise.

Auch Pak Dae-ho, der die Notizen in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul betrachtet, hält sie für echt. Seinen richtigen Namen

möchte er nicht veröffentlicht sehen, er hat noch viele Verwandte, die in Nordkorea leben. In der Nähe des Rathauses sitzt er in einem angemieteten Besprechungsraum: ein Tisch, ein paar Bürostühle, Neonlicht, keine Fenster. Er nimmt einen Zettel zur Hand und schreibt zweimal »Russland«: zuerst so, wie man es in südkoreanischen Zeitungen lesen kann. »Und das ist die nordkoreanische Variante«, sagt er und deutet auf den letzten Buchstaben, »ein Strich mehr.«

Ende der Neunzigerjahre sei Pak, so erzählt er es, als Schüler mit seiner Mutter und seiner Schwester geflohen, weil sie in Nordkorea fast nichts mehr zu essen hatten. Im Frühjahr seien sie über die einbrechende Eisdecke auf dem Grenzfluss Tumen nach China gelaufen. »Nach drei Jahren wurden wir entdeckt und nach Nordkorea abgeschoben.« Mehrere Monate habe er im Arbeitslager geschuftet, Steine schleppen bis zur totalen Verausgabung. Eine Amnestie rettete ihn. »Kaum war ich aus dem Lager entlassen, bin ich erneut geflüchtet.« Diesmal lebte er vier Jahre in China, bevor ihm die Flucht in die Mongolei gelang und von dort aus nach Südkorea. Er war 19 Jahre alt, als er in Seoul ankam.

Etwa so alt wie viele der nordkoreanischen Soldaten, die heute in Europa kämpfen. Das zeigt auch eine handgeschriebene Liste, die Ende Dezember veröffentlicht wurde. Pak schaut sie im fensterlosen Besprechungsraum an, wieder Karopapier, dreimal gefaltet, und ein Schatten des Smartphones, mit dem der Zettel abfotografiert wurde. Pak vergrößert das Bild, wiegt den Kopf, dann sagt er: »Ja, ich halte das für authentisch.«

Verzeichnet sind die Namen von neun Soldaten zwischen 18 und 24 Jahren, aufgelistet sind auch die Seriennummern ihrer Waffen und ihre Blutgruppen. Dazu die Berufe der Eltern: meist Arbeiter und Bauern.

Die in Russland eingesetzten Soldaten gehören wohl dem 11. Korps an, auch Sturmkorps genannt. Der südkoreanische Geheimdienst schätzt, dass die Truppe bis zu 80.000 Mann umfassen könnte.

Hyun-Seung Lee trainierte nach eigenen Angaben ein halbes Jahr mit diesen Spezialkräften: Sie gelten als straff organisiert, überdurchschnittlich fit und relativ gut ausgebildet.

Die damaligen Kameraden beschreibt Lee als athletisch, sie seien einige Zentimeter größer als die meisten Nordkoreaner und oft vorher Sportler gewesen. Das Essen bei dieser Truppe sei etwas besser als bei der regulären Armee. Dort muss man sich vor allem mit Eintopf aus gemahlenden Sojabohnen und eingelegtem Rettich als Beilage begnügen.

»Diese Truppen sind darüber hinaus politisch zuverlässig«, sagt Andrei Lankov, einer der besten Nordkorea-Kenner. Geboren in der Sowjetunion, studierte er in den Achtzigerjahren in Pjöngjang. Er empfängt in seinem mit Büchern vollgestopften Büro im 13. Stock der Kookmin-Universität in Seoul, mit Blick auf die Berge. Von den Gipfeln kann man an klaren Tagen Nordkorea sehen. »Die einge-



Überläufer Lee in Washington

Stephen Voss / DER SPIEGEL

setzten Soldaten sind auch psychologisch stabiler als reguläre Truppen«, sagt Lankov.

Die Folge: Es gibt so gut wie keine Kriegsgefangenen. Im Januar entdeckten ukrainische Spezialkräfte in Kursk einen verletzten Nordkoreaner, der unter Bäumen lag. Er drohte, sich mit einer Handgranate in die Luft zu sprengen, wenn sie näher kämen. Der Befehl der Ukrainer lautete, ihn gefangen zu nehmen, gleichzeitig mussten sie sicherstellen, dass sie selbst am Leben bleiben. Die Mission gelang. Doch solche Erfolge sind selten.

Mehrere ukrainische Einheiten berichten, dass sich Nordkoreaner selbst töteten. Ein Mann soll vor seinem Tod den Namen Kim Jong Uns gerufen haben, wie ein fanatischer Attentäter. Manche wurden offenbar von ihren eigenen Kameraden erschossen, um eine Gefangennahme zu verhindern.

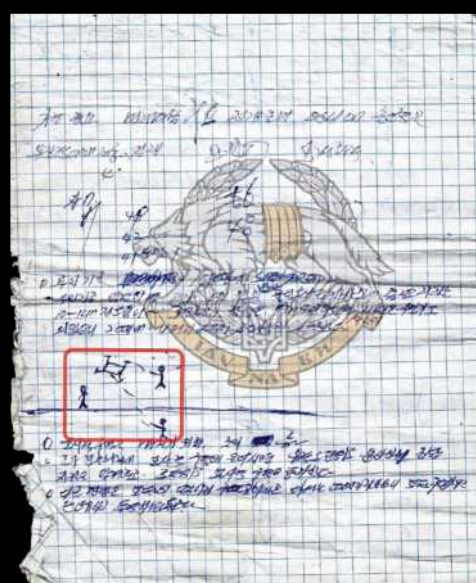
»Sich zu ergeben, ist für die Soldaten undenkbar«, sagt Hyun-Seung Lee. »Sie wissen, dass ihre Familien als Verräter gebrandmarkt und vom Regime bestraft werden. Ein nordkoreanischer Soldat kämpft bis zum Letzten. Er opfert sich für das Vaterland.«

Die idealen Kampfmaschinen? »Die nordkoreanischen Truppen haben ein Problem«, sagt Andrei Lankov, »und das sind die mangelnden Fremdsprachenkenntnisse.« Die Nordkoreaner sprächen kein Russisch, ja nicht einmal Englisch. Und die Russen? »Die Zahl der qualifizierten Dolmetscher, die eingesetzt werden können, ist gering«, sagt Lankov. »Es gibt ohnehin nur wenige in Russland, die Koreanisch gut beherrschen, und das sind vor allem Frauen, die in den vergangenen 20 Jahren in Südkorea studiert haben. Die werden nicht freiwillig aufs Schlachtfeld ziehen.«

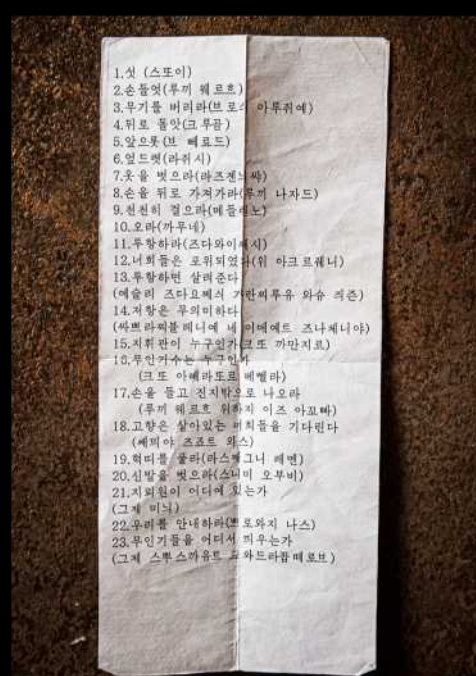
Im Januar veröffentlichten ukrainische Spezialkräfte eine Liste mit russisch-koreanischen Vokabeln, die angeblich bei einem getöteten Soldaten gefunden wurde. Auf dem Papier finden sich Befehle wie »Hände hoch!«, »Waffe wegwerfen!« und »Widerstand zwecklos!«.

»Wenn die Nordkoreaner diese Worte mit ihrem Akzent aussprechen, gehen die Chancen gegen null, dass Russisch sprechende Menschen sie verstehen«, sagt Lankov und blickt auf die Liste. »Die Phonetik der russischen und koreanischen Sprache ist sehr unterschiedlich.« Die mangelnde Fähigkeit zur Kommunikation, sagt Lankov, bedeute, dass die Nordkoreaner innerhalb ihrer eigenen Einheiten operieren müssten, »und diese sind im Wesentlichen für einen Krieg wie in den Siebzigerjahren ausgebildet«.

Tatsächlich rücken Nordkoreaner oft in verhältnismäßig großen Gruppen vor – und viele werden dabei verwundet oder getötet. Luftaufnahmen aus dem Dezember zeigen asiatisch aussehende Kämpfer, ohne Deckung oder gepanzerte Fahrzeuge. Als sich die Drohnen nähern, wirken sie verwirrt und verängstigt. Einzelne Soldaten laufen davon. Andere versuchen, die Fluggeräte abzuschießen. Viele von ihnen werden von Granaten



Notizzettel eines nordkoreanischen Soldaten



Russisch-koreanische Vokabelliste

getroffen. Das Erstaunliche: Wenn sie bei einem Angriff schwere Verluste hinnehmen, machen sie keine Pause, um sich zu sammeln. Stattdessen rennen sie unter schwerem Beschuss weiter über verminten Felder.

Genau wie am 7. Februar. Videos zeigen die Wärmebilder, die Drohnen in der Nacht in den Befehlsstand des ukrainischen Offiziers Oleksandr sendeten. Ein weißer Punkt nach dem anderen leuchtete auf dem Bildschirm auf, die Körperwärme feindlicher Soldaten. »Ich sehe sechs von ihnen«, rauschte es über Funk, »sieben.« Die Ukrainer feuerten Streumunition ab, die auf den Videos explodiert wie Fontänen; sie jagten Artilleriegeschosse durch die kahlen Bäume. So sei es die ganze Nacht gegangen, sagt Oleksandr. Flackernde weiße Punkte, dicht an dicht. Beschuss.

Seit etwa anderthalb Jahren sind Drohnen auf den Schlachtfeldern der Ukraine allgegen-

wärtig. Beide Seiten kundschaften mit ihnen feindliche Positionen aus und geben anschließend die Koordinaten durch. Dann schlägt die Artillerie zu. Das hat die Taktik verändert: Angreifer rücken üblicherweise in kleinen Gruppen vor. Für einen Feind, der alles sieht, seien große Ansammlungen eine Einladung zum Feuern, sagt Oleksandr.

Auf den karierten Zetteln des getöteten nordkoreanischen Soldaten ist beschrieben, wie man sich in einem Dreierteam verteidigt: Eine Person müsse die Drohne anlocken und dann stehen bleiben, das gebe den anderen beiden die Möglichkeit, auf das Fluggerät zu feuern. Eine Zeichnung mit drei Strichmännchen illustriert die Ausführungen.

Der Eindruck, der durch diese unbeholfene Taktik und die Videos von der Front entstanden ist: Die Nordkoreaner sind mangelhaft vorbereitet, wissen nicht, was sie in einem modernen Konflikt erwartet. Doch Kims Truppen sind lernfähig und passen ihr Vorgehen an.

Offenbar haben sie Beobachtungsposten eingerichtet, um Drohnenangriffe frühzeitig zu erkennen, und greifen mancherorts an anderen Stellen der Front in kleineren Gruppen an. Die nordkoreanischen Offiziere verstehen also immer besser, wie moderne Drohnenkriege funktionieren und welche Waffen sie benötigen. Für das totalitäre Regime ist – so zynisch es klingen mag – der Verlust von mehreren Tausend Soldaten zu verkraften. Wichtiger sind die Lehren, die die militärische Führung daraus zieht. Wer zurückkehrt, kann den Rest der Armee im Drohnenkampf ausbilden.

»Der Pakt zwischen Putin und Kim ist für beide ein Erfolg«, sagt Andrei Lankov. Die nordkoreanischen Kämpfer seien deutlich billiger als die russischen Soldaten. Außerdem werde so vermieden, dass noch mehr Wehrpflichtige in den Krieg ziehen müssten. Das nordkoreanische Regime bekomme im Gegenzug dringend benötigtes Geld und Militärtechnik.

»Die ersten 10.000 Kämpfer waren eine Art Pilotprojekt«, sagt Lankov. »Das ist nicht genug, um auf dem Schlachtfeld einen Unterschied zu machen.« 10.000 Mann rekrutiere das russische Militär alle zehn Tage. »Viel leicht könnten es bald 50.000 oder gar 70.000 nordkoreanische Soldaten sein, die an die Front geschickt werden.«

Das würde aber auch bedeuten, dass sehr viele Nordkoreaner auf einmal verstehen, wie arm und rückständig ihre Volksrepublik ist, dass im Ausland selbst jene, die im Kriegsgebiet wohnen, einen höheren Lebensstandard haben als die allermeisten zu Hause. Vor allem aber kämen sie mit dem Internet in Kontakt und könnten auf einmal aus der Ukraine nach Südkorea oder in die USA blicken und sehen, dass die Menschen dort ein Leben in Wohlstand führen. Ohne Drill und bedingungslosen Gehorsam, dafür in Freiheit.

Nikolai Antoniadis, Christoph Giesen, Katharina Graça Peters, Fedir Petrov, Alexander Sarovic



2 Angebote
für Sie

Sie haben die Wahl

Sichern Sie sich Ihr gewünschtes Angebot, und lassen Sie sich den SPIEGEL nach Hause liefern!

Angebot 1: Flexibel lesen

- ✓ Einfach lesen, solange Sie möchten
- ✓ Flexible Laufzeit
- ✓ Jederzeit monatlich kündbar

Nur €6,30 je Ausgabe
Inkl. Versand

Angebot 2: 20 % sparen

- ✓ Ein Jahr lesen mit 20 % Rabatt auf den Abopreis
- ✓ 12 Monate Laufzeit
- ✓ Nach einem Jahr monatlich kündbar

Nur €5,- je Ausgabe
statt ~~€6,30~~, inkl. Versand



Gleich Wunschangebot sichern:

abo.spiegel.de/wunsch

oder telefonisch unter 040 3007-2700

Urnengräber auf dem Zentralfriedhof von Bergamo

»Niemand sollte mitbekommen, wie groß die Pandemie wirklich war«

ITALIEN In Bergamo im Norden des Landes wütete das Coronavirus zu Beginn der Pandemie so schlimm wie sonst nirgendwo in Europa. Die Folgen sind bis heute zu spüren. *Von Francesco Collini, Katrin Kuntz und Elisabetta Zavoli (Fotos)*

Bruder Marco Bergamelli erinnert sich genau an die Zeit, in der das Bild entstand, das Europa wachrüttelte. Er bleibt bei seiner Runde über den Zentralfriedhof von Bergamo am Eingang stehen: »Hier parkten sie, eins, zwei, drei ... zehn Laster im Rückstau«, sagt der Geistliche und reckt bei der Arme ausgebreitet in die Höhe.

Ganze zwölfmal seien während der ersten Coronawelle die Militärlastwagen mit bis zu sieben Särgen abgefahren, Soldaten in Plastikanzügen hätten sie beladen. Auf dem Zentralfriedhof von Bergamo kamen sie mit der Verbrennung der Leichen nicht nach. Die Armeetransporter brachten Dutzende Tote zu Krematorien in anderen Landesteilen, allein am 18. März 2020 waren es 73. »Sie fuhrten zunächst nachts. Niemand sollte mitbekommen, wie groß diese Pandemie wirklich war«, erinnert sich der Bruder.

Doch ein Anwohner hatte die Szene aufgenommen. Es entstand das Foto, das Bergamo als Corona-Hotspot ins Weltgedächtnis einbrannte. Eine Stadt im Krieg gegen einen unsichtbaren Feind.

Bruder Marco, 70, Mönch im Kapuzinerorden, ein karger Mann mit bissigem Humor, ist damals einer der obersten Krisenmanager. Er arbeitet zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehr als zehn Jahren beim Zentralfriedhof, hält Messen, nimmt Beichten ab, führt durch Beerdigungen. In der Provinz Bergamo mit rund einer Million Bewohnern sterben in den ersten zwei Monaten mehr als 6000 Menschen an Covid-19. Der Cimitero wird als zentrale Sammelstelle für die Toten zu einem der Epizentren der Pandemie.

Nirgendwo in Europa wütet das Virus zu Beginn der Seuche so schlimm wie hier.

Bergamo wird zum Symbol für die Ankunft des Virus in Europa. Dafür, dass der europäische Kontinent verwundbar ist. Die Ereignisse in Italien lösen auch in Deutschland Angst vor Überforderung aus. In der politischen Debatte werden immer wieder »die Bilder aus Bergamo« zitiert, um restriktive Maßnahmen zu begründen.

Welche Spuren sind an diesem Ort der Krise geblieben? Und wie geht es den Menschen, deren Angehörige hier liegen?

Der Cimitero Monumentale, der Zentralfriedhof von Bergamo, ist ein 177.000 Quadratmeter großes Areal, umgeben von mächtigen Mauern, rund 190.000 Menschen ruhen hier. Es gibt imposante Familiengräber mit eleganten Skulpturen, 346 private Kapellen, im Westen einen Bereich für Kindergräber mit bunten Windrädern und einen mit schlichten Gräbern für Nonnen. An den Abzweigungen der Wege stehen Bänke, vereinzelt Zypressen. An der Ostseite befinden sich Felder für die Toten des Widerstands gegen Hitler und Mussolini und ganz am Rand ein Krematorium, das im Betrieb laut pfeift.

Bruder Marco hat sich eine Winterjacke über sein braunes Gewand geworfen. Vom Friedhofseingang biegt er links ab, zum Campo B1. Hier liegen 129 Menschen nah bei-

sammen, die während der Coronazeit in Bergamo gestorben sind. Weitere 684, die zwischen Mitte Februar und Ende Mai 2020 während der ersten Coronawelle starben, sind über den Friedhof verteilt bestattet.

Bruder Marco tritt zu einem Mann mit Wintermütze, der mit einer Gießkanne vor einem Grab steht. Er legt ihm tröstend eine Hand auf die Schulter, sagt ein paar Worte zu Corona und der Tatsache, dass Menschen in den sozialen Medien derzeit anzweifeln, dass sich in den Militärlastwagen damals Särge stapelten. Da beginnt der Mann zu fluchen.

Maria Rota, † 10. 4. 2020, Gemeinschaftsfeld Erwachsene B1, Nr. 159, Reihe 1

»Ich will kein Schimpfwort auf einem Friedhof sagen ...«, brummt Giuseppe Mortellaro. »Sag es, sag es!«, ermuntert ihn Bruder Marco. Mortellaro, ein 63-Jähriger mit tiefen Falten um die Augen, macht nicht den Eindruck eines Hitzkopfs. Aber er ist wütend auf die



Soldaten mit Sarg im März 2020

Menschen, die die Existenz des Virus leugnen. »Hätte ich so einen vor mir, würde ich wahrscheinlich im Gefängnis landen«, sagt er.

Mortellaro steht am Grab 159 in der ersten Reihe von B1. Hier liegt seine Mutter begraben. Eine schlichte Marmorplatte bedeckt ihre Ruhestätte, auf dem Grabstein ein Foto, darauf schimmert das weiße Haar von Maria Rota um ihr resolut wirkendes Gesicht.

Die Gräber von B1 liegen dicht an dicht, ebenso wie die Sterbedaten der Begrabenen: März 2020, April 2020, Mai 2020. Die meisten waren Seniorinnen und Senioren.

Maria Rota wurde 88. Sie starb am 10. April 2020 in einem Altersheim. Sie sei eine strenge Mutter gewesen, erzählt Mortellaro. Hielt er sich nicht an die Regeln, griff sie zum Teppichklopfer. Auch zu ihren Verwandten habe Rota kein einfaches Verhältnis gehabt. »Aus einer Kleinigkeit machte sie manchmal eine große Sache«, erzählt er. Dennoch habe sie es geliebt, unter Menschen zu sein. Ihren Enkeln habe sie »alles gegeben«. Ihre Nichte hat eine Skulptur auf das Grab gestellt: Ein großer Mensch hält einen kleineren fest.

»Ich hatte Glück, dass ich sie am Tag vor ihrem Tod besuchen konnte. Ich musste einen weißen über einen grünen Kittel anziehen,

dazu eine Maske, zwei Paar Plastikhandschuhe. Ich sah wie ein Monster aus. Ich strich ihr über die Stirn, aber sie schlief bereits tief. Gegen fünf Uhr morgens kam der Anruf, dass sie tot war. Uns blieben wenige Stunden, um das Begräbnis zu organisieren. B1 sah wie ein Schlachtfeld aus. Überall Erdhäufchen, frisch niedergelegte Blumen. Wir hatten 20 Minuten. Die beiden Gebete, die wir abhalten durften, dauerten etwa fünf. Wir hatten nicht einmal Zeit, eine Blume ins Grab zu werfen.«

Mortellaros Geschichte ähnelt vielen anderen in Bergamo: Sie zeugt von plötzlichem Verlust und unverarbeitetem Trauma.

Der erste Coronapatient in Norditalien war am 20. Februar 2020 im lombardischen Codogno ausgemacht worden, kurz danach verordnete Rom einen totalen Lockdown in der Stadt und den umgebenden Gemeinden. Drei Tage später lokalisierten Ärzte zwei Fälle von Sars-CoV-2 im Krankenhaus von Alzano Lombardo, wenige Kilometer nordöstlich von Bergamo. Dort öffnete man die voll belegte Klinik nach einer mehrstündigen Schließung wieder, was den Ort zur Virusschleuder machte. So begann eine Serie von Fehlern, die zusammen mit lokalen Besonderheiten – einer überalterten Bevölkerung, einem regen Handelsaustausch mit China und Luftverschmutzung im wirtschaftlichen Zentrum des Landes – in die Katastrophe führte.

Etwa 20 Verwandte und Bekannte habe er während der Pandemie verloren, erzählt Mortellaro. Seitdem lässt er sich psychologisch betreuen. Immer noch nimmt er an Selbsthilfegruppen für Trauernde teil. Es ist, als wäre seine Seele mit der Geschwindigkeit der Pandemie nicht mitgekommen.

Auf Maria Rotas Grabstein ist eine Orchidee eingraviert, ihre Lieblingsblume, und ein Satz vom heiligen Augustinus: »Was wir füreinander waren, das sind wir noch.« Mortellaro wischt sich die Tränen vom Gesicht. »Wenn du dich an diejenigen erinnerst, die sterben, sterben sie nie.« Dann berührt er das Foto seiner Mutter, flüstert »Ciao« und geht.

Bei seiner Runde auf dem Friedhof bleibt Bruder Marco immer wieder stehen. »So viele haben erlebt, wie ein geliebter Mensch das Haus verlassen hat, sie haben geglaubt, er kehre wieder, dann kam er in einer Urne zurück.« Viele Verwandte durften nicht zum Friedhof kommen, die Regeln in Italien sahen vor, dass eine Kontaktperson 14 Tage in Quarantäne bleiben musste. Manche winkten einem Leichenwagen vom Fenster zu.

In der Kirche räumten sie damals die Bänke zur Seite. »Wir mussten Platz für 600 Särge machen«, erzählt Bruder Marco. Die Toten mussten vor ihrer Beisetzung ja irgendwo hin. Da sie auf dem Zentralfriedhof höchstens etwa 25 Einäscherungen pro Tag schafften, mussten die Verstorbenen wegen der Seuchengefahr schnell weggebracht werden: »Nach Florenz, Parma, Varese, Pordenone, Trento«, erzählt Bruder Marco. Dort wurden die Toten verbrannt. Ihre Urnen konnten wieder am Zentralfriedhof abgeholt werden.

**Claudio Longhini, † 19. 3. 2020,
Kleinere Beinhäuser, Nr. 54, Reihe 7**

Cristina Longhini, 43, parkt ihren Honda vor dem mächtigen Portal des Friedhofs, es ist das Auto ihres verstorbenen Vaters. Sie ist eine selbstsichere Frau mit eleganten Stiefeln, blonden Haaren und weiten blauen Augen, die sich im Gespräch schnell mit Tränen füllen. Vor Kurzem ist ihre Schwester an Krebs gestorben. Ein halbes Jahr sei sie nicht am Grab ihres Vaters gewesen, weil sie mit ihrer Pflege beschäftigt war.

Die Asche von Claudio Longhini liegt in einer Urnenwand in einer Art Höhle. Das Gewölbe ist drei Meter hoch mit schmalen Gräbern gefüllt, auf jedem ein Foto des Toten. Longhini lächelt auf dem Bild, sein Name glänzt in roter Schrift, daneben eine Vase mit Plastikrosen.

»Das Rot steht für seine Lebensfreude. Mein Vater hatte ein sonniges Gemüt, er verkaufte Eistüten an Eisdielen. Seine Kunden waren seine Freunde. Er war ein Großvater, der seinen Enkel liebte; engagierte sich für die lokale Basketballmannschaft. Er fuhr Motorrad. Er mochte das Meer und stand nie still, er konnte gut Leute nachahmen. Wir telefonierten oft, er nannte mich »Chicchi«. Seit er nicht mehr da ist, fehlt mir Orientierung im Leben.«

In einem Café bestellt Longhini eine heiße Schokolade. Der Barmann erkennt sie als Apothekerin, die öfter im Fernsehen auftritt. Früher habe sie Lehrerin werden wollen, erzählt sie. »Doch während Corona verliebte ich mich in meinen Beruf.« Wie viele ihrer Kollegen sei sie während der Pandemie zur Impfpflichtin ausgebildet worden, habe Applaus empfangen. »Wer in unseren Beruf einsteigt, verdient noch immer nur 1369 Euro netto im Monat.« Die schlechten Arbeitsbedingungen will sie sich nicht mehr gefallen lassen, sie organisiert Protestmärsche. Und erzählt von ihrem Vater.

»Dass es Papa nicht gut ging, merkte ich am 7. März, weil er mir nicht zu meinem Geburtstag gratulierte. Ein Arzt hatte bei ihm eine Magen-Darm-Grippe diagnostiziert. Wenige Tage später wurde er ohnmächtig. Wir fanden im damaligen Chaos mithilfe von sozialen Medien einen Allgemeinmediziner, der ihn daheim besuchte. Mein Vater hatte da nur noch eine Sauerstoffsättigung von 65 Prozent. Es war am 12. März schon schwierig, einen Krankenwagen zu kriegen. Unserer kam aus einer anderen Stadt. Sie setzten Papa in einen Rollstuhl. Sein Handy und seinen Ehering ließ er zu Hause, aus Angst, dass er bestohlen würde. Das war sein größter Fehler. Wir hörten nie wieder von ihm.«

Normalerweise funktioniert das öffentliche Gesundheitswesen in Italien gut. Doch während der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 hatte der hoch verschuldete Staat es radikal zusammengespart. So soll etwa der sanitäre Pandemieplan des Gesundheitsministeriums seit 2006 nicht aktualisiert worden sein. Die heranrollende erste Coronawelle überforderte Ärzte und Krankenhäuser.

Im Zentralkrankenhaus von Bergamo hätten Mediziner ihren Vater unter einen Sauerstoffhelm gelegt, erzählt Longhini. Nach dieser Nachricht habe die Familie eine Woche lang keinen Arzt mehr erreicht. Ein Besuch sei unmöglich gewesen. Am 18. März, dem Tag, als die Bilder der Armeetransporter um die Welt gingen, erfuhr sie, dass ihr Vater in die Notaufnahme gebracht worden sei: Luftröhrenschnitt. Die Familie sollte selbst eine andere Intensivstation organisieren. Bevor das gelingen konnte, starb Claudio Longhini. Er wurde 65 Jahre alt.

Am 19. März meldete Italien mit 3405 Toten erstmals mehr Tote als China – und als jedes andere Land der Welt. Italiens oberstes Gesundheitsinstitut gab damals an, dass das durchschnittliche Alter der Verstorbenen bei 79,5 Jahren liege. Die 80- bis 89-Jährigen waren am stärksten betroffen.

Cristina Longhini erinnert sich, wie sie damals von Mailand, wo sie lebt, rund 50 Kilometer nach Bergamo raste. In der Klinik gab man ihr die Dinge ihres Vaters in einem Müll-



Bruder Marco, Angehörige Longhini: Die Beisetzung dauerte 15 Minuten

sack: das Oberteil seines Schlafanzugs und ein T-Shirt voller Blut; seine Brille und seine Gesundheitskarte. Cristina Longhini erschrak über das Blut. »Wir haben sein Leiden nicht mitbekommen.« Noch einmal sah sie ihren Vater in der Leichenhalle.

»Ich betrat einen leeren Raum; er lag in einem Tuch mit Reißverschluss; Papa war sehr weiß, seine Augen waren noch weit geöffnet; seine Nase war blutverkrustet, wahrscheinlich von inneren Blutungen; mit meinem Auto fuhr ich hinter dem Leichenwagen her bis zum Friedhof, weiter konnte ich ihm nicht folgen. Mein Vater wollte eingäschert werden. Dass er dafür 216 Kilometer nach Ferrara gebracht wurde, erfuhr ich nur durch eine Rechnung von 500 Euro des dortigen Krematoriums.«

Claudio Longhinis Beisetzung fand am 18. April statt und dauerte 15 Minuten.

»Lange habe ich geglaubt, dass ich Papa eines Tages wie immer auf der Couch sitzend vorfinden würde. Es schmerzt noch, dass ich keine Intensivstation gefunden habe, nicht seine Hand halten konnte, als er starb.«

Bevor Cristina Longhini am Friedhof ins Auto steigt, öffnet sie den Kofferraum. In einer Kiste bewahrt sie auf: eine CD, eine

Visitenkarte, Mundspray. Als Handelsvertreter habe ihr Vater in diesem Auto gelebt.

**Emilio Squinzi, † 22. 3. 2020,
Kolumbarien, Bereich 16, Nr. 36, Reihe 6**

Wenige Hundert Meter von Longhinis Grab entfernt, im Westen des Friedhofs, liegt eine weitere Gräberwand – überdacht, aber zu einer Grünfläche geöffnet. Emilio Squinzis Grab befindet sich in einer der oberen Reihen. Wer seiner Ruhestätte gegenüberstehen will, muss auf eine der rollbaren Leitern steigen. Ein gemaltes Edelweiß ziert die Plakette, die sein Grab schließt, und ein Foto, das ihn beim Wandern zeigt – seiner Leidenschaft.

Davon erzählt sein Sohn Gianpietro Squinzi am Esstisch seiner spärlich eingerichteten Wohnung in einem Vorort von Bergamo und zeigt auf den leeren Stuhl. Hier saß sein Vater am Sonntag, dem 1. März 2020, zum letzten Mal mit ihm beim Essen. Es gab Polenta mit Kaninchen, ein regionales Gericht, das der Vater liebte. An diesem Tag rührte er nichts



an. Er habe flach geatmet. Also fuhr der Sohn mit ihm zu einem Arzt, der ihn mit positivem Coronabefund ins Krankenhaus überwies.

Es hatte sich damals herumgesprochen, dass viele Menschen an Lungenentzündungen litten, erste Fälle von Covid-19 waren bekannt. Trotzdem spielten regionale Wirtschaftskräfte die Sache herunter, der Arbeitgeberverband Bergamo startete eine Kampagne unter dem Hashtag #bergamoisrunning, um sich gegen eine Schließung der Fabriken zu wehren. Keiner ahnte, wie gefährlich das Virus tatsächlich war. Und dass es noch viel schlimmer kommen würde.

Squinzi erinnert sich, dass er während einer vierstündigen Wartezeit vor der Klinik 30 bis 40 ankommende Krankenwagen zählte. Wie viele Menschen in Bergamo hat auch er noch die Sirenen im Ohr. Weil sein Vater nach der Aufnahme eingeschlafen war, beschloss er, ihn nicht zu stören, und fuhr heim.

Die chinesische Millionenmetropole Wuhan, in der das Virus wohl seinen Anfang nahm, stand seit 23. Januar unter Quarantäne. Anfang März hatten die Behörden dort die Lage mit drastischen Maßnahmen weitgehend unter Kontrolle gebracht. Dass Bergamo bald »Wuhan des Westens« genannt wurde, lag

auch daran, dass sich die Ansteckungen hier früher als an anderen Orten Europas unkontrolliert verbreiteten. Es gab noch kein Anschauungsmaterial, wie Demokratien mit der Seuche umgehen. Italien war das erste Land, das Flüge aus und nach China verbot. Doch reisten weiter Menschen aus China über Zürich oder Frankfurt ungetestet ein.

16 Tage lang bekam Squinzi regelmäßig Anrufe aus dem Krankenhaus, erzählt er. Die Ärzte versicherten ihm, dass sein Vater keine Intensivpflege brauche. Bergamo wird in dieser Zeit, am 9. März 2020, zur »roten Zone«, zum Sperrgebiet – zeitgleich mit dem Lockdown für ganz Italien. Am 16. März erfährt Squinzi, dass sein Vater in eine Rehabilitationsklinik in San Pellegrino Terme, knapp 25 Kilometer nördlich von Bergamo, verlegt werde. »Ich dachte, dass es ihm besser geht.«

Am 18. März erneut ein Anruf: Dem Vater gehe es schlechter. Ein Arzt habe Squinzi gebeten, einen Krankenwagen und eine Intensivstation zu organisieren. Squinzi sagt, er habe viele erfolglose Versuche in der Nach-

Geräusch des Lastenaufzugs, der die Särge hinabließ. Erst als der Cimitero Ende Mai wieder öffnete, konnte ich zum Grab – ich fand einen Stein ohne Namen. Das war, als wäre er ein zweites Mal gestorben. Nicht einmal eine banale Inschrift haben sie hinbekommen. Ich ging nach Hause, machte ein Foto, druckte seinen Namen auf ein Stück Papier und befestigte sie am Grabstein. Das war das Mindeste, was ich tun konnte.«

In der Provinz Bergamo starben laut einer Studie des italienischen Statistikamts zwischen dem 20. Februar und dem 31. März fast sechsmal so viele Menschen wie im Vorjahr. Die Fehler, die in einer Zeit massiver Überforderung entstanden sind, haben bei vielen Angehörigen Narben hinterlassen. Gianpietro Squinzi, Cristina Longhini und andere haben sich in einer Vereinigung der Opferangehörigen zusammengeschlossen und verklagen den Staat. Squinzi nimmt an, dass sein Vater seinen Platz im Krankenhaus an jemanden Jüngeren abgeben musste. Die Staatsanwaltschaft Bergamo ermittelte wegen fahrlässiger Tötung gegen den damaligen

aber steht sie hoch über den Dächern von Bergamo auf einer Kommode, daneben ein Foto der jungen Rosy mit ihrem Ehemann. Ein Ficus ragt über das Möbelstück, durch das Dachfenster fällt Sonnenlicht.

Leyla Ciagà wollte ihre Mutter bei sich haben. Sie ist Einzelkind, hatte eine enge Beziehung zu ihr. Ciagà, 59, arbeitet als Forscherin für Architekturgeschichte am Polytechnikum Mailand, war Abgeordnete während der Regierung Mario Draghi, eine elegante Frau, die in ihre Wohnung eingeladen hat.

Weil sie Alzheimer hatte, war Rosy Sanna Ciagà schon seit ein paar Jahren in einem Pflegeheim – Ende Februar 2020 schlossen die Mitarbeiter den Zugang zum Heim. »Ich kann mich nicht einmal an den Tag erinnern, an dem ich sie zuletzt gesehen habe«, sagt Ciagà.

»Zuerst sagten sie, ich könne sie nicht mehr besuchen. Dann sagten sie, sie habe eine Lungenentzündung, aber kein Covid; eine Woche später starb sie. Ich fragte, warum sie nicht im Krankenhaus war. Man erklärte mir, dass Menschen, die in Pflegeheimen erkrankten, dort blieben, weil die Kliniken überfüllt waren. Das Schlimmste war, dass ich nicht bei ihr sein konnte. Sie starb allein.«

Rund die Hälfte der Toten in Italien kam aus Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Heute werden diese Fälle »strage dei nonni« genannt – das Massaker an den Großeltern. Ciagà glaubt, dass ihr Vater, der Wochen zuvor starb, ebenfalls an Corona erkrankt war, wenn auch ohne Diagnose.

Rosy Sanna Ciagà hatte als Laborantin gearbeitet. Sie liebte es zu reisen. Ihr späterer Ehemann, ein Türke aus Istanbul, war damals nach Italien gekommen, um am Mailänder Polytechnikum Architektur zu studieren. »Als sie jung war, ging sie reiten, Ski fahren, spielte Tennis; es gab einen starken Kontrast zwischen ihrem Leben und dem, wie es endete.«

Nach dem Tod ihrer Mutter fuhr Leyla Ciagà zum Altenheim, in der Hoffnung, den Sarg zu sehen, bevor er in die Friedhofskirche kam. Doch der Körper von Rosy Sanna Ciagà war bereits auf einem der Militärlastwagen. Von deren Existenz erfuhr sie aus der Zeitung.

»Niemand hat mir gesagt, dass meine Mutter auf einem solchen Wagen sein wird. Erst Wochen später konnte ich ihre Urne vom Zentralfriedhof abholen.«

Auf dem Zentralfriedhof von Bergamo beendet Bruder Marco an diesem Februartag, fünf Jahre nach der Katastrophe, seine Runde. »Es ist nicht Gott, der dieses Virus geschickt hat. Gott ist kein Rächter, der Menschen straft. Ich habe damals gebetet: Gib uns wenigstens einen Funken Gesundheit.«

Im Inneren der Kirche klappt Bruder Marco jetzt einen Sarghalter aus Metall auf, eine Beerdigung steht an. Draußen wartet eine kleine Gruppe Trauernder.

Gestorben ist ein Mann aus Bergamo, er war altersschwach und wurde 101 Jahre alt. ■



Angehörige Squinzi, Ciagà: Es gab keine Antworten



barschaft mitbekommen und es nicht einmal probiert. Am Folgetag sei er zur Klinik gefahren, doch man habe ihn nicht reingelassen.

»Mein Vater war Maurer, seit elf Jahren verwitwet; wir gingen klettern, fuhren Ski, besuchten Gletscher; wir sind in die Berge gefahren, seit ich Kind war: ins Aostatal, nach Südtirol. Heute denke ich, dass wir vielleicht auch diese Prüfung bestanden hätten.«

Gianpietro Squinzis Stimme stockt beim Erzählen. In die Trauer mischt sich Wut.

»Am Sonntag, dem 22. März, bekomme ich den Anruf, dass mein Vater gestorben ist. Sie sagen mir, ich solle ein Bestattungsunternehmen finden. Ich frage, wie er gestorben ist, wann, ob er in seinen letzten Momenten nach jemandem aus der Familie gerufen hat.«

Es gab keine Antworten. Squinzi sagt, er habe alle Bestattungsunternehmen in Bergamo angerufen, Wartezeit 25 Tage. Weil der Friedhof voll war, wurde der Körper fünf Tage in San Pellegrino Terme aufbewahrt, für 150 Euro. Als er fünf Tage später in Bergamo beigesetzt worden sei, habe Squinzi wegen Seuchengefahr nicht ans Grab gedurft. Die Leiche seines Vaters habe er nie gesehen.

»Ich bin mit meinen Brüdern zum Friedhof gegangen; dort war es still, man hörte nur das

Ministerpräsidenten Giuseppe Conte und Ex-Gesundheitsminister Roberto Speranza, 2023 wurden die Ermittlungen eingestellt. Seit vergangenen September ist im italienischen Parlament ein Untersuchungsausschuss zum Notfallmanagement während der Pandemie aktiv.

Eine Weile, sagt Squinzi, habe er aufgehört, in die Berge zu gehen. Seine Freunde hätten ihn irgendwann zum Wandern aus dem Bett gezerzt. »Ich bin überzeugt, dass ich nie in der Lage sein werde, richtig zu trauern.« Dazu sei zu viel offen geblieben.

Bruder Marco bleibt auf dem Zentralfriedhof neben einem Familiengrab stehen.

»Wir haben damals 20, 30 Beerdigungen pro Tag geschafft. In der ersten Zeit hatten wir nicht einmal Masken. Nach Wochen erhielten wir Kanister mit Desinfektionsmitteln. Wir hatten Angst, dass das Virus aus den Särgen zu uns dringt. Wir haben die Särge von außen mit diesen goldenen Isolationsdecken abgeklebt, die man von Bootsflüchtlingen kennt.«

Rosy Sanna Ciagà, † 17. 3. 2020, Urne zu Hause

Die Asche von Rosy Sanna Ciagà, die mit 83 verstarb, soll im Meer verstreut werden. Noch

Frieden ist süß

NAHOST Im kriegszerstörten Gazastreifen hat ein junger Palästinenser ein Café eröffnet, in dem er Zuckerware verkauft. Es bietet auch eine Flucht aus dem Elend.

Der Frieden schmeckt nach Kunafa, einer Speise aus Käse, Teigfäden und Zuckersirup. Er schmeckt nach Basbusa, dem traditionellen Grießkuchen mit Mandeln. Und nach Schokotorte mit dicker Glasur. Vor fast anderthalb Jahren begann der Gazakrieg, und es waren nicht nur die Bomben, die ihn so schrecklich machten, sondern auch der Hunger.

Die Glücklicheren hatten Nudeln, Reis und Linsen, die weniger Glücklichen aßen Tierfutter und Wildpflanzen. Was es praktisch nicht gab: Süßigkeiten und Obst. Zucker kostete zeitweise knapp 50 Euro pro Kilo. Zwar ist Frieden noch fern, eher ist es eine brüchige Waffenruhe, von der niemand weiß, wie lange sie hält. Aber die Süße ist zurück, nach einem bitteren Krieg.

Zumindest hier, an dieser Straßenecke in Gaza-Stadt, wo Mohammed al-Ghazali, ein 24-Jähriger mit Skinny Jeans, Hipsterbart und Haarimplantat, im Dezember das wohl erste richtige Café eröffnet hat. Al Qadi Sweets heißt es, so wie das Süßspeisenimperium, das seine Familie vor dem Krieg im Flüchtlingscamp Dschabalia betrieb. Sieben Etagen habe das Haus gehabt, es sei völlig zerstört worden, sagt Ghazali. Wie fast alles in der Stadt. Aber geblieben sind die Gerätschaften der Konditorei, die Rezepte und der gute Ruf des Geschäfts, gegründet vor 36 Jahren von seinem Großvater.

Sein Enkel mietete ein seit dem Krieg leer stehendes Café in Gaza-Stadt, er ließ die zersplitterten Fenster und Türen ersetzen, die Stromleitungen reparieren und brachte draußen ein Schild an, in Weiß und Gold. Im November fing er an, im Dezember eröffnete er, Mitte Januar begann die Waffenruhe. Seither läuft das Geschäft.

Ghazalis Kunden sind Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, Journalisten und alle, die es sich leisten können und wollen. Ein Stück Kunafa kostet jetzt zehn Schekel, das sind etwa 2,60 Euro, doppelt so viel wie vor dem Krieg. Er kauft den Strom teuer vom Betreiber einer Solaranlage, sagt Ghazali entschuldigend. Auch Gas sei schwer zu finden, er bekomme es von Privatleuten, die Flaschen vorbeibrächten, weil sie Geld brauchten. Das Wasser pumpe er aus einem nahen Brunnen. In einem Holzofen auf dem Bürgersteig backen sie Pizza und Fladenbrot.

Auf den ersten Blick verkaufen sie hier Essen, aber eigentlich ist es viel mehr. Der Gegensatz von zuckrigem Sirup und salzigem Käse der Kunafa, die Fladenbrote mit Zatar, einer Mischung aus wildem Thymian und Sesam – das ist der Geschmack, mit dem die Menschen von Gaza aufgewachsen sind.

Der Geschmack ihrer Heimat.

Ghazali ist Geschäftsmann, er hatte digitales Marketing studiert, bevor er in den Familienbetrieb einstieg. Doch es gehe für ihn nicht nur um den Verkauf von Süßspeisen, sagt er. Er wolle endlich wieder etwas zu tun haben, Jobs schaffen für seine Angestellten, die mehr als ein Jahr lang kein Geld verdient hätten. 30 seien es vor dem Krieg gewesen, 6 hätten nicht überlebt.

»Vor allem aber ist das eine Botschaft für die Welt, dass wir Gaza aufbauen und nicht verlassen werden«, sagt der Cafébetreiber. »Trotz der massiven Zerstörung und der Besatzung.« Das Café ist sein Beitrag gegen »Trump Gaza«, gegen die Idee, dass der Ga-



Gäste im Al Qadi Sweets



Cafébetreiber Ghazali mit Kunafa

zastreifen so zerstört ist, dass man hier alles eigentlich nur abreißen und neu bauen kann – allerdings nicht für die Palästinenser, sondern eher für die Art Menschen, die gern in Dubai Urlaub machen.

Während des Krieges veröffentlichten israelische Behörden Bilder gut gefüllter Märkte, um zu beweisen, dass es im Gazastreifen keine Hungersnot gebe. Nun ist es andersherum. Die Israelis betonen, dass das Kriegsgebiet zu zerstört sei, um dort zu leben. Und die Bewohner bemühen sich, das Gegenteil zu beweisen.

Bei Al Qadi Sweets ist vom Krieg tatsächlich wenig zu sehen. Frauen trinken Kaffee aus Porzellantassen, Sonnenbrille und gefälschte Chanel-Tasche vor sich auf dem Tisch. An manchen Tagen werden hier Kindergeburtstage mit herzförmigen Sahnetorten gefeiert. Meist sind alle Tische besetzt, und immer wieder bildet sich vor der Kasse eine Schlange mit Menschen, die Kuchen und Gebäck zum Mitnehmen kaufen wollen. Die Lust der Menschen auf Süßes ist groß, nach Monaten der Entbehrung.

Mit Mohammed al-Ghazali in Ruhe zu sprechen, ist fast unmöglich, sein Handy klingelt, immer wieder springt er auf, um schnell etwas zu organisieren oder ein Problem zu lösen. Gerade jetzt im Ramadan ist Hochbetrieb, das Café ist zwar tagsüber geschlossen, aber die ganze Nacht hindurch hat es geöffnet, bis mit dem Morgengebet das Fasten beginnt.

Am Abend erleuchten Lichterketten den Bürgersteig vor dem Café, Männer singen Madihs, religiöse Lieder, wie es im Ramadan üblich ist. Am Ende wird eine tischgroße Halbmondtorte angeschnitten, verziert mit Kiwis, Orangen und Sahnehäubchen.

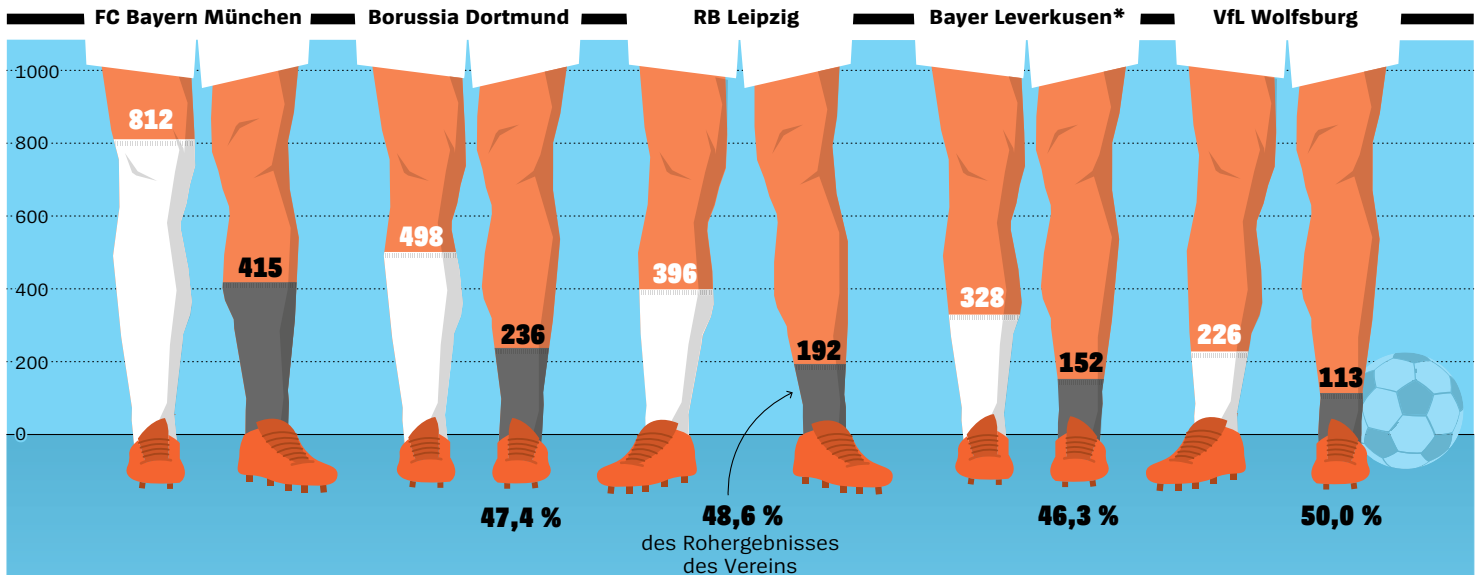
Überall gibt es im Gazastreifen nun Essensstände und Cafés, oft improvisiert, in Zelten, zwischen Ruinen oder auch nur in Form von ein paar Hockern am zerbombten Hafen von Gaza-Stadt. Die Menschen strömen dorthin, genauso wie in die kleinen Einkaufszentren und Geschäfte, die wiedereröffnet wurden. Freunde treffen, draußen sein ohne Angst – all das war fast anderthalb Jahre lang nicht möglich.

Manche Menschen, sagt Ghazali, seien fast schockiert gewesen, als sie sein Café zum ersten Mal besucht hätten. Schockiert von der Normalität.

Aber natürlich ist es nur eine scheinbare Normalität, die Ghazali und seine Angestellten mit viel Mühe aufrechterhalten. Das Nachbarhaus liegt in Trümmern, Teile der angrenzenden Straße sind verschüttet. Viele der Menschen, die hier am Kaffee nippen, sind traumatisiert. Und auch an Lebensmitteln zu kommen, wird wieder schwieriger, seit Israel gerade erneut die Einfuhr von Hilfsgütern in den Gazastreifen gestoppt hat. Die Händler bunkern Mehl und Zucker, die Preise steigen. Mohammed al-Ghazali sagt, egal, was geschehe: Er werde weiter Kunafa machen.

Ghada Alkurd, Juliane von Mittelstaedt

51 % des Rohergebnisses von 812 Millionen Euro verwendet der Verein für Personalkosten.



Gold wert

Umsatz (Rohergebnis) und Personalkosten der fünf wirtschaftlich größten Bundesligaklubs in der Saison 2022/23, in Millionen Euro

* abweichendes Geschäftsjahr bei Bayer Leverkusen: 2023
 S-Quelle: DFL

Der FC Bayern München will die Gehälter seiner Spieler reduzieren. Die Sparmaßnahmen sind womöglich ein Grund dafür, warum sich die Vertragsverhandlungen mit Joshua Kimmich in die Länge zogen. Laut den Finanzkennzahlen der Deutschen Fußball Liga betrugen die Personalkosten beim Rekordmeister in der Saison 2022/23 gemessen am Rohergebnis (812 Millionen Euro) 51,2 Prozent. Zum Vergleich: Bei Holstein Kiel sind es 56,6 Prozent. In den anderen großen Ligen in Europa liegt die Quote oftmals höher als in der Bundesliga.

HALL OF FAME

Maya Gabeira, Extremsurferin

Für einen Moment verlor sie die Balance, kippte auf ihrem Board nach hinten, fiel auf den Rücken. Das Letzte, was Maya Gabeira sah, waren die Wassermassen der brechenden Welle, eines Monsters, mehr als zehn Meter hoch, die auf sie niederstürzten wie eine Lawine.

Sie wurde in die Tiefe gerissen, verlor das Bewusstsein. »Ich akzeptierte den Tod. Ich befand mich an einem dunklen Ort«, so erinnert sich Gabeira an den schlimmsten Moment ihrer Karriere.

Zwölf Jahre ist das her, damals wäre die Profisurferin Maya Gabeira im Big-Wave-Revier Nazaré an der Westküste Portugals fast ertrunken. Die

Bilder des Unfalls gingen um die Welt. Ein anderer Wellenreiter konnte sie im letzten Moment mit dem Jetski aus dem tosenden Meer ziehen. Am Strand konnte sie wiederbelebt werden.

Gabeira lag nach dem Unglück wochenlang im Krankenhaus, musste dreimal an der Wirbelsäule operiert werden. Die meisten Surfer hätten danach wohl aufgehört mit dem Surfen in Riesenwellen. Gabeira machte weiter. Vier Jahre nach dem traumatischen Crash wagte sie sich wieder hinaus in die Wellen vor Nazaré.

Gabeira, 37, geboren in Rio de Janeiro, hat schon früh gelernt zu kämpfen. Gegen das Asthma, das sie als Kind plag-

te, die Angststörungen, die irgendwann in ihrer Jugend auftraten. Später dann gegen die Vorurteile, denen Frauen in der Männerdomäne Surfen begegnen. Als sie einmal nach einem Wettkampf eine Auszeichnung bekam, wurde Gabeira von Reportern gefragt, ob sie ein Fotomodell sei. »Nein, ich bin eine Surferin«, antwortete sie.

Gabeira war die erste Frau, die in den Riesenbrechern vor Nazaré surfte. Nach ihrem Un-



fall 2013 lästerten manche Profikollegen, sie solle sich lieber von den gefährlichen Wellen fernhalten. Aber Gabeira trainierte noch härter. Sie zog nach Nazaré. 2018 surfte sie eine mehr als 20 Meter hohe Welle am Praia do Norte, ein neuer Weltrekord bei den Frauen. 2020 verbesserte sie ihre Bestleistung noch einmal mit einem Ritt auf einer 22,40 Meter hohen Wasserwand.

Nun hat die Königin der Wellen ihren Rücktritt erklärt. Sie spüre nicht mehr das Verlangen, sich den Naturgewalten zu stellen, sagte Gabeira in einem Interview. »Wenn man geschafft hat, was man sich vorgenommen hat, lässt man vernünftigerweise los.«

Auf Instagram verabschiedete sie sich von ihren Fans – und von den Wellen vor Nazaré. »Danke für alles, was ihr mich gelehrt habt.« GP

Der Dauerläufer

SPORTPOLITIK Wer wird neuer Präsident des Internationalen Olympischen Komitees? Ein Treffen mit dem früheren Mittelstreckenläufer Sebastian Coe, einem der Favoriten.

Lord Sebastian Newbold Coe beginnt seinen Tag auf dem Laufband, in kurzen Hosen und Sport-T-Shirt. Es ist kurz vor sechs, die Sonne ist noch nicht aufgegangen. Der Fitnessraum im Dachgeschoss seines Hotels im niederländischen Städtchen Apeldoorn ist klein, es gibt nur ein einziges Laufband, Coe hatte Angst gehabt, es könnte belegt sein, wenn er sein Training erst um 6.30 Uhr beginnt. »Wenn ich zwei Tage keinen Sport mache, dann merke ich das selbst. Wenn ich drei Tage keinen mache, dann merkt das auch mein Umfeld«, sagt er. Also setzt er einen Fuß vor den anderen, Schritt für Schritt.

Vor ihm auf der Geschwindigkeitsanzeige liegen mehrere Zettel, eng beschrieben, es geht um die ganz großen Fragen des Weltsports. Wie soll man mit russischen Athleten verfahren, wenn es in der Ukraine keinen Frieden gibt? Wie soll der Sport mit Menschen umgehen, die nicht eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen sind? Und wie soll es gelingen, dass junge Menschen sich wieder mehr für die Olympischen Spiele interessieren?

Sebastian Coe, 68 Jahre alt, ist davon überzeugt, dass niemand diese Fragen so gut beantworten kann wie er. Also deshalb strampelt er sich ab.

Coe ist im Wahlkampfmodus. Am 20. März wird in Griechenland, ganz in der Nähe von Olympia, ein neuer Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) gewählt. Nach zwölf Jahren an der IOC-Spitze räumt der Deutsche Thomas Bach seinen Posten, dadurch wird der vielleicht wichtigste Job im Weltsport frei. Sechs Männer und eine Frau stellen sich zur Wahl. Mehr als 100 IOC-Mitglieder stimmen darüber ab, wer im Reich der Ringe künftig die Richtung vorgibt.

Vier der Kandidaten gelten als chancenlos, es wird auf einen Dreikampf hinauslaufen.

Kirsty Coventry, in Simbabwe geboren, gilt als Favoritin von Bach, sie ist mit 41 Jahren die Jüngste im Kreis der Bewerber – und die einzige Frau. Die ehemalige Schwimmerin holte zwei olympische Goldmedaillen, machte später eine steile Karriere im IOC und ist amtierende Sportministerin in ihrem Heimatland.

Auch dem Spanier Juan Antonio Samaranch junior, 65, werden gute Chancen eingeräumt. Schon sein Vater war IOC-Chef, Samaranch ist bestens vernetzt. Er machte Karriere als Parfümverkäufer und gründete eine Investmentfirma.

Sebastian Coe ist der wohl schillerndste der sieben Kandidaten. Er ging als Außenseiter ins Rennen, mittlerweile hat er aufgeholt. Sollte er gewinnen, wäre es keine Sensation. Coe wird zwar nächsten September schon 70 Jahre alt und müsste in diesem Alter eigentlich aus dem IOC ausscheiden. Aber zum einen kann seine Mitgliedschaft einmalig um vier Jahre verlängert, zum anderen können Regeln im IOC auch immer angepasst werden.

Als Sportler war Coe der überragende 800-Meter-Läufer seiner Zeit. Zweimal startete er auf seiner Paradenstrecke bei Olympischen Spielen, zweimal reichte es nur zu Silber. »Das beschäftigt mich bis heute«, sagt er. Stattdessen holte Coe dann olympisches Gold über 1500 Meter, erst 1980 in Moskau, vier Jahre später in Los Angeles. 1980 boykottierte der Westen die Spiele, den britischen Athleten wurde es überlassen, ob sie starten wollen oder nicht, 1984 blieb der Osten fern. Coe war beide Male als Athlet dabei.

Coe war Athletensprecher und wechselte nach seiner Karriere in die Politik, 1992 zog er für die Konservativen ins britische Unterhaus ein. Seit er in den Adelsstand erhoben wurde, trägt er den Titel Baron Coe of Ranmore County of Surrey. Aber weil Beschei-

denheit im Wahlkampf immer gut ankommt, stellt er sich im Fitnessraum knapp und mit schönem Understatement vor: »Hi, I'm Seb.«

Coe holte die Olympischen Spiele 2012 nach London, der Erfolg als Organisator dieser Spiele begründete seinen Ruf. 2015 gewann er eine Kampfabstimmung gegen den ehemaligen ukrainischen Stabhochspringer Serhij Bubka, seitdem steht er dem Internationalen Leichtathletikverband World Athletics vor. Nebenbei gründete er eine Sportmarketingfirma.

Nun strebt er nach dem IOC-Vorsitz, es wäre die Krönung eines übervollen Lebens. Eigentlich hätte er Marathonläufer sein müssen und kein Mittelstreckler, das hätte besser zu dieser Geschichte gepasst.

Coe kämpft für diese Krönung, auch wenn Wahlkampf eigentlich verboten ist. Das IOC hat auf acht Seiten penibel aufgelistet, was vor der Abstimmung erlaubt ist. Zusammengefasst: so gut wie nichts. Keiner der Kandidaten soll sich einen Vorteil verschaffen können, weil er mehr Geld hat oder besser reden kann, argumentiert das IOC. Die Bewerber dürfen sich nicht untereinander vergleichen, ebenso verboten ist »exzessives Reisen«.

In der Woche vor seinem Apeldoorn-Besuch war Coe zunächst in Frankfurt, dann besuchte er die Oscarverleihung in Los Angeles, von dort flog er nach Nairobi in Kenia. Man könnte das, wenn man wollte, durchaus als exzessives Reisen bezeichnen.

Thomas Bach, sagen Kritiker, wolle weiter alles unter Kontrolle behalten, nur deshalb habe man den Kandidaten so viele Restriktionen auferlegt. Solange sich kein Bewerber ausreichend profiliert, könne Bach die IOC-Mitglieder beeinflussen, wen sie wählen sollen. Es gilt als ausgemacht, dass er auf einen Sieg von Coventry hofft, die den Verband wohl in seinem Sinne weiterführen würde.

Zwölf Jahre lang stand Bach an der Spitze des IOC, das ist genug Zeit, um die eigene Macht auszubauen. In der Öffentlichkeit war er immer umstritten, seine spröde Art trug viel dazu bei, intern jedoch wurde er irgendwann kaum noch infrage gestellt. Mit den Spielen von Paris hat er sich einen perfekten Abgang verschafft. Dass unter seiner Führung jüngere Sportarten ins olympische Programm integriert wurden, von Breaking bis Bouldern, rechnet er sich als Verdienst an. Kaum jemand spricht noch darüber, dass Bach bei den Win-



Leichtathlet Coe in Los Angeles 1984

Thomas Zimmermann / IMAGO



Sportfunktionär Coe
in Apeldoorn

terspielen 2014 in Sotschi Wladimir Putin zugestimmt hat, während Russland bereits die Besetzung der Krim vorbereitet.

Beobachter hatten damit gerechnet, dass Bach möglicherweise versuchen würde, seine Amtszeit noch einmal zu verlängern. Er tat es dann doch nicht. Ein Olympiasieger, der Bach gut kennt, aber namentlich nicht zitiert werden will, sagte dem SPIEGEL, der IOC-Präsident habe zuletzt auf ihn müde und erschöpft von all den Auseinandersetzungen um Olympia gewirkt.

Coe würde vermutlich einiges ändern. Es kommt für ihn also darauf an, mit seinen Botschaften durchzudringen. Einen einzigen offiziellen Wahlkampftermin hat es gegeben, im Januar stellten sich die Kandidaten nacheinander im Château de Vidy von Lausanne exakt 15 Minuten und 30 Sekunden lang dem Wahlvolk vor. Anschließend beantworteten sie zehn Minuten lang Fragen von Journalisten. Zuletzt gab es einen weiteren Videomedientermin für alle Kandidaten, das war's.

Ein Wahlkampf, abgeschottet von den Augen der Öffentlichkeit. Spötter sagen, das Konklave zur Wahl eines neuen Papstes sei transparenter.

»Das ist nicht mehr zeitgemäß«, sagt Coe, der die strikten Wahlkämpfregeln sehr locker auslegt. Er ist omnipräsent in den Medien, gibt Interviews, wiederholt seine Botschaften, wo immer er kann. Auch deshalb lässt er sich knapp zwei Wochen vor der Wahl vom SPIEGEL begleiten; er ist nach Apeldoorn gekommen, weil dort die Hallen-Europameisterschaften in der Leichtathletik stattfinden.

Ein Heimspiel für Coe, dessen Kampagne darauf fußt, dass die Athleten mehr Rechte und mehr Geld bekommen sollen. Vor den Olympischen Spielen verkündete er, den Leichtathletik-Olympiasiegern eine Prämie in Höhe von 50.000 Dollar zu zahlen. Ein Novum, das ihm Lob von Sportlern, aber Kritik vom IOC und aus anderen Verbänden einbrachte.

»Wenn es ein Abkommen gibt, das die Ukraine akzeptiert, rede ich auch mit Putin.«

»Lasst uns die Sportler treffen«, sagt er, nachdem er seine morgendliche Laufeinheit beendet hat. Die Sportklamotten hat er gegen sein Businessoutfit getauscht, in legerer grauer Hose und blauem Pullover über einem weißen Hemd schlendert er durch die Sporthalle von Apeldoorn.

Coe kommt kaum voran, immer wieder entdeckt er jemanden, den er kennt. Als er dem ehemaligen englischen Mittelstreckenläufer Matthew Yates in die Arme läuft, deutet Coe eine Verbeugung an. »Oh my God«, sagt er, die beiden umarmen sich.

Dann schreitet er in die Warm-up-Area, einen streng geschützten Bereich des Sportzentrums, in dem sich die Athleten auf ihre Wettkämpfe vorbereiten. Manche sitzen am Boden, haben Kopfhörer im Ohr und starren in die Ferne, andere dehnen und strecken sich.

Wer nicht gerade die Augen geschlossen hat, den spricht Coe an. Er unterhält sich mit zwei britischen Athletinnen, will wissen, wo sie trainieren, in den USA oder in der Heimat. »Zu Hause«, sagen sie. Coe strahlt. »Großartig.«

Als er zu den ukrainischen Sportlern kommt, schüttelt er ihre Hände, klatscht ihnen auf die Schulter. »Ihr wisst, wo wir stehen«, sagt er. Coe hat sich mit seiner Leichtathletik nach Ausbruch des Kriegs schnell und klar positioniert. Solange russische Soldaten auf ukrainischem Territorium stünden, gebe es keine Grundlage, wieder Sportler aus Russland zuzulassen. Anders als Bach, der bei dieser Frage immer wieder ins Lavieren kam, war Coe sehr klar in seiner Ansage. Zu-

letzt jedoch deutete er an, dass er sich die Rückkehr russischer Sportler inzwischen vorstellen könne.

Hat er seine ursprüngliche Haltung geändert? »Keinen Millimeter«, sagt er. Aber wenn sich die Weltlage verändere, dann »müssen auch wir die Situation neu bewerten«. Regeln kann man anpassen, Prinzipien auch.

SPIEGEL: Wenn es ein Abkommen gibt, reden Sie dann auch mit Putin?

Coe: Das liegt alles in der Zukunft, aber wenn ich gewählt werde und es ein Abkommen gibt, das die Ukraine akzeptieren kann, rede ich auch mit Putin.

Als Coe in der Warm-up-Area fertig ist, bittet ihn ein junger Mann vom Leichtathletikverband darum, noch ein paar Sätze in seine Handykamera zu sagen. Der Social-Media-Beauftragte folgte Coe Schritt auf Tritt, während er mit den Athleten sprach, nun soll Coe sagen, was ihm die Begegnung mit den Sportlern bedeute. Coe lächelt. Er spricht darüber, wie wichtig es ihm ist, sich mit den Athleten auszutauschen. »Das sind Informationen aus erster Hand, die sich jeder Verbandspräsident holen sollte«, sagt er in die Kamera. Gleich beim ersten Mal ist die Aufnahme perfekt. Der Social-Media-Beauftragte wird ein Video daraus schneiden, schon am Abend landet es auf Instagram.

Nach dem Mittagessen soll Coe dann per Videoschalt eine Stunde lang Journalistenfragen beantworten.

Die internationale Journalistenvereinigung AIPS hat alle sieben Bewerber zu einem globalen Zoom-Presseseeting geladen. Jeweils eine gute Stunde lang stehen die Bewerber an unterschiedlichen Tagen für Fragen zur Verfügung. Der italienische AIPS-Chef Gianni Merlo, eine Art Gründungsvater des Sportjournalismus, fragt Kirsty Coventry erst einmal ausführlich dazu aus, wie sie es denn schaffen wolle, IOC-Chefin zu sein und sich gleichzeitig um ihr kleines Kind zu kümmern. Eine Frage zur Vereinbarung von Job und Familie, die den übrigen sechs Bewerbern nicht gestellt wird. Die Sportwelt ist noch immer eine Männerwelt.

Die Welt von Juan Antonio Samaranch junior zum Beispiel. Einem smarten Spanier, einem Businessman, der keine langen Reden hält, Zeit ist Geld. Seit mehr als 20 Jahren gehört er dem IOC an, er kennt alle Ränkespiele, alle Wendungen, die man in einem solchen Gremium vollzieht, um sich oben zu halten. Er verfügt über allerbeste Kontakte, weil schon sein Vater das IOC 21 Jahre lang führte. Samaranch senior war ein Patriarch, der die Olympischen Spiele für Profis öffnete, für die Fußballer und für Basketballmillionäre. Die Spiele von Los Angeles 1984 waren, mit Samaranchs Segen, die ersten privat finanzierten Spiele: Ein Rocket-Man flog zur Eröffnung mit seinem Düsenantrieb durch die Gegend, Olympia wurde als Show-Act inszeniert. Danach ging es los mit dem Superkom-



Hanna Lässen / the AOC / Getty Images

merz. Das hat damals nicht jedem altgedienten Funktionär gefallen, aber die Spiele wurden dadurch für das IOC zur Geldmaschine.

Coe kommt als siebter und letzter der Bewerber an die Reihe. Wenn das ein Zufall ist, dann profitiert er davon. Die Journalisten haben sich in den sechs Runden davor bereits müde gefragt, immer wieder ging es um Nachhaltigkeit und Frauenrechte, immer wieder wollten sie wissen, warum der afrikanische Kontinent noch nie berücksichtigt wurde, wenn es um die Ausrichtung der Spiele geht.

Coe weiß, was ihn in solchen Fragerunden erwartet, in keinem Moment gerät er ins Schlingern. Auf die immer gleichen Fragen zu Russland oder zum Großthema Doping antwortet er mit dem immer gleichen Satz: »Das ist eine wirklich interessante Frage.« Und setzt dann zum immer gleichen Vortrag an. Coe weiß, wie man Menschen für sich einnimmt, im Gespräch mit dem SPIEGEL sagt er an einer Stelle: »Diese Geschichte habe ich noch nie erzählt.« Wobei die Geschichte dann lediglich daraus besteht, dass seine Mutter ihm einst gesagt habe: »Ich will dich beschützen, aber ich habe ein Problem mit dir: Du läufst immer mitten in den Sturm.«

Wobei es übertrieben wäre, die Begegnungen mit der Presse als Sturm zu bezeichnen. Coe hat es geschafft, eine Art Medienliebling zu werden. Mit dem AIPS-Chef Merlo scherzt er herum, Gianni hier, Gianni da. Wenn es nach den Journalisten ginge, wäre längst klar, wer am 20. März gewählt wird. Aber das Problem für Coe ist: Die Medien sind nicht wahlberechtigt. Es wählen IOC-Mitglieder, die alle verschiedene Interessen verfolgen und die es möglicherweise gar nicht so gern sehen, wenn sich einer so in den Vordergrund spielt.

Unter ihnen sind Vertreter internationaler Sportverbände wie Fifa-Chef Gianni Infantino, Vertreter nationaler Olympischer Komitees, aktuelle und ehemalige Athleten, Fürst Albert II. von Monaco unter anderem, der als Bobpilot an fünf Spielen teilnahm. Auch zwei Deutsche wählen mit: die frühere Turnerin Kim Bui, ganz neu im Kreis des IOC, und der umtriebige Eventmanager und PR-Fachmann Michael Mronz, der seit Jahren für Olympische Spiele in Nordrhein-Westfalen trommelt. Und auch in der Öffentlichkeit bekannt wurde, weil er der Lebensgefährte des verstorbenen Politikers Guido Westerwelle war.

Coe hat einen Ruf als Problemlöser. Er ist der Mann, der die World Athletics übernahm, als gerade ein Dopingkandal den Verband erschütterte. »Ich war kaum im Amt, da standen 70 französische Polizisten im Büro«, sagt Coe. Lamine Diack, sein Vorgänger als Präsident, hatte Dopingfälle vertuscht und dafür Geld kassiert. Der mittlerweile verstorbene Diack wurde zu vier Jahren Haft verurteilt. Und Coe? Will von all den Vorgängen nichts mitbekommen haben, auch wenn er jahrelang unter Diack gearbeitet hatte und lange dessen Nähe suchte. Bis eben die Polizei da war und Coe blitzschnell auf Distanz ging zu seinem ehemaligen Förderer.



Wahlkämpfer Coe auf dem Laufband

Coes Positionen sind seit Jahren klar: Er will den Frauensport schützen, Athleten, die nicht eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen sind, dürfen nur unter sehr strengen Regeln in der Frauenkategorie der Leichtathletik starten. Coe will mehr Geld an die Athleten weitergeben, neue Werbepartner anlocken und mit flexiblen Verträgen ans IOC binden. Er hat seine Botschaften so oft wiederholt, dass er im Gespräch mit den Journalisten mitunter wie ein Dozent wirkt.

Noch bevor die Stunde herum ist, versucht er, das Gespräch zu beenden. Er würde liebend gern noch weiter Fragen beantworten, sagt er, aber er müsse weiter. »Ein Saal voller junger Leute wartet auf mich.« Und schon ist er weg. Der Saal stellt sich dann zwar nur als kleiner Tagungsraum im Hotel heraus, und voll ist er auch nicht, aber Coe stört das nicht. An zu einem Viereck zusammengeschobenen Tischen sitzen genau sechs »junge Leute« aus verschiedenen europäischen Ländern, alle im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, sie sind Teil eines Programms für »Future Leader«, sportbegeisterte Menschen, die in ihren Heimatverbänden Karriere machen sollen und wollen. Ein groß gewachsener Belgier trägt einen Anzug, Coe schüttelt ihm die Hand und sagt: »Du solltest in der »GQ« sein.« Alle lachen, also macht er den Spaß später gleich noch mal.

Nach dem Treffen mit den jungen Führungskräften wird Coe vom Hotel wieder in die Sportarena gefahren. Die Abendsession steht an, es geht um die Medaillen. Er lässt sich auf seinen Sitz fallen und blickt nach unten. Als die 1500 Meter, seine Gold-Diszi-

plin von einst, anstehen, klammert er sich am freien Stuhl vor sich fest, konzentriert nach vorn gebeugt. Als es so aussieht, als gewänne eine Britin, springt er zweimal vom Sitz auf, er wirkt aufrichtig enttäuscht, als sie kein Gold holt. »Manchmal vergesse ich, dass ich ein Amt habe. Dann fiebere ich einfach mit meinen Landsleuten mit.«

Es geht nicht um viel an diesem Abend, EM-Medaillen in der Halle sind weit weg von olympischem Edelmetall.

SPIEGEL: Was fasziniert Sie an der Leichtathletik, dass Sie sogar bei einer Hallen-EM genannt zuschauen?

Coe: Ich schaue mir die Athleten an, schaue in ihre Gesichter. Man sieht das sofort, wenn jemand in die Arena kommt und ausstrahlt: Das ist meine Bühne, mich schlägt hier keiner. Es ist wie beim Poker, man bekommt seine Karten, und entweder hat man die Asse und die Könige. Oder man hat sie nicht.

SPIEGEL: Sie hatten die richtigen Karten.

Coe: Ich hatte sie und viele andere Athleten auch. Am Ende einer Karriere dreht man seine Karten um, und entweder hat man Medaillen geholt, Siege errungen oder nicht. Keiner interessiert sich für Rekorde oder Bestleistungen. Es geht um Medaillen.

Vielleicht versteht man den Kandidaten Coe am besten, wenn man ihn auf dem Laufband beobachtet, früh am Morgen, wenn die Welt noch schläft. 55 Minuten lang hat er einen Fuß vor den anderen gesetzt, alles in einem »entspannten Tempo«, wie er es nennt, er hat abwechselnd die Fragen in seinen Unterlagen gelesen und Fragen beantwortet.

Dann sagt er plötzlich: »Okay.« Und schaltet das Tempo hoch.

Peter Ahrens, Matthias Fiedler, Benjamin Knaack, Jonas Kraus

»Manchmal vergesse ich, dass ich ein Amt habe.«



Ex-Weltmeister Hamilton vor Ferrari F40 in Maranello

»Eine Figur wie ein Künstler oder Musiker«

FORMEL 1 Der Literaturwissenschaftler Michael Sawyer hat eine Biografie über den schwarzen Rennfahrer Lewis Hamilton geschrieben. Dessen Leistungen reichen weit über den Motorsport hinaus.

SPIEGEL: Herr Sawyer, Sie haben ein Buch über Malcolm X geschrieben, den amerikanischen Bürgerrechtler, und jetzt eines über Lewis Hamilton. Warum über einen Rennfahrer?

Sawyer: Beides hat miteinander zu tun. Lewis Hamilton ist nicht nur ein Fahrer, er ist auch Aktivist. Ich habe seine Formel-1-Karriere von Beginn an verfolgt. Mich interessierte, welchen Einfluss er nehmen wird. Um 2017 fing er vermehrt an, sich zu Themen wie Umweltschutz zu äußern und seine Forderungen in Bezug auf Gleichberechtigung und Vielfalt im Motorsport deutlicher zu formulieren. 2020 bezog er dann Stellung gegen Polizeigewalt in den USA, und er nutzte die Formel 1 als eine Art Plattform dafür – und zwar auf eine Weise, die ich für sehr innovativ halte.

SPIEGEL: Inwiefern?

Sawyer: Hamilton führt weiter, was wir in der Ära des Aktivismus von Sportlern in den Sechziger- und Siebzigerjahren gesehen haben. Ich bin in den Siebzigerjahren in den Vereinigten Staaten aufgewachsen, und Muhammad Ali war eine Ikone für mich, sowohl als Sportler als auch als Aktivist. In den Neun-

zigerjahren gab es dann eine Phase, in der Sponsoring und Zuschauerinteresse im Fokus standen. Athleten haben nicht unbedingt zu sozialen Themen Stellung bezogen. Hamilton hat das wieder in den Vordergrund gerückt und ist gleichzeitig immer noch erfolgreich, auch kommerziell. Er hat bewiesen, dass man das eine nicht für das andere opfern muss.

SPIEGEL: Sie sind Professor für afroamerikanische Literatur und Kultur. Was ist Ihre Verbindung zur Formel 1?

Sawyer: Mein erstes Rennen habe ich 1990 in Italien erlebt. Ich war damals Marineoffizier bei der Navy und lebte in Neapel. In den USA gab es damals auch ein paar Rennen, und Mario Andretti war sehr bekannt. Als ich nach Europa kam, musste ich den Unterschied zwischen IndyCar und Formel 1 aber erst herausfinden. Italien war eine sportliche Offenbarung: Ich erlebte Maradona in Neapel, die Fußball-WM. Und als ich von dem Formel-1-Rennen in Monza erfuhr, bin ich hingefahren, um mir das anzusehen. Die Begeisterung der Italiener für die Formel 1 und Ferrari hat mir gezeigt, wie das Land tickt. Es war eine großartige Einführung in die Formel 1.

SPIEGEL: Hamilton ist der einzige schwarze Stammpfänger in der Formel 1. Er kommt aus bescheidenen Verhältnissen, fühlte sich nicht zugehörig. Heute ist er Rekordchampion, sehr reich, sehr populär. Mit Ihrem Buch wollen Sie zeigen, wie er zum weltweiten Superstar geworden ist. Was haben Sie herausgefunden?

Sawyer: Da ist natürlich zuerst die offensichtliche Tatsache, dass er sehr gut ist in dem, was er tut. Wenn man Hamilton gesehen hat, hat man den besten Formel-1-Fahrer der Welt gesehen. Was ihn aber zur globalen Figur gemacht hat, sind seine Aktivitäten neben der Rennstrecke: soziales Engagement, Mode, Musik, Investments. Das Inspirierende an Hamilton ist aus meiner Sicht, dass er immer wieder Grenzen verschoben und Dinge erreicht hat, die eigentlich unerreichbar schienen, gemessen an seinem Hintergrund.

SPIEGEL: Sie schreiben, Hamilton habe schon in der Anfangsphase seiner Karriere eine neue Form von »luxuriösem schwarzem Internationalismus« kreiert. Was meinen Sie damit?

Sawyer: Hamilton, aufgewachsen in den Neunzigerjahren, war von der amerikanischen schwarzen Hip-Hop-Kultur beeinflusst. Die Szene entwickelte sich von den Anfängen in New York weiter und erweiterte sich um immer internationalere Persönlichkeiten. Zu Beginn seiner Formel-1-Karriere lernte er den Rapper Pharrell Williams kennen, einen Superstar. Hamilton wurde dann Teil einer bis dahin eher unbekannten globalen schwarzen Kultur, die auch auf schnelle Autos, Uhren und Champagner setzte, ganz ähnlich wie die Formel 1. Er wurde selbst zu einer internationalen Figur, ähnlich wie ein Künstler oder Musiker. Er schaffte es aber, sich weiter auf den Sport zu fokussieren. Nicht ganz leicht für junge Sportler, wenn sie plötzlich mit viel Geld und Ruhm umgehen müssen.

SPIEGEL: Sie bezeichnen die Formel 1 als den »womöglich weißesten und elitärsten Sport der Welt«. Welche Herausforderungen entstehen aus dieser Kombination für schwarze Fahrer?

Sawyer: Eher weiß und eher elitär sind noch andere Sportarten und Wettbewerbe, die Vendée Globe zum Beispiel oder einige Reitsportdisziplinen. Die Einstiegschürde in den Motorsport ist für Leute ohne Vermögen und Beziehungen aber noch mal besonders hoch. Bei schwarzen Sportlern kann dann noch die Sorge hinzukommen, abgelehnt zu werden. Man kämpft nicht nur gegen den Gegner, sondern auch gegen die Meinung der Leute. Hamilton hat selbst gesagt, er habe nicht »reingepasst«.

SPIEGEL: Ist es schwierig, in einem solchen Umfeld seinen eigenen Wert zu erkennen, vor allem für jüngere Sportler? Wenn man immer auffällt, als etwas Besonderes betrachtet wird, im Guten wie im Schlechten?

Sawyer: Ja, ich denke, das kann man sagen. Hamilton hat mal davon erzählt, wie er als Kind auf der Kartbahn ausgegrenzt wurde, auch von anderen Eltern.

SPIEGEL: Auch Mercedes-Teamchef Toto Wolff hatte in einem Interview davon berichtet.

Sawyer: Mir hat das wehgetan, als ich es gelesen habe. Was macht so etwas mit einem Kind? Als Sportlerin oder Sportler muss man nach solchen Vorfällen aber in der Lage sein, sich auf seine Leistung zu fokussieren, egal, ob man wütend oder traurig ist. Man muss trotzdem performen. Diese Fähigkeit teilt Hamilton mit weiteren Größen des Sports, wie den Williams-Schwestern im Tennis oder dem Golfstar Tiger Woods, die ebenfalls gegen Rassismus ankämpfen mussten. Jesse Owens, der 1936 bei den Olympischen Spielen in Nazi-Deutschland vier Goldmedaillen gewann, ist wohl das berühmteste Beispiel. Ein ikonischer Moment.

SPIEGEL: Es gab in Hamiltons Karriere aber auch Personen, die ihn gefördert haben. In Ihrem Buch nennen Sie Ron Dennis, den damaligen McLaren-Chef, der Hamilton in McLarens Nachwuchsprogramm aufnahm und ihn später in die Formel 1 holte.

Sawyer: Für mich ist Ron Dennis ein unterschätzter Held in der Geschichte. Es war auch ein Risiko für Dennis, Hamilton 2007 ins Cockpit zu setzen. Gleichzeitig hat er ihm ein Auto hingestellt, mit dem er direkt um die WM fahren konnte. Ron Dennis hat über den Tellerrand der Formel 1 geschaut und Hamilton die Chance gegeben, der Welt zu zeigen, dass ein Schwarzer ein sehr guter Rennfahrer sein kann.

SPIEGEL: Wie ist Ihr Verhältnis zu Hamilton? Sie beschreiben, wie er sich gefühlt hat oder was seine Intentionen waren. Haben Sie ihn für das Buch persönlich getroffen?

Sawyer: Nein, ich glaube, dann wäre es ein ganz anderes Buch geworden. Ich bin Literaturwissenschaftler, mich interessieren kulturelle Analysen. Ich beobachte aus der Distanz, lese, um Rückschlüsse ziehen zu können. Ich habe mit Menschen aus seinem Umfeld gesprochen.

SPIEGEL: Sie beschreiben, wie Lewis Hamilton zu Beginn seiner Karriere Anspielungen auf seine Hautfarbe zunächst ausgewichen ist. Sie halten Schweigen für keine gute Strategie.

Sawyer: Professionalität ist eine klassische Reaktion auf rassistische Ressentiments. Vor allem für die Generation von Hamiltons Vater Anthony. Dessen Familie kam nach dem Zweiten Weltkrieg als sogenannte Windrush-Generation aus der Karibik nach Großbritannien. Es ging darum, mit Leistung zu überzeugen. Anthony Hamilton nahm mehrere Jobs an, um seinem Sohn die Karriere zu finanzieren. Allerdings verschwindet Rassismus nicht, nur weil man seine Sache gut macht. Ich denke, Hamilton hat das bei den Testfahrten in Barcelona 2008 gemerkt.

SPIEGEL: Dort wurde er von spanischen Fans rassistisch beleidigt. Ein Jahr zuvor hatte er als Debütant seinen damaligen Teamkollegen, den Zweifachweltmeister Fernando Alonso, unter Druck gesetzt, Hamilton wurde auf Anhieb Vizeweltmeister, punktgleich vor Alonso.

»Rassismus verschwindet nicht, nur weil man seine Sache gut macht.«

Sawyer: Ja, er hatte seine Sache also sehr gut gemacht. Er hatte Alonso auf der Strecke geschlagen, der Spanier verließ McLaren. Und trotzdem war er mit Rassismus konfrontiert, oder vielleicht gerade deswegen. Eine Gruppe spanischer Fans hatte etwa ihre Gesichter geschwärzt, sie trugen Perücken und T-Shirts mit der Aufschrift »Hamiltons Familie«. Alonso selbst hat die Vorfälle zunächst heruntergespielt. Ich glaube, das war ein Moment, in dem Hamilton begonnen hat, sich zu emanzipieren. Als er festgestellt hat, dass Schweißen keine Option für ihn ist.

SPIEGEL: Welche Wirkung hat das?

Sawyer: Hamilton nimmt sich den Raum, um öffentlich über seine Erfahrungen zu sprechen. Ich glaube schon, dass er damit eine Tür für andere Menschen in der Formel 1 öffnet, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung in der Minderheit sind. Es geht darum zu zeigen, dass ihre Stimmen wichtig sind – und nicht immer dieselben Leute den Sport prägen sollten.

SPIEGEL: Hamilton wirkt in Ihrem Buch beinahe perfekt: Er macht kaum Fehler, ist stets bescheiden und höflich, trotz seines Erfolgs.

Sawyer: Niemand ist perfekt, das wollte ich auch nicht ausdrücken. Aber man muss sich entscheiden, wie man sich der Öffentlichkeit präsentiert. Hamilton ist sich dessen bewusst und arbeitet aus meiner Sicht hart dafür. Er macht nicht einfach, was er will, im Gegensatz zu manch anderen Stars.

SPIEGEL: Sie schreiben, ihn unterscheide von anderen sein »größeres Engagement für soziale Gerechtigkeit«. Allerdings zog er am Ende seiner ersten Formel-1-Saison von England in die Schweiz und später nach Monaco.



Autor Sawyer

Beide Länder gelten als steuerlich besonders attraktiv. Wie passt das zusammen?

Sawyer: Dafür wurde er in der Tat auch kritisiert. Er ist ja nicht der einzige Formel-1-Fahrer, der Wohnsitze in der Schweiz oder in Monaco unterhält. Teilweise wird es auch daran liegen, dass man dort wohl etwas mehr seine Ruhe hat, unter sich ist. Aber klar, das ist nun mal das, was Formel-1-Fahrer machen: in Monaco leben, Models daten, Champagner trinken. Und sicher wollen die meisten auch möglichst viel von ihrem Geld behalten. Das kann man kritisch sehen. Ich kenne Hamiltons Finanzen aber nicht im Detail. Zu seinen Gunsten würde ich anführen, dass er auch in sein Heimatland investiert. Seine Initiative Mission 44, die sich für bessere Bildungschancen für Jugendliche einsetzt, hat er mit 20 Millionen Pfund seines Privatvermögens ausgestattet. Die Organisation ist auch in Großbritannien aktiv.

SPIEGEL: In den vergangenen Jahren hat sich Hamilton immer offensiver für Menschenrechte eingesetzt. 2020 knieten er und weitere Fahrer in Österreich vor dem Rennstart nieder, um gegen Polizeigewalt gegen Schwarze in den USA zu demonstrieren, in Anlehnung an den ehemaligen NFL-Star Colin Kaepernick. Verändern solche Aktionen den Sport?

Sawyer: Es hat einen enormen Einfluss, das sehe nicht nur ich so. Zuletzt hat der langjährige Red-Bull-Mechaniker Calum Nicholas über ein Treffen mit Hamilton gesprochen, das er inspirierend nannte. Hamilton hatte sich dabei nach Nicholas' Erfahrungen als einem der wenigen schwarzen Mitarbeiter erkundigt. Dabei waren Mercedes und Red Bull ja sonst harte Konkurrenten. Hamilton hatte auch der Mercedes-Juniorin Doriane Pin zum Rennsieg bei der F1 Academy gratuliert und damit mehr Aufmerksamkeit für die Rennserie der Frauen erzeugt. Hamilton will Vielfalt in allen Bereichen des Motorsports und darüber hinaus.

SPIEGEL: Hat sich die Formel 1 seit Hamiltons Debüt gewandelt?

Sawyer: Ich glaube schon. Seit der Corona-Krise und der Netflix-Serie »Drive to Survive« sind neue Fangruppen dazugekommen. Aber die Effekte von Hamiltons Engagement wird man erst in Jahrzehnten wirklich sehen können. Es dauert, bis sich Systeme wandeln. Wichtig ist, dass es nicht bei T-Shirts und Fototerminen bleibt. Wenn man Diversität ernst nimmt und den Sport öffnen will, müssen sich auch Fachleute damit befassen. Dann muss analysiert werden, wie man zu Lösungen kommen kann.

SPIEGEL: Ein Blick in die Zukunft: Hamilton ist nach zwölf Jahren bei Mercedes zu Ferrari gewechselt, mit 40 Jahren. Der Rennstall ist selbst ein Mythos. Wird er mit der Scuderia den achten Titel holen?

Sawyer: Ja. Nicht unbedingt in diesem Jahr, aber ich bin optimistisch. Es wäre ein romantisches Ende einer großen Karriere.

Interview: Nina Golombek



Was aussieht wie der Palast von Disneys Eiskönigin, ist in Wahrheit ein Mahnmal des Klimawandels: Steigende Temperaturen lassen Teile des Morteratsch-Gletschers bei Pontresina im Schweizer Engadin tauen, das Schmelzwasser höhlt den Gletscher von innen aus. So entstehen bizarr anmutende Formationen aus bläulich schimmerndem Eis. Die Grotten sind zeitweilige Besucherattraktionen, Nervenkitzel inklusive: Wenn es zu warm wird, können sie einstürzen.

Trumps Schatzinsel

ANALYSE Der US-Präsident hat es auf Grönland abgesehen. Dabei könnte er mit dem arktischen Eiland wohl kaum etwas anfangen.

Seit Jahren äußert Präsident Donald Trump immer wieder Interesse an der zu Dänemark gehörenden Arktisinsel Grönland. Womöglich will er sie den USA gar »auf dem einen oder anderen Weg« einverleiben, wie er in einer Rede kundtat. Experten wie Geowissenschaftler Paul Bierman von der US-amerikanischen University of Vermont verblüffen solche Pläne: »Mir ist ein Rätsel, was Präsident Trump mit Grönland machen will«, sagt der Forscher. Auf der größten Insel der Welt untersuchte er unter anderem die Oberflächengeologie. Zwar schlummern Mineralien- und Rohstoffvorkommen im Untergrund. Doch Pläne zu deren Bergung wurden bislang selten verwirklicht. Derzeit sind auf der Insel gerade mal zwei Minen in Betrieb. Unternehmen hätten zahllose Gelegenheiten gehabt, Grönlands Bodenschätze zu erschließen, erklärt Bierman, in den meisten Fällen hätten sie darauf verzichtet.

Grönlands Untergrund ähnelt laut Bierman dem von Gebieten im arktischen Kanada oder anderen Teilen Nordamerikas. »Man findet dort zwar einiges an mineralischen Ressourcen, aber wenig Außergewöhnliches«, erklärt der Forscher, »und wenn doch etwas Besonderes vorhanden ist, dann selten in hoher Konzentration.« Diese wenigen Bodenschätze müssten unter unwirtlichen Bedingungen gefördert werden: Im Winter ist es monatelang dunkel, zeitweise bis zu minus 40 Grad kalt. Mögliche Abbaustätten liegen zudem oftmals Hunderte Kilometer entfernt von der Zivilisation. Um die Rohstoffe aus dem Boden holen zu können, müsste eine komplette Infrastruktur und Logistikkette aufgebaut werden. In weiten Teilen Grönlands gibt es keine Überlandstraßen und keine großen Häfen. Auf dem dünn besiedelten Eiland dürfte auch die Suche nach Fachkräften schwierig sein. Kurz gesagt: Der Abbau lohne sich schlicht nicht.

Zwar schlummern in Grönland Vorkommen von sogenannten seltenen Erden. Dass aber ausgerechnet Donald Trump diese Spezialmetalle fördern wolle, leuchtet Forscher Bierman nicht ein: »Seltene Erden sind unentbehrlich beim Bau von Elektroautos oder Windrädern«, erklärt er. Von beidem hält der US-Präsident bekanntlich wenig. Claus Hecking

Neue Chance für E-Zwitter?

MOBILITÄT In China boomen Elektroautos mit Benzinmotor an Bord – der allerdings nicht das Auto antreibt, sondern über einen Generator Strom erzeugt. Allein in diesem Jahr soll in der Volksrepublik rund eine Million der sogenannten Extended-Range Electric Vehicles (EREVs) verkauft werden, also Elektroautos mit Reichweitenverlängerer. Der E-Markt wird zwar von rein batteriebetriebenen Pkw oder Plug-in-Hybriden dominiert, aber als skurrile Nische kann man die Fahrzeuge nicht mehr abtun. Nach einer Analyse der Beratungsfirma Berylls wird der chinesische EREV-Markt auf 3,2 Millionen verkaufte Fahrzeuge im Jahr 2030 wachsen. Die Idee ist nicht neu, europäische Hersteller wie Opel und BMW nahmen entsprechende Modelle jedoch mangels Absatz schnell wieder vom Markt.

Von 2011 bis 2015 verzeichnete Opel gerade mal 1542 Neuzulassungen seines Ampera.

Die EREV-Zwitter erzielen durch die Verbrennerprothese mit kleinem Akku eine größere Reichweite und kosten so weniger. Wenn der Verbrenner das Fahrzeug nicht beschleunigen muss, werden zudem die typischen Energieverluste minimiert: Dann lässt sich der Motor mit gleichbleibender Drehzahl maximal effizient betreiben. CO₂ wird dabei trotzdem ausgestoßen, und sinkende Batteriekosten könnten den Hilfsantrieb im Vergleich zu reinen Stromern schon bald wieder unrentabel machen. Noch ist offen, ob chinesische EREV-Modelle in Deutschland angeboten werden. Doch auch deutsche Hersteller interessieren sich wieder für das Prinzip. Der Range Extender könne der Kundschaft in der Übergangsphase zur E-Mobilität die Angst vor mangelnder Reichweite nehmen, sagt etwa VW-Chef Oliver Blume. 2026 sollen die ers-

ten E-Modelle von VW mit zusätzlichem Benzinmotor an Bord auf den Markt kommen – aber nicht in Europa. Zwei EREV-Fahrzeuge werden derzeit vom chinesischen Gemeinschaftsunternehmen SAIC Volkswagen für den chinesischen Markt entwickelt. Auch für Nordamerika sind Range Extender vorgesehen. JÜP



Opel Ampera

»Der Limes-Effekt hält«



Der Wiener Wirtschaftshistoriker Fabian Wahl, 37, hat untersucht, wie die Römerzeit die Menschen im Südwesten Deutschlands bis heute beeinflusst.

SPIEGEL: Herr Wahl, was haben die Römer je für uns getan?

Wahl: Im Süden und Westen der heutigen Bundesrepublik haben sie Städte gegründet, Straßen gebaut und mit Bädern die hygienischen Bedingungen verbessert. Die Regionen auf der südwestlichen Seite der Grenzbefestigung Limes waren wesentlich fortschrittlicher als die auf der anderen Seite. Dadurch hatten sie einen Frühstart bei der Entwicklung. Das wirkt bis in die Gegenwart nach.

SPIEGEL: In einer Studie behaupten Sie, dass es den Menschen auf der römischen Seite des Limes heute besser gehe als denen jenseits der Grenzanlage. Wie messen Sie das?

Wahl: Wir haben uns Daten zu Lebenserwartung, Wirtschaftsentwicklung und Umfragen zu psychologischen Persönlichkeitsmerkmalen angeschaut, jeweils aufgeschlüsselt nach Postleitzahlbereich. Wer in einem ehemals römischen Gebiet wohnt, ist im Schnitt wohlhabender, weniger ängstlich und lebt ein halbes Jahr länger. Das

ist besonders interessant in Regionen im heutigen Baden-Württemberg, wo der Limes über 80 Kilometer schnurgerade verläuft und sich nicht an Flüssen oder Gebirgszügen orientiert. Beide Seiten haben sehr ähnliche Voraussetzungen – trotzdem gibt es Unterschiede.

SPIEGEL: Der Limes zwischen Donau und Rhein war vom Ende des ersten Jahrhunderts bis 260 nach Christus eine intakte Grenze. Seither sind 17 Jahrhunderte vergangen. Wie schließen Sie aus, dass andere Ereignisse den Effekt überlagern?

Wahl: Wir haben bei unseren Berechnungen Kontrollvariablen berücksichtigt, etwa die Grenzen der napoleonischen Besetzung Anfang des 19. Jahrhunderts oder die Besatzungszonen der Alliierten nach dem

Zweiten Weltkrieg. Der Limes-Effekt hält, auch wenn er etwas schwächer wird. Selbst Katastrophen wie die Pest oder der Dreißigjährige Krieg sorgten nicht dafür, dass Römerstädte aufgegeben wurden oder dauerhaft schrumpften. Im Gegenteil: Zwei, drei Generationen später waren sie oft größer als zuvor.

SPIEGEL: Der Soziologe Max Weber ging davon aus, dass die Religion die Persönlichkeit der Menschen beeinflusste. Ist die protestantische Ethik nicht wichtiger als der Limes?

Wahl: Es gibt auf beiden Seiten des Limes katholische und protestantische Gebiete. Um Stuttgart herum ist es protestantisch, aber die Gebiete südlich davon sind katholisch geprägt. Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es neben dem katholischen Rhein-

land evangelische Gegenden. Einen signifikanten Effekt hat das nicht – anders als die Nähe zu Römerstädten wie Köln, Mainz oder Augsburg.

SPIEGEL: Im 19. Jahrhundert waren die Pfalz, Baden und Württemberg sehr arm. Wie passt das zu Ihrer These von Wohlstand und Wohlbefinden?

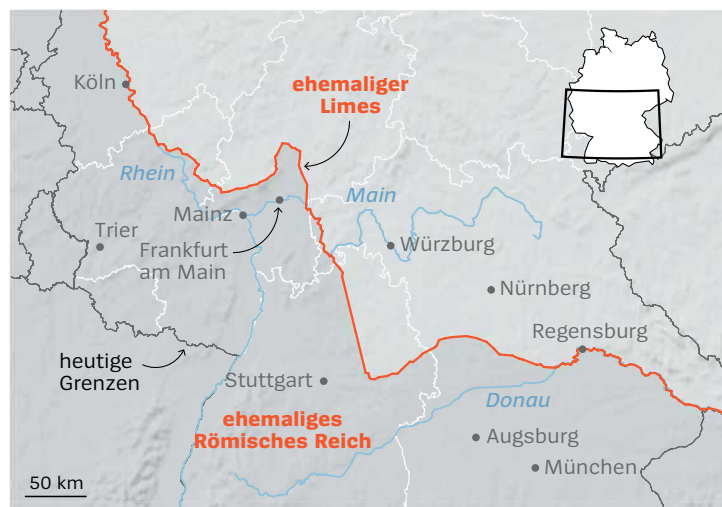
Wahl: Die Wirtschaftskrisen hatten sicher dramatische Folgen für die Leute damals. Aber diese Regionen sind nach ein paar Jahrzehnten wieder auf den vorherigen Entwicklungspfad zurückgekommen.

SPIEGEL: Seit dem Fall des Limes kam es immer wieder zu Migrationsbewegungen. Was haben die Menschen im heutigen Südwesten noch mit denen aus der Römerzeit zu tun?

Wahl: Persönlichkeitsmerkmale von Regionen sind erstaunlich stabil. Menschen ziehen bevorzugt in Gegenden, die zu ihrem Mindset passen. Und wer von A nach B zieht, passt sich an die Charakteristiken der Bevölkerung in B an.

SPIEGEL: Was können die Gebiete jenseits des Limes tun, um mit den einst römischen Gebieten gleichzuziehen?

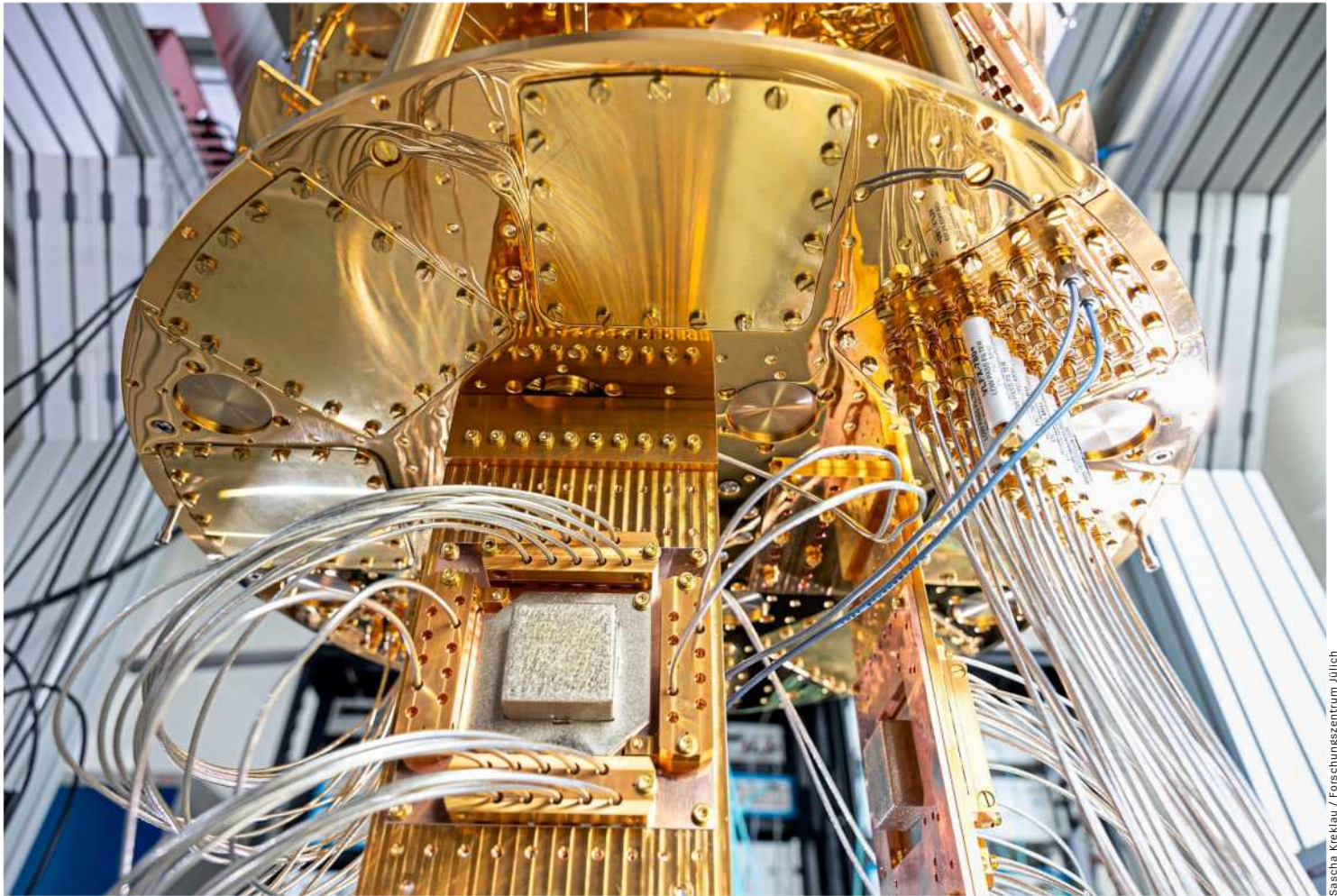
Wahl: Wenn man sich die Mechanismen anschaut, über die wir reden – Stadtentwicklung, Handel, Kultureinrichtungen –, dann müsste man in die Infrastruktur investieren. Aber den Frühstart aufzuholen, würde dauern. Man braucht einen langen Atem – wie die Römer. MPZ



Quelle: www.limesstrasse.de, Karte: OpenStreetMap

Deutschland sucht den Superrechner

PHYSIK Quantencomputer gelten als wichtige Zukunftstechnologie. Die USA mit ihren Techkonzernen dominieren das Feld. Noch.



Sascha Krelau / Forschungszentrum Jülich

Probenhalter und Prozessor des Quantencomputers QSolid: Unendlich viele Zustände

Der Lohn von drei Jahren Arbeit ist so groß wie ein Fingernagel: ein Siliziumplättchen, beschichtet mit Aluminium. Silbrig schimmert es unter der Lampe eines Lichtmikroskops. Wie ein Schmuckstück hat Rami Barends es dort platziert. »In Deutschland entworfen, in Deutschland hergestellt, in Deutschland betrieben«, sagt der Physiker vom Forschungszentrum Jülich. Er lächelt triumphierend.

Ein Bildschirm zeigt das Bauteil stark vergrößert. Es ähnelt herkömmlichen Mikrochips. Doch in seiner Beschichtung stecken winzige Strukturen, die Superkräfte entwickeln sollen: Qubits, Grundbausteine für einen Quantencomputer.

Quantentechnologien könnten »Unvorstellbares möglich machen«, schwärmt das

Bundesforschungsministerium. Von »enormen Chancen« für Pharma- und Chemiekonzerne, Automobilindustrie, IT, Finanzen und Logistik spricht das Bundeswirtschaftsministerium. Die neuartigen Rechner könnten zu einem »Wettbewerbsvorteil führen, der volkswirtschaftlich relevant wäre«. Mit Quantencomputern sollen etwa neue Medikamente schneller entwickelt werden, und sie sollen helfen, neue Materialien zu finden, die in Elektromotoren seltene Erden ersetzen.

Das Fachwissen über die neue Technik gilt als so wertvoll, dass noch nicht mal ein Handyfoto von Barends' Juwel geknipst werden darf. Schaltkreise und selbst Kühlgeräte für Quantentechnik unterliegen der deutschen Ausfuhrkontrolle. Kein Know-how soll unerlaubt das Land verlassen.

Bislang gelten US-Firmen als führend bei der Technologie. Rami Barends gehört zu den Anführern der deutschen Aufholjagd. Ihn zu rekrutieren, war für das Jülicher Zentrum ein Coup. Der gebürtige Niederländer hat sein Wissen bei dem amerikanischen Quantencomputerpionier John Martinis an der Universität von Kalifornien, Santa Barbara, und bei Google erworben. 2021 verließ Barends den IT-Konzern, um am Rande von Aachen ein neues Labor aufzubauen.

Der 43-Jährige spielt eine führende Rolle in dem Projekt QSolid, das unter Jülicher Leitung 25 Partner aus Wissenschaft und Industrie zusammenbringt. Das Bundesforschungsministerium fördert die Entwicklung deutscher Quantencomputer mit 470 Millionen Euro über fünf Jahre, allein 68 Millionen

davon erhält QSolid. Das Bundeswirtschaftsministerium steckt seit 2021 und bis zum Ende dieses Jahres weitere 540 Millionen Euro in Quantentechnologien, »made in Germany«.

Es sind ansehnliche, aber keine überwältigenden Fördergelder. Nur träumen können deutsche Forschende von den Summen, die US-Firmen einsetzen: Allein der IT-Riese IBM hat 2023 in seine Forschung und Entwicklung umgerechnet fast sechseinhalb Milliarden Euro investiert, wovon ein erheblicher Teil auf Quantencomputing entfallen dürfte.

Rami Barends spricht trotzdem von einem »großen Schub« für hiesige Ansätze. »Dieses Feld in Deutschland mit aufzubauen und es zu gestalten – das begeistert mich sehr«, sagt er. »So eine Chance bekommt man nur einmal im Leben.« Die Zeit bei Google sei sehr lehrreich gewesen. Doch es habe ihn zurück in die Grundlagenforschung gezogen – und in seine Heimat. »Ich vermisste meine Familie und meine Freunde.« Nun wohnt er in den Niederlanden, aber nur 20 Autominuten von seinem Aachener Labor entfernt. Den Wechsel aus den USA vor drei Jahren habe er nie bereut, sagt Barends.

In klassischen Mikroprozessoren sind Milliarden Transistoren untergebracht – winzige Schalter, die elektrischen Strom entweder durchlassen oder blockieren. Ein Zustand steht für 0, der andere für 1. Die Informationseinheit, die den einen oder den anderen Zustand annehmen kann, wird Bit genannt. Kombinationen aus vielen Einsen und Nullen lassen sich in Text, Bilder, Musik, Navigationsdaten und vieles mehr übersetzen. Wenn ein Computer rechnet, ob zur Addition von Zahlen oder zur Navigation, schaltet er die Transistoren auf dem Chip rasend schnell an oder aus.

Was in normalen Rechnern das Bit, ist in Quantencomputern das Qubit. Es kann nicht nur im Zustand 0 oder 1 sein, sondern sich gleichzeitig in beiden Zuständen befinden oder durch eine Überlagerung von 0 und 1 theoretisch unendlich viele Zustände dazwischen einnehmen. Superposition nennen Fachleute diese Fähigkeit.

Mit Algorithmen, die darauf zugeschnitten sind, soll ein Quantencomputer sehr viele Rechenwege parallel verfolgen können – mit exponentiell wachsender Rechenstärke, je mehr Qubits verfügbar sind. »Ein Quantenprozessor kann bei bestimmten Anwendungen das leisten, wofür es mit herkömmlichen Computern eine ganze Serverfarm bräuchte«, sagt Frank Wilhelm-Mauch. Er koordiniert das Projekt QSolid.

Qubits lassen sich auf verschiedene Weise erzeugen. Google, IBM, das Team um Rami Barends und weitere Teams setzen auf supraleitende Qubits – winzige Schaltkreise etwa aus Aluminium, durch die Strom ohne Widerstand fließt, wenn die Drähte auf fast minus 273 Grad Celsius gekühlt werden. Das soll Störungen minimieren. Mikrowellenpulse bringen den Strom in einen gewünschten Zustand, also 0, 1 oder eine Überlagerung.

»So eine Chance bekommt man nur einmal im Leben.«

**Rami Barends, Professor
am Forschungszentrum Jülich**

Andere Forschende tüfteln an Qubits aus Ionenfallen. In diesen Bauteilen fängt ein elektrisches Feld geladene Atome (Ionen) ein. Durch Laserpulse oder Mikrowellenfelder sollen die Ionen zu Rechenkünstlern werden.

Auch elektrisch neutrale Atome lassen sich in Qubits verwandeln. Diesen Ansatz verfolgt das US-Start-up QuEra, seit Kurzem investiert Google in das von Harvard- und MIT-Wissenschaftlern gegründete Unternehmen. Hierzulande arbeiten Firmen an ähnlichen Konzepten, etwa das Start-up Planq bei München.

Zu dessen wissenschaftlichen Beratern zählt Immanuel Bloch. Der Physiker erforscht seit Jahren die Grundlagen des Verfahrens. In seinem Garchinger Labor am Max-Planck-Institut für Quantenoptik führt der 52-Jährige unter einem Gewirr von Kabeln hindurch zu einem Metallschrank. Die Apparaturen darin sind ein Gefängnis der besonderen Art.

In einem Ofen verdampfen kleine Stücke aus dem Metall Strontium in ihre Grundbausteine: Atome. Bloch weist auf eine Glaskammer von der Größe einer Zigarettenschachtel. »Darin fangen wir die Teilchen mit Laserstrahlen und fixieren sie in einem Gitter aus Licht.«

Jedes einzelne Atom soll als Qubit dienen. Bloch und sein Team regen die Teilchen mit verschiedenen Laserpulsen an und bringen sie in einen gewünschten Zustand, also 0, 1 oder eine Überlagerung. Mit sogenannten Laserpinzetten sei es möglich, die Atome hin und her zu schieben, sagt Bloch. »Dadurch lassen sich die Teilchen flexibel nutzen, um etwa Rechenschritte zu sparen.«

Bisher können die Forschenden 60 Atome als Qubits nutzen. Dabei soll es nicht bleiben. Vor Kurzem gelang es einem Team aus Bloch, dem Planq-Mitgründer Johannes Zeiher sowie vier weiteren Kollegen, 1200 Neutralatome eine Stunde lang zu kontrollieren. Im nächsten Schritt wollen sie versuchen, derart viele Teilchen in Qubits zu verwandeln.

Deutschland hätte bei der Quantentechnik schon früh an der Spitze mitmischen können. 1999 schlug Gerd Schön, ein Professor von der Universität Karlsruhe, vor, supraleitende Strukturen als Bauelemente für Quantencomputer zu verwenden. Eine mathematische Theorie dafür lieferte der mittlerweile verstorbene Physiker gleich mit.

Doch es waren US-amerikanische Konzerne, die vorpreschten: Google übernahm 2014 die Forschungsgruppe von John Martinis, die damals schon an supraleitenden Qubits arbeitete; IBM ergatterte staatliche Mittel für seine Quantencomputerentwicklung. »Deutschland hat es lange versäumt, von grundlegenden Untersuchungen auf angewandte Forschung umzuschalten«, sagt Frank Wilhelm-Mauch. Erst das 2018 von der EU gestartete Förderprogramm »Open SuperQ« wirkte als Weckruf. »Da fingen auch hiesige Firmen plötzlich an, Quantencomputing ernst zu nehmen.« Großkonzerne gründeten Arbeitsgruppen, luden Experten ein.

Die Aufholjagd sei mühsam, erzählt Rami Barends in seinem Aachener Labor. Was er in den USA gelernt hatte, half ihm in Deutschland nur bedingt. Mit seinem 19-köpfigen Team musste er einen Teil der nötigen Infrastruktur und Bauteile selbst entwickeln, von der Software für den Betrieb bis zur Verkabelung der Spezialkühlgeräte, die nun als Experimentierstationen dienen.

Der von Barends präsentierte Chip-Prototyp hat zehn Qubits. »Wir haben es von null auf zehn in nur drei Jahren geschafft!«, sagt der Physiker. Er ist sehr stolz darauf, in so kurzer Zeit so weit gekommen zu sein. Das



Forscher Barends: Es hapert bei der Verlässlichkeit

Sascha Kreklau / Forschungszentrum Jülich

Bauteil zeige eine Leistung, »die mit international führenden Ansätzen vergleichbar« sei. Details zur Rechenpower will Barends allerdings nicht nennen.

Das deutsche Projekt »MUNIQC-SC« hat bereits 17 supraleitende Qubits entwickelt. Es wird ebenfalls vom Bundesforschungsministerium gefördert. Koordinator Stefan Filipp ist optimistisch: »Wir haben einen Grundstein gelegt, auf dem wir gut aufbauen können.« Der gebürtige Österreicher wechselte 2020 von IBM an die Technische Universität München. Für die deutsche Quantencomputerszene war auch das ein Coup.

10 Qubits, 17 Qubits – IBM ist längst in ganz andere Sphären vorgedrungen: 156 Qubits bietet Heron R2, der jüngste Quantenchip der US-Firma. Schon länger können Unternehmen und Forschungseinrichtungen die Quantenrechner des Konzerns nutzen. Im Oktober des vergangenen Jahres eröffnete IBM ein neues Quanten-Rechenzentrum in Ehningen bei Stuttgart.

Google hat im Dezember 2024 seinen jüngsten Quantenchip Willow mit 105 Qubits vorgestellt. Er habe in weniger als fünf Minuten etwas berechnet, wofür einer der weltbesten Supercomputer zehn Quadrillionen Jahre bräuchte, so das US-Unternehmen. Allerdings kann man mit dieser Knobelei in der realen Welt noch wenig anfangen.

Zwar könnten Googles Quantenchips auch Nützliches kalkulieren, »aber alle diese Berechnungen wären ebenso auf einem klassischen Supercomputer möglich«, erklärt eine Sprecherin. »Wir sind optimistisch, dass wir innerhalb von zehn Jahren Anwendungen in der realen Welt sehen werden, die nur auf Quantencomputern möglich sind.« Auch IBM betont, dass Quantencomputer vorerst klassische Rechner nicht ersetzen werden. Praktisch relevante Vorteile seien »in der gesamten Industrie noch nicht erreicht« worden.

Doch genau auf die hoffen Firmen auf der ganzen Welt, etwa Bosch. Für Magnete in

Elektromotoren nutzt der Automobilzulieferer derzeit seltene Erden – erwartet aber, diese teuren Rohstoffe mithilfe von Quantencomputern in fünf bis sieben Jahren durch günstigere Materialien ersetzen zu können.

Noch simulieren Fachleute der Firma auf herkömmlichen Hochleistungsrechnern die Eigenschaften verschiedener Materialien, bevor sie diese im Labor herstellen und in Experimenten testen. Mit Quantencomputern könnten bald erheblich weniger Experimente nötig sein, sagt Bosch-Sprecher Matthias Jekosch. »Dies wird nicht nur die Entwicklung neuer Materialien beschleunigen, sondern auch Kosten sparen.« Seit 2022 kooperiert Bosch deswegen mit IBM und will künftig das neue Quantenrechenzentrum des US-Konzerns in Baden-Württemberg nutzen.

Große Chancen sieht auch Boehringer Ingelheim beim Entwickeln neuer Medikamente. An Hochleistungsrechnern simuliert der Pharmakonzern, ob sich von Millionen bisher nicht genutzten Molekülen einige im Labor so optimieren lassen, dass sie zur Therapie von Krankheiten wie Krebs taugen könnten. Es ist ein mühsamer Prozess, von der Idee bis zum Patienten dauert es in der Regel 12 bis 15 Jahre; dafür investiert das Unternehmen nach eigenen Angaben pro Medikament eine Milliarde Euro.

»Bei der Vorhersage von Parametern wie der Löslichkeit eines Wirkstoffs im Körper sind wir schon ziemlich gut«, sagt Christoffer Tautermann, zuständig für Computerchemie. Die Eigenschaften von Molekülen, etwa ihre Bindekräfte, präzise zu beschreiben, überfordere herkömmliche Hardware jedoch. »Quantencomputer können uns hoffentlich mit derselben Rechenzeit viel genauere Daten liefern, bestimmte Simulationen vielleicht binnen Stunden bewältigen, für die ein normaler Supercomputer mehrere Jahre bräuchte.«

Clemens Utschig-Utschig, verantwortlich für Technologiestrategie bei Boehringer

Ingelheim, warnt allerdings vor überzogenen Erwartungen. Zwar gebe es »massive Fortschritte« in der Hardwareentwicklung, zumindest bei US-Konzernen wie Google und IBM. Davon habe Boehringer sich bei Tests mit Quantencomputern verschiedener Hersteller ein Bild gemacht. Noch mangle es den Qubits der Maschinen allerdings an Qualität.

Tatsächlich hapert es bei der Verlässlichkeit. Qubits reagieren sehr empfindlich auf Vibrationen, Temperaturschwankungen und elektromagnetische Störungen. Bei klassischen Computern gehe von Billionen Berechnungen nur eine schief – bei Qubits eine von 1000 bis 10.000 Rechenoperationen, sagt Stefan Filipp.

Zwar gelang Google zuletzt bei der sogenannten Quantenfehlerkorrektur ein wichtiger Fortschritt, der unter Experten Aufsehen erregte. Doch mit der derzeitigen Qualität von Qubits bräuchte man 100.000 bis eine Million von ihnen, um große, fehlertolerante Rechnungen durchzuführen, die für klassische Supercomputer jenseits des Möglichen sind, erläutert Physiker Michael Hartmann von der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen. »Damit wird klar, wie weit der Weg noch ist.«

Eine Chance für die deutschen Projekte? »Wir setzen darauf, dass unser Chip schon mit wenigen Qubits sehr gut funktioniert«, sagt Frank Wilhelm-Mauch vom Forschungszentrum Jülich. Das Team tüftle an Qubits, die besonders präzise und kohärent zusammenarbeiten, also ihre Fähigkeit zur Überlagerung von Zuständen möglichst lange erhalten können.

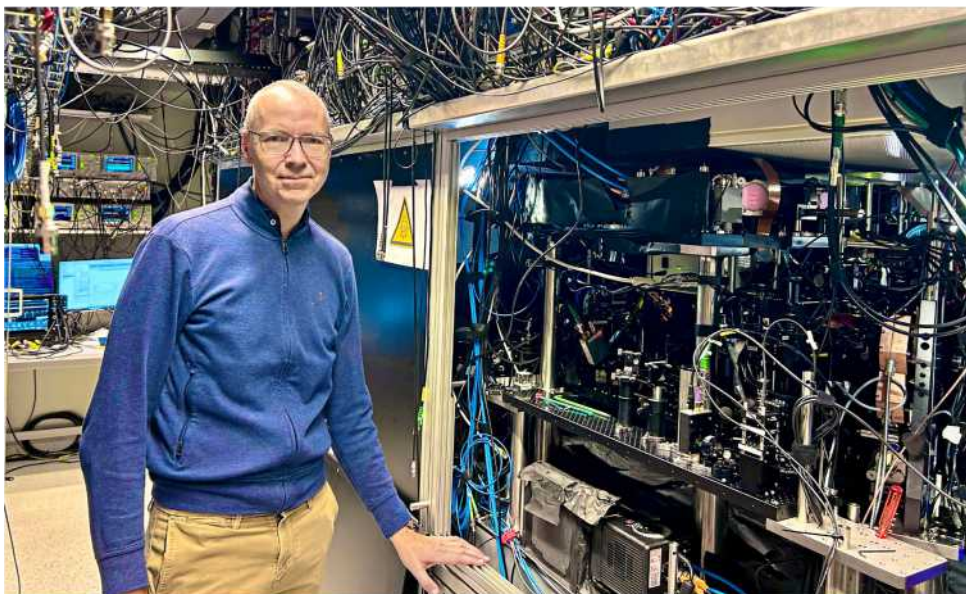
Bis 2026 will die Gruppe um ihn und Rami Barends 30 Qubits erreichen. Wenn die Qualität stimme und die Fehlerrate extrem niedrig sei, sollte sich die Zahl der Qubits anschließend zügig erhöhen lassen, sagt Wilhelm-Mauch.

Aufschließen könnten die Deutschen auch dadurch, dass Forschende und Firmen sich verbünden und jeweils Komponenten für einen großen deutschen Quantencomputer weiterentwickeln. »Für diese Arbeitsteilung sind wir in Deutschland und Europa super aufgestellt – anders als die USA, wo es die Tendenz gibt, dass einzelne Akteure alles selbst erfinden und bauen«, so Wilhelm-Mauch.

Er vergleicht die Lage mit jener des europäischen Flugzeugbauers Airbus in den Siebzigerjahren: »Damals hieß es, die Firma könne die Konkurrenten Boeing und McDonnell Douglas nie einholen. Heute existiert McDonnell Douglas nicht mehr, Boeing zerlegt sich seit Jahren selbst, und Airbus macht Milliardenumsätze.«

Rami Barends glaubt, dass sich der Abstand zu Google, IBM und Co. mit der Zeit verringern wird. »Deutschland kann noch einige starke Karten spielen«, sagt der Physiker. »Ich bin jetzt als Forscher genau am richtigen Ort.«

Marc Hasse



Physiker Bloch im Laserlabor: Atome hin und her schieben



Virusforscherinnen
im chinesischen
Wuhan

Spionage hinter Labortüren

CORONA Hat ein Laborunfall die Pandemie ausgelöst? Seit fünf Jahren hält die Bundesregierung Indizien zurück. Die Geheimniskrämerei vergiftet die wissenschaftliche Moral.

In der zweiten Januarwoche wurde eine handverlesene Schar von Covid-Experten vom Bundesnachrichtendienst (BND) geladen, darunter auch der Charité-Virologe Christian Drosten. Erst mussten die Gäste unterschreiben, dass nichts von dem, was sie gleich hören würden, den Raum verlassen dürfe, dann begannen die Geheimdienstler mit einer brisanten Präsentation. Sie zeigten ein paar Charts mit sehr weitgehenden Schlussfolgerungen. An die Quelldaten aber, auf denen diese gründeten, durften die geladenen Experten nicht ran.

Bei dem Treffen ging es um die große Frage, woher das Coronavirus kam. Stand am Anfang ein Laborunfall, oder ist der Erreger von einem Tier auf den Menschen überggesprungen? Seit Beginn der Pandemie tobt darum ein erbitterter Glaubenskampf. Die Untersuchung des BND facht die Diskussion aufs Neue an. Auch weil das Bundeskanzleramt offenbar dafür ge-

sorgt hat, dass die Öffentlichkeit von den Informationen des BND nichts erfahren hat.

Von dem, was Drosten beim BND zu sehen bekam, war er »beeindruckt«. Das gab er jetzt, zwei Monate nach dem Treffen, der Nachrichtenagentur dpa zu Protokoll. Ein Recherche-Team von »Süddeutscher Zeitung« und »Zeit« hat enthüllt, dass es die Daten gibt, von denen Drosten beim BND erfahren hatte. Deshalb sah er sich gezwungen zu der knappen dpa-Mitteilung. Mehr zu sagen, wagte er nicht.

Wie »Zeit« und »SZ« berichteten, hat ein Team des BND unter dem Decknamen »Projekt Saaremaa« im Frühjahr 2020 Informationen über den Ursprung der Coronapandemie zusammengetragen. Der Inhalt des Berichts ist seit fünf Jahren unter Verschluss, auch »Zeit« und »SZ« haben ihn offenbar nicht eingesehen. Klar ist nur: Die Autoren kommen darin zu dem Ergebnis, dass die Seuche »wahrscheinlich« mit einem Laborunfall begonnen habe. Sie seien sich »zu 80 bis 95 Prozent« sicher. Auf welchen Belegen diese Behauptung beruht, bleibt offen. Experten wie Drosten ist es verboten, darüber zu sprechen.

In welcher prekäre Lage die BND-Erkenntnisse den Charité-Virologen brachten, lässt ein Interview erahnen, das er wenige Tage nach der Präsentation der Berliner »taz« gegeben hat. Auf die Frage, ob er damit rechne, dass das natürliche Ursprungsvirus, von dem Sars-CoV-2 abstammt, noch gefunden werde, sagte er: »Je mehr Zeit vergeht, desto skeptischer werde ich.« Möglicherweise verbiete es die chinesische Staatsräson, den Ursprung der Pandemie zu erforschen. »Die andere Erklärung wäre aber, dass es gar kein natürliches Virus gibt.«

Für Drosten, der bis dahin der Laborthorie kritisch gegenübergestanden hatte, sind diese Äußerungen eine drastische Kehrtwende. Offenbar stand er unter dem Einfluss neuer Erkenntnisse. Und ausgerechnet Christian Drosten, der sonst stets größten Wert darauf legt, die Evidenz für jede seiner Aus-

sagen anzugeben, verschweigt hier seine Quellen. Das Interview offenbart, wie Geheimniskrämerei die wissenschaftliche Moral vergiftet.

Aber was sagt all das darüber aus, wo das Covid-Virus seinen Ausgang genommen hat? Die Frage zu beantworten, ist von großer Wichtigkeit. Wer die nächste Pandemie verhüten will, tut gut daran, die vorangegangene zu verstehen.

Bereits in den ersten Wochen, als die Metropole Wuhan noch unter strikter Quarantäne stand, tauchte der Verdacht auf, das Virus könne einem Labor entwichen sein. Es mutete verdächtig an, dass die Seuche ausgerechnet dort begonnen hatte, wo das führende chinesische Institut für Coronavirus-Forschung lag.

Verschwörungstheoretiker stützten sich auf die Laborthorie. Die Mehrzahl der Wissenschaftler dagegen blieb skeptisch. Schnell mehrten sich die Indizien dafür, dass das Virus auf dem Huanan-Markt in Wuhan von einem Zwischenwirt, vermutlich einem Marderhund, auf einen oder auch mehrere Menschen überggesprungen war. Ein endgültiger Beweis jedoch ließ sich nicht finden.

Letzte Klarheit wird es erst geben, wenn ein Urahn von Sars-CoV-2 gefunden ist: entweder in einer tiefgefrorenen Probe eines gekulten Marderhunds, was einen natürlichen Ursprung der Pandemie belegen würde. Oder in einem chinesischen Datensatz oder der Kulturschale eines Instituts, was dann als ultimativer Beweis der Laborthorie gelten dürfte.

Eine solche »smoking gun« findet sich in den BND-Daten offenbar nicht. Die Frage, ob das Virus aus einem Labor stammt, bleibt also unbeantwortet.

Weltweit wird die Informationspolitik der Geheimdienste von Forschenden beklagt. »Angesichts des großen öffentlichen Interesses ist es völlig falsch, dass solches Material geheim gehalten wird«, erklärt der australische Evolutionsbiologe Edward Holmes, der sich intensiv mit dem Ursprung der Covid-Pandemie befasst hat. »Wenn der BND Belege für einen Laborunfall hat, dann muss er sie der Welt zeigen.«

Von den politischen Beteiligten will niemand etwas von den BND-Informationen gewusst haben. Altkanzlerin Angela Merkel (CDU) verwahrt sich gegen Vorwürfe, Informationen zurückgehalten zu haben, ihr Nachfolger Olaf Scholz (SPD) will sich nicht äußern. »Das Bundesgesundheitsministerium kennt den Inhalt der berichteten Untersuchungen nicht, war nicht einbezogen und kann sie daher auch nicht kommentieren«, heißt es von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD).

Währenddessen wird die Welt auf anderen Wegen informiert: Fünf Jahre nachdem das Team »Saaremaa« seine Erkenntnisse gesammelt hatte, wurden die für den Virusursprung zuständigen Experten der WHO in Kenntnis gesetzt – durch den »Zeit«-Artikel.

Rafaela von Bredow, Johann Grolle, Veronika Hackenbroch, Milena Hassenkamp, Christoph Seidler



»Vorsicht vor falschen Fastenversprechen«

SPIEGEL-GESPRÄCH Die Epidemiologin Karin Michels entlarvt Ernährungsmythen, warnt vor der Abnehmspritze und erklärt, was man essen sollte, um seine Lebenserwartung deutlich zu steigern.

Ein ganzes Forscherleben lang hat Michels, 65, ergründet, welchen Einfluss der Lebensstil auf die Gesundheit hat. Sie war Professorin an der Harvard Medical School in Boston und leitete bis vergangenen Oktober das Institut für Prävention und Tumorepidemiologie am Universitätsklinikum Freiburg. Ihr Buch »Die Ernährungsgerade« erscheint jetzt bei C. H. Beck.*

SPIEGEL: Frau Professor Michels, Sie ernähren sich vornehmlich von Salat, Gemüse und selbst gebackenen Brötchen aus Dinkelvollkorn, Dinkel- und Haferkleie und Quark. Warum tun Sie sich das an?

Michels: Weil es mir prima schmeckt und ich mich damit sehr wohlfühle. Meine ganze Jugend und im jüngeren Erwachsenenalter litt ich unter Verdauungsproblemen. Da ich immer schon relativ gesund gegessen habe, ging ich lange davon aus, dass mein Problem erblich ist. Vor ungefähr zehn Jahren kam ich auf die Idee, meine Ernährung anders auszurich-

ten. Ich verzehre nun überwiegend Gemüse mit ausreichend Ballaststoffen. Zum Frühstück gibt es bei mir etwa geschrotetes Getreide mit Erbsenmilch. Diese Umstellung hat meinen Darm auf Trab gebracht.

SPIEGEL: Vom Einfluss auf Ihre Verdauung einmal abgesehen, was versprechen Sie sich davon?

Michels: Ich stelle mir die Ernährung als eine Gerade vor, mit einem ungesunden und einem gesunden Ende. Auf dieser Geraden habe ich mich durch meine veränderte Ernährung noch einmal günstiger platziert als früher. Meine Gesundheit ist allgemein verbessert, ich werde dadurch vermutlich auch länger leben.

SPIEGEL: Wie viel Lebenszeit gewinnt man hinzu, wenn man sich gesund ernährt?

Michels: Das hängt immer vom Einzelfall und vom Ausgangspunkt ab. In großen Bevölkerungsstudien hat sich gezeigt, dass eine bessere Ernährung im Durchschnitt zusätzlich sieben bis zehn Jahre Lebenszeit herausholen kann.

SPIEGEL: Eine bessere Ernährung, das meint vor allem, pflanzlich zu essen. Das wird allerdings in unzähligen Büchern, Artikeln, TV-Beiträgen oder Internetportalen schon lange

empfohlen. Welchen neuen Rat können Sie geben?

Michels: Sie haben recht, im Grunde kennen wir die gesunden Ernährungsmuster. Aber dann erscheinen doch immer wieder Hypes oder Influencer mit anderen Botschaften, die alte Glaubenssätze über den Haufen zu werfen scheinen. Ich nenne das den Ernährungsirrgarten und versuche, die Leserinnen und Leser darin zu orientieren. Kürzlich machte etwa die Botschaft die Runde, gesättigte Fette seien gar nicht ungesund – das stimmt einfach nicht! Oder Beispiel Hühnereier: Die galten mal als gut, mal schlecht, mal gut, mal schlecht.

SPIEGEL: Was sagen Sie?

Michels: Gegen ein Frühstücksei ist nichts zu sagen, aber ich würde keine zehn Eier am Tag essen.

SPIEGEL: Gar nichts zu essen, ist ebenfalls in Mode. Was sagen Sie zum Fasten?

Michels: Wenn jemand fasten möchte und er sich gut dabei fühlt, dann soll er dies tun. Vorsicht vor falschen Fastenversprechen. Beim sogenannten Heilfasten ist nicht wissenschaftlich erwiesen, dass der Körper davon profitiert.

SPIEGEL: Entgiftet Fasten nicht den Körper, wie es immer heißt?

* Karin Michels: »Die Ernährungsgerade«. C. H. Beck; 208 Seiten; 22 Euro.
Das Gespräch führte der Redakteur Jörg Blech über Zoom.

Michels: Das Konzept der »Entgiftung« hat keine wissenschaftliche Grundlage; ob Fasten tatsächlich zu einer »Entschlackung« beiträgt, ist nicht wissenschaftlich belegt.

SPIEGEL: Alternativmediziner reden von Schlacke als schädlichen Stoffwechselprodukten im Körper.

Michels: Was allgemein als »Entschlackung« bezeichnet wird, ist ein Aufräumprozess, den unsere cleveren Körperzellen ohnehin regelmäßig bewältigen, auch ohne Fasten – über Leber, Niere und Darm und durch Autophagie.

SPIEGEL: Was bedeutet das?

Michels: Die Zelle zerlegt beschädigte Strukturen und Komponenten in ihre Bestandteile und recycelt diese sogleich. So etwas wie Schlacke entsteht gar nicht erst.

SPIEGEL: Gibt es noch mehr Ernährungskonzepte, die Sie für fragwürdig halten?

Michels: Da gibt es eine ganze Reihe. Nach dem Prinzip der Trennkost etwa sollte man Proteine (Eiweiße) und Kohlenhydrate getrennt voneinander verzehren. Der Speisebrei würde sonst angeblich länger im Verdauungstrakt verweilen, was zu einer »Übersäuerung« des Körpers führt, heißt es. In Wahrheit stören sich Kohlenhydrate und Proteine nicht gegenseitig bei der Verdauung.

SPIEGEL: Dennoch glauben viele Menschen an das Konzept Trennkost. Wie erklären Sie sich das?

Michels: Es klingt wissenschaftlich und damit möglicherweise glaubwürdig für den Verbraucher. Womöglich gibt es auch einen gewissen Placeboeffekt.

SPIEGEL: In der Medizin ist der Placeboeffekt von Scheinmedikamenten bekannt. Diese enthalten zwar keinen pharmakologischen Wirkstoff, helfen aber trotzdem, indem sie Zuversicht und Hoffnung wecken.

Michels: In der Ernährung beobachten wir das auch, nach dem Motto: Ich ändere etwas und habe das Gefühl, es bessert sich was. Und dann glaube ich natürlich daran, dass es wirkt – egal ob das jetzt Trennkost, glutenfreie Ernährung oder Low Carb ist.

SPIEGEL: Kann es nicht trotzdem sein, dass diese Ernährungsformen auch positiv auf den Körper, nicht nur den Geist, wirken?

Michels: Viele dieser Ernährungslehren, die auf einem Konzept basieren, wurden niemals in großen Gruppen von Menschen getestet. Ohne solche Populationsstudien kann man keine verlässlichen Aussagen treffen.

SPIEGEL: Der Konsum von Zucker liegt in Deutschland bei ungefähr 30 Kilogramm pro Kopf pro Jahr. Ist wenigstens hier erforscht, wie sich das auf die Menschen auswirkt?

Michels: Ja. Wir sehen eine deutliche Zunahme sowohl von Übergewicht als auch von Diabetes mellitus Typ 2. Das sind die Hauptfolgen des Zuckerkonsums. Er wirkt sich aber noch weiter aus, verursacht Herz-Kreislauf-Krankheiten und möglicherweise auch Krebs-erkrankungen.

SPIEGEL: Der Verein der Zuckerindustrie sieht das anders. Zucker sei in Wahrheit ein Le-



Wissenschaftlerin Michels

Christoph Mülherlee

bensmittel aus der Natur, schreibt er auf seiner Website. Es mache weder krank noch süchtig.

Michels: Das sehe ich nicht so. Zucker macht sowohl krank als auch süchtig. Versuchen Sie mal, ihn schlagartig wegzulassen, da setzen klare Entzugerscheinungen ein. Ich merke das auch.

SPIEGEL: Welche Symptome treten bei Entzug auf?

Michels: Sich körperlich unwohl fühlen, ständig das Verlangen nach etwas Süßem haben – das sind typische Symptome. Es ist ähnlich wie bei Nikotin und Alkohol.

SPIEGEL: Wie halten Sie es mit diesen Dingen?

Michels: Ich habe noch nie eine Zigarette geraucht in meinem Leben. An meinem Geburtstag oder an Silvester trinke ich mal ein Gläschen Sekt. Alkohol und rotes Fleisch wurden als einzige Nahrungsmittel von der Weltgesundheitsorganisation als krebserregend eingestuft, deswegen meide ich beides.

SPIEGEL: An einer Currywurstbude wird man Sie nie antreffen?

Michels: Nein, glücklicherweise schmeckt mir Fleisch auch gar nicht. Aber wenn ich in einem Restaurant esse, bestelle ich auch gern schon einmal Fisch. Meine Speisen erbitte ich aber ohne Salz und ohne Butter.

SPIEGEL: Warum das?

Michels: Salz ist ja Natriumchlorid. Natrium bindet Wasser. Ist der Natriumgehalt im Blut hoch, sammelt sich dort Wasser, und mehr Flüssigkeit gelangt ins Herz-Kreislauf-System. Das Herz muss mehr pumpen, der Druck auf die Blutgefäße wird größer. Bluthochdruck kann

nach einiger Zeit zu Herzinfarkt oder Schlaganfall führen. Deshalb sollte man auf Fast Food, Fertiggerichte, Konserven, Wurst und zu viel Käse oder Brot aus der Backfabrik verzichten – das alles ist besonders natriumreich.

SPIEGEL: Was ist falsch an Butter?

Michels: Sie besteht zu großen Teilen aus gesättigtem Fett, auch das erhöht das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

SPIEGEL: Wie reagiert die Bedienung im Restaurant, wenn Sie Ihre Sonderwünsche äußern?

Michels: Wenn das Essen frisch zubereitet wird, kann die Köchin oder der Koch Butter und Salz ganz einfach weglassen. Ich habe schon mehrfach erlebt, dass sie sich besondere Mühe mit meinem Gericht geben und es mit anderen Gewürzen und Kräutern geschmacklich verfeinern.

SPIEGEL: Die mediterrane Ernährung, auch Mittelmeerkost genannt, also ungesättigte Fettsäuren aus Olivenöl, Fisch, Getreide, Obst, Gemüse oder Nüssen, gilt als gesund. Braucht man nur noch nach Italien in den Urlaub zu fahren, um sich gesund zu ernähren?

Michels: Diese »mediterrane« Ernährung findet man in den mediterranen Ländern leider so gut wie gar nicht. Vielleicht gab's die früher mal, aber wenn Sie in Italien Urlaub machen, werden Sie sich wahrscheinlich ziemlich ungesund ernähren: viel weiße Pasta, Pizza aus Weizenmehl, weißen Reis und alles mit viel Käse, also ungesunden Fetten. Dazu dann noch reichlich Tiramisu und Cannoli.

SPIEGEL: Die Preise für Lebensmittel sind in Deutschland aufgrund der Inflation stark gestiegen. Kann man die Zutaten einer gesunden Ernährung auch im Discounter kaufen?

Michels: Eine gesunde Ernährung ist nicht per se teurer als eine ungesunde Ernährung. Schauen Sie nur auf die hohen Fleischpreise. Ich kaufe gern lokale Produkte, die sind nachhaltiger und wahrscheinlich etwas weniger mit Pestiziden gespritzt als Produkte, die aus dem Ausland importiert werden. Aber auch viele Discounter und Drogeriemärkte bieten Bioprodukte an, die günstig und gut sind.

SPIEGEL: Olivenöl ist selbst im Discounter für viele kaum noch erschwinglich. Gibt es dazu eine Alternative?

Michels: Rapsöl ist billiger als Olivenöl und zudem gesünder, denn es hat einen geringeren Anteil an gesättigten Fettsäuren.

SPIEGEL: Gibt es eine einfache Regel, wie man sich im Alltag gesund ernährt, ohne dass es zu kompliziert wird?

Michels: Meine Formel lautet: gemüsebasierte Ernährung plus Hülsenfrüchte plus Nüsse plus Obst. Fertig.

SPIEGEL: Sind dann auch Ihre Körperwerte entsprechend, wenn wir fragen dürfen?

Michels: Mein Blutdruck ist recht niedrig. Und ich habe Normalgewicht an der unteren Grenze, mein Body-Mass-Index (BMI) hat den Wert 19.

SPIEGEL: Damit sind Sie in Ihrer Altersgruppe eine Ausnahme. Die meisten Erwachsenen in Deutschland sind übergewichtig, ein Vier-

DER SPIEGEL

HEALTH



Dieser Beitrag ist aus dem SPIEGEL-Extra »Gesund leben, sich gut fühlen« – immer donnerstags spiegel.de/extra

tel gilt sogar als fettleibig, mit einem BMI von 30 oder mehr. Nach einer aktuellen Prognose im Fachblatt »Lancet« werden im Jahr 2050 weltweit 60 Prozent aller Erwachsenen übergewichtig oder adipös sein. Warum?

Michels: Wir haben ein Überangebot an Nahrungsmitteln und ständig irgendwelche Anlässe und Gelegenheiten zu essen, ohne hungrig zu sein. Und Essen dient bisweilen ja auch als Ersatzbefriedigung und Belohnung.

SPIEGEL: Es gibt Menschen, die von sich behaupten, nur Hochwertiges zu essen, dennoch sind sie nicht dünn. Kann man sich mit guten Lebensmitteln schlecht ernähren?

Michels: Sobald ich mehr Kalorien zu mir nehme, als ich verbrauche, entsteht unweigerlich Übergewicht, egal was ich esse. Viele von uns haben etwas, das ich Lustgen nenne. Dadurch isst man auch dann, wenn man gar nicht hungrig ist.

SPIEGEL: Passiert Ihnen das nie?

Michels: Ich muss mein Lustgen auch jeden Tag bändigen. Wenn ich nicht so gern essen würde, hätte ich kein Buch über Ernährung geschrieben.

SPIEGEL: Wie kann man sich eine Essenssünde bei Ihnen vorstellen? Hauen Sie sich dann ein Stück Schwarzwälder Kirschtorte rein?

Michels: Schwarzwälder Kirschtorte ist nicht mein Ding, aber bei Schokolade werde ich schwach.

SPIEGEL: Eine ganze Tafel?

Michels: Nein, höchstens einen halben Riegel am Tag.

SPIEGEL: Das klingt wieder sehr diszipliniert.

Michels: Ich versuche, mich gesund und ausgewogen zu ernähren und mein Gewicht zu halten. So habe ich eine Ernährung gefunden, mit der ich mich wohlfühle. Gesund essen ist nicht schwer.

SPIEGEL: Im Industriestaat sind wir umgeben von Süßigkeiten, Kartoffelchips und anderen verführerischen Snacks. Was können Gesundheitspolitiker ändern, damit sich die Bevölkerung gesünder ernährt?



Lorenzo Antonucci / Image Source / picture alliance

»Rapsöl ist billiger als Olivenöl – und gesünder.«

Michels: Die Leute müssen verstehen, wie sehr ihre Ernährung beeinflusst, ob sie gesund bleiben und wie lange sie leben. Ein ganz besonderes Problem ist, dass Kinder sehr viele gezuckerte Limonaden und Süßigkeiten verzehren. Ich befürworte deswegen eine Zuckersteuer. Seit es in Großbritannien eine Zuckersteuer gibt, ist das Übergewicht gerade bei Kindern zurückgegangen.

SPIEGEL: Immer mehr Menschen setzen auf die sogenannte Abnehmspritze. Die Wirkstoffe Semaglutid oder Tirzepatid werden dabei wöchentlich injiziert, sie wirken im Hirn auf Rezeptoren und zügeln den Appetit.

Dadurch können Menschen zwischen 15 und 20 Prozent ihres Körpergewichts verlieren. Ist das die Lösung?

Michels: Die Studien suggerieren, dass die Spritze zumindest kurzzeitig funktioniert. Den genauen Wirkmechanismus kennen wir aber noch nicht. Möglicherweise vergeht den Anwendern schlicht der Appetit, weil ihnen übel wird und sie sich erbrechen müssen, das geht nämlich häufig mit der Behandlung einher. Darüber hinaus sind die Spritzen sehr teuer ...

SPIEGEL: ... derzeit liegen die Kosten einer hohen Dosierung bei ungefähr 300 bis mehr als 400 Euro im Monat ...

Michels: ... und die fallen womöglich lebenslang an. Sobald die Spritze abgesetzt wird, steigt das Körpergewicht nämlich wieder. Und die Langzeitwirkungen sind bisher nicht erforscht. Die Gefahren der Abnehmspritze sind mannigfaltig.

SPIEGEL: Welche Risiken sehen Sie?

Michels: Die Abnehmspritze gaukelt übergewichtigen Menschen vor, es gäbe einen bequemen Weg, ihr Gewicht zu reduzieren, ohne ihre Ernährungsgewohnheiten zu ändern. Das aber wird langfristig nicht funktionieren. Außerdem hat sie, wie jedes Medikament, unerwünschte Wirkungen. Von Übelkeit und Erbrechen abgesehen, sind das Durchfall, Verstopfung, Sehstörungen, Unterzuckerung oder Entzündung der Bauchspeicheldrüse, um nur einige Beispiele zu nennen.

SPIEGEL: Bleibt also nur Ihr Ansatz, die Michels-Methode?

Michels: Eine gemüsebasierte Ernährung führt in der Regel dazu, dass man Gewicht verliert. Und wenn man zu 80 Prozent satt ist, sollte man Messer und Gabel beiseitelegen. Meine Mutter hat früher immer gesagt: Hör mit dem Essen auf, wenn es am besten schmeckt.

SPIEGEL: Frau Professor Michels, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

SPIEGEL Geschichte

Vergangenheit kennen, Gegenwart verstehen

Lesen und hören Sie, was die Welt prägte, Menschen bewegte – und welche Bedeutung diese Historie für die Gegenwart hat: mit dem Magazin **SPIEGEL GESCHICHTE**, dem täglichen Angebot auf **SPIEGEL.de** sowie dem **kostenlosen Newsletter** von SPIEGEL GESCHICHTE.



SPIEGEL GESCHICHTE
digital lesen



Kondome und Kokaintütchen

ÖKOLOGIE Manche Stadtvögel nutzen ihre Nester inzwischen über Generationen – sie bestehen aus Plastikmüll. Ein niederländischer Biologe hat die Brutstätten analysiert.

Ein Vogelnest zu untersuchen, sagt Auke-Florian Hiemstra, sei für ihn ähnlich, wie ein Geschenk auszupacken. »Ich weiß nie genau, was drin ist.« Hiemstra ist Biologe am Naturalis Biodiversity Center im niederländischen Leiden. Er erforscht, wie Blesshühner in Amsterdam ihre Nester errichten.

Seit Ende der Achtzigerjahre sind die schwarz-weißen Wasservögel im Zentrum der niederländischen Metropole heimisch. In der dicht bebauten und von Kanälen durchzogenen Innenstadt finden die gefiederten Zuwanderer aber kaum Schilf oder Zweige, jene Materialien, aus denen sie in freier Natur ihre Nester bauen.

Stattdessen gibt es in der City Müll ohne Ende – und die Wasservögel sind anspruchslos bei der Auswahl des Materials, auf das sie ihren Nachwuchs betten: In Blesshuhn-Nestern fand Biologe Hiemstra unter anderem Fast-Food-Verpackungen, Milchtüten, Schutzmasken, Kondome, Kokaintütchen.

»Das ist Amsterdam«, erklärt der Forscher mit dem wilden Lockenschopf, »die Vögel fühlen sich auch im Rotlichtviertel wohl.« Für das Videointerview hat er ein ausgestopftes Blesshuhn auf seinen Schreibtisch gestellt.

Plastikmüll ist eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit. Der anfängliche Segen der Kunststoffe – ihre sehr lange Lebensdauer – hat sich längst als Fluch erwiesen. Mehr als elf Milliarden Tonnen Plastik wurden mittlerweile weltweit produziert. Das entspricht einem Vielfachen der Masse aller auf der Erde lebenden Tiere. Plastik ist überall.

Nestmüll-Experte Hiemstra ist deswegen einiges gewohnt. Der Fund, von dem er und weitere Forschende jetzt im Fachblatt »Ecology« berichten, übertraf allerdings selbst seine Erwartungen. In einem Kanal nahe dem Oude Turfmarkt entdeckten sie im September 2021 ein verwaistes Blesshuhn-Quartier. Es thronte auf einem Pfahl unter einem Steg, von dem aus Touristen die Boote für Grachtenfahrten entern.

Im »Rokin«-Nest, benannt nach dem Kanal, fanden die Forschenden mehr als 600 verschiedene Plastikteile. Schicht für Schicht barg Hiemstra den Müll aus dem Konstrukt: wie ein Geologe, der aus der Abfolge von Gesteinsschichten Rückschlüsse auf deren Alter zieht. Praktisch für den Forscher: Auf

manchen Tütchen und Folien war das aufgedruckte Haltbarkeitsdatum jener Lebensmittel, die sie einst schützten, noch gut lesbar. Es verriet, wann sie ungefähr ins Nest integriert worden sein mussten. Die Verpackung eines Mars-Riegels offenbarte dessen wahrscheinliches Alter durch Werbung für die Fußball-Weltmeisterschaft 1994. »Diese Folie ist so alt wie ich«, sagt Hiemstra, aber sie habe aus gesehen, als hätte jemand den Schokoriegel gerade erst gekauft. »Ich wusste, dass Plastik ewig hält«, sagt er, »aber die Mars-Verpackung hat mir erst gezeigt, was das bedeutet.«

Einige Arten haben sich auf menschengemachte Baustoffe geradezu spezialisiert, das hat Forscher Hiemstra bereits in früheren Arbeiten nachgewiesen. So erschaffen manche Krähen und Elstern ihre Brutstätten ausgerechnet aus jenen Drahtzinken, mit denen Vögel an Häusern und Brücken eigentlich abgewehrt werden sollen. Im niederländischen Leiden zeigte Hiemstra am Beispiel des Blesshuhns, dass manche Arten in urbanen Lebensräumen fast ausschließlich Plastikmüll für den Nestbau verwenden.

Seine jüngste Analyse offenbart nun einen weiteren verblüffenden Aspekt der urbanen Nestarchitektur: Manche der Gebilde dienen regelmäßig als Wohnsitze, sie werden über

Jahrzehnte immer wieder in der Brutsaison bezogen. Weil Hiemstra die einzelnen Plastikschichten datieren kann, weiß er, wie oft das Nest frisch gepolstert wurde.

Nester aus Schilf, Moos und Zweigen halten dagegen meist nur eine Generation lang. Anschließend verrottet die Substanz, ein Neubau muss her. Urbane Brutstätten, die wie das Rokin-Nest vorwiegend aus Plastik bestehen, können hingegen lange überdauern.

»Wir gehen davon aus, dass darin zehnmal Jungvögel aufgezogen wurden«, sagt Wissenschaftler Hiemstra über das Rokin-Nest. Der Biologe glich die Jahreszahlen auf den Plastikverpackungen mit Archivaufnahmen von Google Street View ab. So sah er, dass das Nest in den entsprechenden Jahren tatsächlich von Blesshühnern bewohnt war.

Kein Wunder, erfüllte der Wohnsitz doch das Hauptkriterium im Immobilienmarkt: Lage, Lage, Lage. Im touristenbevölkerten Stadtzentrum mangelt es nicht an Nahrung und Baumaterial. Der Pfahlbau war zudem krisensicher: »Oft bauen Blesshühner ihre Nester auf den Booten, die in den Kanälen liegen«, erklärt Hiemstra, »das geht gut, bis es warm wird; dann fahren die Bootsbesitzer damit und zerstören das Nest.« Die Rokin-Konstruktion dagegen überstand Jahrzehnte.

Bis Hiemstra kam: 30 Jahre emsiger Nestbau lagern nun in seinem Labor, nach Alter verteilt auf Plastikbeutel. Bald werden die Fundstücke Teil der Dauerausstellung des Museon-Omniversum in Den Haag.

»Ich freue mich, wenn viele Menschen sehen, was die Vögel zusammengetragen haben«, sagt der Forscher. Manche mache der Anblick des ganzen Mülls traurig, weiß Hiemstra aus seinen Vorträgen: »Man stellt sich unter einem Vogelnest etwas anderes vor als einen Haufen Plastikmüll.«

Andererseits: »Die Vögel bauen ein wunderschönes Nest aus diesem ganzen verrückten Zeug«, sagt Hiemstra, »und dann nutzen sie es über Jahrzehnte.« Daran, meint er, könne sich der Mensch ein Beispiel nehmen.

Julia Koch



Blesshuhn-Nest in Amsterdam, Forscher Hiemstra: »Die Folie ist so alt wie ich«



Alexander Schippers



CDU-Politiker Merz 2000

Fountainfoto / action press

Bitte verhandeln Sie nach dem Piep

KOMMUNIKATION Wir schreiben das Jahr 2025, und ganz Deutschland pfeift auf Voicemails. Ganz Deutschland? Nein! Der unbeugsame Friedrich Merz spricht immer noch auf Anrufbeantworter.

Es gibt nicht wenige Menschen, die am Abend des 23. Februar eine düstere Vorahnung hatten. Die Union hatte die Bundestagswahl gewonnen, angeführt von einem Mann, der sich selbst den Auftrag gab, das Land in die Vergangenheit zu führen. Zurück in die »Normalität« der Fleischwurstjahre, als Männer noch echte Männer und Frauen noch unbezahlte Haushaltshilfen waren. Als auf das Wort Wirtschaft noch Wachstum folgte und auf das Wort »Hyper« keine Inflation. Der Name Friedrich Merz stand, bei Fans und Gegnern, für die Wiederauferstehung der Neunzigerjahre.

Nun sind die Nineties tatsächlich wieder da, aber anders, als man es sich vorgestellt hatte. Vor Kurzem, so berichteten zahlreiche Medien, habe Merz versucht, die

Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen Britta Haßelmann am Telefon zu erreichen, um mit ihr zu verhandeln. Dummerweise war sie aber gerade mit wichtigeren Dingen beschäftigt, und Merz landete auf ihrer Mailbox. Was macht man in solchen Momenten? Man legt auf und versucht es später, natürlich, wer benutzt im Jahr des Herrn 2025 noch Voicemails? Nun, Friedrich Merz offenbar. Der letzte Mensch, der nach dem Piepton spricht. Wie sehr muss einem die Nostalgie die Sinne vernebeln? War kein Fax zur Hand, kein Pager, kein Christian Wulff, der davon abraten konnte? Hey, Mr. Wichtig, du machst da was nicht richtig – und das in mehrfacher Hinsicht. Hätte Friedrich Merz die vergangenen Jahre nicht mit Blackrock, sondern jungen Menschen ver-

bracht (oder zumindest mit SMS-Serien-täterin Angela Merkel), wüsste er, dass sich schon ein unangekündigter Anruf nicht mehr gehört. Wer sprechen will, hat sich anzukündigen, per WhatsApp oder Insta-DM. Er wüsste auch, dass es sich selbst als designiertem Chef nicht ziemt, Mitarbeiterinnen am Wochenende ans Diensthandy zu holen. »This voicemail could have been an e-mail«, würde die Gen Z sagen, oder zumindest eine »Sprachi«. Aber nein, selbst diese Kulturtechnik beherrscht der Mann nicht, schade.

Die Neunzigerjahre sind zurück, nur anders, als man es sich vorgestellt hatte. »Friedrich, wenn wir Freunde wären«, wird sich Haßelmann gedacht haben, »dann würdest du so einen Scheiß überhaupt nicht machen!« Anton Rainer

Männer am Milchbusen

ROMANE Man wäre wirklich nicht gern eine Frau in diesem Buch. Allein die Geburt des Protagonisten klingt wenig erquicklich, weil seine junge Mutter Fritz, eine sogenannte Elfenfrau, ihn kurz vor dem Abitur beschwerlich aus den Schmalhüften pressen muss. Wenig später kann sie sich dann nur knapp eines Übergriffs durch ihren Nachbarn erwehren, weil ihre »milchgeschwollene Brust« beziehungsweise ihr »Milchbusen« den armen Mann »vollends unzurechnungsfähig« macht. Da reicht es einem schon mit den fast surreal klischeehaft zusammenfantasierten weiblichen Charakteren eines unverkennbar männlichen Autors – und man ist erst auf Seite 22. Der Protagonist von Takis Würgers Roman »Für Polina« freilich ist ebenfalls ein Mann: Hannes Parger, musikalisches Wunderkind, versagt sich nach dem frühen Tod der Elfenmutter, seiner Leidenschaft weiter nachzugehen. Fortan schleppt er als Klavierträger die Instrumente fremder Menschen. Und er liebt Polina, die er von Geburt an kennt, weil ihre beiden Mütter nach der Entbindung zusammen im Krankenzimmer lagen. Als »Liebesroman des Jahres« wird Würgers Roman vom Verlag beworben, aber tatsächlich stimmt einen die darin erzählte Idee von Romantik stellenweise eher trübe. Hannes liebt an Polina, heißt es nämlich, dass sie ihm so gut zuhören kann, so gut nachfragen auch, und weil niemand ihm »so sehr das Gefühl geben konnte, in Ordnung zu sein«. Sie bleibt verspiegelte Schmiegelegenheit und als eigenständige Figur eher nebulös, wie Frauen in diesem Roman ohnehin unverständliche Wesen sind, die mal nach Ozean, mal nach Weichspülmittel duften und, wenn nackt, instinktiv sachge-

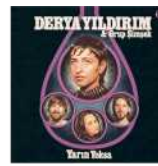


Takis Würger: »Für Polina«. Diogenes; 304 Seiten; 26 Euro.

recht am Hannes-Körper hantieren, während er selbst kein »begabter Liebhaber« ist. Am Ende gelingt Hannes doch noch der große musikalische Durchbruch, er bewegt nicht mehr Klaviere, sondern auch härteste Herzen. Seine Kunst klimpert gar dem griesgrämigen Kritiker eines Hamburger Nachrichtenmagazins den Dünkel weg, woraufhin der zum ersten Mal freiwillig etwas für die bislang von ihm verachtete Website des Magazins schreibt. Würger, er war selbst mehrere Jahre SPIEGEL-Redakteur, meint das bestimmt ironisch. Schön wäre es, man könnte das auch für sein Romanpersonal annehmen. Anja Rützel

Alles außer Kitsch

POP Deutscher Hip-Hop ist ohne die Beiträge türkeistämmiger Musiker nicht denkbar. Einige von ihnen, darunter Haftbefehl oder Apsilon, wurden zu Stars des Mainstreams und des Feuilletons. Wohl auch, weil die deutsche Mehrheitsgesellschaft glaubte, an ihren Tracks ablesen zu können, welche Themen migrantische Menschen beschäftigen und wie sie auf das Land schauen, in dem sie leben. Derya Yıldırım, 31 Jahre alt, geboren auf der hamburgischen Elbinsel Veddel, geht mit ihrer Musik einen anderen Weg: Sie singt auf Türkisch, ihrer »emotionalen Sprache«, und spielt klassischen Anadolu Rock, eine psychedelisch verhaltene Rockversion türkischer Volksmusik. Stücke also, die in Deutschland bisher außerhalb der türkeistämmigen Community unbeachtet blieben. Aber das ändert sich langsam, etwa durch Kompilationen wie »Songs of Gastarbeiter« oder den hochinteressanten Dokumentarfilm »Liebe, D-Mark und Tod«, der nachzeichnet, wie Menschen aus der Türkei, die ab 1961 dem Anwerbeabkommen in die Bundesrepublik folgten, hier ihre eigene, aus der Heimat inspirierte Musiktradition begründeten. In die wuchs Derya Yıldırım von Kindesbeinen an hinein, in Form von familiärer Hausmusik und Liedern, die die Generationen verbinden. Virtuos spielt sie die Bağlama, eine türkische



Derya Yıldırım & Grup Şimşek: »Yarın Yoksa«.

Langhalslaute, aber auch Gitarre, Klavier und Saxofon. Mit ihrer Band, der Grup Şimşek, veröffentlicht Yıldırım jetzt ihr viertes Album »Yarın Yoksa«, was so viel bedeutet wie »Wenn es kein Morgen gibt«. Auf der Platte finden sich Eigenkompositionen und traditionelle anatolische Lieder wie »Hop Bico«, das mit seinen Synthesizersounds einen wabernden, psychedelischen Charakter bekommt. Überhaupt klingt »Yarın Yoksa«, das erste Album der Band für das New Yorker Label Big Crown Records, eingängiger als die vorherigen Arbeiten. Ohne dabei aber zu Kitsch zu gerinnen, auf den der ungeliebte Begriff »Weltmusik« passen würde. Dafür klingt diese Musik viel zu versiert und emotional eindringlich. Derya Yıldırım und ihre Bandmitglieder schaffen es, traditionelle anatolische Volksmusik modern und zugänglich klingen zu lassen, ohne sie dafür aus ihrem traditionellen Kontext lösen zu müssen. Die Begleittournee zu dem Album führt Yıldırım unter anderem in die Hamburger Elbphilharmonie. Damit ist nun auch sie auf dem Weg in den deutschen Mainstream. Oliver Kaever

Flüchtiger Glitzer

KINO Die Strasssteinchen auf dem Kostüm von Showtänzerin Shelly (Pamela Anderson) funkeln im Licht der Scheinwerfer wie ein kleiner Sternschnuppenregen, der sich über der Bühne ergeht. Seit bald 30 Jahren tanzt Shelly in der Show »Le Razzle Dazzle« in Las Vegas, und wenn sie die Bühne betritt, dann glitzert nicht nur ihr Kostüm – dann glitzert für sie auch ihr Leben. Dass sie eine erwachsene Tochter hat, die kaum mit ihr spricht; dass der Vater der Tochter keinen Kontakt zu ihr hat; dass ihre beste Freundin spielsüchtig ist und kurz davor, durch Schulden ihre Wohnung zu verlieren: Wenn Shelly tanzt, ist

das alles vergessen. Bis »Le Razzle Dazzle« der Stecker gezogen wird. Zwei Wochen noch, dann wird die Show ersetzt durch einen Burlesk-Zirkus. Für ältere Tänzerinnen hat der keinen Platz mehr, wie Las Vegas insgesamt auch. Mit 57 Jahren ist Shelly so zum Kasinsturz ihres Lebens gezwungen. »Endlich!«, scheint »The Last Showgirl«, der dritte Spielfilm von US-Regisseurin Gia Coppola, zu rufen. Oft empathisch, aber mitunter auch überraschend ungnädig schaut sie Shelly dabei zu, wie deren Illusion einer Glamour-Existenz immer weiter Schaden nimmt. Der ehemalige »Baywatch«-Star Pamela Anderson wurde nach der Premiere von »The Last Showgirl« im September in Toronto als Oscarkandidatin gehandelt. Zusammen mit dem Auftritt von Demi Moore in »The Substance« wurde ihr Comeback als Beweis dafür herangeführt, dass Hollywood endlich etwas mit Frauen über 50 anzufangen wisse. Mit ein bisschen Distanz aber erscheint beides vermessen. Weder empfiehlt sich Anderson hier für anspruchsvollere Rollen, noch macht Coppola etwas nennenswert anderes, als ihren Star auf dessen alternden Körper und den damit schwindenden Status im Showgeschäft zu reduzieren. Wie um die Unebenheiten in der Inszenierung auszugleichen, spielt Anderson ihre Rolle eintönig: Mit Piepsstimme und bemüht guter Laune überbetont sie Shellys Unbeholfenheit. Und schwächt so die abgründige Rücksichtslosigkeit ihrer Figur ab, die etwa dazu geführt hat, dass Shellys Tochter bei den Großeltern aufgewachsen ist. Eine mutige Rolle, die eine Frau mit den Lasten, Freuden, Falten und Dellen eines gelebten Lebens zeigt, ist das entgegen dem vielfachen Lob für Coppola und Anderson nicht. Am Ende bleibt kaum mehr als flüchtiger Glitzer. Hannah Pilarczyk



»The Last Showgirl«. Regie: Gia Coppola. Mit: Pamela Anderson, Dave Bautista, Kiernan Shipka, Jamie Lee Curtis, Billie Lourd. 88 Minuten. Kinostart: 20. März.



Win McNamee / AP

Republikanische Abgeordnete im US-Kongress 2022: Der Ölindustrie Coolness einhauchen

Die Konterrevolution

KULTURKAMPF Dem Sieg von Donald Trump ging ein gesellschaftlicher Klimawandel voraus, den die Linke mit ihrem Dogmatismus befördert hat. Der Backlash ist nun umso brutaler. *Von René Pfister*

Wenn es einen Moment gibt, der den kulturellen Klimawandel in den USA zeigt, dann vielleicht dieser: Billy Bob Thornton spielt in der Serie »Landman« einen sinistren Manager für die texanische Ölindustrie – Tommy Norris, ein wortkarger Mann in Stiefeln und Westernhemd, der sich die erste Zigarette morgens vor dem ersten Kaffee ansteckt.

In einer Szene fährt er mit einer umweltbewegten Anwältin über die endlosen Felder von Westtexas, auf denen sich riesige Windräder drehen. Als die junge Frau von der »sauberen« Energie schwärmt, setzt Norris zu einer langen Widerrede an. »Hast du eine Ahnung, wie viel Diesel sie verbrennen müssen, um so viel Beton zu mischen oder Stahl zu produzieren? Und wie viel Energie es braucht, um die Scheiße hierher zu transportieren, um sie mit einem 140-Meter-Kran zusammenzubauen?« Nicht der Klimawandel sei das Problem der Menschheit, behauptet Norris, son-

dern dass eines Tages das Öl zur Neige gehe. »Das Ding, das uns umbringen wird, geht uns aus, bevor wir einen Ersatz finden.«

Vor nicht allzu langer Zeit wäre es eine gewagte Idee gewesen, einen Typen wie Norris zum Helden einer millionenschweren Filmproduktion zu machen, der versucht, dem Ölgeschäft Coolness einzuhauchen. Ein Mann, der nichts mehr hasst, als über seine Gefühle zu reden, und den hysterischen Episoden seiner sehr blonden und sehr exaltierten Ex-Frau Angela standhält wie einem Sturm, dem man nicht trotzen, sondern den man nur aushalten kann.

»Landman« startete in den USA am 17. November des vergangenen Jahres, zwölf Tage nach der zweiten Wahl Donald Trumps. Eine ganze Reihe von Artikeln und YouTube-Videos beklagte das hoffnungslos rückständige Frauenbild der Serie und deren aberwitzige Thesen zum Klimawandel. Den Zuschauern war das egal.

»Landman« wurde zu einem der größten Erfolge in der Geschichte des Streamingdienstes Paramount+, weil die Serie ganz offenkundig die Stimmung in einem Land traf, in dem sich selbst in den liberalen Vororten von Los Angeles und Washington niemand dafür entschuldigt, einen PS-starken Geländewagen zu fahren. »Drill, baby, drill« war ein Schlachtruf Trumps, der im Wahlkampf seinen Privatjet über die wartenden Fans donnern ließ und vom »flüssigen Gold« im Boden der Vereinigten Staaten schwärmte.

»Politics is downstream from culture« heißt der berühmte Satz, der Andrew Breitbart zugeschrieben wird, Gründer des gleichnamigen rechten Krawallportals. Es ist die populäre Übersetzung der These des italienischen Marxisten Antonio Gramsci, wonach politische Macht einer kulturellen Hegemonie folgt. Gramsci entwickelte seine Theorie in einer Gefängniszelle des faschistischen Mussolini-Regimes, aber in den vergangenen Jah-



Schauspieler Thornton in der Serie »Landman« 2024: Erste Zigarette vor dem Frühstück

ren war es nicht zuletzt die amerikanische Rechte, die Gramscis Thesen wiederbelebte.

Man kann den Sieg von Trump am 5. November 2024 als Ergebnis des Unmuts der Amerikaner über die wirtschaftliche Lage des Landes interpretieren, als Ausdruck des Ärgers über die massiv gestiegenen Preise für Immobilien und Lebensmittel. Dies wäre, wenn man so will, die klassische marxistische Erklärung, wonach das Sein das Bewusstsein bestimmt. Aber Gramscis Theorie besagt, dass Macht deutlich komplexer und fluider ist und sich aus einem Stimmungswechsel in der Gesellschaft bildet – in den Medien, den Universitäten und dem Kulturbetrieb. So betrachtet, ist Trumps Sieg nicht nur eine politische Zäsur. Sondern er zeigt auch einen kulturellen Umschwung an, der lange vor seinem zweiten Wahlsieg begann. Er speiste sich aus einem Widerwillen gegen eine als elitär wahrgenommene Linke, den Trumps »Make America Great Again«-Bewegung (»MAGA«) geschickt auszunutzen wusste.

Die Wende ist umso erstaunlicher, da sich die Machtverhältnisse noch vor wenigen Jahren vollkommen anders darstellten. Im August 2012 veröffentlichte Rod Dreher in der Zeitschrift »The American Conservative« einen Essay mit dem Titel »Ja, die Linken kontrollieren die Kultur«. Der Text, der mitten in der Amtszeit von Barack Obama erschien, war nichts weniger als eine Kapitulationserklärung: »Die linke Hegemonie der

amerikanischen populären Kultur und die daraus resultierende epistemologische Abschottung von amerikanischen Kulturschaffenden ist eine entscheidende Herausforderung für Konservative«, schrieb Dreher. »Aber ich habe keine Ahnung, was wir dagegen tun können.«

Was Dreher formulierte, war ein Gefühl, das viele Konservative in jenen Jahren teilten und das sich mit Zahlen untermauern ließ. An amerikanischen Eliteuniversitäten ging die Zahl der Professoren, die sich als konservativ einschätzten, so dramatisch zurück, dass sie bald zu einer gefährdeten Spezies gehörten. Ähnlich war das Bild in den Medien: Laut einer Studie der Indiana University waren im Jahr 1971 rund 26 Prozent der US-Journalisten Anhänger der Republikaner. Im Jahr 2013 – also lange vor Trumps erster Amtszeit – waren es gerade noch 7,1 Prozent.

Zugleich feierte eine neue, akademisch geprägte Linke einen Siegeszug, die nicht mehr Verteilungsfragen in den Mittelpunkt stellte, sondern progressive Politik neu definierte: als

Kampf gegen die Diskriminierung von Schwarzen, Frauen und sexuellen Minderheiten. Instrumente zur Herstellung von Gerechtigkeit waren nicht mehr so sehr höhere Steuern für Reiche oder Mindestlöhne, sondern die Kontrolle und Sanktionierung von Sprache, was aus Sicht der neuen Orthodoxie gleichbedeutend mit der Kontrolle von Machtverhältnissen war.

Dass Rassismus ein »strukturelles« Problem sei, galt in progressiven Zirkeln bald genauso als unumstößliche Wahrheit wie der Umstand, dass jeder Weiße von Geburt an »privilegiert« sei. Wer als aufgeklärter Mann anzeigen wollte, dass sein Geschlecht nicht etwa eine biologische Konstante ist, sondern ein soziales Konstrukt, schrieb seine Pronomen (he/him) in die E-Mail-Signatur. Es war eine Bewegung, die an den Universitäten begonnen hatte, aber bald in den Medien- und Kulturbetrieb eindrang, sich in Nichtregierungsorganisationen vorarbeitete und schließlich in den Personalabteilungen der großen Konzerne landete. Von da an dauerte es nicht mehr lange, bis weiße Mitarbeiter zu »Anti-Bias«-Trainings verpflichtet wurden, in denen sie über ihre tief sitzenden Vorurteile meditieren sollten.

Einer der Ersten, der auf die Nachtseite dieser kulturellen Revolution hinwies, war Mark Lilla, Professor für Ideengeschichte an der Columbia University. Am 18. November 2016 – knapp zwei Wochen nach der ersten

**Auf eine merkwürdige
Weise war Trumps
Kampagne inklusiver als
die der Demokraten.**

Wahl von Donald Trump – veröffentlichte er in der »New York Times« einen Essay, in dem er die Niederlage Hillary Clintons mit der Ignoranz einer neuen akademischen Elite erklärte. »In den vergangenen Jahren ist das linke Lager in den Vereinigten Staaten in eine Art moralische Panik über Fragen von Geschlecht, Hautfarbe und sexueller Identität gerutscht«, schrieb Lilla. »Das politische Anliegen der Linken wurde dadurch so verdreht, dass sie es nicht mehr schaffte, als einigende Kraft aufzutreten, die fähig ist zu regieren.«

Der Text von Lilla war in vielerlei Hinsicht prophetisch. »Im Internet wurde ich der neue Nostradamus genannt«, scherzt der Professor, wenn man heute mit ihm spricht. Doch Trumps Triumph war für das progressive Lager kein Anlass, in sich zu gehen, im Gegenteil: Das große identitätspolitische Erwachen – »The Great Awakening«, wie es der Autor Matthew Yglesias im April 2019 nennen sollte – stand erst noch bevor. Allmählich wurde das Wort »woke«, das doch eigentlich für einen besonders sensiblen Blick für die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft stand, zu einem Synonym für übereifrige Aktivisten, die jeden mit einer abweichenden Meinung unbarmherzig verfolgten.

Es ist schwer zu sagen, wann die woke Revolution ihren Höhepunkt erreichte. War es, als Robin DiAngelo im Jahr 2018 das Buch »White Fragility« veröffentlichte und mit ihrer obskuren Theorie, der zufolge jeder weiße Amerikaner ein Rassist sei, zu einem Superstar der Antidiskriminierungsarbeit wurde? War es, als die »New York Times«, die schon Gastbeiträge von so finsternen Figuren wie Wladimir Putin oder Taliban-Vize Sirajuddin Haqqani veröffentlicht hatte, ihren Meinungschef James Bennet feuerte, weil er einen Essay des republikanischen Senators Tom Cotton abdruckte, der den Einsatz des Militärs gegen gewaltsame Proteste in amerikanischen Innenstädten forderte – eine Position, die man für falsch halten mag, die aber damals 52 Prozent der Amerikaner teilten?

Oder war es die Oscarverleihung des Jahres 2021, die allen Diversitätskriterien genügte? Als bester Film wurde »Nomadland« ausgezeichnet, ein Drama über die Opfer des amerikanischen Turbokapitalismus. Den Oscar für das beste Originaldrehbuch erhielt »Promising Young Woman«, eine Anklage gegen den tief verankerten Sexismus in der amerikanischen Gesellschaft. Es waren Filme, die sehr ernst waren und sehr engagiert.

Fast schien es, als hätte ausgerechnet die Unterhaltungsbranche die Freude am Spaß verlernt. Nirgendwo ließ sich das so gut ablesen wie an der Serie »Sex and the City«. Als sie im Jahr 1998 zum ersten Mal ausgestrahlt wurde, war sie für viele das Symbol eines neuen, lustbetonten Feminismus: vier berufstätige Frauen in New York, die sich nicht mehr dafür entschuldigten, nur deshalb mit einem Mann ins Bett zu gehen, weil er einen durchtrainierten Hintern hat. Wenn man so will,



Schauspieler Stallone in Trumps Residenz Mar-a-Lago 2024: Sonderbotschafter für Filmbranche

war das Revolutionäre von »Sex and the City« die Feier des »female gaze«: des sexualisierten Blicks der Frau auf den Mann.

Als im Dezember 2021 die Fortsetzung »And Just Like That...« anließ, hätte die Differenz zu den Anfängen nicht größer sein können. Sie wirkte wie ein Beichtstuhl, in dem sich Carrie und Miranda für all den unreflektierten Spaß entschuldigen, den sie vor 20 Jahren als privilegierte heterosexuelle Frauen hatten: Carrie versucht sich als Sex-Podcasterin und wird von der Moderatorin der Show, einer »queeren, nicht-binären mexikanisch-irischen Diva« darüber belehrt, wie langweilig eine »Cisgender-Frau« sei. Miranda, einst Partnerin einer erfolgreichen Anwaltskanzlei, absolviert ein Zweitstudium in »Menschenrechten«, um ihre Erfüllung beim Kampf für benachteiligte Frauen zu finden. Das Ganze ist so komisch wie eine Wurzelbehandlung, und entsprechend dramatisch brach die Quote der zweiten Staffel ein.

Wahrscheinlich hat dem linken Lager nichts mehr geschadet als der Verlust der Coolness, zu der auch immer gehört, sich nicht darum zu scheren, was andere denken. »And Just Like That...« ist nicht deshalb so schwer erträglich, weil Carrie, Miranda und Charlotte älter geworden sind. Die Serie ist so unendlich peinlich, weil erwachsene Frauen versuchen, einem Zeitgeist gerecht zu werden, der allem widerspricht, wofür sie einst gestanden haben.

Man kann Donald Trump vieles vorwerfen, aber nicht, dass er sich angebedert hätte. Im Wahlkampf trat er vor der Vereinigung schwarzer Journalisten in Chicago auf. Es war ein Publikum, das kritischer nicht hätte sein können, und der Kandidat heizte die Stimmung noch an, indem er infrage stellte, ob Kamala Harris wirklich schwarz ist oder nicht doch eher asiatischstämmig. Das ist zweifellos ein absurder Gegensatz, und die Worte wurden Trump in den Kommentarspalten auch

sofort als schlimme rassistische Entgleisung vorgehalten.

Aber bei den Wählern blieb möglicherweise etwas ganz anderes hängen: dass sich Trump traut, aus dem Safe Space wohlwollender Fans hinauszutreten und sich von Journalisten befragen lässt, die nichts sehnlicher wünschen als seine Niederlage.

Kamala Harris hatte bei ihren Auftritten die versammelte Macht der amerikanischen Kulturbranche hinter sich: Der Song ihrer Kampagne war »Freedom« von Beyoncé. Auf dem Parteitag in Chicago traten Oprah Winfrey und Pink auf. Bei der Abschlusskundgebung spielte Lady Gaga. Doch die Unterstützung wirkte merkwürdig routiniert und vorhersehbar. Sie verlieh der Kampagne keinen Glamour, sondern bestätigte nur den Eindruck, dass Harris die Kandidatin eines satten und selbstzufriedenen Establishments ist.

Trump und seine Leute dagegen haben verstanden, dass schon eine stille Konterrevolution im Gange war. Im Jahr 2018 war in den USA die Serie »Yellowstone« angelaufen, in der Kevin Costner den Rancher John Dutton spielt, der einen archaischen Kampf um seine riesigen Ländereien in Montana führt. Man kann »Yellowstone« als Allegorie auf das »MAGA«-Amerika von Donald Trump lesen: Männer, für die nur Loyalität zählt (John Dutton lässt seinen Cowboys mit einem glühenden Eisen ein Y auf die Brust brennen) und die sich mit aller Macht gegen die Moderne stemmen, die in Gestalt von akademisch gebildeten Eliten nach Montana strömt, um aus den Farmgründen eine Art Öko-Disneyland für Fliegenfischer und Skifahrer zu machen. »Ich bin das Gegenteil von Fortschritt«, sagt John Dutton, als er sich in der Serie um das Amt des Gouverneurs von Montana bewirbt. »Ich bin die Wand, gegen die er knallt, und ich werde nicht derjenige sein, der bricht.«

»Yellowstone« hat inzwischen fünf Staffeln und gehört zu den erfolgreichsten Serien, die



Mary Evans Archives / IMAGO

Stars der Serie »Sex and the City« 1998: Symbol eines neuen, lustbetonten Feminismus

je im amerikanischen Fernsehen gelaufen sind. Autor Taylor Sheridan, aus dessen Feder auch »Landman« stammt, hat sich gegen die Interpretation gewehrt, er habe die kulturelle Grundierung für das neue Trump-Amerika geliefert. Und tatsächlich ist »Yellowstone« komplexer, als es auf den ersten Blick scheint. Der Sohn des Familienpatriarchen John Dutton ist mit einer indigenen Amerikanerin verheiratet, deren Stamm einst das Land von weißen Farmern gestohlen wurde. Und Duttons Verbündeter gegen die Zumutungen durch die neureichen Eliten aus New York und Los Angeles ist Thomas Rainwater, der Anführer einer fiktiven Stammesgemeinschaft in Montana.

Es ist dieselbe Widersprüchlichkeit, die auch Trumps »MAGA«-Bewegung durchzieht. Trumps Aufstieg wurde oft als Trotzreaktion des weißen, patriarchalen Amerikas gegen die Präsidentschaft von Barack Obama beschrieben. Aber das ist – wenn überhaupt – nur ein Teil der Wahrheit. Während die Demokraten immer viel von Diversität geredet haben, war ihre Politik oft viel orthodoxer, als sie es wahrhaben wollten. Wer Abtreibungen bis über die 20. Schwangerschaftswoche nicht für ein Menschenrecht hält, ist in der Partei ebenso ein Paria wie jene, die sich dem Credo verweigern, Geschlecht sei ein soziales Konstrukt, dessen Ausprägungen so zahlreich sind wie die Sterne am Himmel.

Die Demokraten feierten es als großen Moment ihres Wahlkampfes, als auf dem Parteitag in Chicago die Nichten von Kamala Harris auftraten und das Land darüber aufklärten, wie der Name der Präsidentschaftskandidatin korrekt auszusprechen sei. Der knuffelige Clip ging sofort viral, aber er hatte auch den leicht gouvornantenhaften Unterton, dass die Kandidatin es überhaupt nicht schätzt, wenn man Kamala nicht auf der ersten Silbe betont.

Man mag das für eine Petitesse halten. Nur wäre Trump nie auf die Idee gekommen, die

eigenen Anhänger so zu belehren. Auf eine merkwürdige Art und Weise war seine Kampagne deutlich inklusiver als die der Demokraten. Klar, man sollte auf einer Kundgebung von Trump besser nicht auf die Idee kommen, sich als Anhänger von Harris oder Joe Biden zu outen, will man nicht unter »USA, USA«-Geschrei aus dem Saal eskortiert werden.

Aber wer dem Guru Trump huldigt, ist in dem Tempel der »MAGA«-Bewegung willkommen. Auf dem Parteitag der Republikaner sprachen ein katholischer Altbischof, eine schwarze Rapperin, ein Gewerkschaftsboss und eine Latina mit schwerem spanischem Akzent. Am Ende zerriss sich der 71-jährige Wrestling-Veteran Hulk Hogan das T-Shirt.

Es sei ein großer Irrtum anzunehmen, Trump sei von einer Welle der Intoleranz ins Amt getragen worden, sagt der Ideengeschichtler Lilla. Die meisten Amerikaner hätten ihren Frieden damit gemacht, wenn Minderheiten am Arbeitsplatz gefördert werden. Aber sie würden sehr empfindlich reagieren, wenn sie zwangsweise in Kurse gesteckt werden, in denen sie über ihren internalisierten Rassismus reflektieren müssen. Oder wenn sie akzeptieren sollen, dass biologische Jungs am Wettkampfsport von Mädchen teilnehmen dürfen. »An diesem Punkt werden die Leute wirklich sauer«, sagt Lilla. »Und die konservative Presse war sehr gut darin, diesen Ärger zu verstärken.«

In den vergangenen Jahren hat sich ein ganzes Biotop von Strategen, Podcastern und Schauspielern entwickelt, in dem die »MAGA«-Bewegung gedeiht. Die großen Hollywoodstars halten immer noch zu den Demokraten, aber Trump hat es geschafft, Sylvester Stallone und Mel Gibson auf seine Seite zu ziehen, die nun als seine »Sonderbotschafter« durch die Filmbranche ziehen sollen.

Unter den erfolgreichsten Podcastern der Vereinigten Staaten sind viele offene Trumpfans: Die ehemaligen Fox-News-Stars Tucker

Carlson und Megyn Kelly. Der ehemalige Breitbart-Redakteur Ben Shapiro. Und nicht zuletzt Joe Rogan, ein früherer Kampfsportler, der vor über 15 Millionen Zuhörern eine Wahlempfehlung für Trump abgab. Vor allem aber hat es die amerikanische Rechte geschafft, ein Netzwerk von Thinktanks aufzubauen, das Gramsci, den Theoretiker gesellschaftlicher Soft Power, vor Neid hätte erlassen lassen.

Unter dem Dach der Heritage Foundation versammelten sich mehr als 100 konservative Organisationen, um die zweite Amtszeit von Trump vorzubereiten und eine Konterrevolution von rechts zu organisieren. Trump hat in seinen ersten Amtstagen eine ganze Flut von Erlassen unterschrieben, die schon jetzt die USA tiefgreifend verändern. Gleichstellungsprogramme in Bundesbehörden und in staatlich geförderten Universitäten werden eingestellt. Trump hat verkündet, dass seine Regierung nur noch zwei Geschlechter anerkennt: Männer und Frauen. Und er hat Bundesbeamte dazu aufgerufen, Kolleginnen und Kollegen zu melden, die sich der neuen Linie widersetzen.

Trump, der so geschickt eine Koalition gegen die Auswüchse des linken Zeitgeistes geformt hat, zeigt nun keine Skrupel, seinerseits mit aller ideologischen Härte seine Gegner zu bekämpfen. Die Republikaner benutzen die ganze Macht des Staates, jene mundtot zu machen, die ihre Weltsicht nicht teilen.

Laut einem Bericht der »New York Times« versucht die Trump-Regierung, Hunderte Wörter aus dem offiziellen Gebrauch zu verbannen, die ihr politisch nicht in den Kram passen: »Rassismus«, »Privilegien«, »Diversität«. Es ist jene Art der Sprachkontrolle, die Trump den woken Linken immer vorgeworfen hat.

Das Kennedy Center in Washington, das über viele Jahre das kulturelle Herz der amerikanischen Hauptstadt war und von einem Verwaltungsrat geführt wurde, in dem Demokraten wie Republikaner saßen, ist nun fest in der Hand von Trump-Getreuen. Interimspräsident Richard Grenell, der ehemalige US-Botschafter in Deutschland, hat sich angeblich schon auf die Idee eingelassen, auf der Bühne des Kennedy Center einen Chor von Männern und Frauen auftreten zu lassen, die am 6. Januar 2021 das Kapitol gestürmt haben. So jedenfalls erzählte es der ehemalige Trump-Berater Steve Bannon.

Noch gibt es keinen bestätigten Termin. Aber es wäre die ultimative Rache Trumps am liberalen Establishment der Hauptstadt und passend für einen Präsidenten, der getrieben ist von dem Wunsch nach Vergeltung. Die Ära der Wokeness sei ein für alle Mal vorbei, sagte Trump am 4. März bei seiner Rede vor dem US-Kongress. Das sich anschließende Triumphgeheul der Republikaner ließ ahnen, wie hässlich die Alternative eines doktrinären rechten Amerika aussehen wird. ■

Schweben über Altlasten

OSTDEUTSCHLAND In ihrem neuen Roman erzählt Annett Gröschner eine Alternativgeschichte der DDR aus weiblicher Sicht. Ohne Ideologie, ohne Stasifetisch, aber mit Sympathie für ihre Heimatstadt Magdeburg.

Gleich am Anfang steht ein grandioser Satz. »Dies ist die Geschichte der Blumenbinderin und Kranfahlerin Hanna Krause, die zwei Revolutionen, zwei Diktaturen, einen Aufstand, zwei Weltkriege und zwei Niederlagen, zwei Demokratien, den Kaiser und andere Führer, gute und schlechte Zeiten erlebt hat.«

Hanna Krause hat ein politisch recht vielseitiges Leben geführt, könnte man sagen. Dennoch steht sie am Rand, hat die Umwälzungen ertragen wie Naturkatastrophen. Sie ist eine ostdeutsche Arbeiterin. Und ostdeutsche Arbeiterinnen und Arbeiter kommen in Medien und Büchern meistens eher vor, wenn es um die Wahlerfolge der AfD oder das triste Erbe der DDR geht. Oder um beides.

Es ist das Verdienst Annett Gröschners, Hanna Krause in ihrem neuen Roman »Schwebende Lasten« aus der Peripherie ins Zentrum zu holen. Und damit eine ostdeutsche Geschichte zu schreiben, die es in dieser Form wohl noch nicht gab. Eine dezidiert weibliche, ohne Ideologie.

Man sieht Annett Gröschner schon von Weitem in der Magdeburger Bahnhofshalle stehen, sie fällt unter all den Reisenden in dunkler Winterkleidung sofort auf. Ein rotes Barett trägt sie auf dem Kopf und eine lila Strickjacke, die fast bis zum Boden reicht. Fester Händedruck, Begrüßung, dann geht es schon los, sie übernimmt sofort die Führung: »Wir müssen hier entlang, durch das Shoppingcenter.«

Das Treffen findet in Magdeburg statt, weil die Stadt in Sachsen-Anhalt neben Hanna Krause die Heldin des Romans ist. Eine ehemalige Industriestadt, während des Zweiten Weltkriegs zu rund 90 Prozent zerstört und auch vorher schon nahezu vernichtet. Die Stadt sei von so vielen Katastrophen heimgesucht worden, erzählt Gröschner, dass sie den Begriff für den größtmöglichen Schrecken geprägt habe, den eine Stadt erleben könne: »Magdeburgisieren« heißt das. Der Begriff entstand nach dem Dreißigjährigen Krieg, als von Magdeburg kaum noch etwas stand.

Gröschner lebt seit 42 Jahren in Berlin, wuchs aber auf in dieser Stadt, deren Name zum Schrecken wurde. Vielleicht ist es kein Zufall, dass sie sich als Schriftstellerin mit den Folgen von Krieg und Zerstörung für

Körper und Psyche beschäftigt. Vielleicht muss sie das.

Man kann die DDR, ihr Entstehen, ihre Entwicklung nicht verstehen ohne das, was davor war. Das ist ihre Botschaft. Viele DDR-Romane haben eine andere.

Sie handeln vom Ende der DDR, oder sie werden vom Untergang des Landes her gedacht. Als wäre der Kollaps programmiert gewesen. Bei vielen Romanen steht zudem eine Stasi-Geschichte im Zentrum oder hat zumindest eine große Bedeutung, etwa in »Helden wie wir« von Thomas Brussig oder »Gittersee« von Charlotte Gneuß. Auch im Westen wurde die Stasi zum Erzählfetisch. Als müsste man die DDR stets von seinem Repressalienapparat her erzählen.

Gröschner geht einen anderen Weg. Sie erweitert den bisherigen Kanon – ohne Ostalgie, ohne IMs, ohne Mauerfallfixierung. Bei manchen Büchern über die DDR hat man den Eindruck, die Autoren wollten den Staat im Nachhinein noch einmal erledigen. Bei Gröschner ist das nicht so.

Durch das Shoppingcenter geht es jetzt erst mal die Ernst-Reuter-Allee hinauf, einen breiten Boulevard, links ragen Bauten im Zuckerbäckertil in den Himmel. Vor der Johanniskirche in der Altstadt liegen noch Wochen nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt Blumen, Teddys und bemalte Steine auf dem Boden, Passanten bleiben stehen und halten inne. Der Attentäter, ein saudi-arabischer Arzt, war mit einem Auto in die Besuchermenge gerast, sechs Menschen wurden getötet, Hunderte verletzt. Gröschners Schwester war an diesem Abend in der Stadt unterwegs, entging nur durch Zufall der Katastrophe. Gröschner selbst kam am 23. Dezember, drei Tage nach dem Anschlag, wie jedes Jahr aus Berlin nach Hause, aber es war ein trauriges, schmerzhaftes Fest. »Wir hatten danach ein sehr seltsames Weihnachten«, sagt sie. Gröschner neigt nicht zu Pathos, auch nicht in ihren Büchern.

Sie ist 1964 geboren, damals standen in der Stadt viele Ruinen, in denen sie als Kinder

spielten. Auch die Johanniskirche blieb lange als zerstörtes Mahnmal stehen. Beim Gang ins Innere der Kirche sagt Gröschner, dass die Erzählungen über den Krieg in ihrer Familie immer präsent gewesen seien. Ihre Großmutter mütterlicherseits hatte einen Blumenladen im Knattergebirge, dem dicht besiedelten Arbeiterviertel rund um die Johanniskirche. An sie ist die Figur der Hanna vage angelehnt, auch sie hat in »Schwebende Lasten« einen Blumenladen im Knattergebirge, bevor sie als Kranfahlerin Geld ranholen muss.

In dem Buch erzählt sie, wie Hanna und ihre Kinder vor den Bomben flüchten, nur knapp überleben, ein Sohn stirbt im Feuersturm. Nach einem Bombenangriff im September 1944 finden die kleinen Töchter die Leiche ihrer Oma im Garten, Teile der Haut liegen verstreut im Garten. Harter Stoff. »Das ist authentisch«, sagt Gröschner. Ihre Mutter war 1944 sechs Jahre alt. Die Erlebnisse wirkten ihr Leben lang nach. Ihre Mutter, so erzählt es Gröschner, flüchtete sich noch als Erwachsene jedes Jahr Silvester in eine Kellerräumlichkeit, weil der Lärm des Feuerwerks sie an die Bombenangriffe erinnerte.

Wieder draußen aus der Kirche geht es an der »Trauernden Magdeburg« vorbei, einer Bronzeskulptur, die den Kopf leicht gebeugt hält, als würde sie zuhören. Jemand hat ihr Rosen in den Arm gelegt. Gröschner streicht über das Metall, dann geht sie hoch, die Treppe zum Aussichtsturm hinauf. Es sind 277 grobe Feldsteinstufen. Oben hat man einen herrlichen Blick auf die Stadt, auf Elbe, Dom, die Grüne Zitadelle von Hundertwasser.

Man sieht auch den Wohnblock, in dem Gröschner ab dem zwölften Lebensjahr lebte. Ihr Vater wohnt noch heute dort. Am Vorbau des Eingangs ist eine Keramikarbeit angebracht, DDR-Kunst. Sie erzählt, man sehe darauf ein glückliches Mädchen, dem aber eine Art munchscher Schrei am Ohr klebt. »Darin habe ich mich wiedererkannt«, sagt Gröschner. Sie sei dieses Mädchen gewesen.

»Tagsüber schien oberflächlich alles im Lot, helle Wohnung, alle gesund, Frieden im Land, ab und an ein Westpaket, aber nachts kamen die Träume, von Krieg, Vernichtung, Verschwinden«, so schrieb sie mal in einem autobiografischen Essay.

In »Schwebende Lasten« erzählt sie eine Alternativgeschichte der DDR, die 1933 mit den Anfängen des Nationalsozialismus beginnt und die Frauen in den Mittelpunkt stellt. Und

Wo die Stahlgießerei mal war, wehen heute vertrocknete Goldruten im Wind.

Annett Gröschner: »Schwebende Lasten«. C. H. Beck; 282 Seiten; 26 Euro.



1



2



3

1 | Magdeburger Gewächshaus **2** | Autorin Gröschner vor stillgelegter Maschine **3** | Warnhinweis im ehemaligen Thälmannkombinat **4** | DDR-Denk-mäler am Technikmuseum **5** | Marktplatz vor Magdeburger Rathaus



4



5

Sebastian Weils / OSTKREUZ / DER SPIEGEL (5)



Sebastian Welts / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

Exponate im Technikmuseum: Monumente einer untergegangenen Zeit

zwar jene Frauen, die sonst unsichtbar sind. Einfache, hart arbeitende Frauen, wie es sie in der Industrie in beiden Deutschlands gab. Ohne Ideologie zu schreiben, heißt nämlich keineswegs, niedlich von dem kleinen Staat zu erzählen. Gröschner schaut gnadenlos auf Ostdeutschland.

Weiter geht's zum Thälmannwerk, einem ehemaligen Schwermaschinenbau-Kombinat, in dem sie ihre Heldin Hanna als Kranfaherin arbeiten lässt. Gröschners Großvater war in der Stahlgießerei tätig, ihre jüngste Tante arbeitete im Rechenzentrum des Kombinats, sogar Gröschner half hier früher aus. Heute säumen schicke Neubauten die Straße, dazwischen ein paar alte Häuser, kaum Fußgänger oder Verkehr. Von dem Werk ist wenig übrig geblieben, es wurde nach der Wende geschumpft und dann zerschlagen. Wo die Stahlgießerei einmal war, wehen auf einer Brache vertrocknete Goldruten im Wind.

Die DDR, ein Arbeiterstaat – das war schon immer mehr als eine hohle Phrase. Aus Mangel an Arbeitern wurden nach 1949 viele Frauen in die Fabriken geholt, fast jede zweite Arbeitskraft war 1981 weiblich, selbst in Produktionsberufen betrug der Anteil von Frauen rund 20 Prozent. Ein feministisches Paradies war das Land dennoch nicht. Trotz verordneter Gleichberechtigung waren Frauen Sexismus, Willkür und Druck ausgesetzt, dazu kam die Zerrissenheit zwischen ihren Rollen als Mutter, Partnerin und Berufstätige. Gröschner lässt in »Schwebende Lasten« das nach der Wende zerschlagene Kombinat »Ernst Thälmann« (SKET) wiederaufleben, sie macht es zu einem Mikrokosmos, in dem endlich Fragen von Identität, Weiblichkeit und Gleichberechtigung behandelt werden.

Protagonistin Hanna geht allerdings nicht aus Überzeugung ins Werk, sondern aus Notwendigkeit. Sie hat vier Kinder, einen invaliden Mann, sie muss ihre Familie durchbringen – und als Kranfaherin verdient man mehr denn als Küchenhilfe. Ihr Ausbilder traut ihr

nichts zu, verhöhnt sie vor anderen und ist übergriffig, aber sie erträgt das alles, sie nennt ihn heimlich »Kleinhitler«.

Sie erzählt nicht von oben herab, deshalb gibt es in dem Buch wenig psychologische Innenansichten. »Ich wollte in einer Sprache schreiben, die auch Frauen anspricht, die selbst auf so einem Kran gesessen haben«, sagt sie. So oft kommen sie in der Literatur ja nicht vor.

Hanna ist oft hart gegen sich, hart gegen andere. Aber sie ist nicht seelenlos. Einmal sitzt sie in einer betrieblichen Kommission, die über mögliche Abreibungen von Kolleginnen bestimmt. Ja, das Private ist hier sehr politisch. Der Antrag einer Mutter, die schon drei Kinder hat, kommt auf den Tisch. Er soll mit der Begründung abgelehnt werden, dass dort, wo schon drei Kinder satt würden, auch ein viertes satt werde. Hanna widerspricht. »Satt gegessen vielleicht, aber nicht satt geliebt.«

Gröschners Debüt, der Roman »Moskauer Eis«, erschien 2000 und wurde ein Erfolg. Ihr Name wurde in einem Zug mit Kollegen wie Thomas Brussig und Ingo Schulze genannt, sie galt als eine neue, aufregende Erzählerin mit Ostsozialisation. Sie blieb über die Jahre produktiv, mit Reportagen, Sachbüchern, Theaterstücken. Und doch waren es eher die Männer, die als Erklärer der DDR galten, nicht die Germanistin Gröschner.

Magdeburg war in den Dreißigerjahren ein wichtiges Zentrum der Rüstungsindustrie, die Fabriken von Polte, Krupp und Brabag brachten Wachstum, Bedeutung und später den

»Man erinnert offenbar lieber an die Kaiserzeit als an die DDR.«

Annett Gröschner

Tod. In der ehemaligen Stahlbauhalle ist heute das Technikmuseum der Stadt untergebracht. Wenn man das schwere Tor zum Museum öffnet, ist es, als ginge man durch eine Zeitschleuse. Es riecht immer noch nach Eisenspänen und Bohnerwachs, obwohl hier seit Jahrzehnten nichts hergestellt wird. »Wenn ich hier reinkomme, bin ich olfaktorisch sofort wieder in meiner Jugend«, sagt Gröschner und saugt die Luft ein.

Den Beginn ihrer schriftstellerischen Laufbahn verdankt Gröschner in gewisser Weise der Literaturförderung der DDR. Es gab in den frühen Jahren des Staats die Überlegung, wie man den Arbeitern den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen kann. Künstler und Schriftsteller wurden in die Fabriken geschickt, um Arbeiter bei ihrer eigenen künstlerischen Arbeit zu unterstützen. 1978, mit 14, als Schülerin, wurde Gröschner selbst Mitglied in so einem Zirkel, im damaligen Georgi-Dimitroff-Werk in Magdeburg. Sie hat einmal beschrieben, wie das damals war, wie zerrissen der Schriftsteller wirkte. Er predigte nach außen Klassenbewusstsein, an das er längst nicht mehr glaubte. Gröschner war alt genug, um zu sehen, wie kaputt die DDR in den Achtzigerjahren war. Sie erkannte die Lücken, Fehler in der staatlich verordneten Gleichberechtigungspolitik. Sie engagierte sich in der Wendezeit bei der Gründung einer unabhängigen Frauengruppe.

Links und rechts des Gangs stehen schwere Werkzeug-, Dreh- und Dampfmaschinen, sie wirken wie Monumente einer untergegangenen Zeit. Nach der Wende machte das Werk einige Schrumpfung mit Massenentlassungen, wurde schließlich von einem Insolvenzverwalter zerschlagen. Die Maschinen rattern nicht mehr, ihr Herz ist verglüht.

Am Ende der Halle hängt ein fest montierter Kran, der Sitz liegt in fünf Meter Höhe, davor hängen Haken, die Laufkatzen, an denen große Maschinenteile transportiert wurden. »Hallenkran mit Kurvenfahrt« steht auf einem Schild daneben, die Anlage ist 1923 für das Gebäude entwickelt worden, vor mehr als 100 Jahren, als das Werk noch »Friedrich Krupp Grusonwerk AG« hieß. Es ist Hannas Kran aus »Schwebende Lasten«. Der Kran ist noch funktionstüchtig, er hat im Gegensatz zu seinen Fahrerinnen und Fahrern alle Diktaturen und Revolutionen ohne Blessuren überlebt.

Die Idee für ein Buch über Frauen in der Schwerindustrie trug Gröschner lange mit sich herum, mehr als 30 Jahre. »Ich wollte damals schon zwei Romane schreiben, über eine Familie, die es so im Westen Deutschlands nicht gegeben hätte«, sagt sie. Auf der einen Seite eine eher bürgerliche Familie, Wohlstand gewöhnt, ein Onkel hatte geheiratet in eine DDR-Industriellenfamilie mit Dienstpersonal. Auf der anderen Seite einfache Arbeiter. Aus der einen Idee wurde »Moskauer Eis«, die Satire über eine Familie von Kälteingenieuren in der DDR, locker an die Geschichte des Vaters angelehnt, aus der

anderen nun »Schwebende Lasten«, der Mutter gewidmet.

Unter dem Kran hängt ein Schild. »Unter schwebenden Lasten lauert der Tod« steht darauf. Kam daher die Titelidee? Nein, diese Redewendung habe sie während einer Autofahrt vor vielen Jahren in der Nähe von Chemnitz an einem Werk gesehen und notiert. Es ist ein Einblick in ihre Arbeitsweise, sie beobachtet genau, recherchiert, wie eine Bergwerkerin holt sie Schätze hoch, wenn sie gebraucht werden. Man könnte auch sagen: wenn sie gewürdigt werden. Vor 30 Jahren hätte man wahrscheinlich nicht so über eine Magdeburger Arbeiterfrau schreiben können, wie sie es in »Schwebende Lasten« macht. Dass das nun möglich ist, zeigt auch, wie sich das Erzählen über die DDR verändert hat: Es ist breiter, vielfältiger geworden.

Eine Mitarbeiterin des Technikmuseums kommt, sie ist erschrocken, als sie Gröschner auf der Leiter des Krans sieht. »Dieser Abschnitt ist für Besucher nicht erlaubt«, sagt sie. Gröschner versucht zu erklären, dass sie sich angemeldet hatte und auch demnächst eine Lesung auf dem Kran haben wird, aber die Frau wirkt unbeeindruckt. Lieber raus aus dem unerlaubten Bereich. Im Hof des Museums steht eine Thälmannstatue einsam vor einer großen Brache. Ein Bild des Scheiterns.

Etwa 30.000 Menschen arbeiteten noch 1989 im Thälmannkombinat. Mit dem Verschwinden der Betriebe verschwand die Macht der Arbeiterklasse, auch wenn sie vorher nie so groß war, wie im Arbeiter- und Bauern-Staat behauptet. Von einem »großen schwarzen Klumpen« der Kränkung schrieb Gröschner mal in einem persönlichen Essay.

Bei der Bundestagswahl Ende Februar ist die AfD in allen ostdeutschen Bundesländern die stärkste Partei geworden, 38 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen haben sie gewählt. Der große schwarze Klumpen kann wohl auch Kreuze in der Wahlkabine setzen.

In Sachsen-Anhalt könnte die AfD im kommenden Jahr den Ministerpräsidenten stellen. »Ich bin schon ganz schön verzweifelt«, sagt Gröschner. Sie sagt, dass sie die Ängste und die Verletzungen der Nachwendzeit verstehe. Was sie nicht verstehe, sei die Misgunst. »Warum wollen die Menschen, wenn sie meinen, dass es ihnen schlecht geht, dass es anderen auch schlechter geht?«

Vor der Fabrik. Die Fassade der alten, werkeigenen Poliklinik existiert noch, es ist ein renovierter Klinkerbau. Aber wenn Gröschner nicht darauf hinweisen würde, was dort einmal drin war, man erführe es nicht. Aus dem Gebäude sind Eigentumswohnungen geworden. »Alte Konsumanstalt« ist über der Tür zu lesen. Die alte Inschrift »Poliklinik« wurde entfernt.

»Man erinnert offenbar lieber an die Kaiserzeit als an die DDR«, sagt Gröschner. Ihre Arbeit ist auch ein Kampf gegen das Vergessen. Sabine Rennefanz

SPIEGEL Bestseller

BELLETRISTIK



Ein Mann wartet auf den Elektriker und liest ein Buch über einen Mafia-Kronzeugen. Dieser sitzt in Haft und liest ein Buch über einen Mann, der auf den Elektriker wartet. Ein verwirrender Kurzschluss? Ein funkelnder Krimi. | **Platz 2**

- 1** (1) **Takis Würger**
Für Polina Diogenes; 26 Euro
- 2** (3) **Wolf Haas**
Wackelkontakt Hanser; 25 Euro
- 3** (2) **Rebecca Yarros**
Onyx Storm – Flammengeküsst dtv; 28 Euro
- 4** (5) **Daniel Glattauer**
In einem Zug DuMont; 23 Euro
- 5** (6) **Rebecca Yarros**
Iron Flame – Flammengeküsst dtv; 32 Euro
- 6** (7) **Joachim Meyerhoff** Man kann auch
in die Höhe fallen Kiepenheuer & Witsch; 26 Euro
- 7** (9) **Joël Dicker**
Ein ungezähmtes Tier Piper; 26 Euro
- 8** (–) **Chimamanda Ngozi Adichie**
Dream Count S. Fischer; 28 Euro
- 9** (4) **Louise Penny**
Der graue Wolf Kampa; 23,90 Euro
- 10** (10) **Carsten Henn**
Der Buchspazierer Piper; 15 Euro
- 11** (11) **Sebastian Fitzek**
Das Kalendermädchen Droemer; 25 Euro
- 12** (8) **Volker Klüpfel**
»Wenn Ende gut, dann alles« Penguin; 24 Euro
- 13** (13) **Caroline Wahl**
Windstärke 17 DuMont; 24 Euro
- 14** (14) **Samantha Harvey**
Umlaufbahnen dtv; 22 Euro
- 15** (–) **Liz Moore**
Der Gott des Waldes C. H. Beck; 26 Euro
- 16** (17) **Tommie Goerz**
Im Schnee Piper; 22 Euro
- 17** (16) **Jakob Hein** Wie Grischa mit einer
verwegenen Idee beinahe den Weltfrieden
auslöste Galiani; 23 Euro
- 18** (18) **Alina Bronsky**
Pi mal Daumen Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
- 19** (19) **Thomas Schlessner** Monas Augen –
Eine Reise zu den schönsten Kunstwerken
unserer Zeit Piper; 26 Euro
- 20** (–) **Maja Lunde**
Für immer btb; 24 Euro

SACHBUCH



In seinem vorigen Werk widmete sich der Autor den Verwerfungen der »Altenrepublik«, nun packt er das Problem von der anderen Seite an. Warum werden immer weniger Kinder geboren? Und was könnte die Politik tun? | **Platz 17**

- 1** (1) **Eckart von Hirschhausen**
Der Pinguin, der fliegen lernte dtv; 18 Euro
- 2** (2) **Elke Heidenreich**
Altern Hanser Berlin; 20 Euro
- 3** (–) **Yael Adler**
Genial ernährt! Droemer; 22 Euro
- 4** (3) **Dirk Rossmann/Josef Settele**
Keine Zeit für Pessimismus Quadriga; 20 Euro
- 5** (10) **Anne Applebaum**
Die Achse der Autokraten Siedler; 26 Euro
- 6** (6) **Angela Merkel/Beate Baumann**
Freiheit Kiepenheuer & Witsch; 42 Euro
- 7** (4) **Luisa Neubauer** Was wäre,
wenn wir mutig sind? Rowohlt; 13 Euro
- 8** (9) **Fabian Kowallik**
Die Ernährungslügen – Wie man isst, um
nicht krank zu werden Eulogia; 24,90 Euro
- 9** (7) **Yuval Noah Harari**
Nexus Penguin; 28 Euro
- 10** (14) **Leonie Schöler**
Beklaute Frauen Penguin; 22 Euro
- 11** (5) **Robert Habeck**
Den Bach rauf Kiepenheuer & Witsch; 18 Euro
- 12** (–) **Melanie Pignitter** Wiedersehen mit mir
selbst zwischen Pizza und Aperol Gräfe und Unzer; 19,99 Euro
- 13** (11) **Brianna Wiest** 101 Essays, die dein Leben
verändern werden Piper; 22 Euro
- 14** (8) **Thomas Piketty/Michael Sandel**
Die Kämpfe der Zukunft C. H. Beck; 20 Euro
- 15** (–) **Ronja Forcher**
Für immer an meiner Seite Knauer; 21 Euro
- 16** (12) **Axel Hacke**
Aua! DuMont; 20 Euro
- 17** (–) **Stefan Schulz**
Die Kinderwüste Hoffmann und Campe; 22 Euro
- 18** (18) **Robert Greene** Power: Die 48 Gesetze
der Macht Hanser; 22 Euro
- 19** (13) **Aladin El-Mafaalani/Sebastian Kurtenbach/Klaus Peter Strohmeier**
Kinder – Minderheit ohne Schutz Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
- 20** (15) **David Goggins**
Can't Hurt Me riva; 22 Euro

SPIEGEL-Bestseller werden im Auftrag des SPIEGEL ermittelt von »BuchMarkt« und media control. Informationen unter spiegel.de/bestseller

»Der Mensch mochte Veränderungen noch nie«

SPIEGEL-GESPRÄCH Die meisten Leute scheuen das Neue, und auch Gesellschaften verändern sich träge. Sogar wenn es ihnen schadet. Der Philosoph Stefan Klein, 59, erklärt, woran das liegt.

SPIEGEL: Herr Klein, jahrelang hieß es, die demokratischen Gesellschaften des Westens seien müde, radikale Veränderungen unmöglich. Nun stellen wir fest, dass sich die Dinge überstürzen, Deutschland wird aufrüsten, und die voraussichtlich nächste Regierung kündigt Milliardenschulden an. Ist alles doch nicht so schwer?

Klein: Na ja. Erstens glaube ich nicht, dass Veränderung unmöglich ist, es hat sie immer gegeben. Zweitens sehen wir momentan nur die Reaktion auf eine akute Bedrohung: Konkret die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten J.D. Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er Europa faktisch die Freundschaft aufkündigte, generell die neue Unberechenbarkeit der US-Politik.

SPIEGEL: Der Westen litt unter einer chronischen Selbstblockade. Und nun ist da Trump und entfaltet eine ungeheure disruptive Kraft.

Klein: Trump und seine Entourage setzen sich über sehr viele Regeln hinweg, die es in unseren demokratischen Systemen aus gutem Grund gibt – und dann ist natürlich vieles möglich. Sein Slogan ist aber nicht »Make America Greater«, sondern: »Make America Great Again«. Er verspricht seinen Anhängern nicht die Zukunft, er verspricht ihnen eine als glorreich erträumte Vergangenheit. Er will gesellschaftliche Veränderungen verhindern oder sie sogar zurückdrehen.

SPIEGEL: Seine Kraft entsteht aus einer Aversion?

Klein: Aus der Verweigerung von und aus der Angst vor Veränderung. Das ist kein auf die USA beschränktes Phänomen: Auch die Brexiteers haben den Briten eine Rückkehr zu imperialer Größe versprochen. Und was versprechen Teile der nach rechts gewandten CDU unter Friedrich Merz? Eine Rückkehr zu alten Werten. Fleiß soll sich wieder lohnen.

SPIEGEL: Egal ob man Trump nun gut oder schlecht findet: Zeigt er nicht, dass radikale Veränderungen möglich sind?

Klein: In diesem Fall ist der Preis die Aufhebung demokratischer Regeln.

SPIEGEL: Demokratiefreundlich geht es nicht?

Klein: Die Diskussion gibt es seit den alten Griechen. Platon glaubte an den Philosophen-

könig, der aus seiner Weisheit heraus das Richtige tut. Darauf würde ich mich ungern verlassen. Aber grundsätzlich ist Veränderung auch in Demokratien möglich, umso mehr, wenn sie von einem soliden Realitätsbezug ausgeht.

SPIEGEL: Sie sind Physiker und haben auch analytische Philosophie studiert, im Unterschied zu Soziologen beschäftigen Sie sich in Ihrem neuen Buch vor allem mit dem, was im Gehirn des Menschen passiert*.

Klein: Und da können wir feststellen: Der Mensch mochte Veränderungen noch nie.

SPIEGEL: Er ist neugierig, aber lehnt das Neue ab?

Klein: Ja, und wir tun gut daran, uns diese Ambivalenz einzugestehen. Es ist naiv zu glauben, man müsse den Menschen nur Vorteile bieten und diese, wenn nötig, erklären. Auch die Ampelregierung hat feststellen müssen, dass das nicht funktioniert. Ein Elektroauto hat fast nur Vorteile gegenüber einem Verbrenner, es fährt günstiger, ist leiser und beschleunigt schneller – trotzdem wollen es meisten Deutschen es nicht. Ähnliches gilt für die Wärmepumpe.

SPIEGEL: Woher kommt die Abneigung gegen das Neue?

Klein: Veränderungen sind mit kognitiven Kosten verbunden.

SPIEGEL: Was heißt das?

Klein: Die Kognitionsforschung hat in den vergangenen 20 Jahren einige Annahmen über das Gehirn revidiert. Die Vorstellung, dass die Sinne einfach Daten aus der Umwelt aufnehmen und das Gehirn dann optimale Lösungen sucht, ist falsch. Stattdessen ist das, was wir für Realität halten, erst einmal nur eine Vorstellung. Wir treffen unablässig Voraussagen auf Basis weniger, ausgewählter Informationen, die das Hirn bekommt. Und erst im letzten Schritt machen wir einen kleinen Realitätscheck, wenn überhaupt. Das Hirn muss sehr stark filtern. Und einer der wirksamsten Filter sind Wünsche und Erwar-

tungen. Die zu korrigieren, ist mit hohem Aufwand verbunden. Also versuchen wir das zu vermeiden, solange es geht.

SPIEGEL: Warum arbeitet das Gehirn so?

Klein: Weil es die Informationsflut schon in einer natürlichen Umgebung sonst gar nicht bewältigen könnte. Vorurteile ordnen die Wirklichkeit und verschaffen uns einen Geschwindigkeitsvorteil, selbst dann, wenn wir dadurch Nachteile erleiden. Dazu kommt, dass wir soziale Praktiken ungeprüft übernehmen und internalisieren. Menschen sind große Imitatoren, sowohl in ihren Handlungen als auch in ihren Überzeugungen. Das ist ein Grundprinzip der Kultur.

SPIEGEL: Geben Sie bitte ein Beispiel.

Klein: Mitte des 19. Jahrhunderts konnte der Gynäkologe Ignaz Semmelweis belegen, dass die enorme Sterblichkeit in Geburtskliniken fast auf null gebracht werden konnte, wenn sich Ärzte ihre Hände desinfizieren. Ein enormer Durchbruch. Seine Kollegen aber waren überzeugt davon, dass ein guter Arzt rustikal sein muss und dass Eiter und Blut auf dem Kittel eine Auszeichnung sind. Semmelweis wurde verspottet, seine Erkenntnisse wurden ignoriert. Sie anzunehmen, hätte das Selbstbild der Ärzteschaft infrage gestellt. Es dauerte Jahrzehnte, bis sich die ärztliche Praxis änderte, Hunderttausende Mütter mussten sterben.

SPIEGEL: Sind Gruppen und Gesellschaften noch veränderungsresistenter als Individuen?

Klein: Zum Teil. Umso wichtiger ist es, Veränderungen kollektiv zu denken. Wir überfordern uns häufig damit, sie individuell zu schultern.

SPIEGEL: Was Sie beschreiben, ist das Funktionsprinzip des Konservatismus: Man bewahrt den Status quo und wehrt sich gegen alles Neue. Aber sobald es doch kommt, gibt es einen neuen Status quo, der wiederum bewahrt werden will.

Klein: Ein Konservativer würde gegen gesellschaftliche Veränderung argumentieren, weil sie den Preis der Instabilität birgt. Aber die Verhaltensökonomie hat gezeigt, dass Menschen Veränderung nicht nur in sozialen, sondern auch in persönlichen Entscheidungen ablehnen. Und zwar sogar in Situationen, bei denen die Veränderung überhaupt keinen Preis hat, also nur Vorteile bringt.

SPIEGEL: Der Mensch schlägt Vorteile bewusst aus?

Klein: Angenommen, ich biete Ihnen einen Münzwurf an. Wenn die Münze auf Kopf fällt, verlieren Sie zehn Euro. Wenn sie auf Zahl fällt, gewinnen Sie 20 Euro. Würden Sie die Wette eingehen? Rational wäre es, weil der mögliche Gewinn doppelt so groß ist wie der mögliche Verlust. Aber die meisten Menschen tun es nicht, weil sie den Verlust scheuen.

SPIEGEL: Wie brechen wir mit dieser Macht der Erwartungen und Prognosen in uns? Was tun gegen kognitive Verzerrungen?

Klein: Zuerst müssen wir uns selbst darüber klar werden, wie wir funktionieren. Ich gehe etwa gern in die Berge, erst kürzlich war ich auf einem Lehrgang in den Alpen, einer

* Stefan Klein: »Aufbruch: Warum Veränderung so schwer fällt und wie sie gelingt«. S. Fischer; 288 Seiten; 24 Euro.

Das Gespräch führten die Redakteure Tobias Becker und Tobias Rapp.

kleinen Bergführerausbildung. Dort oben werden kognitive Verzerrungen schnell lebensgefährlich. Viele Menschen überschätzen sich. Wer meint, ein bestimmtes Ziel erreichen zu müssen, bewertet Gefahrensituation automatisch anders, auch Gruppendruck spielt eine Rolle. In Bergführerausbildungen lernt man, auf genau diese Verzerrungen aufmerksam zu machen. Dafür gibt es eigene Prozeduren, die die Mechanismen von Irrtümern ständig bewusst machen.

SPIEGEL: Was bedeutet das konkret für eine Bergtour?

Klein: Ständig zu hinterfragen, ob die eigene Wahrnehmung mit der Realität übereinstimmt. Eine dieser Prozeduren nennt der Alpenverein das Lawinen-Mantra. Es geht darum, dass man sich vom Beginn der Planung einer Tour bis zu deren Abschluss immer wieder bewusst macht, was zu entscheiden ist und was die Entscheidungskriterien sind, was die persönlichen Ziele sind, was die Fähigkeiten der Gruppe, was unbestreitbare Gegebenheiten wie der Wetterbericht oder die Hangneigung.

SPIEGEL: Und wenn man sich nicht einig wird?

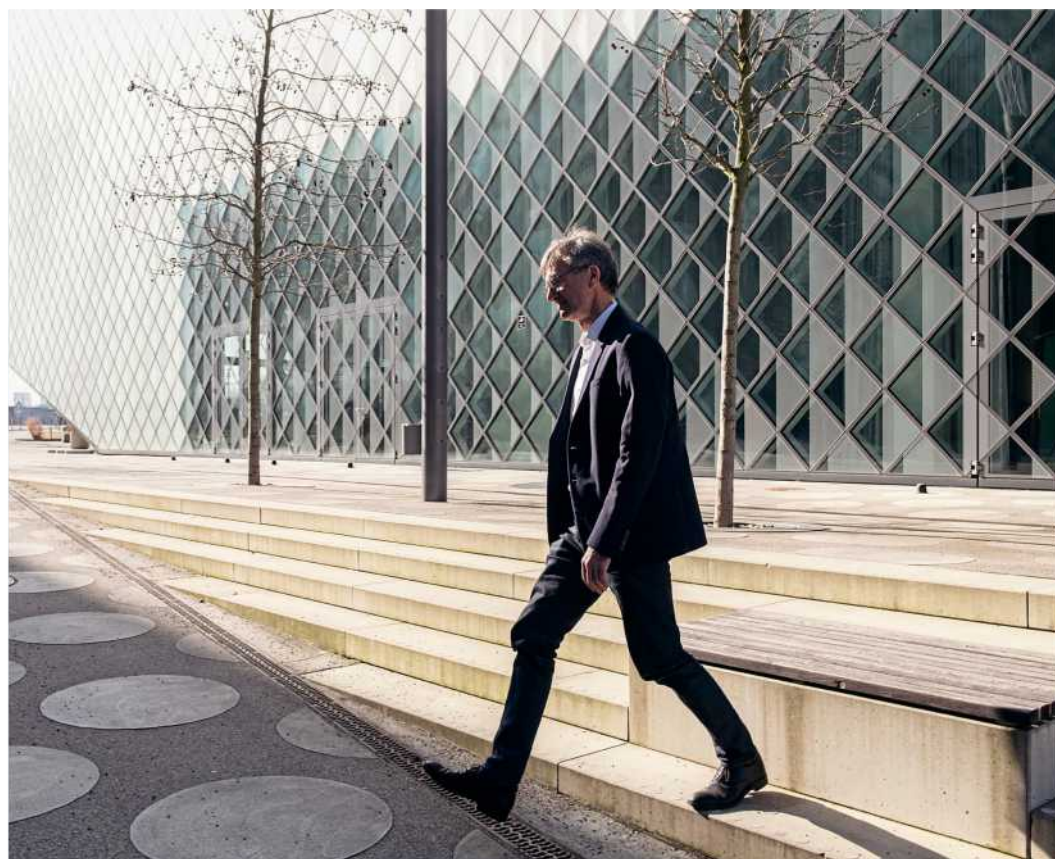
Klein: Entscheidend ist die Kommunikation. Das sogenannte Mantra stellt auch Kategorien bereit, in denen über diese Probleme innerhalb einer Gruppe geredet wird. Diese Kategorien werden dann als verbindlich anerkannt. Das Argument, dass keine Lawine abgehen wird, weil man eh schon dreimal in einer vergleichbaren Situation war, ist nicht zulässig.

SPIEGEL: Alpinisten klettern in Kleingruppen. Wie lässt sich das auf die Gesellschaft übertragen?

Klein: Die Finnen, die bekanntlich ein ausgezeichnetes Bildungssystem haben, üben den Umgang mit kognitiven Verzerrungen in Kitas und Schulen, Medienkompetenz ist ein normales Schulfach, dort bekommen die Kinder beigebracht, Quellen zu überprüfen und Ähnliches. Das ist explizit auch eine Verteidigungsstrategie gegen russische Einflussnahme. Solche Strategien brauchen wir auch. Man kann denken lernen.

SPIEGEL: Die traditionelle Aufklärung nimmt den Menschen als rationalen Akteur wahr, der Argumente austauscht – und am Ende gewinnt das bessere. Sie sehen das anders?

Klein: Aufklärung setzt voraus, dass wir uns einigen können, was ein besseres Argument ist. Dazu brauchen wir eine Art Meta-Kognition. Sie zeigt Menschen, wie ihre eigene Realitätswahrnehmung funktioniert.



Jelka von Langen und Roman Goebel / DER SPIEGEL

Autor Klein

SPIEGEL: Ist Meta-Kognition wichtiger als Kognition?

Klein: Genauso wichtig.

SPIEGEL: Finnland wehre sich gegen russische Trolle, sagen Sie. Aber steckt der wahre Feind nicht in unserem Kopf?

Klein: Die Fälschungen durch die sozialen Medien funktionieren doch nur, weil unser Gehirn bereit ist, sich täuschen zu lassen.

SPIEGEL: Aber wer bestimmt, was Realität ist, wenn wir uns selbst nicht trauen können? Sie können niemanden zwingen, Ihre Realität als gültig zu betrachten.

Klein: Nein. Erstens geht es mir überhaupt nicht um Inhalte, es geht mir um Methoden, um eine Grundlage der Unterhaltung. Zweitens setzen wir doch in fast allen Situationen einen starken Realitätsbegriff voraus. Angenommen, Sie hätten in diesem Gespräch auf einmal eine Zahnschmerzattacke und könnten nicht weiterreden – dann könnte ich Ihnen kaum einreden, dass Ihre Realität nur konstruiert ist. Warum weigern wir uns in gesellschaftlichen Fragen, einen solchen Realitätsbegriff anzusetzen?

SPIEGEL: Weil Zahnschmerzen etwas anderes sind als politische Unterschiede. Für viele Menschen heißt, in einer Demokratie zu leben, dass alle Meinungen gelten müssen.

Klein: Wenn wir uns nicht mehr auf eine faktische Basis einigen kön-

nen, scheitert jede Diskussion. Das ist heute unser Problem. Ich glaube, dass die Wahrnehmung kognitiver Verzerrungen und der daraus entstehenden Manipulationen wirklich entscheidend dafür ist, dass unsere Gesellschaften zukunftsfähig sind.

SPIEGEL: Sind Sie dafür, Psychologie als Schulfach einzuführen?

Klein: Ich weiß nicht, ob man das Psychologie nennen muss. Im alten Griechenland waren solche Fragen Gegenstand der Rhetorik: Wie funktioniert Überzeugung? Was ist ein zulässiges Argument und warum? All das ist in Zeiten von sozialen Medien hochaktuell. Es geht nicht darum, Schüler ideologisch zu formen, nicht um Richtig und Falsch. Es geht nur darum, ein Urteil schlüssig zu begründen.

SPIEGEL: Sind Sie, was gesellschaftlichen Fortschritt angeht, eher Optimist oder Pessimist?

Klein: Der britische Premierminister Winston Churchill soll mal gesagt haben: »Ich bin ein Optimist. Es scheint keinen großen Sinn zu haben, etwas anderes zu sein.« Ich halte Menschen für extrem lernfähige Wesen. Aber ich bin weniger optimistisch, wenn ich mir den Veränderungsdruck ansehe, also die Geschwindigkeit, in der wir uns und unsere Gesellschaften verändern müssten, um zukunftsfähig zu blei-

»Unser Gehirn ist bereit, sich täuschen zu lassen.«

Wie lernt man, glücklich zu sein?

Finde es im neuen Heft heraus.



Dein

SPIEGEL

Das Nachrichten-Magazin für Kinder



Du findest uns auch auf
deinspiegel.de

KULTUR

ben. Es wird auf schnelle Veränderungen ankommen.

SPIEGEL: Weil der Klimawandel nicht auf uns wartet?

Klein: Oder der demografische Wandel: Wer wird uns pflegen, wenn wir alt sind, wer wird die Arbeit machen? Oder die Fortschritte in den Biowissenschaften oder in der Informatik: Können wir Schritt halten mit dem Tempo dieser Veränderung, mit den Disruptionen durch soziale Medien und künstliche Intelligenz? Im Augenblick nicht.

SPIEGEL: Wenn weder moralische Appelle noch die reine Kraft des klugen Arguments funktionieren: Wie sieht dann eine gute Veränderungskommunikation aus?

Klein: Meta-Kognition wirkt langfristig. Kurzfristig geht es erstens darum, positive Geschichten zu erzählen. Die Vorteile einer Veränderung sind nicht hinreichend, um Menschen Veränderungswillig zu machen, aber sie sind notwendig. Geschichten von Blut, Schweiß und Tränen funktionieren in einer sehr konkreten, akuten Bedrohungssituation, so wie wir sie im Moment haben. Aber die meisten gesellschaftlichen Bedrohungen sind schleichend. Da braucht es positive Gründe, um zu Veränderungen zu motivieren. Wer das Klima retten will, sollte nicht nur predigen, dass die Leute den Gürtel enger schnallen und das Auto stehen lassen müssen, weil sonst die Welt untergeht.

SPIEGEL: Sondern?

Klein: Zeigen, dass ein Leben mit weniger Ressourcenverbrauch ein besseres und glücklicheres Leben sein kann. Der zweite Punkt: nicht nur bei Überzeugungen, sondern auch bei Gewohnheiten ansetzen. Die lassen sich durch positive Rückmeldung ändern. Indem man Menschen immer wieder daran erinnert, wie viel Veränderung sie schon erreicht haben, wächst deren Mut, noch mehr zu versuchen.

SPIEGEL: Und der dritte Punkt?

Klein: Das sind die sozialen Kettenreaktionen, die sich daraus ergeben. So wurde der Kampf gegen das Rauchen gewonnen. Mit Menschen, die ihre Gewohnheiten geändert haben, mit Städten, die daraus Regelungen abgeleitet haben, mit ganzen Ländern, die schließlich gefolgt sind.

SPIEGEL: Reicht das? Der Kampf gegen das Rauchen dauerte Jahrzehnte, noch immer sterben Millionen Menschen jährlich, weil sie sich eben nicht verändern können.

Klein: Erinnern Sie sich noch an die Zeiten, als in jedem Büro, in jeder Kneipe, selbst in Arztpraxen Zigarettenqualm hing? Heute können wir uns das gar nicht mehr vorstellen. Und trotz der extremen Suchtwirkung des Nikotins hat eine Milliarde Menschen weltweit ihre Abhängigkeit überwunden. Das sind enorme Erfolge. Trotzdem haben Sie recht. Die Veränderungen, die jetzt auf uns zukommen, können wir nur bewältigen, wenn wir verstehen, wie unser Denken und Fühlen funktioniert. Nur wer die Fallen kennt, die wir uns selbst stellen, kann sie vermeiden.

SPIEGEL: Herr Klein, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Schnitzeljagd im Totenreich

LITERATURKRITIK Noch nie hat Christian Kracht aberwitziger und irrealer erzählt als in seinem neuen Roman »Air«.

Wer ein Geheimnis lüften möchte, muss Fragen stellen. Zum Beispiel diese: Ist »Air«, das neueste und bislang rätselhafteste aller Werke von Christian Kracht, ein bloßer Roman? Ein Buch, in dem es darum geht, eine Geschichte zu erzählen – oder ist es nicht vielmehr so etwas wie eine intellektuelle Schnitzeljagd, die hineinführt in die abseitigeren Gefilde des Wissens; zu Theorien, von denen kaum jemand je gehört hat, und in Länder, an die sich kaum einer erinnert? Nach Cumberland zum Beispiel, ein nordenglisches Herzogtum, längst aufgelöst, seine Herrscher ihrer Titel beraubt, finstere Figuren der Geschichte.

Ein Duke of Cumberland ist es, der in »Air« den Inneneinrichter Paul damit beauftragt, den Salon seines Jagdschlusses im passenden Rotton auszumalen. Wer Christian Kracht etwas näher kennt, könnte wissen, dass er nicht nur als Schriftsteller begabt ist, sondern auch in der Kunst des Einrichtens, der Dekoration. Und so ist Paul, der im Mittelpunkt des Buchs steht, womöglich so etwas Ähnliches wie sein Alter Ego. Wie Kracht ist Paul Schweizer; jetzt wohnt er auf einer schottischen Insel. Auch Kracht hat eine Beziehung zu Schottland, vielleicht lebt er sogar dort. Wer weiß das schon so genau?

Kracht hat sein Leben oft so verätselt wie manche Szene in seinen Romanen – und dabei immer wieder zu Literatur gemacht: 1995 bekannt geworden mit seinem zumindest irgendwie autobiografischen Debüt »Faserland«, hat er zuletzt 2021 den Roman »Eurotrash« veröffentlicht; ein Buch über die Abgründe der eigenen Familie, das manches von »Faserland« aufnimmt und dabei noch souveräner wirkt als sein Vorgänger. Auch aberwitziger und manchmal geradezu irre. Nie jedoch hat Christian Kracht das Aberwitzige, das Irreale so weit getrieben wie in »Air«.

Christian Kracht: »Air«. Kiepenheuer & Witsch; 224 Seiten; 25 Euro.



Elin Åberg / DN / IT / picture alliance

Zum Dank für seine Arbeit bekommt Paul vom Herzog ein Gemälde aus dem 19. Jahrhundert geschenkt. Das zeigt den Zauberer Merlin und den Ritter Lancelot, Figuren der Artussage. Natürlich ist dieses Bild ein Hinweis. So wie auch Astrid Lindgrens Kinderbuch »Die Brüder Löwenherz«, das Paul in einer ausgedienten Telefonzelle findet. Oder wie »Küki«, ein fiktives Designmagazin, und sein Chef Cohen. Der lädt Paul ein, zu ihm nach Norwegen zu kommen und dort das perfekte Weiß zu finden, für eine der Riesenhallen, in der die Rechner der Cloud stehen. »Küki« ist ein japanisches Wort, es heißt auf Deutsch so viel wie Luft. Und auf Englisch »Air«.

Als Paul und Cohen sich in Norwegen treffen, winkt Cohen ab, was sein Magazin angeht: »Er schiebe die Zeitschrift und deren dubiosen Ästhetizismus nur vor, um seine wirklichen Interessen zu verbergen.« Schon der Name, absichtlich irreführend. »Die Zeitschrift sei nur ein unwichtiges Nebenprojekt, da er in Wirklichkeit seit Jahren dem slawischen Neuheidentum hinterherforsche.« Damit beschreibt Cohen nicht nur sein Magazin, sondern auch das Buch, in dem er auftritt. Die Ästhetik, an der sich Paul zu Beginn noch abgearbeitet hat, wird in »Air« zunehmend unbedeutender.

Schriftsteller Kracht

Eine fantastische Welt, die manches von Astrid Lindgrens Kinderbuch hat

Der zweite Erzählstrang der Geschichte spielt in einer fantastischen Welt, die manches von Lindgrens Kinderbuch hat. Hier lebt die neunjährige Ildr. Das Mädchen ist auf der Flucht vor einem blutrünstigen Herzog, der, man ahnt es, eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Duke of Cumberland aufweist. Ildr begegnet einem Fremden, den sie für einen Magier hält. Dass er eigentlich Paul heißt, erfährt sie erst später. Und auch Cohen taucht auf. Der wäre, wenn denn Paul dem Zauberer Merlin entspricht, so etwas wie der Lancelot einer Geschichte, die in Barnhill endet, dem Ort, an dem George Orwell seinen Roman »1984« geschrieben hat.

Man könnte »Air« nun zuklappen und auf ein Zitat stoßen, mit dem der Verlag das Buch bewirbt: »Mir und seinen vielen Lesern ist es mittlerweile klar, dass Christian Kracht der große deutschsprachige Schriftsteller seiner Generation ist.« Es stammt von dem US-amerikanischen Autor Joshua Cohen.

Cohen, genau, ganz wie die Figur im Roman.

Cohen und Kracht kennen sich. Auch Kracht hat Cohen einmal ein schönes, lobendes Umschlagzitat geliefert.

»Air« wirkt in solchen Momenten wie eine literarische Version des Films »Die üblichen Verdächtigen«, dessen Hauptfigur sein Gegenüber und damit auch das Publikum anhand vieler realer Details in die Irre führt. Ein Kompendium der Anspielungen, ein großer Spaß, eine intellektuelle Schnitzeljagd eben – gäbe es da nicht in seinem Zentrum einen Moment des tiefen, geradezu tödlichen Ernstes: »Was wäre, wenn das, was wir, sagen wir mal, die individuelle Persönlichkeit nennen, nach der Auflösung des Körpers beibehalten würde«, sagt Cohen irgendwann zu Paul. »Was, wenn das Gedächtnis einfach weiter funktionieren könnte.«

Die Auflösung des Körpers, das ist der Tod. Der fantastische Teil von »Air«, so wird irgendwann klar, spielt sich im Jenseits ab. Alle Figuren sind tot. Die Geschichte ist die, die in ihrem Kopf abgelaufen ist in dem Moment, in dem sie gestorben sind. Ein letzter, intensiver Bewusstseinsstrom, gespeist von den Bildern ihres Gedächtnisses.

Die Erinnerung als posthume Cloud, so wie das Cohen vermutet? Wir wissen es nicht. Was nach dem Tod kommt, bleibt ein Geheimnis. Auch das Kunstwerk »Air« kann es nicht lüften.

Sebastian Hammelehl

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTION Dirk Kurbjuweit (V.i.S.d.P.), Dr. Melanie Amann, Thorsten Dörting, Cordula Meyer

LEITENDE REDAKTEURE *Editorial Desk:* Judith Horchert, Barbara Hardinghaus, Carolin Katschak (Blattmacherin Audio, Video & Social), Alexander Neubacher, Hendrik TERNIEDEN, Oliver Trenkamp, Stefan Weigel. *Leiter Redaktionelle Organisation:* Birger Menke, Bente Kirschstein (Geschäftsführende Redakteurin). *Leiterin Derivate:* Dr. Susanne Weigarten. *Redaktionelle Entwicklung:* Matthias Streitz

CHEFS VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Jörn Schuler. *Online:* Patricia Dreyer, Anselm Waldermann; Michael Ahlemeyer, Lisa Erdmann, Kevin Hagen, Olaf Heuser, Olaf Kanter, Sabrina Knoll, Nicolai Kwasienski, Jonas Leppin, Florian Merkel, Charlene Optenstein, Dr. Dominik Peters, Dr. Jens Rädü, Daniel Raacke, Martin Wolf

AUTOREN/REPORTER DER CHEFREDAKTION Susanne Beyer, Ulrich Fichtner, Lothar Gorris, Marc Hujer, Stefan Kuzmann, Thomas Schulz

NEWS LEITUNG: Janke Tietz, Benjamin Schulz (stellv.); Henrik Bahlmann, Anna Ehlebracht, Malte Göbel, Miriam Khan, Charlotte Luder, Jan Petter, Florian Pütz, Abdul Hakim Rahmatullah, Sven Scharf, Elisa Schwarze, Kim Staudt, Sebastian Stoll, Anastasia Trenkler, Nadine Wolter

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Sebastian Fischer, Christoph Hickmann, Maria Fiedler (stellv.), Marina Korbaki (stellv.). *Redaktion:* Sophie Garbe, Florian Gathmann, Milena Hassenkamp, Paul Anton Krüger, Ann-Katrin Müller, Serafin Reiber, Anna Reimann, Jonas Schabbe, Christoph Schult, Christian Teves, Linda Tuttmann, Severin Weiland. *Autoren, Reporter:* Deike Diening, Markus Feldenkirch, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein. *Politik Hamburg:* Felix Keßler, Marc Röhlig

DEUTSCHLAND *Leitung:* Anke Diß, Dr. Markus Verbeet, Guido Mingels (stellv.), Sophia Schirmer (stellv.), Hannes Schrader (stellv.). *Redaktion:* Birte Bredow, Lisa Duhm, Fiona Ehlers, Silke Folken, Kathrin Fromm, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmlerath, Philipp Kollenbroich, Levin Kubeth, Annette Langer, Katrin Langhans, Gunter Latsch, Benjamin Maack, Christopher Piltz, Ansgar Siemens, Swantje Unterberg, Sara Wess, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. *Investigativ/Innere Sicherheit:* Jörg Diehl, Wolf Wiedmann-Schmidt; Susanne Amann, Maik Baumgärtner, Sven Becker, Roman Höfner, Roman Leiberger, Nicola Naber, Sven Rößler, Fidelius Schmid. Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Julia Jüttner, Dr. Klaus Wiegrele.

Berlin: Frauke Böger, Florian Kistler, Juliane Löffler

WIRTSCHAFT/NETZWELT *Leitung:* Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Stefan Kaiser, Cornelia Schermgall. *Redaktion:* Vicky Barger, Dr. Philip Bethge, Benjamin Bidder, Michael Brächer, Florian Diekmann, Kristina Gniрке, Simon Hage, Max Hoppentadt, Henning Jaurnig, Dr. Matthias Kaufmann, Katharina Koerth, Matthias Kremp, Martin U. Müller, Thilo Neumann, Alexander Preker, Stefan Schultz, Kim Staudt, Udo Trichtl. *Autoren, Reporter:* Markus Becker, David Böcking, Alexander Kühn, Christian Reiermann, Marco Rosenbach.

Berlin: Patrick Beuth (Teamleitung Netzwerk), Markus Dettmer, Michael Kröger

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Özlem Topçu, Britta Kollenbroich (stellv.), Maximilian Pop (stellv.), Julia Proisinger (stellv.), Kurt Stukenberg (stellv.). *Redaktion:* Ann-Dorit Boy, Alexander Chernyshev, Francesco Collini, Muriel Kalisch, Mohammad al-Najjar, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Dunja Ramadan, Anna-Sophie Schneider. *Autoren, Reporter:* Alexandra Berlin, Christian Esch, Susanne Koelbl, Kathrin Kuntz, Juliane von Mittelstaedt, Nadia Pantel, Christoph Reuter, Alexander Sarovic.

Berlin: Nicola Abé, Alexander Kauschanski

WISSEN *Leitung:* Michael Hengstenberg, Katja Thimm, Julia Merlot (stellv.). *Redaktion:* Marco Evers, Anika Freier, John Grolle, Arvid Haisch, Marc Hasse, Lukas Kissel, Guido Kleinbubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Martin Schlack, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität). *Autoren, Reporter:* Maik Großekathöfer, Christoph Seidler, Olaf Stampf, Antje Windmann. *Berlin:* Susanne Götz, Kerstin Kullmann, Alina Schadwinkel. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Philipp Oehmke, Eva Thöne, Elisa von Hof (stellv.), Anton Rainer (stellv.). *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Büß, Oliver Kaever, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Katharina Stegelmann. *Autoren, Reporter:* Laura Backes, Andreas Borcholt, Xaver von Cranach, Sebastian Hammelheide, Wolfgang Höbel, Enrico Ippolito. *Berlin:* Lars-Olav Beier, Matern von Boeseler, Hannah Pilarczyk, Tobias Rapp, Jurek Skrobala

REPORTER *Leitung:* Özlem Gezer, Christoph Scheuermann, Felix Dachsel (stellv.). *Redaktion:* Nora Gantenbrink, Julia Kopatzki, Jonah Lemm, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Max Polonyi, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Frauke Hunfeld, Alexander Osang

SPORT *Leitung:* Hauke Goos, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion:* Peter Ahrens, Matthias Fiedler, Marco Fuchs, Jan Göbel, Nina Golombek, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Jonas Kraus, Marvin Rishi Krishnan, Jochen Leffers, Daniel Montazeri, Gerhard Pteil, Jörg Römer, Annika Schultz, Cedric Voigt

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Friederike Freiburg, Lena Greiner, Maximilian Rau, Johanna Röhr, Anne Seith. *Tests:* Markus Linden, Jonas Mielke

MEINUNG & DEBATTE *Leitung:* Anna Clauß, Ralf Neukirch. *Redaktion:* Swantje Karich, Martina Kix

LEBEN *Leitung:* Frauke Lüpke-Narberhaus, Malte Müller-Michaels, Helene Endres (stellv.), Niki Laurenz (stellv.). *Redaktion:* Julian Abé, Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Christopher Bonnen, Franziska Bulban, Markus Deggerich, Tanya Falencyk (Teamleitung Start), Helene Flachsenberg, Florian Gontek, Sylvie Gühmann, Dr. Veronika Hackenbroch, Lukas Hildebrand, Katharina Höller, Maren Hoffmann, Maren Keller, Heike Klovert, Eva Lehnen, Dr. Heike Le Kar, Philipp Löwe, Franca Quecke, Claudio Rizzello, Marthe Ruddadt, Sandra Schulz, Julia Stanek, Markus Sutura, Verena Töpfer, Nina Weber. *Autoren:* Jule Lutteroth, Marianne Wellershoff

GESCHICHTE *Leitung:* Dr. Eva-Maria Schunrr, Dr. Felix Bohr (stellv.). *Redaktion:* Jonas Bred, Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Frank Patalong, Frank Thadeusz. *Autorin:* Rafaela von Bredow

DATEN & VISUALISIERUNGEN *Leitung:* Dr. Matthias Stahl, Klaus Neumann (stellv.), Patrick Stotz (stellv.); Anna Behrend, Helen Bielawa, Holger Dambeck, Carla Grefe-Huge, Guido Grigat, Max Heber, Frank Kalinowski, Jasmin Sarah König, Anne Kornfeld, Nina Krug, Ferdinand Kuchlymar, Chris Kurt, Niklas Marienhagen, Gernot Matzke, Dawood Ohdah, Marcel Pauly, Bernhard Riedmann, Achim Tack, Alexander Trempler, Rina Wilkin, Christoph Winterbach, Mascha Zuder

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Alexandra Klausner (stellv.). *Redaktion:* Anton Bauer, Claudia Beckschebe, Pelle Kohrs, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gattred Aleis, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Dieckrich, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Silke Kruse, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlottcher, Sandra Waage

PRODUKTION *Leitung:* Angela Ölscher, Petra Thormann; Kathrin Beyer, Christoph Brüggemeier, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Gesche Sager, Stefan Schütt, Martina Treumann, Holger Uhlig, Valérie Wagner, Katrin Zabel

BILDERDAKTION *Leitung:* Jose Blanco, Maxim Sergienko; Claudia Apel, Tinka Dietz, Sabine Dörlting, Torsten Feldstein, Philine Gehhardt (Teamleitung), Niklas Hauser, Signe Heldt, Gillian Henn, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Jan Kappelmann, Carolin Klemm, Theresa Lettner, Parvin Nazemi, Nicole Neumann, Daniel Nide, Inka Recke, Jens Rensing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubert, Erik Seemann, Henriette Simons, Anke Wellnitz, Lennart Wroock. Mail: foto@spiegel.de

DEISEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

DESIGN *Leitung:* Jens Kuppi, Ann-Kristin Kühn (stellv.); Michael Abke, Franziska Bauer, Lisa Debacher, Sarah Dillon, Lynn Dohrmann, Bettina Fuhrmann, Linna Grage, Fabian Greve, Lennart Hespeneide, Jalal Hosseini, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Annika Loebel, Dagmar Nethung, Kamila Ramezani, Barbara Rödigler, Lea Rossa, Marco Stede

TITELBILD *Teamleitung:* Johannes Unselt; Suze Barrett, Torben Bockholt, Julia Gaes, Pia Pritzel

KORREKTUR *Leitung:* Sebastian Hofer; Dr. Sebastian Bartosch, Bastian Bredtmann, Thomas Fuchs, Claudia Garcia, Matthias Reinsner, Barbara Schulz-Kamm, Catrin Zander

SOCIAL MEDIA & LESERDIALOG *Leitung:* Ayila Kiran, Angela Gruber. *Redaktion:* Elena Bock, Philipp Dreyer, Natascha Gmür, Maria Herbst, Jan Hoffmeister, Aleksandra Janevska (Teamleitung Community), Charlotte Klein, Fabius Leibrock, Sebastian Maas, Petra Maier (Teamleitung Google Web Stories), Annina Metz, Anne Ramstorf, Robert Schlosser, Katharina Zingerle

SEO *Teamleitung:* Insa Winter; Alexandra Knappe, Bastian Midach, Veronika Silberg, Heiko Stammel, Hanna Zobel

VIDEO *Leitung:* Anne Martin, Benjamin Braden (stellv.), Leonie Voss (stellv.). *Redaktion:* Ilyse Alaoui, Sven Christian, Dennis Deurmeier (Teamleitung Talk), Benjamin Eckert, Kolja Fach, Simon Garschhammer, Birgit Großekathöfer, Janita Hämmäläinen, Florian Hofmann, Martin Jäschke, Heike Janssen, Marco Kasang, Andreas Landberg, Jonathan Miske, Julia Parker (Produktionskoordinatorin), Fabian Pieper, Rachelle Poupplier, Alexander Schnitt, Christian Weber

CHEFS VOM DIENST BEWEGTBILD Dirk Schulze, Martin Simening

AUDIO *Leitung:* Yasemin Yüskel, Jannis Schakarian (Chef vom Dienst), Sandra Sperber (Leitende Redakteurin). *Redaktion:* Philipp Fackler, Lucia Heisterkamp, Lenne Kaffka, Philipp Mestermann (Teamleitung), Jerrit Schmidtke, Maximilian Sepp, Regina Steffens

REDAKTIONSVERTRETUNGEN

DEUTSCHLAND **BERLIN** Alexanderufer 5, 10117 Berlin, Tel. 030 886688-100
DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Markus Böhm, Alexander Demling, Lukas Eberle, Tobias Großekemper, Torsten Klein, Benedikt Müller, Arnold, Miriam Olbrich, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Fellenstraße 7-9, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Stephanienstraße 30, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737
LEIPZIG Peter Maxvill, Postfach 310315, 04162 Leipzig

MÜNCHEN Katrin Elger, Jan Friedmann (Koordination Nachrichten), Martin Hesse, Maria Marquart, Katherine Rydlink, Timo Schober, Rosenthal 10, 80331 München, Tel. 089 45459510

BADEN-WÜRTTEMBERG Christine Keck
REDAKTIONSVERTRETUNGEN / KORRESPONDENTEN AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger

BANGKOK Maria Stöhr

BOSTON Dr. Claus Hecking

BRÜSSEL Timo Lehmann, Michael Sauga (Autor), Rue Le Titten 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv.brussel@spiegel.de

LONDON Steffen Lüdke, Jörg Schindler

LOS ANGELES Philipp Wittrock

MEXIKO-STADT Jens Glüsing (frei), Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 3637623

NAIROBI Heiner Hoffmann, Tel. +254 111 341478, Fritz Schaap

NEW YORK Marc Pitze, Bernhard Zand

PARIS Leo Klimm, Britta Sandberg, 4, Rue Goethe, 75116 Paris

PEKING Georg Fahrion, Christoph Giesen

ROM Frank Hornig, Stampa Eterna, Palazzo Grazioli, Via del Plebiscito 102, 00186 Roma

RIO DE JANEIRO Gerald Trautetter (Chefkorrespondent)

SAN FRANCISCO Simon Book

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge

TAHITI Björn Hengst

TAIPEH Cornelius Dieckmann

TEL AVIV Thore Schröder, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

WASHINGTON Julia Amalia Heyer, Roland Nelles, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Dr. Andreas Bernard, Marian Blasberg, Christo Buschek, Arno Frank, Christo Grozev, Oliver Das Gupta, Jochen-Martin Gutsch, Asia Haidar, Florian Haupt, Jasmin Lörchner, Juan Moreno, Wiebke Ramon, Anja Ritzel, Josef Saller, Richard C. Schneider, Ron Ulrich, Ines Zötl

DOКУМЕНТАTION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Nikolai Antoniadis, Dr. Susmita Arp, Dennis Barg, Lars Böhm, Eva Bräth, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Elitzschig, Catrin Fandja, Dr. Matthias Fett, Jannis Frech, Leonie Charlotta Geiger, Janine Große, Imko Haan, Chris Häuser, Thorsten Hapke, Dr. Dorothee Heinicke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Jonas Huggens, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Sören Johannsen, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Roman Kierst, Ulrich Klötzer, Anna Köster, Ines Köster, Maria Küpper, Dr. Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maaf, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Marvin Milatz, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Dr. Gerret von Nordheim, Sandra Ötner, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Sara Maria Ringer, Friederike Röhreke, Dr. Eva Saß, Andrea Sauerbier, Marko Schlarow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlitter-Ahrens, Martin Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Anna Schwarz, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisiko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Louisa Uzuner, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Karl-Henning Windelband, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN

GMHB & CO. KG

ANZEIGEN Britta Erreich

Anzeigenpreisliste 2025

Mediaunternehmer von www.spiegel.media, www.iqmedia.de

VERTRIEB Torben Sieb

HERSTELLUNG Silke Kassuba

INTERNET www.spiegel.de

INSTAGRAM [instagram.com/spieglmagazin](https://www.instagram.com/spieglmagazin)

FACEBOOK [facebook.com/derspiegel](https://www.facebook.com/derspiegel)

Service

Leserbrieft

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, www.spiegel.de/leserbrieft, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbrieft@spiegel.de
Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): investigativ@spiegel.de. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Ombudstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktionsleiter Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdrucke in Medien aller Art

Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken oder Videos Kontakt, Beratung: www.gruppe.spiegel.de/syndication und Bestellung: syndication@spiegel.de, Tel.: 040 3007-3540 für Deutschland, Österreich, Schweiz. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Simone Daley, Mail: simonedaley@nytimes.com, Telefon: +44 20 7061 3507, ISSN 0038-7452

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn, www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnements für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e.V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Inlandsmenspreise

Abonn.: 52 Ausgaben € 327,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 202,80, Auslandspreise unter www.spiegel.de/auslandsabo, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnementenservice Persönlich erreichbar

Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnentenservice, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

☐ für € 6,30 pro gedruckte Ausgabe

☐ für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,69) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.

Der Bezug ist monatlich kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten	
Straße, Hausnummer oder Postfach	
PLZ, Ort	
Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)	
Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb	
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten	
SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)	





inke Lass / laif

Peggy Parnass, 97

Bis ins hohe Alter strahlte sie Lebenslust und Zuversicht aus. Das war keineswegs selbstverständlich, denn die 1927 in Hamburg geborene Jüdin Peggy Parnass wurde schon in ihrer Kindheit mit Antisemitismus und Gewalt konfrontiert. Doch zugleich erfuhr sie die Fürsorge ihrer Eltern Hertha und Simon. Als die Mutter ahnte, dass der Familie die Deportation bevorstehen würde, schickte sie Peggy und deren jüngeren Bruder 1939 nach Schweden. Der Abschied am Hamburger Hauptbahnhof war einer für immer: Die Eltern wurden 1942 im Vernichtungslager Treblinka ermordet. Parnass kehrte nach dem Krieg ins Land der Täter zurück. Hier arbeitete sie als Schauspielerin, Schriftstellerin und Gerichtsreporterin. Sie wollte die Prozesse gegen die Nationalsozialisten begleiten, musste aber feststellen, dass es davon nur wenige gab. »Die Nazis im Gericht waren alle Richter, Staatsanwälte und Verteidiger«, sagte sie einmal dem »Stern«. Sie beschäftigte sich dann mit anderen Kriminalfällen und begegnete den Angeklagten einfühlsam, auch wenn dies nicht immer einfach war. So schrieb sie, dass sie sich zu dem Frauenmörder Fritz Honka auf die Bank gesetzt und ihn gefragt habe: »Hast du denn Freunde im Knast?« Die Nähe zu anderen Menschen suchte sie überall. In ihren Beziehungen, Freundschaften, in ihrem Aktivismus. Sie setzte sich immer wieder für Schwulenrechte und eine kritische Erinnerungskultur ein. Peggy Parnass starb am 12. März in Hamburg. ANO



J. Heller / Getty Images

Stanley R. Jaffe, 84

Jahrzehntelang war er ein wichtiger Hollywood-manager und arbeitete für Fernsehkonzerne wie CBS oder Filmstudios wie Paramount. Der Sohn eines Studiobosses war ein Senkrechtstarter und übernahm bereits mit Ende zwanzig Führungspositionen in der Unterhaltungsindustrie. 1980 gewann er als Produzent des Scheidungsromans »Kramer gegen Kramer« mit Meryl Streep und Dustin Hoffman einen Oscar. Auch mit dem Stalkingthriller »Eine verhängnisvolle Affäre« (1987) bewies er sein Gespür für kommerzielle Themen – und wurde erneut in der Kategorie »Bester Film« nominiert. Er produzierte das Gerichtsdrama »Angeklagt« (1988) mit Jodie Foster sowie den Actionthriller »Black Rain« (1989) mit Michael Douglas, beide Filme waren Kassenerfolge. Stanley R. Jaffe starb am 10. März im kalifornischen Rancho Mirage. LOB

Wolfgang Engel, 81

Der Sohn einer Verkäuferin und eines Beamten wuchs in Schwerin auf und begann seine Karriere in den Sechzigerjahren als Bühnenarbeiter im dortigen Theater. Er wurde Schauspieler und Regisseur – und bewahrte sich zeitlebens eine knorrige Bodenständigkeit. In Dresden machte er in den Achtzigerjahren unter anderem Samuel Becketts »Warten auf Godot« zu einem auch als politische Metapher verstandenen Publikumserfolg und galt bald als einer der wichtigsten Regisseure der DDR. Noch vor dem Mauerfall erlaubte man Engel, der sich offen zu seiner Homosexualität bekannte und 1989 den Nationalpreis der DDR ablehnte, Aufführungsgastspiele unter anderem in Düsseldorf, die dem Regisseur auch in der Bundesrepublik Respekt verschafften. In Dresden und Leipzig inszenierte Engel in den Neunzigerjahren in spektakulären, hochgelobten Marathonaufführungen zweimal beide Teile von Goethes »Faust«. Von 1995 bis 2008 leitete er als Intendant das Schauspiel Leipzig. Abermals in Dresden stellte er 2010 eine Theaterversion von Uwe Tellkamps Roman »Der Turm« auf die Bühne, die sich auf kunstvolle, intelligente Weise mit der Geschichte der DDR beschäftigte. Der Regisseur und Schauspieler Engel, der in späten Jahren mit seinem Lebenspartner in Leipzig lebte, hat über sein Arbeitsverständnis einmal gesagt: »In Zeiten des Mangels ist es wichtig, besonders viel Theater zu machen. Denn das Theater ist einer der letzten Kommunikationsorte.« Wolfgang Engel starb am 7. März in Leipzig. HÖB



Frank Rumpelhorst / dpa



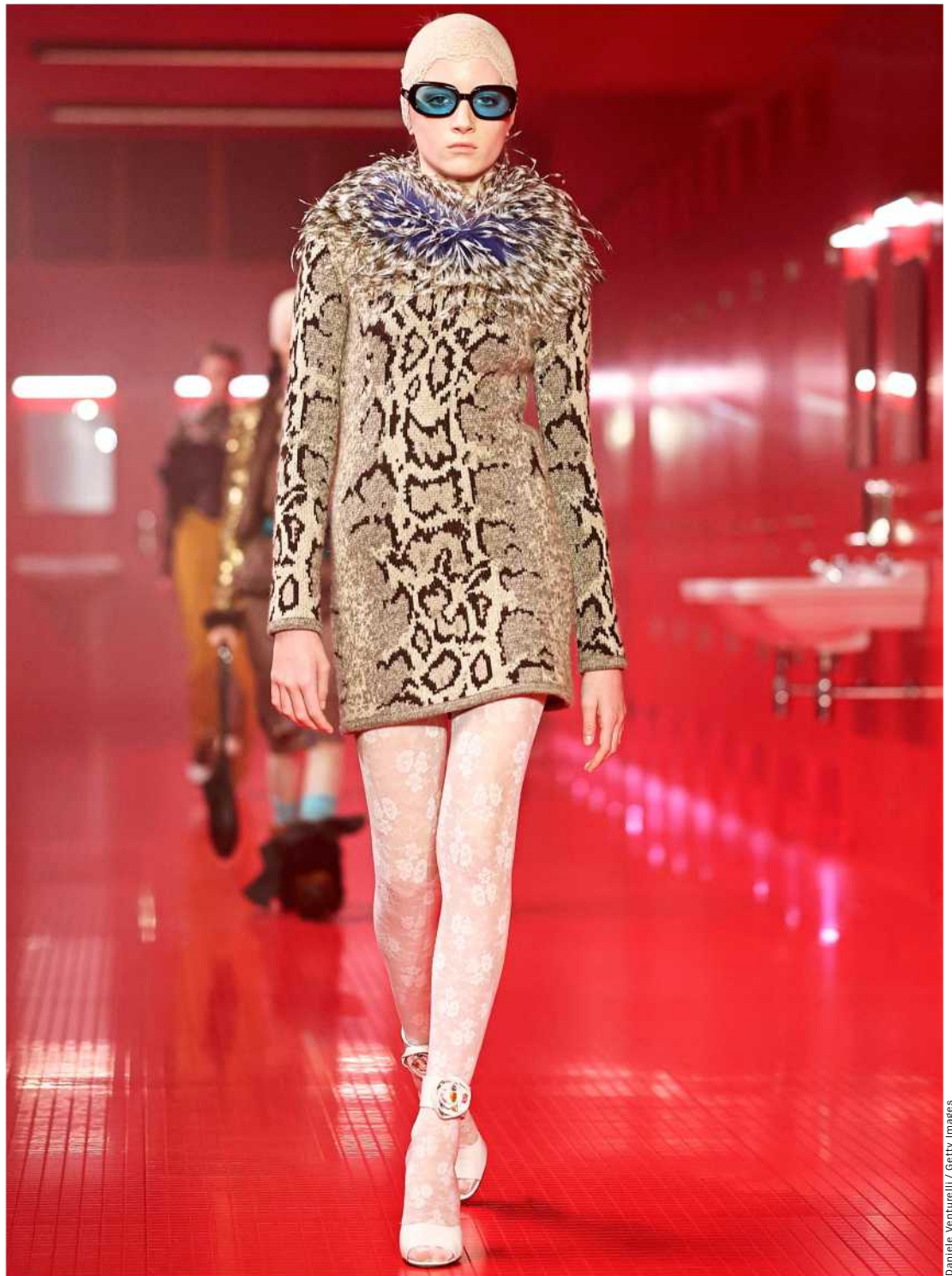
BREUEL-BILD

Hans Peter Korff, 82

Der gebürtige Hamburger war ein gefragter Darsteller und wirkte an insgesamt mehr als 160 Film- und Fernsehproduktionen mit. Schon im Alter von 17 Jahren stieß er zum Studententheater der Universität Hamburg, wo er auch mit Claus Peymann zusammenarbeitete. Obwohl Korff kein Abitur hatte, wurde er von der Hochschule für Musik und Theater in seiner Heimatstadt aufgenommen. Es folgten Engagements am Württembergischen Staatstheater in Stuttgart sowie am Düsseldorfer und am Hamburger Schauspielhaus. Korff spielte in Fernsehfilmen von Claus Peter Witt und Wolfgang Petersen mit und übernahm 1977 in der Serie »Neues aus Uhlenbusch« die Rolle des Postboten »Onkel Heinik«. In den Achtzigerjahren gelang ihm mit der ZDF-Serie »Diese Drombuschs« der endgültige Durchbruch. Darin verkörperte er »Sigi« Drombusch, einen liebenswerten Familienvater und Antiquitätenhändler. 1991 war Korff in Loriots erfolgreicher Kinokomödie »Pappa ante portas« zu sehen. Der Schauspieler gehörte auch zum Stammpersonal von Fernsehserien wie »Adelheid und ihre Mörder« und hatte Auftritte in TV-Serien wie »Balko«, »Pfarrer Braun« und »Die Kanzlei«. Im Laufe seiner Karriere spielte er auch weiterhin immer wieder Theaterrollen. Gemeinsam mit seiner vierten Ehefrau Christiane Leuchtmann nahm er Hörbücher auf und ging mit szenischen Lesungen auf Tour. Noch 2023 wirkte er als Sprecher an der Serie »Die drei ???« mit. Hans Peter Korff starb am 9. März in Hamburg. LOB

Ganzer Stolz

Oft schämt man sich als Teenager über öffentliches Lob von den eigenen Eltern – vielleicht gilt die Regel aber nicht ganz so streng, wenn Mama und Papa Hollywoodstars sind. Als das trans Model **Kai Schreiber**, 16, vor Kurzem ihr Laufstegdebüt auf der Pariser Modewoche gab, jubelten Naomi Watts und Liev Schreiber auf jeden Fall gleichermaßen. »Bravo, Liebling – und was für eine Show«, schrieb Watts auf Instagram unter einen Post ihrer Tochter. Später veröffentlichte sie auf ihrem eigenen Account Bilder und Videos vom Valentino-Laufsteg. Vater Schreiber bezeichnete seine Tochter gar als »die eine, die einzige, die unbezwingbare Kai Schreiber«. Das Lob galt womöglich auch dem Outfit, Schreiber trug bei der Show eine auffällige Kreation von Designer Alessandro Michele, bestehend aus einem langärmeligen Strickkleid mit Pythonmuster und einem Kragen aus Federn, dazu kamen eine blau getönte Sonnenbrille, weiße Spitzenstrümpfe und offene Schuhe. Später gab Schreiber auf Instagram Einblicke hinter die Kulissen und in ihr eigenes Seelenleben: »Mein Herz ist so voll«, schrieb sie. Die stolzen Eltern wird es freuen. IPP



Daniela Venturelli / Getty Images



Königliche Mischung

Wer in jüngeren Jahren beim Mixtape-Basteln tagelang über den perfekten Liederübergang brütete, wird beim wilden Stil- und Stimmungsmix von **König Charles III.**, 76, womöglich hier und da leicht pikiert die Ohren anlegen. Für alle anderen liefert die Playlist »The King's Music Room« einen mitunter unterhaltsamen Einblick in die musi-

kalischen Vorlieben des britischen Monarchen, der sich dabei auch den einen oder anderen exzentrischen Schlenker gönnt. Für den Streamingdienst Apple Music und anlässlich des Commonwealth Day kuratierte Charles einen wilden Ritt durch die Stile und Nationalitäten. In einer dazugehörigen Sendung erklärt er, was ihn an den ausgewählten Liedern von unter anderen Kylie Minogue, Grace

Jones und Miriam Makeba begeistert. Gut informierte Royalfans können in der Playlist auch biografische Bezüge identifizieren: Die Opernsängerin Kiri Te Kanawa etwa ist mit dem Lied »E Te Iwi E (Call to the People)« vertreten – sie sang seinerzeit auch bei Charles' Hochzeit mit Diana, damals auch allerdings »Let the Bright Seraphim« aus dem Händel-Oratorium »Samson«. ARÜ

Ein neuer Ort der Euphorie

Im Jahr 1993 standen die Pet Shop Boys auf dem Roten Platz in Moskau, sie drehten einen Teil ihres Videos zum späteren Hit »Go West«, und es herrschte politische wie wirtschaftliche Aufbruchsstimmung in Russland – so erinnert es nun eine Hälfte des Londoner Duos, **Neil Tennant**, 70. Dass es eine andere Zeit war, zeigte sich demnach schon am Empfang der westlichen Popstars in der russischen Hauptstadt: »Wir wurden am Flughafen von einem Fahrer in einer großen Limousine abgeholt, von der es hieß, sie gehöre Gorbatschow«, schreibt Tennant in einem persönlichen



Jeff Kravitz / FilmMagic / Getty Images

Essay über sein Verhältnis zu Russland, der kürzlich im »Guardian« erschienen ist. Für Russland interessierte er sich, erzählt der Musiker darin, seit er als kleiner Junge ein Buch gelesen habe, in dem es unter anderem um die sogenannte Oktoberrevolution ging, den Umsturz durch die Bolschewiki unter Lenin. Auch als Putin vor einem Vierteljahrhundert an die Macht kam, blieb seine alte Russlandliebe zunächst ungetrübt. »Doch als ich einen Freund in Sankt Petersburg fragte, was er von Putin halte, antwortete er mit nur einem Wort: »Stalin.« Der Freund habe recht behalten. Heute nennt Tennant Putin in einem Atemzug mit Stalin und findet drastische Worte über den aktuellen Diktator: »Damit Russland das Krebsgeschwür Putin überwinden kann, bedarf es einer Revolution der Haltungen, einer Ablehnung von Putin und Stalin.« Die russische Gesellschaft müsse sich mit der Geschichte der Sowjetunion auseinandersetzen, »ähnlich wie der Entnazifizierungsprozess im Nachkriegsdeutschland«. Eventuell könnte Moskau dann ja wieder ein Ort der Euphorie werden, so liest sich, was Tennant schreibt; vielleicht wie jener, in den die Pet Shop Boys mit Gorbatschows Limousine einfuhren. SKR



Neilson Barnard / Getty Images

Niederlagen in Serie

Oft ist der Weg zum Erfolg gepflastert mit Enttäuschungen. Das weiß auch Schauspielerinnen **Natasha Rothwell**, 44, die in den vergangenen Jahren unter anderem in der gefeierten Serie »The White Lotus« mitspielte und in der aktuellen Staffel als Spa-Managerin Belinda zu sehen ist. Die schlechte Nachricht: Eine von Rothwell selbst entwickelte Serie namens »How to Die Alone« wurde nach nur einer Staffel abgesetzt – trotz guter Kritiken und einiger Nominierungen für Preise. Die Schauspielerin hatte in der Produktion über eine einsame Flughafenangestellte auch die Hauptrolle übernommen. »Man kommt ohne Rückschläge nicht

so weit wie ich. Aber es ist schwierig, weil ich mich frage: Was muss ich tun, um Sendezeit wert zu sein?«, sagte sie über diese Erfahrung jetzt dem US-Medium »Vulture«. Schon einmal hatte sie eine ähnliche Niederlage erlebt. Bei der Sketch-Show »Saturday Night Live« hatte sie einst als Autorin angeheuert, aber ihr Vertrag wurde nach nur einem Jahr nicht verlängert. Derzeit arbeitet Rothwell an einer Serienadaption des TikTok-Erfolgs »Who TF Did I Marry« (auf Deutsch etwa: »Wen zur Hölle habe ich da geheiratet?«). Auch dieses Mal will sie nicht nur als Showrunnerin arbeiten, sondern zudem die Hauptrolle übernehmen. Die Daumen sind gedrückt. IPP

Der allerbeste Detektiv

Sechs Jahre lang legte er eine Pause vom Filmbusiness ein, in dieser Zeit schrieb er unter anderem seine Autobiografie. Nun kehrt **Matthew McConaughey**, 55, mit dem Thriller »The Rivals of Amziah King« in die Kinos zurück. McConaughey spielt darin einen Imker im Südwesten der USA, der gemeinsam mit seiner ehemaligen Pflegetochter ein Geschäft in Oklahoma aufbauen will. »Ich bin zwar nicht dort aufgewachsen, aber ich kenne diese Art von Menschen und diese Orte und diese Charaktere, die mitten auf dem Land leben«, sagte er dem Branchenmagazin »Variety«. Schon mehrfach spielte er eine solche Rolle, etwa in der ersten Staffel der Serie »True Detective« von

Nic Pizzolatto. Für die Darstellung von Rustin »Rust« Cohle, einem pessimistischen Polizisten und Kettenraucher, der in Südtexas geboren wurde und mit hartem Akzent spricht, wurde McConaughey viel gelobt. Die

vierte Staffel der Serie, »Night Country« mit Jodie Foster und Kali Reis, die in Alaska spielt, wurde 2024 von der Kritik ebenfalls sehr wohlwollend aufgenommen. Nur Pizzolatto, der dabei weder mitgeschrieben

noch Regie geführt hatte, schien nicht begeistert zu sein. Das Finale sei das Schludrigste, was er je gesehen habe, sagte er. Auch McConaughey hat sich die »True Detective«-Nachfolger genau angesehen und darin vieles gesehen, »was mir gefallen hat«, wie er sagt. Trotzdem bevorzuge er eine andere Staffel der Serie: »Meine Lieblingsstaffel – und ich glaube, ich kann das objektiv sagen – ist die erste.« Er habe zufällig in dieser mitgespielt, klar, und sie sei eines der größten Fernsehereignisse gewesen, so der Schauspieler. Es ist bekanntlich immer gut, an die eigenen Projekte zu glauben, McConaughey bildet da keine Ausnahme. Das Schreiben seiner Autobiografie habe ihm noch mehr Selbstvertrauen gegeben, sagt er. Das scheint offensichtlich. IPP



Robby Klein / IMDb / Getty Images



Wir waren nicht vorbereitet

Nr. 11/2025 Titel: Amerikas neues Gesicht

Besser lässt sich die derzeitige politische Lage der USA kaum visualisieren: Lady Liberty mit gefletschten Zähnen, die Unabhängigkeitserklärung durch die geballte Faust ersetzt und einen Parasiten im Kopf. Von wegen Ende der Unterdrückung und Tyrannei. Sie beginnt gerade wieder. Wacht die amerikanische Zivilgesellschaft endlich auf?

Dr. Klaus Swieczkowski, Hildburghausen (Thür.)

Schon in seiner ersten Amtszeit habe ich gegen dieses Gesicht gewütet. Jetzt bin ich der Meinung, Zeitungen und Zeitschriften sollten Trumps Konterfei nicht mehr als Foto drucken. Was gibt es Schlimmeres für einen öffentlichkeitsgeilen Menschen, als ignoriert zu werden? Schlimm genug, dass man zwangsläufig über seine Idiotien schreiben und lesen muss.

Isabella Rädler, Augsburg

Das Bitterste ist für mich, dass wir Europäer und insbesondere Deutschland uns trotz genügend Warnzeichen einfach nicht ausreichend auf die jetzige politische Situation vorbereitet haben. Und auch momentan gibt es bislang nur vage Ankündigungen, die teilweise schon wieder zerredet werden, beziehungsweise ist der

Union die Mütterrente wichtiger als sinnvolle Zukunftsinvestitionen. Am meisten tun mir die tapferen Ukrainer leid.

Heiner Honermann, Coesfeld (NRW)

Auch ich bin entsetzt, weil die Werte, die ich mein Leben lang vertrat, und die Gewissheit (auch im Kalten Krieg), dass Amerika eine Schutzmacht ist, über den Haufen geworfen werden. Und es ist nicht allein Mister President, er hat ja einen halben Kongress voller Gefolgsleute. Aber: Der Kongress ist nicht Amerika. Amerika, das sind die kleinen Leute, die kleinen Staatsangestellten, die jetzt auf der Straße sitzen. Amerika, das sind all die Bauern, denen jetzt sowohl das Geld als auch die Arbeitskräfte fehlen, weil Förderprogramme gestrichen sind und die Landarbeiter deportiert werden. Amerika, das sind all die Leute, die spätestens in einem Monat feststellen werden, wie schlecht es ihnen jetzt verglichen mit der Vor-Trump-Ära geht. Und dann Gnade ihm Gott.

Sabine Jacobs, Magstadt (Bad.-Württ.)

Mega. Vielen Dank, Donald Trump, für Ihre Verdienste um die europäische Einheit. Make Europe great again!

Hanno Peter, Donaueschingen (Bad.-Württ.)

Glaubwürdige Abschreckung

Nr. 10/2025 Leitartikel: Europa muss sich selbst mit Atomwaffen schützen

Nein! Deutschland braucht kein eigenes nukleares Abschreckungspotenzial und auch keine neue Wehrpflicht oder Sondervermögen für die Rüstung. Was wir stattdessen unbedingt brauchen, sind eine starke Friedensbewegung von unten und Massendemonstrationen gegen den militärisch-industriellen Komplex, der die Politik dominiert. Wir brauchen Streiks der Werktätigen für höhere Löhne und gegen Aufrüstung und Militarismus.

Wir brauchen Millionen Kriegsdienstverweigerer, die klarstellen: »Egal, wie viele Panzer und Kanonen ihr baut, ihr werdet niemanden finden, der sie bedient.« Als Alternative zu militärischer Verteidigung müssen wir die Infrastruktur für soziale Verteidigung und zivilen Ungehorsam von unten aufbauen – gegen jede Unterdrückung von außen oder innen.

Alexander Kalteis, Bünde (NRW)

Glaubwürdige militärische Abschreckung setzt den Schutz durch eigene oder fremde nukleare Waffen voraus. Für Deutschland gibt es damit genau zwei Möglichkeiten: entweder diese Waffen selbst zu besitzen oder die Schutzgarantie einer anderen Atommacht zu erhalten. Hierfür kämen aktuell wohl nur Frankreich oder das Vereinigte Königreich infrage. Ob diese Länder Paris beziehungsweise London für Berlin opfern würden, darf sowohl aus historischer Sicht als auch angesichts des nationalen Selbstbehauptungswillens dieser Länder stark bestritten werden. Bei ausgeschlossener Kapitulation bleibt somit nur die erste Alternative.

Georg Anders, Leverkusen

Ich stimme vollumfänglich zu – der nukleare Schirm Europas muss auch aus Europa kommen, der Verteidigungsschirm insgesamt unsere 27 Mitgliedstaaten und Großbritannien umfassen. Trotz aller Forderungen nach einer europäischen Lösung muss Deutschland hierbei aber schon jetzt anfangen, seine eigenen Verteidigungskapazitäten auszubauen, ohne erst eine europäische Initiative aus dem Ély-

KORREKTUR

Zur Titelgeschichte »Bye-Bye, Europe!« in Heft 11/2025, Seite 8: Putin marschierte im Februar, nicht im März 2022 in die Ukraine ein. Kurz vor dem Überfall hatte Trump den Kremlherrscher ein »Genie« genannt.

sée abzuwarten. Denn Deutschland darf in dieser europäischen Verteidigungsunion nicht denselben Fehler machen, den es im Rahmen seiner transatlantischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten macht: auf eine einseitige Lastenverteilung zulasten der anderen Partner vertrauen.

Daniel Schraffl, Tüßling (Bayern)

Ich halte einen Ersatz des US-Atomschirms durch einen französischen für riskant. Wir würden für einen Atomschirm bezahlen, ohne Einfluss nehmen zu können. Macron tritt 2027 ab, und es besteht das Risiko, dass wir dann eine Präsidentin Le Pen als Hüterin unseres Schirms bekommen. Frau Le Pen ist Deutschland gegenüber reserviert eingestellt, europaskeptisch und russlandfreundlich. Im Grunde also nicht zuverlässiger als Trump. Deshalb gibt es nur zwei Möglichkeiten: einen europäischen Atomschirm in einer Koalition der Willigen, auf dessen Einsatz alle beteiligten Länder Einfluss nehmen können. Frankreich könnte teilnehmen, müsste dann aber seine Atomstreitmacht einbringen. Oder: Deutschland muss auf einen Atomschirm verzichten und fährt entsprechend internationales Engagement zurück, um nicht in die Schusslinie der Nuklearmächte zu geraten. Deutschland als zweite Schweiz sozusagen.

Christian Schäferdiek, Lohmar (NRW)

Die Forderung, Deutschland brauche eine eigene nukleare Abschreckung, ignoriert, dass Deutschland dem Atomwaffensperrvertrag verpflichtet ist. Wissenschaftler des »Bulletin of Atomic Scientists« schätzen die Atomkriegsgefahr momentan so hoch ein wie noch nie. Jede weitere Aufrüstung führt uns näher an den Rand eines Atomkriegs. Nukleare Abrüstung ist das Gebot der Stunde.

Ute Rippel-Lau, Hamburg

Deutschland muss proaktive Maßnahmen ergreifen, um seine Sicherheit selbst zu gewährleisten. Mit einem eigenständigen atomaren Zweitschlagkapazitätssystem könnte Deutschland unabhängig von externen Partnern agieren. Eine eigene nukleare Fähigkeit könnte potenzielle Aggressoren abschrecken und somit

Der Leitartikel bringt das Thema auf den Punkt. Die amtierenden Staatschefs in China, Russland und neuerdings auch die USA reagieren nur auf Stärke. Ein nuklearer europäischer Schutzschirm und europäische Rüstungsanstrengungen sind das Gebot der Stunde.

Dieter Obst, Wiesbaden

Nr. 10/2025 Europa muss sich selbst mit Atomwaffen schützen

zur Stabilität in der Region beitragen. Deutschland verfügt bereits über geeignete Trägerwaffen, zum Beispiel U-Boote, die für den Einsatz von Atomwaffen nachgerüstet werden könnten. Diese Infrastruktur könnte genutzt werden, um durch Ankauf entsprechender Waffensysteme (Israel?) die Implementierung einer eigenen nuklearen Kapazität zu beschleunigen. Und das, ohne die Finanzen übermäßig zu belasten. Der Atomwaffensperrvertrag ist nicht mehr zeitgemäß, er ist dringlichst zu kündigen.

Martin Janßen, Lauenburg (Schl.-Holst.)

Das Gejammer nervt gewaltig

Nr. 10/2025 Viele siegreiche Direktkandidaten dürfen nicht in den Bundestag einziehen

Dieser Artikel zu den Auswirkungen der Wahlrechtsreform ist enorm unausgewogen: Das zentrale Argument für die Reform – die Verkleinerung des Bundestages und die Einsparung von Hunderten Millionen Euro Steuergeldern – findet kaum Erwähnung. Die Wahlrechtsreform als »Anti-CSU-Manöver« zu bezeichnen ist unangemessen, denn

Da Frauen im Parlament massiv unterrepräsentiert sind, finde ich es nicht so schlimm, dass die Grünen mit ihrem Mehr an Frauen da ein wenig Ausgleich schaffen. Zumal auch mehr als 50 Prozent ihrer Wählenden Frauen sind.

Annegret Laakmann, Haltern am See (NRW)

Nr. 10/2025 Die Kritik der Grünen am Unionspatriarchat wäre glaubwürdiger, hätten sie eine Männerquote

die Reform benachteiligt nicht die CSU, sondern beseitigt deren bisherige Bevorzugung durch unausgegliche Direktmandate. Keine Erwähnung findet, dass unausgegliche Direktmandate in einem Wahlsystem, das im Kern ein Verhältniswahlsystem ist, demokratietheoretisch ein viel größeres Problem darstellen, da sie zu sogenannten künstlichen Mehrheiten führen können, also Mandatsmehrheiten trotz Stimmenminderheiten.

Sebastian Poetsch, Karlsruhe

Dieses, insbesondere merzsche, Gejammer über nicht einziehende Erststimmengewinner nervt gewaltig. Da hätte seine Partei halt einfach mehr Zweitstimmen holen müssen. Und wenn jeder Wahlkreis einen Vertreter in den Bundestag mit 630 Sitzen schicken soll, müssen die Streichkandidaten künftig eben bundeslandübergreifend in den Landeslisten oder in einer bundesweiten Zweitstimmenliste gesucht werden. Das ewige Pöstchengefordere und -geschacher muss endlich ein Ende haben.

Frank Platte, Wuppertal

Was spricht dagegen, die Wahlkreise insgesamt abzuschaffen und den Bundestag nur noch aus einem nach dem Zweitstimmenergebnis zusammenzusetzen – wobei das dann keine »Zweitstimmen« mehr wären, da es nur noch eine Stimme pro Wähler bräuchte? Das wäre die gerechteste Lösung, und gleichzeitig

Ein frühzeitiger Beginn mit Kraft- und Ausdauertraining mag sinnvoll sein. Dennoch mag ich mir nicht ausmalen, wie sich zwanghafte Selbstoptimierung und Essstörungen unter Kindern entwickeln würden.

Christian Seifert, Hamburg

Nr. 10/2025 Gutes Krafttraining für Kinder und Jugendliche

könnte der Bundestag im Zuge dieser Reform noch einmal verkleinert werden.

Jörg Hinz, Hannover

Die Diskussion um die vermeintlich »betrogenen Sieger« leidet unter einem fundamentalen Missverständnis. Die Sieger von Wahlkreisen mögen sich zwar als Repräsentanten ihres Kreises sehen, jedoch sind die Abgeordneten des Bundestages laut Grundgesetz Vertreter des ganzen deutschen Volkes. Dazu suggeriert ja auch der Terminus Erststimme, dass diese bedeutender ist als die Zweitstimme. Es gibt wohl immer noch genug Leute, die das Wesen dahinter verkennen. Zudem: Was nützt mir eigentlich, dass ein Abgeordneter meinen Wahlkreis im Bundestag vertritt? Da merke ich nichts von – weder gibt es bessere Straßen noch niedrigere Steuern, noch pünktlichere Züge.

Frerk Meyer, Bad Soden (Hessen)

Das ursprüngliche Zwei-Stimmen-Wahlrecht war ebenso einfach wie genial: Das Parlament bestand aus 299 direkt gewählten Abgeordneten, die andere Hälfte wurde nach Parteienproporz bestimmt. Viele direkt gewählte Kandidaten können ihr Amt nicht wahrnehmen, weil nicht genügend Zweitstimmen vorhanden sind. Die Direktwahl wird zur Farce, wenn letztlich die Zweitstimmen entscheiden, welcher Kandidat sein Mandat wahrnehmen kann.

Dr. Hubert van Bühren, Köln

Deckel drauf kocht schneller

Nr. 10/2025 Die Strafrechtlerin Frauke Rostalski beklagt die Debattenkultur

Wow, das hätte ich dem SPIEGEL nicht zugetraut: zu schreiben, dass AfD-Wähler auch Menschen sind und dass die Brandmauer undemokratisch ist. Endlich mal eine andere Sichtweise als Ihre sonstige Anti-AfD-Polemik.

Frank Eppe, Aichelberg (Bad.-Württ.)

Dank an Frau Rostalski. Schon lange mache ich mir Gedanken zu dem Thema. Wie geht man künftig mit 152 gewählten Volksvertretern der AfD und vor allem mit 20,8 Prozent der Wähler – des Souveräns – um? Deckel drauf ist beim Kochen gut, es kocht dann schneller. Aber die Chose kann einem auch mal um die Ohren fliegen!

Detlef Schulz, Fehmarn (Schl.-Holst.)

»Streit ist in einer freiheitlichen Demokratie nichts Schlechtes. Auf dem Marktplatz der Ideen soll sich die beste durchsetzen«, schreibt die Autorin. Wie wahr! Ich würde mich gerne auch mit abseitigen, extremen und schlimmstenfalls auch radikalen Meinungen auseinandersetzen, wenn es denn wirklich nur um Meinungen ginge. Völkisch-rechtsnationalistische Kreise negieren aber schon häufig die Fakten – ob es der Klimawandel ist, die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte oder die Kriminalitätsraten von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. Bekanntlich ist Hass keine Meinung. Deshalb bleibt es richtig, der Verbreitung von »Fake News«, »alternativen Fakten« und historischen Lügen weiterhin – gesellschaftlich, gegebenenfalls auch strafrechtlich – deutlich zu widersprechen.

Dr. Wolfgang Manig, Botschafter a. D., Berlin

Besser als die Autorin kann man die Problematik dieses imaginären Gebildes »Brandmauer« kaum beschreiben. Hut ab!

Jürgen Vahle, Bielefeld

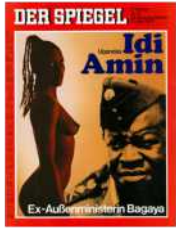
Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.



Sagen Sie auch digital Ihre Meinung – auf SPIEGEL Debatte

Die Prinzessin und der Schlächter

ZEITREISE Elizabeth Bagaya war von Februar 1974 an Außenministerin Ugandas; es war der Glanzpunkt einer schillernden Karriere. Als Diktator Idi Amin ihren Ruf zerstören wollte, halfen westliche Medien mit.



Nr. 12/197 Idi Amin – ein gefährlicher Verrückter?

Schon seit Jahren war die Presse angetan von der Prinzessin von Toro, einem Königreich in Uganda. Sie hatte als eine der ersten Afrikanerinnen

ein Jurastudium in Cambridge absolviert und als Topmodel für Furore gesorgt. Kurz nach seinem Putsch erkannte Ugandas Diktator Idi Amin das Potenzial der weltberühmten Juristin und ernannte sie erst zur Sonderbotschafterin, später sogar zur Außenministerin. Die Leiche ihres Vorgängers fand man kurz darauf »von Krokodilen zerrissen«.

Höhepunkt ihrer diplomatischen Karriere war ihre Rede vor der Uno im September 1974. Statt Idi Amin zu verteidigen, prangerte sie vor allem den Apartheidstaat Südafrika an und erhielt dafür stürmischen Beifall. Dass sie dennoch bei dem Diktator in Ungnade fiel, soll auch daran gelegen haben, dass sie sich seinen Avancen verweigerte. Amin verbreitete daraufhin Gerüchte über Sex der Prinzessin mit einem Weißen auf einem Pariser Flughafen und brachte



Uno-Sonderbotschafterin Bagaya 1973

angebliche Nacktaufnahmen von ihr in Umlauf.

Das war zwar frei erfunden, hinderte aber zahlreiche westliche Medien nicht daran, die Geschichten zu wiederholen – leider auch den SPIEGEL nicht. Ein »so schaurig-schönes Paar« wie Amin und Bagaya habe man an einer Staatsspitze noch nicht gesehen, schrieb das Magazin, als wären die beiden ein Liebespaar. Die diskreditierende Flughafenepisode wurde als Tatsache verkauft, das Fake-Foto prangte auf dem Titel.

Bagaya konnte aus Uganda fliehen und verklagte auch den SPIEGEL, der kurz darauf sein »Bedauern über den Irrtum« erklärte. Rainer Lübbert

Liebe linke Spinner!

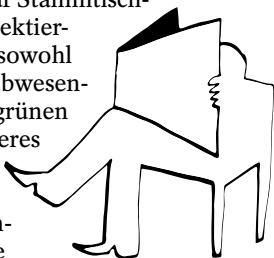
SO GEGEHEN Wie die Union plötzlich die Grünen umgarnt

Parteivorstand der CDU Deutschlands – Handreichung zum aktuellen Umgang mit Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen

Zur Sicherstellung der notwendigen Zustimmung der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen zur Reform der Schuldenbremse, zur Schaffung eines neuen Sondervermögens für Investitionen in die Infrastruktur sowie zur unbegrenzten Erhöhung der Verteidigungsausgaben ergehen folgende Sprachregelungen und Handlungsanweisungen:

► Bei öffentlichen Kundgebungen, Bierzeltansprachen und auf Stammtischabenden sind despektierliche Äußerungen sowohl über an- als auch abwesende Mitglieder der grünen Partei bis auf Weiteres zu unterlassen.

► Um die demokratische Auseinandersetzung und die



freie Meinungsäußerung dennoch zu gewährleisten, empfiehlt der Parteivorstand, kritische Zuschreibungen mit wertschätzenden Adjektiven zu umkleiden. Merke: nicht mehr »linke Spinner«, sondern »liebe linke Spinner«.

► Im Schriftverkehr und im direkten Gespräch mit Mitgliedern der grünen Partei ist auf eine geschlechtsneutrale Anrede zu achten. Informieren Sie sich rechtzeitig über die korrekte Anwendung von Binnen-I, Unterstrich oder Glottisschlag. Das Konrad-Adenauer-Haus bietet hierzu Schnellschulungen an (auch kurzfristige Anmeldung möglich).

► Sollten Sie einer Parlamentsrede von Vertretern/Vertreterinnen der Partei Bündnis 90/Die Grünen beiwohnen, verzichten Sie bitte auf a) böswillige Zwischenrufe, b) feixendes Getuschel mit Ihrem Nachbarn, c) demonstratives Kopfschütteln und d) die Nutzung Ihres Mobiltelefons. Orientieren Sie sich am Verhalten des Parteivorsitzenden bei der Debatte zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Grundgesetzartikel 109, 115, 143 am vergangenen Donnerstag.

Achtung: Diese Regelung gilt nur bis zur erfolgreichen Abstimmung, danach wird entsprechendes Verhalten wie gehabt als parteischädigend geahndet. Stefan Kuzmany

HOHLSPIEGEL

Schild in Dassow (Meckl.-Vorp.):



Der Saarbrücker »Wochenspiegel« zu einem Vortrag über eine Radreise durch den Oman:

»Für die Omanis war es unvorstellbar, dass zwei Frauen ohne männliche Bekleidung das Land mit dem Fahrrad bis Salalah durchqueren wollen.«

Aus den »Kieler Nachrichten«:



Von der Website der »Heilbronner Stimme«:

»Die Grünen-Politikerin Annalena Baerbock hat sich gegen eine Führungsposition in der Bundestagsfraktion entschieden. In einem Brief beruft sie sich auf private Grüne.«

Aus dem E-Paper der »Neuen Westfälischen«:

Ford Fiesta auf Parkplatz von Restaurant beschädigt

Auszug aus der Hauptsatzung der Ortsgemeinde Mertloch (Rhld.-Pf.) im Mitteilungsblatt »Maifelder Nachrichten«:

»Die Ratsmitglieder, sowie die Mitglieder der in § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 genannten Ausschüsse, die am digitalen Sitzungsmanagement mit privaten Endgeräten teilnehmen und damit auf den Versand der Sitzungsvorlagen und Anlagen in Papierform verzichten, erhalten eine einmalige Aufwandsentschädigung pro Wahlzeit in Höhe von 0,00 EUR. Die Auszahlung erfolgt anteilig, wenn die Ratsmitglieder bzw. die Mitglieder nicht die gesamte Wahlzeit Teil der genannten Gremien sind.«

Schilder am Straßenrand auf Sylt (Schl.-Holst.):





52 Wochen lesen, 25 % sparen

Mit SPIEGEL+ erhalten Sie Zugriff auf die ganze digitale Welt des SPIEGEL. Inklusive ist das digitale Magazin, der Zugang zum 11FREUNDE Digital-Angebot und mehr.



25 % Rabatt sichern:
abo.spiegel.de/25prozent

Nur €4,49 pro Woche in den ersten 52 Wochen.
Danach €5,99 pro Woche, vierwöchentlich abgerechnet und kündbar.

KÖNNEN IHRE KI-AGENTEN MEHR ALS NUR CHATTEN?

AUF DER SERVICENOW-PLATTFORM ARBEITEN ECHTE KI-AGENTEN.

Im Moment scheint es, als wären KI-Agenten überall im Einsatz. Aber worauf kommt es an? Was ist das Richtige für Ihr Unternehmen? Fakt ist, die meisten KI-Agenten erledigen nur die einfachsten Aufgaben. Ganz ehrlich: Wenn es wie ein Chatbot aussieht, sich wie ein Chatbot bewegt und wie ein Chatbot spricht, dann ist es auch nur ein Chatbot.

ServiceNow® KI-Agenten sind weit mehr als nur einfache Helfer. Ob vorgefertigt oder maßgeschneidert auf Ihre Bedürfnisse – unsere Agenten sind nicht nur Werkzeuge, sondern echte Teamkollegen. Eine hochqualifizierte digitale Workforce, die über Ihr gesamtes Unternehmen hinweg autonom agiert – sei es im Bereich von HR, IT oder im Kundenservice. Sie lernen, sind kooperativ und handeln proaktiv, um vor allem repetitive Aufgaben zu erledigen. Damit Ihre Mitarbeiter sich auf das Wesentliche konzentrieren können, für bessere Entscheidungen, besseren Service und bessere Arbeit. Die ServiceNow-Plattform fungiert dabei als die eine Kontrollstelle, die es Ihnen erlaubt, Millionen von KI-Agenten (unsere oder die von Drittanbietern) zentral zu überwachen und zu koordinieren. So lässt man KI-Agenten wirklich für sich arbeiten. Und für alle im Team.

[ServiceNow.com/de/ai-agents](https://servicenow.com/de/ai-agents)

THE WORLD WORKS WITH SERVICENOW™